



stadt
oberhausen

WWW.OBERHAUSEN.DE/SOZIALBERICHT



ERSTE AKTUALISIERUNG DER SOZIALINDICES FÜR DIE OBERHAUSENER SOZIALQUARTIERE



IMPRESSUM

Herausgeber

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister
Bereich 3-2 Soziales

Bearbeitung, Redaktion und Layout

Carolin Trappmann
Sozialplanung
Fachbereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung
carolin.trappmann@oberhausen.de
www.oberhausen.de/sozialbericht

Gestaltung des Umschlags und Druck

ppa media werbeagentur, Oberhausen
Bilder: "Skyline Oberhausen" © Simpline www.stock.adobe.com
„Titelbild“ – Stadt Oberhausen, eigene Darstellung. Icons: © Freepik www.flaticon.com

Danke an alle beteiligten Fachbereiche und Personen, die zur Erstellung des Sozialberichtes in unterschiedlicher Art und Weise beigetragen haben.

Bereich 3-2 Soziales

Jasmin Mannarino (Sozialraumkonferenzen)
Rebecca Osono (Sozialraumkonferenzen)

Bereich 4-5 Statistik

Tabea Hemker (Bildungsmonitoring, Bildung integriert)
Patricia Scherdin (Sozialberichterstattung)

Bereich 5-1 Stadtentwicklung

Carolin Nitz (Plankonstruktion)
Dana Scheer (Stadtentwicklung, Flächennutzungsplanung)

Bereich 2-2 Umwelt

Regina Dreßler (Koordination Klimaanpassung)
Sascha van den Akker (Lärminderungsplanung)
Christian Wittpahl (Luftreinhalteplanung)

Bereich 0-4 Chancengleichheit

Uwe Bonsack (Strategiemangement Chancengleichheit)
Charlotte Simmes (Themenfeld Familie)

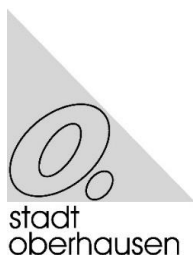
Bereich 3-3 Schule

Jörn Goyer (Bildung integriert)
Björn Hermstein (Schulentwicklungsplanung)

Bereich 3-4 Gesundheit

Anke Backer (Kinder- u. Jugendgesundheitsdienst)
Simone Johimski (Gesundheitsplanung)
Andrea Neumeyer-Sickinger (Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitskoordination)
Anna Walter (Projektkoordination Auf- und Ausbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen)
Monika Zirngibl (Gesundheitsingenieurin, Umwelthygiene)

Stand Oktober 2020



VORWORT

Der erste Oberhausener Sozialbericht 2017 konnte dazu beitragen, dass die vielfältigen Lebenslagen, in den sich die Oberhausener Einwohner*innen befinden, besser sichtbar werden. Dabei stehen besonders die Menschen im Fokus, die einem erhöhten Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung ausgesetzt sind. Neben materiellen Unterversorgungslagen erfahren sie in ihrem Alltag häufiger Benachteiligungen, die sich auf ihre Bildungs- und Gesundheitschancen, ihre Chancen am Arbeitsmarkt und ihre gesellschaftliche Beteiligung auswirken. Langfristig können diese Benachteiligungen zur Reproduktion und Vererbung von Armut beitragen.

Die Stadt Oberhausen hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Chancengleichheit der Oberhausener Einwohner*innen zu verbessern. Dabei hat sich „Ungleiches ungleich behandeln“ als hilfreiches Leitprinzip erwiesen, um die Wirksamkeit von Sozialpolitik zu steigern. Dabei ist nicht nur der Status Quo der Verteilung von Armutsrisiken von Interesse, sondern auch deren Entwicklung.

Mit dem Sozialbericht und den Sozialindices werden die ganz unterschiedlichen Sozialstrukturen und Armutsrisiken im Oberhausener Stadtgebiet und auch deren Entwicklung transparent dargestellt. Damit wird eine datengestützte Steuerungs- und Entscheidungsgrundlage für Verwaltung, Politik und die vielfältige Oberhausener Träger*innenlandschaft geschaffen, mit der knappe Ressourcen dort eingesetzt werden können, wo sie am nötigsten gebraucht werden.

So wurde auch der erste Sozialbericht innerhalb der Verwaltung und von Wohlfahrtsträger*innen dazu genutzt, um Förderanträge zu stellen und zusätzliche Ressourcen zu akquirieren.

Besonders können wir uns auch über eine verbesserte Übersicht über die Vielfalt der verschiedenen Akteur*innen in den Oberhausener Sozialquartieren freuen, die in ganz unterschiedlicher Weise zur Verbesserung der Teilhabechancen der Bürger*innen beitragen. Große Fortschritte auf diesem Gebiet wurden im Rahmen der Sozialraumkonferenzen gemacht, welche in Oberhausen seit 2019 als „Expert*innendialoge“ bekannt sind. Neben einer besseren Vernetzung der in den Sozialräumen aktiven Fachakteur*innen, wird mit der Veranstaltungsreihe der Schritt „von Daten zu Taten“ gegangen. Ausgehend von datenbasierten Erkenntnissen werden auf diesem Wege lebensnahe und passgenaue Handlungsansätze entwickelt und bestehende gefördert oder angepasst.

Mit dem nun zweiten vorliegenden Sozialbericht wird eine aktualisierte Steuerungsgrundlage für alle interessierten Akteur*innen geboten, die ebenso vielfältig genutzt werden kann wie der erste Sozialbericht.

Ich bedanke mich herzlich bei allen beteiligten Mitarbeiter*innen, die zur Erstellung des Berichtes beigetragen haben.

Oberhausen, Oktober 2020



Frank Motschull

Beigeordneter für Soziales, Bauen, Wohnen und Recht der Stadt Oberhausen

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	2
Grundlagen der integrierten Sozialplanung in Oberhausen		
2	Grundbegriffe der Integrierten Sozialplanung	4
2.1.	Armut.....	4
2.2.	Teilhabechancen.....	4
2.3.	Lebenslage.....	4
2.4.	Unterstützungsbedarfe und „Stellschrauben“	5
2.5.	Sozialraum	6
2.6.	Segregation.....	9
3	Strategische Sozialplanung in Oberhausen	11
3.1.	Der Sozialplanungsprozess	11
3.2.	Sozialmonitoring und -berichterstattung	13
3.3.	Expert*innendialoge im Sozialraum	13
3.4.	Umsetzung von Maßnahmen und Controlling	14
4	Austausch und Kooperationen	16
4.1.	Transparenz der Datengrundlage	16
4.2.	Integrierte Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung	16
4.3.	Träger*innen sozialer Projekte und Maßnahmen	17
4.4.	Sozialraumgremien.....	17
4.5.	Kommunale Präventionsketten	18
4.6.	Soziale Stadt	18
5	Exkurse zu Wechselwirkungen von Armut, Bildung, Gesundheit und Umwelt	21
5.1.	Bildung.....	21
5.2.	Gesundheit	29
5.3.	Umwelt und Wohnen	37
Atlas Sozialindex		
6	Die Sozialstruktur Oberhausens im Landesvergleich	49
7	Sozialindices	55
7.1.	Auswahl der Indikatoren	55
7.2.	Datentechnische Hinweise	58
7.3.	Berechnung.....	59
7.4.	Indikatorenwerte	60
7.5.	Indices.....	73
7.6.	Rückblick auf vorangegangene Sozial-indexwerte	85
8	Fokusbetrachtung der auffälligen Sozialquartiere	88
	Innenstadt	89
	Lirich-Süd	93
	Brücktorviertel.....	97
	Marienviertel-Ost	101
	Osterfeld-Mitte/Vonderort	105
	Marienviertel-West	109
	Schlad	113
	Tackenberg-Ost und Sterkrade Mitte.....	117
9	Überblick über Institutionen im Oberhausener Stadtgebiet	125
	Alt-Oberhausen	127
	Osterfeld.....	131
	Sterkrade	133
10	Zentrale Ergebnisse und weiteres Vorgehen	136
10.1.	Zentrale Ergebnisse	136
10.2.	Weiteres Vorgehen	138
	Literaturverzeichnis	140
	Abbildungsverzeichnis	143
	Kartenverzeichnis	144
	Anhang	144

1 EINLEITUNG

In zahlreichen großen Städten in Deutschland und besonders im Ruhrgebiet wohnen viele Menschen, die sich in Lebenslagen mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung und mit vielfältigen Unterstützungsbedarfen befinden; so auch in Oberhausen.

Überregionale Untersuchungen, wie bspw. die bundesweite Armuts- und Reichtumsberichterstattung, aber auch kommunale Analysen wie der erste Oberhausener Sozialbericht 2017 zeigen, dass sich die Betroffenen nicht nur ungleich auf Städte und Regionen verteilen, sondern auch innerhalb der Stadtgebiete. Gesellschaftliche Entwicklungen, wie der demografische Wandel oder der Zuzug von Geflüchteten aus dem Ausland, aber auch Problemlagen, wie Kinderarmut, Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut werden in einigen Regionen und Stadtteilen deutlicher sichtbar als in anderen. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung stellt die bundesweite, aber besonders die kommunale Sozialpolitik vor immer komplexere Herausforderungen. Die finanzielle Bedeutung der Sozialpolitik für kommunale Haushalte wächst dadurch stetig.

Die Ruhrgebietskommunen verzeichnen seit Jahren steigende Sozialkosten und tragen eine deutlich überproportionale Sozialausgabenbelastung. Die Netto-Auszahlungen für die Sozial- und Jugendhilfe je Einwohner*in liegen deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (vgl. Junkerheinrich, et al., 2018 S. 26). „Dies charakterisiert das Ruhrgebiet als die Region mit der höchsten sozialen Problemdichte in Deutschland“ (ebd. S. 74).

Ein Weg, den die Kommunen selbstständig gehen können, um nicht nur die Sozialausgaben zu senken, sondern auch die Lebenslagen der Einwohner*innen zu verbessern, ist die Wirksamkeit der kommunalen Sozialpolitik zu

erhöhen. Dies spart, bspw. durch eine erfolgreichere Rehabilitation von Leistungsempfänger*innen, Folgekosten (vgl. ebd. S. 30). Überdies ermöglicht es den Betroffenen eine selbstbestimmte und unabhängige Lebensführung.

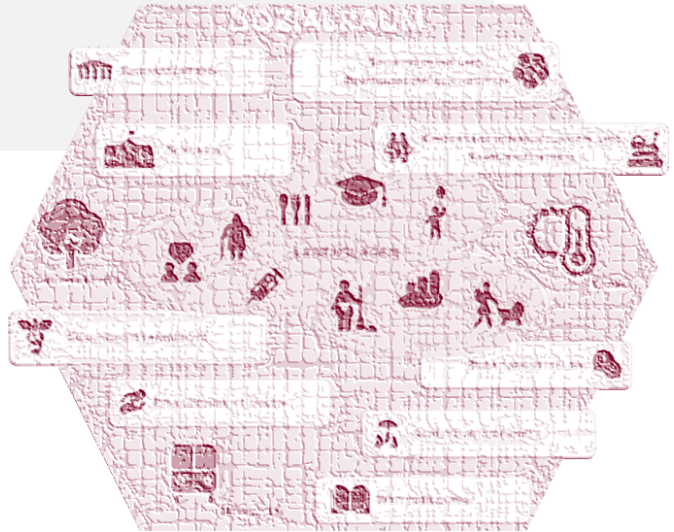
Im Oberhausener Stadtgebiet arbeiten mehrere hundert Institutionen und Akteur*innen direkt und indirekt daran, die Lebenslagen und Teilhabechancen der Oberhausener Bürger*innen zu verbessern. Sie liegen in ganz unterschiedlicher Trägerschaft und sind in unterschiedlichem Maße flexibel und an veränderte Bedarfslagen anpassbar.

Um ein vielfältiges aber bedarfsgerechtes Angebot für alle Stadtgebiete zu fördern, soll die integrierte Sozialplanung und Sozialberichterstattung Träger*innen unterstützender Maßnahmen und Fachplaner*innen die Standort- und Bedarfsanalyse vereinfachen. Diese können so ihre Angebote möglichst passgenau an den Lebenslagen und damit einhergehenden Bedarfen am jeweiligen Standort bzw. im Sozialraum ausrichten.

Grundvoraussetzungen dafür sind, neben der kontinuierlichen Zusammenstellung von steuerungsrelevanten Sozialdaten, besonders deren zielgerichtete Analyse und Interpretation unter Einbezug verschiedener Fachbereiche und -disziplinen, wie sie im Rahmen des vorliegenden Berichtes vorgenommen werden.

Der Oberhausener Sozialbericht stellt eine einheitliche und systematische Basis zur Steuerungsunterstützung der kommunalen Verwaltung, der Maßnahmenträger*innen und der kommunalen Sozialpolitik dar. Als transparente Entscheidungsgrundlage ermöglicht der Sozialbericht einerseits gezielte Investitionen zur Förderung der Chancengleichheit und verbessert andererseits die Verteilungsgerechtigkeit bei knappen Ressourcen.

GRUNDLAGEN DER INTEGRIERTEN SOZIALPLANUNG IN OBERHAUSEN



2 GRUNDBEGRIFFE DER INTEGRIERTEN SOZIALPLANUNG

Zum besseren Verständnis des Aufbaus der integrierten Sozialberichterstattung sind zunächst einige zentrale Begriffe zu erklären.

2.1. ARMUT

Deutschland ist ein Wohlfahrtsstaat, in dem Armut ein relativer Begriff ist. Mit einem Einkommen, das weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Haushaltseinkommens beträgt, gilt man als armutsgefährdet. Dabei ist entscheidend, wie viele Personen in einem Haushalt wohnen und wie alt diese sind. Für Kinder wird ein geringeres Bedarfs-gewicht veranschlagt als für Erwachsene. So lag die *Armutgefährdungsschwelle* gemäß des Statistischen Bundesamtes in 2018 für einen Singlehaushalt bei 1.035€ und für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.174€. Ein geringes Haushaltseinkommen führt dazu, dass ein höherer Anteil von diesem für grundlegende Bedürfnisse wie Miete, Essen und Kleidung ausgegeben werden muss. Dadurch bleibt weniger Geld für die soziale Teilhabe. Hierzu gehören Dinge wie die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Kinobesuche und die Mitgliedschaft in einem Sportverein aber auch die Nutzung von Bildungsangeboten, z.B. in der Musik- oder Volkshochschule, und Angeboten zur Gesundheitsvorsorge.

Es können neben der ökonomischen Armut auch weitere Dimensionen, wie bspw. Bildungsarmut oder soziale Armut (das Fehlen sozialer Kontakte) beschrieben werden, welche häufig mit ökonomischer Armut einhergehen und die gesellschaftlichen Teilhabechancen von Menschen ebenfalls negativ beeinflussen können.

ARMUTSRISIKO

Das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ist bei einigen Menschen in bestimmten

Lebenslagen, wie bspw. Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, besonders hoch und trifft häufiger Erwerbslose, Geringqualifizierte und Personen mit Migrationshintergrund¹. Auch das Geschlecht und das Alter sind Faktoren, die das Armutsrisiko beeinflussen können. Von Armut betroffene Einwohner*innen befinden sich meist in unsicheren Lebenslagen, die ihnen auch den Zugang zum gesellschaftlichen Leben erschweren.

2.2. TEILHABECHANCEN

Der Begriff der Teilhabechancen beschreibt die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auch an der Gestaltung der Gesellschaft. Dazu gehören bspw. die Teilhabe am Arbeitsmarkt, an Bildungsangeboten oder der Gesundheitsvorsorge. Diese spielen eine entscheidende Rolle für eine selbstbestimmte Lebensführung.

Die Möglichkeiten, an diesen Systemen zu partizipieren und von ihnen zu profitieren, sind jedoch häufig abhängig von der sozialen Herkunft eines Menschen und ihrem Einkommen. So hängt bspw. die Wahrscheinlichkeit dafür, einen erfolgreichen Bildungsabschluss zu erzielen, bis heute in hohem Maße mit dem sozialen Status des Elternhauses zusammen, wie u.a. die PISA-Studien regelmäßig zeigen. Teilhabechancen sind somit auch ein entscheidender Faktor für die soziale Mobilität, welche gegeben sein muss, um die Vererbung von Armut über Generationen zu verhindern.

2.3. LEBENSLAGE

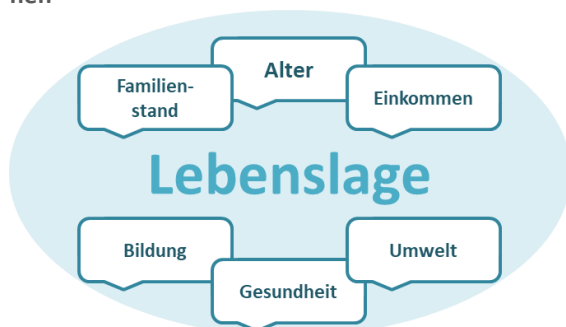
Armut und gesellschaftliche Benachteiligung spiegeln sich den Lebenslagen der Betroffenen wieder und bestimmen ihren Alltag.

¹ Als Alternative zum Begriff „Einwohner*innen mit Migrationshintergrund“ wird stellenweise zur besseren Lesbarkeit der Begriff „Migrant*innen“ synonym verwendet.

Lebenslagen sind abhängig von verschiedenen Faktoren, die sich teilweise mithilfe statistischer Indikatoren abbilden lassen.

In der Armutsforschung dient das Lebenslagenkonzept dazu, eine Unterversorgung in verschiedenen Dimensionen zu beschreiben. Über das Einkommen hinaus sind die wesentlichen weiteren Dimensionen das Alter, der Gesundheitszustand, der Familienstand, der Bildungsstand und der Wohnort bzw. die Umwelt des Wohnortes (vgl. Abbildung 1). Alle Dimensionen sind dabei eng verwoben und zeigen unterschiedlich starke Wechselwirkungen miteinander und sind in unterschiedlichem Maße beeinflussbar.

Abbildung 1: Lebenslagen und zentrale Dimensionen



Quelle: Eigene Darstellung.

Nebst diesen gibt es weitere Faktoren, die die Lebenslage eines Menschen bestimmen, die von der Kommunalstatistik jedoch nicht erfasst werden.

Die integrierte Sozialberichterstattung bedient sich ebenfalls dieser Indikatoren, um die Lebenslagen der Einwohner*innen mit Unterstützungsbedarf zu analysieren und wirksame Stellschrauben zu finden, mit denen sich ihre Lebenslagen verbessern lassen.

2.4. UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE UND „STELLSCHRAUBEN“

Zur Verbesserung der Lebenslagen der Menschen mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung können zum einen (Grund-)Bedarfe gedeckt und zum anderen

Bedarfslagen beeinflusst werden. Dafür gibt es ganz unterschiedliche „Stellschrauben“, auf die auf kommunaler Ebene in unterschiedlichem Maße Einfluss genommen werden kann.

Transferleistungen wie bspw. nach dem SGB II, SGB XII oder Leistungen nach dem AsylbLG usw. bilden ein soziales Netz. Sie ermöglichen den Menschen zwar die Deckung ihrer Grundbedürfnisse, garantieren aber keine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für die Transferleistungsempfänger*innen.

Daher gibt es viele verschiedene Ansätze und Maßnahmen, die ergänzend zu den gesetzlichen Leistungen angeboten werden, welche die von Armut betroffenen Menschen freiwillig in Anspruch nehmen können.

Zu ihnen gehören die Versorgung mit weiterführenden Sprach- und Integrationskursen, ergänzende Unterstützung bei der Arbeitssuche, Unterstützung beim Zugang zu (Weiter)Bildungsangeboten sowie Hilfen bei der Beantragung zusätzlicher Leistungen, wie bspw. aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Aber auch Angebote zur Bewegungsförderung und zur allgemeine Gesundheitsförderung sowie sprach- und gesundheitsförderliche Projekte in Kitas und Schulen, Schulsozialarbeit oder unterschiedliche Beratungs- und Informationsangebote bspw. zu Erziehungsfragen oder dem selbstständigen Leben im Alter gehören typischerweise zu solchen Unterstützungsangeboten. Neben aktiven Angeboten kann auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes und der städtischen Infrastruktur gesellschaftliche Teilhabechancen fördern, bspw. durch den barrierefreien Ausbau des öffentlichen Raumes und des ÖPNV, oder Maßnahmen zur Verbesserung umweltbedingter Gesundheitsrisiken wie Hitze, Luftverschmutzung und Lärm.

All diese Ansätze sind als Stellschrauben zu betrachten, die je nach Lebens- oder Bedarfs-

lage unterschiedlich gut passen. Einige können, neben der Bedarfsdeckung, auch dazu beitragen, dass Menschen sich nicht mehr in Bedarfslagen befinden, bspw. durch erfolgreiche Bildungsabschlüsse und Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Identifikation von *wirkungsvollen* Stellschrauben, an denen die Kommune selber justieren kann, um mit entsprechender Planung eine Verbesserung der Lebenslagen und der Teilhabechancen zu erzielen, stellt für viele Kommunen eine Herausforderung dar. Die isolierte Betrachtung von Effekten die einzelne Maßnahme auf die Lebenslagen der Menschen hat, ist nicht möglich. Es sollte daher ein wissensbasiertes Handeln mit *Wirkungsorientierung* angestrebt werden, welches auf Erfahrungen beruht und durch Studien und Best-Practice-Beispiele regelmäßig inspiriert wird.

Um Menschen aus Unterversorgungslagen zu helfen, braucht es lebensnahe Konzepte, die differenzierte Problemlagen berücksichtigen. Armut sollte daher als integriertes Thema bearbeitet werden.

Welche Stellschrauben als passgenau und umsetzbar betrachtet werden, sollte daher idealerweise für die jeweiligen lokalen Bedingungen in einem interdisziplinären Dialog, gemeinsam mit Verwaltung, Politik und Trägern identifiziert werden, um anschließend Handlungskonzepte zu entwickeln. In den meisten Fällen sind auch partizipative Ansätze, die betroffene Einwohner*innen einbinden, vielversprechend, um zu möglichst passgenauen Handlungsansätzen zu gelangen.

2.5. SOZIALRAUM

Die Sozialberichterstattung orientiert sich am *Sozialraum*, welcher das nahe Umfeld, in dem Menschen leben und gestalten, bezeichnet. Wie unterstützend oder gar benachteiligend ein Sozialraum sein kann, hängt wesentlich

von seiner Infrastruktur ab. Förderlich, z.B. für die Gesundheit und die Bildung, sind Sozialräume mit gut ausgestatteten, modernen Bildungseinrichtungen, sowie klimatisch vorteilhaften Grün- und Erholungsflächen sowie wenig Lärm oder Feinstaub-produzierendem Verkehr (siehe auch Kapitel 5). Solche Stadtteile bieten eine hohe Lebensqualität, sind jedoch meist durch höhere Mieten geprägt und werden entsprechend häufiger von Einwohner*innen mit höherem Einkommen besiedelt. Diese sind wiederum deutlich seltener von sozialen Problemlagen bedroht. Als Folge daraus bündeln sich Menschen mit Unterstützungsbedarf häufiger in Stadtgebieten mit erhöhtem Sanierungsbedarf und nicht ausreichend angepasster Infrastruktur. Einwohner*innen mit geringem Einkommen sind zudem weniger mobil. Für sie ist die Angebotsstruktur, die sie in ihrem Wohnumfeld vorfinden, von höchster Relevanz.

Der Sozialraum, in dem sich Menschen bewegen, wird häufig durch gebaute oder natürliche Grenzen wie Bahnstrecken, Autobahnen oder Gewässer eingegrenzt, da diese nur an wenigen ausgewählten Stellen überquert werden können. Eltern schicken ihre Kinder bspw. seltener auf eine Schule oder Kita, die auf der anderen Seite eines Flusses/Kanals oder einer Autobahn liegt. Dadurch kann die soziale Durchmischung in den Einrichtungen (siehe auch Kapitel 2.6 und Kapitel 5.1), aber auch in den privaten Netzwerken der Eltern und Kinder beeinflusst werden.

Vielbefahrene Bahnstrecken, Hauptstraßen oder Autobahnen fungieren aber nicht nur als soziale Grenzen. In ihrer unmittelbaren Nähe finden sich aufgrund des erhöhten Lärmpegels und der Luftverschmutzung auch häufiger Wohnungen des unteren Segmentes, die vorrangig von Menschen mit einem geringen Haushaltseinkommen angemietet werden (siehe auch Kapitel 5.3.).

Neben den benachteiligenden Einflüssen eines Sozialraumes auf die Lebenslagen seiner Einwohner*innen, kann jedoch ebenso angenommen werden, dass positive Veränderungen im Sozialraum zu einer Verbesserung von Lebenslagen führen können. Überdies wirken nicht nur der Sozialraum und seine Infrastruktur auf seine Bewohner*innen. Soziale Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet auch die Teilhabe an der Gestaltung des Sozialraumes.

Um das Zusammenwirken von Lebenslagen und Sozialraum (vgl. Abbildung 2) zu verstehen, sollten beide gemeinsam betrachtet werden. Eine sozialräumliche Betrachtung bringt Perspektiven der integrierten Stadtentwicklungsplanung mit einer integrierten Sozialplanung zusammen (siehe auch Kapitel 4.6.) Ziel ist es, vorrangig da, wo benachteiligte Personengruppen und Personengruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf leben, entsprechende Maßnahmen zu planen und Infrastrukturen vorzuhalten, die eine gerechte

soziale Teilhabe für alle Einwohner*innen ermöglichen.

Die Oberhausener Einteilung des Stadtgebietes in sechs ebenfalls *Sozialräume* genannte Gebiete erweist sich für die Sozialberichterstattung als nicht kleinräumig genug, um kumulierte Problemlagen und Bedarfe treffend zu lokalisieren. Die nächst-kleinere Raumeinheit in Oberhausen sind die 27 Sozialquartiere (vgl. Karte 1).

Die gelebten Sozialräume der Menschen sind in der Realität nicht immer deckungsgleich mit administrativen Grenzen wie den Oberhausener Sozialräumen und Sozialquartieren. Menschen sind in unterschiedlichem Maße mobil und verbringen unterschiedlich viel Zeit in der nahen Umgebung ihres gemeldeten Wohnortes.

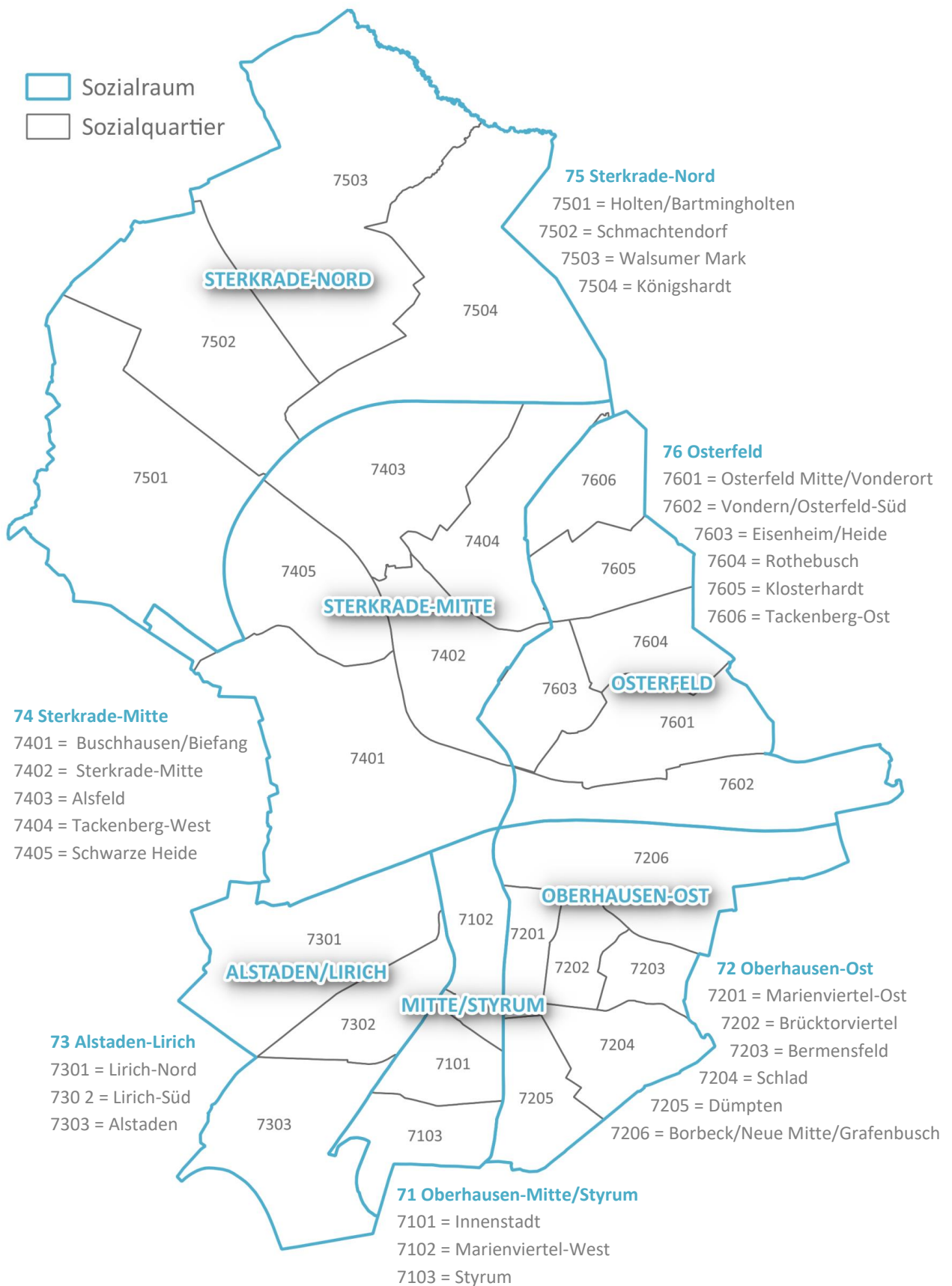
Zur Planung und Steuerung von Maßnahmen, zur Verbesserung von Lebenslagen innerhalb der Kommune, benötigt es jedoch solche administrativen Grenzen.

Abbildung 2: Einbindung der Menschen in den Sozialraum



Quelle: Eigene Darstellung. Icons: Freepik from www.flaticon.com.

Karte 1: Oberhausener Sozialräume und Sozialquartiere



Quelle: Bereich 4-5 Statistik. Eigene Darstellung.

2.6. SEGREGATION

In Oberhausen gibt es trotz erhöhter Zuwanderung seit 2016 nach wie vor ausreichend verfügbaren Wohnraum in allen Preissegmenten. In allen Stadtgebieten Oberhausens sind Wohnungsangebote für unterschiedliche Nachfrager*innen vorhanden. Es ist, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, in jedem Sozialquartier möglich, Wohnungen im höheren, wie auch im niedrigen Preissegment zu finden (vgl. Stadt Oberhausen, 2018a).

Über die letztliche Wahl des Wohnortes entscheiden die Einwohner*innen auf Basis ihrer Ansprüche an das Wohnumfeld und der eigenen Informationslage. Daher kommt es trotz des entspannten Wohnungsmarktes vor allem in Alt-Oberhausen, wo der größte Teil der Wohnungen im niedrigen Preissegment liegt, zu starken Segregationstendenzen, also zu einer Konzentration von Menschen mit einem erhöhten Armutsrisiko in einzelnen Quartieren. Neben geringen Mieten können auch andere Faktoren dazu führen, dass sich Segregation verstärkt. Innenstadtgebiete sind bspw. typische Ankunftsgebiete für Menschen, die aus dem Ausland einwandern. Sie finden dort Opportunitätsstrukturen, die ihnen das Ankommen erleichtern (vgl. Kurtenbach, 2013). Dies können Bekannte und Freunde sein, aber auch eine ähnliche Kultur, die sie in Form von Sprache, Religion oder Geschäften im nahen Wohnumfeld vorfinden.

Einige Menschen wohnen freiwillig segregiert unter ihresgleichen. Andere hingegen haben (bspw. aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen, oder körperlicher Beeinträchtigungen) eine begrenzte Auswahl bei der Wohnungssuche. Sie leben dann unfreiwillig segregiert in einer Gegend, in der es auch vielen anderen so geht.

Für die Versorgung der Menschen mit unterstützenden Institutionen kann eine solche *residentielle Segregation* zwar nützlich sein,

sie ist jedoch stets auch kritisch zu betrachten, da eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft dazu führen kann, dass sozial benachteiligte Menschen immer weniger an der Gesellschaft und dem allgemeinen Wohlstand teilhaben können. „Durch den selektiven Fortzug von finanzstärkeren Haushalten bei gleichzeitig selektivem Zuzug von finanzschwachen Haushalten wird letztlich eine Spirale der sozialen Auslese in Gang gesetzt“ (MAIS NRW, 2016 S. 410).

In einem negativen sozialen und oft auch baulichen Umfeld sind sog. *Quartierseffekte* zu beobachten (vgl. Nieszery, 2008), welche die persönliche Lebenslage der Bewohner*innen negativ beeinflussen können. Die Abwertung des öffentlichen Raumes und der Rückgang der Infrastruktur aufgrund der sinkenden lokalen Kaufkraft isolieren und benachteiligen die Einwohner*innen und können letztlich zu einer Stigmatisierung des Quartiers mitsamt seiner Bewohner*innen führen² (vgl. Häußermann, et al., 2004 S. 170).

Kommunen können auf die Segregation nur begrenzt Einfluss nehmen. Sie können sich aber mit dem lokalen Ausmaß der Segregation vertraut machen und gezielt die gesellschaftliche Teilhabe der Einwohner*innen segregierter Stadtteile fördern.

Die Segregation zwischen Stadtteilen kann u.a. mithilfe eines sog. *Segregationsindex* gemessen und im Zeitverlauf beobachtet werden.

Die Kennzahl kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen und gibt den Anteil der Bevölkerung an, die den Wohnort wechseln müsste, um zu einer Gleichverteilung eines gewählten

² An dieser Stelle soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Sozialberichterstattung keine Stigmatisierung einzelner Quartiere vornehmen möchte, sondern mithilfe datenbasierter Transparenz soziale Ungleichheiten sichtbar und damit strategisch bekämpfbar macht.

Merkmals zwischen den Stadtteilen zu kommen. Je höher der Wert ist, desto höher die Segregation, also die Ungleichverteilung. Der Segregationsindex eignet sich vorrangig zur Beobachtung der Entwicklung von gesellschaftlicher Durchmischung bzw. Segregation.

Die *soziale* Segregation einer Stadt lässt sich über die Verteilung der der SGB-II-Quoten abbilden. Für Oberhausen fließen die Werte der 27 Sozialquartiere in die Berechnung ein. In Abbildung 3 ist u.a. der Segregationsindex für das Merkmal SGB-II-Bezug im Zeitverlauf von 2013 bis 2018 abgebildet.

Zwischen 2013 und 2016 bewegte er sich mit leichten Schwankungen um etwa 25 Punkte herum. Seit 2016 ist eine leicht steigende Tendenz zu beobachten.

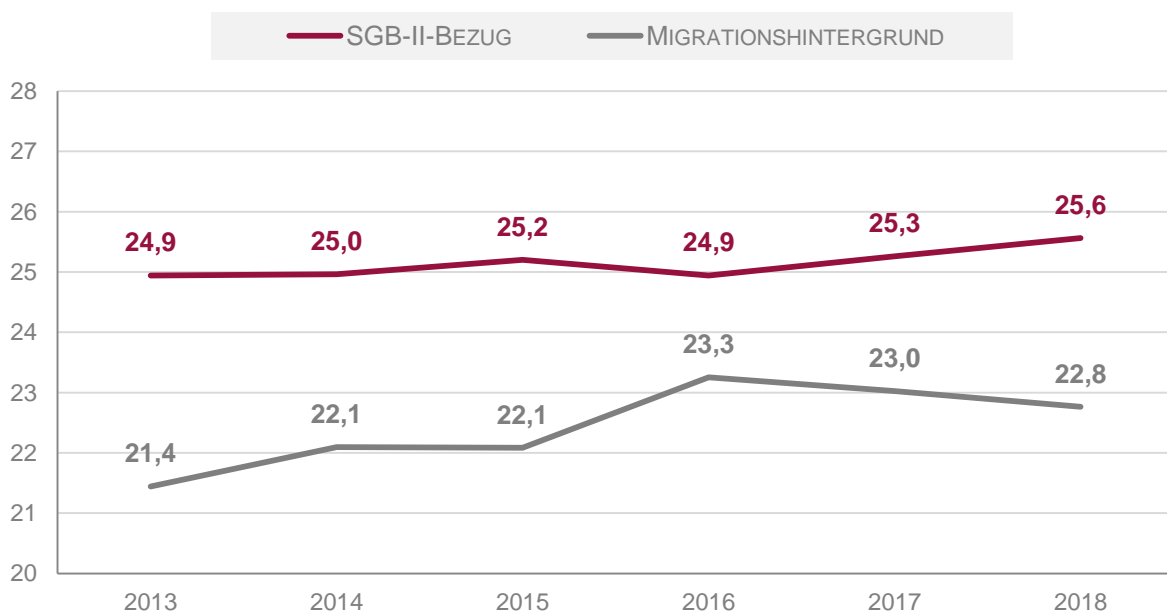
Neben der *sozialen* Segregation lässt sich auch die *ethnische* Segregation mithilfe des Segregationsindex beziffern. Sie wird über den Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund berechnet.

In Oberhausen zeigt sich für die ethnische Segregation, im Vergleich zur sozialen Segregation, ein geringerer, jedoch auch weniger konstanter, Wert (vgl. Abbildung 3).

Nach einem deutlichen Anstieg zwischen 2013 und 2016 von rund 21 Punkten auf über 23, fällt der Wert seither langsam wieder ab.

Der Anstieg bis 2016 kann voraussichtlich auf den Zuzug von Schutzsuchenden aus dem Ausland zurückgeführt werden, der sich besonders in 2015 und 2016 abgezeichnet hat. Asylbewerber*innen mit Aufenthaltsstatus wurden schnellstmöglich aus Gemeinschaftsunterkünften in festen Wohnraum vermittelt. Da besonders in Alt-Oberhausen mehr preiswerte Wohnungen zur Verfügung standen, stieg der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund in den dortigen Sozialquartieren stärker an, als in jenen Quartieren mit weniger verfügbarem und preiswertem Wohnraum.

Abbildung 3: Segregationsindex nach Duncan und Duncan (1955) für SGB-II-Bezug und Migrationshintergrund*



Einwohner*innen mit nichtdeutschem Geburtsland, ausländischer Staatsangehörigkeit oder mindestens einem Elternteil, der (seit 1960) zugewandert ist und/oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Quelle: Bereich 4-5 /Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit (Stichtag 31.12.). Eigene Berechnung und Darstellung.

3 STRATEGISCHE SOZIALPLANUNG IN OBERHAUSEN

Die Analysen des ersten Oberhausener Sozialberichtes haben sich seit der Veröffentlichung 2018 als nützliche Anknüpfungspunkte und Unterstützung für verwaltungsinterne und -externe Fachplanungen gezeigt.

So wurde bspw. der Sozialindex in andere Berichte, wie den Familienbericht und den Bildungsbericht, eingebunden sowie im Rahmen des wohnungspolitischen Dialoges der Stadtentwicklung. Die Ergebnisse sind zudem online im Sozialstrukturatlas als interaktive Karten abrufbar (siehe auch Kapitel 4.1).

Auch zur Formulierung von Förderanträgen wurde auf den Sozialbericht zurückgegriffen: z.B. im Rahmen des Programmaufrufes „Zusammen im Quartier - Kinder stärken - Zukunft sichern“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW), welches für insgesamt vier Projektförderungen Landes- und ESF-Mittel nach Oberhausen vergibt.

Um diese gut genutzte Arbeitsgrundlage möglichst aktuell zu halten, wird die Aktualisierung des Sozialindex im Zweijahresturnus vorgenommen.

3.1. DER SOZIALPLANUNGSPROZESS

Zentrale Ziele der Sozialplanung und Sozialberichterstattung sind die Armutsbekämpfung und die Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen.

Um den individuellen Lebens- und Bedarfslagen der Menschen entgegen zu kommen, halten Kommunen eine vielfältige Träger- und Maßnahmenlandschaft zur Unterstützung ihrer Einwohner*innen vor. Neben gesetzlich verankerten Maßnahmen existieren auch sehr spezifische oder innovative Angebote, welche teils zeitlich begrenzt sind, andere sind in langjähriger Existenz bereits zur Institution geworden.

Die Bedarfslagen von Menschen ändern sich im Lebensverlauf. Dies kann bspw. bei institutionalisierten Bildungsübergängen, wie zum Schulbeginn oder -abschluss der Fall sein, bei der Familienplanung, mit Beginn der Schwangerschaft, der Geburt oder Kindererziehung oder beim Erreichen eines bestimmten Lebensalters, z.B. bei Renteneintritt.

Neben diesen Lebensabschnitten, die eine breite Masse der Bevölkerung betreffen, erleben einige Menschen auch Brüche im Lebensverlauf wie bspw. Scheidung, Arbeitslosigkeit, Insolvenz oder Krankheit – eigene oder auch die von Angehörigen. Diese oft unerwartet auftretenden Brüche verändern die Lebens- und Bedarfslagen der Menschen und Familien, manchmal zeitlich begrenzt, manchmal nachhaltig. Flankiert wird die individuelle Lebenslage durch gesellschaftliche und infrastrukturelle Bedingungen und Veränderungen. Einige Entwicklungen fördern die Mobilität der Menschen, bringen aber auch vermehrt Unsicherheiten mit sich. Informelle Unterstützungsnetzwerke, wie bspw. Familien- und Nachbarschaftsstrukturen sind weniger beständig.

Trotz deutlich beobachtbarer gesellschaftlicher Veränderungen, wie dem demographischen Wandel, zeichnen sich über viele Jahre recht gleichbleibende Sozialstrukturen in bestimmten Stadtteilen ab. Dies zeigt sich in Oberhausen, wie auch in anderen größeren Städten. Es gibt immer Gebiete mit vielen oder wenigen Transferleistungsbezieher*innen, mit vielen oder wenigen Kindern und mit vielen oder wenigen Migrant*innen. Diese sog. Segregation (siehe auch Kapitel 2.6) ist ein breites sozialwissenschaftliches Feld und wird viel diskutiert. Eine gute gesellschaftliche Durchmischung wird dabei als Gegenpol zur gesellschaftlichen Spaltung gesehen.

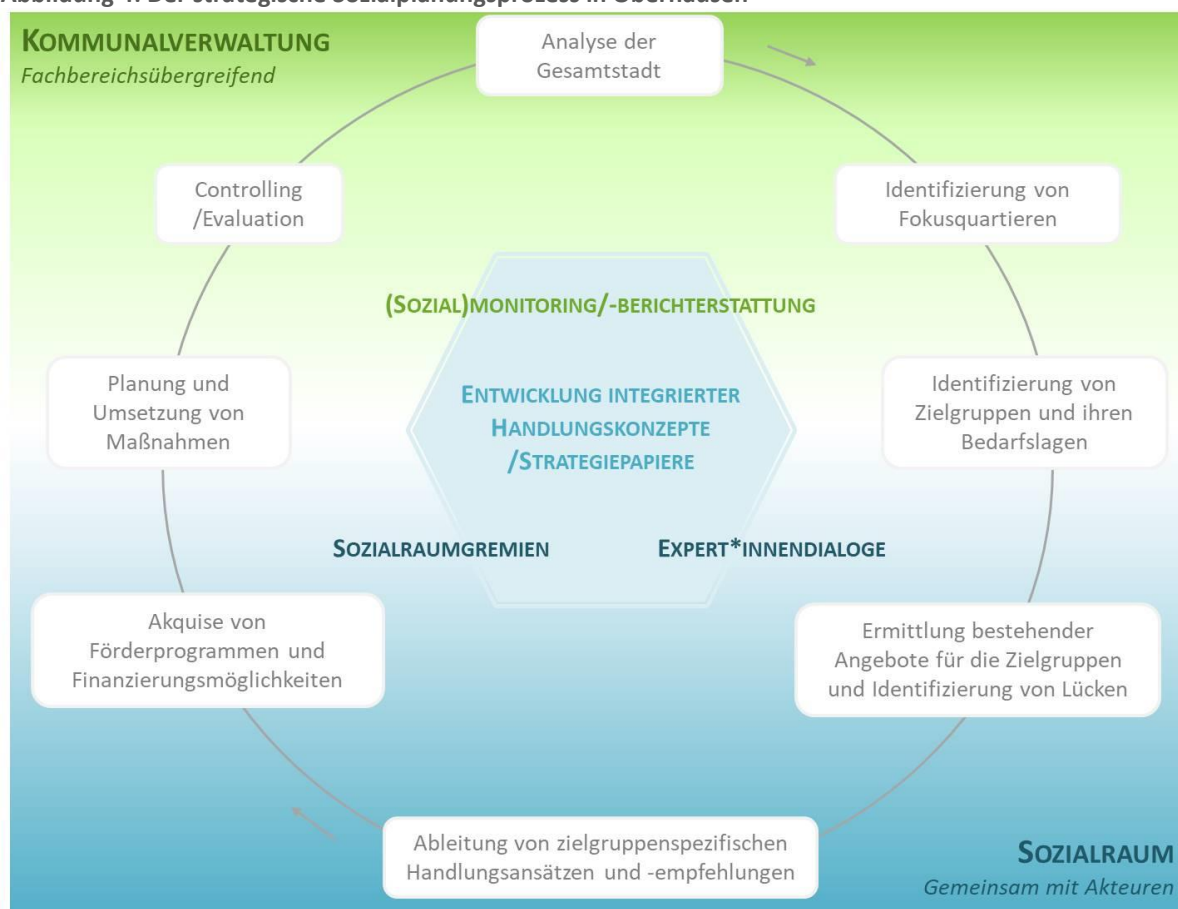
Die Möglichkeiten, diese Durchmischung zu beeinflussen, sind auf kommunaler Ebene begrenzt, sodass die kommunale Planung die

passgenaue Versorgung mit Unterstützungsangeboten - dort wo die Menschen leben, die sie besonders benötigen - fördert. Um ein vielfältiges Unterstützungsangebot mit knappen und bevorzugt vorhandenen Ressourcen anbieten zu können, ist es einerseits nötig, einen stets aktuellen Überblick über die Sozialstruktur in den Oberhausener Sozialräumen zu haben, um die Bedarfslagen in den entsprechenden Quartieren transparent zu machen und andererseits bestehende Maßnahmen sinnvoll aufeinander abzustimmen, damit sie sich ergänzen können. Hierzu ist ein regelmäßiger Dialog zwischen Planung, Politik und den Maßnahmenträgern vor Ort vonnöten.

Die Oberhausener Sozialplanung folgt dabei einem strategischen Sozialplanungsprozess (vgl. Abbildung 4). Dieser stellt u.a. das Zu-

sammenspiel zwischen der Sozialplanung bzw. der Kommunalverwaltung und den Akteur*innen im Sozialraum dar. Je weiter die Arbeitsschritte im grünen, oberen Bereich der Abbildung liegen, desto stärker werden sie von der Kommunalverwaltung wahrgenommen. Je weiter die Aufgaben im blauen unteren Bereich liegen, desto stärker sind sie auf die Zusammenarbeit mit Akteur*innen im Sozialraum ausgerichtet. Der Prozess wird vom *Team Sozialplanung und Sozialraumkonferenzen* begleitet und ist an allen Punkten auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Fachplanungen ausgerichtet. Neben der Sozialberichterstattung sind die Expert*innendialoge (siehe Kapitel 3.3) und die Sozialraumgremien (siehe Kapitel 4.4) wesentliche Bausteine des Prozesses.

Abbildung 4: Der strategische Sozialplanungsprozess in Oberhausen



Quelle: Eigene Darstellung

3.2. SOZIALMONITORING UND -BERICHTERSTATTUNG

Die integrierte Sozialberichterstattung soll statistische, planungsrelevante Sozialdaten und Analysen zu einfachen Kennzahlen und Karten, übersichtlichen Abbildungen, kompakten Berichten und verständlichen Präsentationen aufbereiten. Dazu gehört auch, die Bedeutung der Kennwerte zu erläutern und daraus steuerungsrelevante Informationen und Handlungsbedarfe abzuleiten.

Darüber hinaus wird mit dem Sozialbericht eine breite Transparenz angestrebt, um die Analysen für alle Interessierten zugänglich zu machen und einen aktiven Informationstransfer zu forcieren.

Die Lebenslagen der Menschen in einem Sozialraum können sich mit der Zeit verändern, ebenso die Sozialstruktur eines Sozialraums. Darauf muss eine Kommune möglichst flexibel reagieren können.

Um den Status Quo aber auch die Entwicklung der verschiedenen Oberhausener Sozialquartiere darzustellen, wird im Rahmen des Sozialberichtes ein Sozialindex berechnet. Dieser greift auf eine Auswahl an Sozialindikatoren zurück und identifiziert Fokusquartiere, in denen sich einerseits Menschen mit hohem Armutsrisiko bündeln und zeigt andererseits auf, wo Anteile der Armutsrisikogruppen in den letzten Jahren am deutlichsten zu- oder abgenommen haben.

Im Rahmen des Sozialberichtes werden anschließend für die jeweiligen Fokusquartiere, neben der Sozialstruktur, auch die Altersstruktur und städtebauliche Aspekte in den Blick genommen werden, um steuerungsrelevante Informationen für die jeweiligen Sozialquartiere abzuleiten.

Der Sozialindex und der Sozialbericht stellen ein Monitoringsystem dar, aus dem sich steu-

erungsrelevante Informationen für die verschiedenen Sozialquartiere ableiten lassen.

Die Sozialplanung kann dabei auf eine breite Datengrundlage der Stadtverwaltung aufbauen. Der Bereich Statistik bereitet Daten aus unterschiedlichen Quellen, wie dem Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen oder der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, auf und stellt sie unter Einhaltung der jeweiligen Datenschutzverordnungen anderen Fachverwaltungen zur Verfügung.

Bereits im Rahmen des ersten Sozialberichtes zeigte sich, dass die Ableitung von Handlungsempfehlungen aus den reinen statistischen Auswertungen nicht zielführend ist. Im Rahmen des Sozialberichtes werden daher zunächst steuerungsrelevante Informationen für die jeweiligen Fokusquartiere herausgearbeitet.

Diese werden dann in weiteren Abstimmungsprozessen, die an den Sozialbericht anschließen, zu abgestimmten integrierten Handlungsempfehlungen weiterverarbeitet.

3.3. EXPERT*INNENDIALOGE IM SOZIALRAUM

Um die Datenanalysen mit dem Wissen anderer Fachakteur*innen aus den Sozialräumen zusammenzubringen, werden sie unter dem Motto „Von Daten zu Taten“ im Rahmen von *Expert*innendialogen*³ diskutiert. In diese fließen neben den Ergebnissen des Sozialberichtes interdisziplinäre Analysen anderer Fachplanungen z.B. aus den Bereichen, Bildung, Gesundheit, Stadtentwicklung usw. ein.

Die Veranstaltungsreihe wird gefördert durch das Landesprogramm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken, Zukunft sichern! Des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS NRW). Überdies wird

³ www.oberhausen.de/expertinnendialoge

sie fachlich begleitet durch die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B NRW). Das Projekt ist trotz einer zeitlich begrenzten Förderperiode darauf ausgelegt, verstetigt zu werden.

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, gemeinsam mit Funktionsträger*innen der Stadtverwaltung, der örtlichen Institutionen und der Politik, elementare Stellschrauben zur Verbesserung der Lebenslagen für Einwohner*innen mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung zu erörtern. Auf diesem Weg sollen abgestimmte, wissenschaftliche und umsetzungsfähige Handlungsempfehlungen formuliert werden.

Die Oberhausener Expert*innendialoge greifen das Format der ehemaligen *Sozialraumgespräche*, wie sie bis 2011 in Oberhausen stattfanden, wieder auf, setzen jedoch als neuen Schwerpunkt die Erarbeitung einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung.

Die Geschäftsführung der Expert*innendialoge obliegt dem Bereich Soziales der Stadt Oberhausen und die Koordinierung erfolgt durch ein verwaltungsinternes, interdisziplinäres Organisationsteam, welches sich eigens für die Expert*innendialoge konstituiert hat. Es umfasst neben dem Bereich Soziales die Bereiche Chancengleichheit, Gesundheit, Kinder, Jugend und Familie, Kommunales Integrationszentrum (KI), Schule, Stadtentwicklung und Statistik sowie die gemeinsame Einrichtung Jobcenter.

Der Veranstaltungsablauf ist in allen sechs Sozialräumen ähnlich, die Inhalte werden jedoch individuell an den Sozialraum angepasst. Zusammen mit den Fachakteur*innen der jeweiligen Sozialräume werden in einem jährlich stattfindenden Expert*innendialog pro Sozialraum auf Basis interdisziplinärer Sozialraumanalysen Handlungsbedarfe und Visionen gesammelt sowie erste Handlungsansätze

entwickelt. Diese werden anschließend in Abstimmung mit den zuständigen Fachverwaltungen zu integrierten Handlungsempfehlungen weiterverarbeitet und mit verwaltungsinernen Gremien, wie der AG Chancengleichheit und externen Gremien, wie den Sozialraumgremien, rückgekoppelt. Dabei werden sie auf einige umsetzbare, messbare und wirkungsorientierte Handlungsempfehlungen reduziert, welche im Rahmen von insgesamt sechs Strategiepapieren – für jeden Sozialraum eins – veröffentlicht werden.

Die Trägerlandschaft unterstützender Maßnahmen und Institutionen ist vielfältig und wird von zahlreichen engagierten Menschen getragen. Die Expert*innendialoge können dazu beitragen, dieses bereits vorhandene Potential besser sichtbar zu machen und allen Akteur*innen die Möglichkeit geben, sich regelmäßig auszutauschen und sich unmittelbar zu vernetzen.

Übergeordnetes Ziel der Veranstaltungsreihe ist die Verbesserung der Lebenslagen im Sozialraum durch eine gemeinsame strategische Ausrichtung. Der regelmäßige Austausch, der hierzu nötig ist, zeigt dabei bereits jetzt deutliche Erfolge hinsichtlich der Transparenz der Trägerlandschaft. Für die Expert*innendialoge wird nicht nur ein umfassender sozialraum-spezifischer Verteiler gepflegt, sondern auch daran gearbeitet, die verbesserte Übersicht, über die verschiedenen Institutionen im Oberhausener Stadtgebiet für andere nutzbar zu machen (siehe auch Kapitel 9). Auf diesem Wege können auch Versorgungslücken in den Sozialräumen besser identifiziert werden.

3.4. UMSETZUNG VON MAßNAHMEN UND CONTROLLING

Politik, Verwaltung und Trägern soll mit den Strategiepapieren eine gemeinsame Grundlage als Orientierung hin zu einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung geboten werden. Überdies können die Strategiepapiere, ebenso

wie die verschiedenen Fachberichte der Stadtverwaltung, als Grundlage zur Formulierung von Förderanträgen genutzt werden.

Die Entscheidung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen kann dabei weder durch die Sozialplanung noch durch das interdisziplinäre Organisationsteam gesteuert werden, da die jeweiligen Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen sich auf die Politik, die Fachverwaltungen, den Verwaltungsvorstand und die Maßnahmenträger*innen verteilen. Es ist jedoch vorgesehen, den Umsetzungsstand der im Rahmen der Expert*innendialoge erarbeiteten Handlungsempfehlungen durch ein zentrales Controlling zu begleiten. Welches Verfahren dafür angewendet wird und wie dies in die künftige Veranstaltungskonzeption einfließen kann, ist im weiteren Projektverlauf zu erarbeiten.

4 AUSTAUSCH UND KOOPERATIONEN

Wie auch andere Berichte der Stadtverwaltung versucht der Sozialbericht auf andere Fachberichterstattungen und -analysen der Stadt Oberhausen Bezug zu nehmen und führt ggf. für die Sozialräume relevante Erkenntnisse mit den Ergebnissen der Sozialstrukturanalysen zusammen.

Überdies ist die Kommunikation und Rückkopplung der Ergebnisse des Sozialberichtes mit anderen Fachbereichen der Kommunalverwaltung sowie im Sozialraum selbst entscheidend für eine realitätsnahe Interpretation der Analysen.

Dabei strebt die Sozialplanung einen aktiven Informationstransfer der Berichtsergebnisse an. Dies erfolgt einerseits durch die Präsentation der Ergebnisse in politischen Ausschüssen und internen Gremien der Stadtverwaltung, aber auch in externen Gremien und Institutionen, wie den Sozialraumgremien.

Überdies bietet die Sozialplanung internen und externen Akteur*innen an, über den Sozialbericht hinausgehende individuelle Auswertungen bspw. für Handlungskonzepte anzufertigen.

4.1. TRANSPARENZ DER DATENGRUNDLAGE

Basis einer interdisziplinären Interpretation der Sozialraumanalysen und die realitätsnahe Ableitung potentieller Handlungsansätze, wie sie bspw. im Rahmen der Expert*innendialoge erfolgen, ist eine transparente und verständliche Aufbereitung der verwendeten Daten. Damit einher geht auch die Erläuterung der Bedeutung von Kennwerten bzw. Indikatoren. Fachberichte und -analysen sollten überdies für alle Interessierten gut zugänglich sein.

An diesem Prinzip orientiert sich entsprechend auch die Sozialberichterstattung. Die verwendeten Basisdaten des Sozialindex sind einerseits im Anhang als Anteilswerte und Anzahlen

zu finden (vgl. Abbildung 63 bis Abbildung 66) und zum anderen im Oberhausener *Sozialstrukturatlas*⁴, welcher auf der Internetseite der Stadt Oberhausen abgerufen werden kann. Der Sozialstrukturatlas wird vom Bereich Statistik jährlich aktualisiert und enthält auch zahlreiche weitere Indikatoren für die Sozialräume und Sozialquartiere. Mithilfe des Sozialstrukturatlas lassen sich Daten im Zeitverlauf, als Vergleichsdiagramm zwischen Sozialquartieren und als Karte darstellen.

Neben dem Sozialstrukturatlas lässt sich eine Vielzahl an Daten und Auswertungen auch im *O.bis*⁵, dem Oberhausener Informationssystem abrufen.

4.2. INTEGRIERTE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB DER VERWALTUNG

Innerhalb der Verwaltung werden diverse Querschnittsthemen, wie bspw. Integration, Chancengleichheit oder Familie behandelt, die die Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche erfordern. Die Sozialplanung ist ebenfalls auf die integrierte Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen ausgelegt und vertritt Armut und soziale Ausgrenzung als Querschnittsthema in anderen Fachplanungen. Gleichzeitig nimmt sie armutsbezogene Perspektiven anderer Fachplanungen auf und verknüpft diese.

Ein nützliches Instrument zur Förderung der integrierten Zusammenarbeit ist die verwaltungsinterne Planer*innengruppe der Stadt Oberhausen. Sie richtet sich an alle Mitarbeiter*innen aus allen Fachbereichen, die mit planerischen Aufgaben betraut sind. Hierzu gehören bspw. die Bereiche Chancengleichheit, Gesundheit, Kommunales Integrationszentrum, Kinder, Jugend und Familie, Schule, Soziales, Sport, Stadtentwicklung, Statistik,

⁴ Siehe: www.oberhausen.de/atlas/Sozialstrukturatlas/

⁵ Siehe: <http://www.duva-server.de/OBIS/>

Umwelt und VHS. Sie dient dem Austausch, um planerische Prozesse sinnvoll aufeinander abzustimmen, aber auch zur gegenseitigen Beratung über Berichtsverfahren. So wurde auch das Verfahren der Sozialindexberechnung in Rückkopplung mit der Planer*innengruppe an die Bedürfnisse der anderen Fachplanungen angepasst.

4.3. TRÄGER*INNEN SOZIALER PROJEKTE UND MAßNAHMEN

In der Stadt Oberhausen übernehmen viele verschiedene Träger*innen und Initiativen soziale Dienstleistungen sowie Projekte und Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe. Einige Akteur*innen arbeiten stadtweit, einige engagieren sich in bestimmten Quartieren.

Die Stadtverwaltung selber steht mit diversen Bereichen als unmittelbarer Ansprechpartner für die Oberhausener Bürger*innen zur Verfügung. Dabei nehmen sie nicht nur gesetzliche Pflichtaufgaben wahr, sondern führen auch eigene Projekte und Maßnahmen durch oder unterstützen andere Träger*innen. Hierzu gehören die Bereiche *Bürgerservice und Öffentliche Ordnung, Chancengleichheit, Gesundheit, Kinder, Jugend und Familie, kommunales Integrationszentrum (KI), Musische Bildung, Schule, Soziales, Sport, Stadtplanung, Umweltschutz, Wohnen, das Bert-Brecht-Bildungszentrum, das Bildungsbüro, die Gleichstellungsstelle, die Koordinierungsstelle Übergang Schule-Beruf, das Kulturbüro* und die *gemeinsame Einrichtung Jobcenter*.

Neben den kommunalen Anlaufstellen gibt es zahlreiche konfessionelle Einrichtungen, gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände, die in Oberhausen verschiedene Angebote vorhalten. Hierzu gehören u.a. Kindertageseinrichtungen, verschiedene Schulformen, Jugendtreffs und Alten- und Pflegeeinrichtungen, aber auch Institutionen, die sich speziell

der Förderung von Menschen in allen Lebenslagen widmen. Sie helfen beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Aus- und Weiterbildung oder bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Gemeinnützige Vereine und konfessionelle Träger*innen pflegen über viele Jahre hinweg Netzwerke innerhalb Oberhausens; teils sozialraumspezifisch, aber auch über die Oberhausener Grenzen hinaus. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit ihnen sind für eine integrierte Sozialplanung besonders wichtig.

4.4. SOZIALRAUMGREMIEN

Zum Teil aus Eigeninitiative und zum Teil aus den damaligen „Sozialraumgesprächen“ (siehe auch Kapitel 3.3) sind in einigen Sozialräumen *Sozialraumgremien* erwachsen, die bis heute aktiv zusammenarbeiten und sich in regelmäßigen Abständen zwei- bis viermal im Jahr treffen. In den Sozialraumgremien kommen Akteur*innen aus Kitas, Schulen, der Stadtverwaltung, Verbänden, Kirchen, Politik u.v.m. zu einem sozialraumspezifischen Austausch zusammen. Nicht selten gehen auch Kooperationen aus Sozialraumgremien hervor.

Bei den Sozialraumgremien handelt es sich um freiwillige informelle Zusammenschlüsse, die von unterschiedlichen Akteur*innen geleitet werden und unterschiedliche Namen tragen. Mittlerweile findet sich in allen sechs Sozialräumen Oberhausens mindestens ein Sozialraumgremium. Die Sozialplanung nimmt regelmäßig an den Sitzungen der aktiven Gremien teil und kann so auch den Austausch zwischen den Gremien der Sozialräume anregen. Abbildung 5 zeigt eine Übersicht der derzeit aktiven Sozialraumgremien⁶.

⁶ Eine Übersicht der zuständigen Ansprechpartner und Termine findet sich künftig auf: www.oberhausen.de/expertinnendialoge

Abbildung 5: Übersicht der Sozialraumgremien

SOZIALRAUM	SOZIALRAUM-GREMIUM
MITTE/STYRUM	AK Soziales
OBERHAUSEN-OST	Forum Oberhausen-Ost
ALSTADEN/LIRICH	Sozialraumgremium Alstaden/Lirich
STERKRADE-MITTE	Forum Sterkrade
STERKRADE-MITTE	Sozialraum-gremium Schwarze Heide
STERKRADE-NORD	PAUL-Gruppe
OSTERFELD	Sozialraum-gremium Osterfeld-Mitte
OSTERFELD	Sozialraum-gremium Tackenberg-Ost

Quelle: Bereich 3-2 Soziales.

4.5. KOMMUNALE PRÄVENTIONSNETZE

Ausgehend von den positiven Ergebnissen und Erfahrungen des Modellvorhabens "Kein Kind zurücklassen!", an dem auch Oberhausen seit 2012 von Beginn teilnahm, wird die Politik der Vorbeugung schrittweise in die Fläche des Landes NRW gebracht⁷.

"Kommunale Präventionsketten" meinen ein Netz aus präventiven Unterstützungsmaßnahmen, die lückenlos entlang des Aufwachsens der Kinder ineinandergreifen. Dies bedeutet, dass Kinder und ihre Familien vor Ort von der Schwangerschaft und Geburt bis zum Eintritt in das Berufsleben unterstützt werden.

Ziel des Vorhabens war und ist, Kindern und Jugendlichen ein gelingendes Aufwachsen,

gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung, unabhängig von ihrer Herkunft, zu ermöglichen. Dabei galt und gilt die Maxime „Vom Kind aus denken!“, um Präventionsketten zu schließen, Bedarfe aufzudecken und Dopplungen zu vermeiden.

Kommunen und Land arbeiten Hand in Hand in dem gemeinsamen Bestreben, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und Zukunftsperspektiven zu eröffnen, den künftigen Fachkräftebedarf zu sichern und mittel- und langfristig soziale Folgekosten zu minimieren.

Die Sozialplanung und die Koordinierung der kommunalen Präventionsketten, welche im Bereich 0-4 Chancengleichheit angesiedelt ist, haben in ihren Arbeitsbereichen eine große Schnittmenge und befinden sich in permanenter strategischer Abstimmung.

4.6. SOZIALE STADT

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt NRW“ ist ein Programm der Städtebauförderung. Es unterstützt durch die gezielte Bereitstellung von finanziellen Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland kommunale Aktivitäten, um der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten und Quartieren entgegenzutreten.

Das Sozialquartier Innenstadt und große Teile der Sozialquartiere Lirich-Nord und -Süd waren viele Jahre Projektgebiete der sozialen Stadt und wurden entsprechend städtebaulich gefördert. Die separate Förderung der Sozialquartiere Innenstadt und Lirich ist mittlerweile in ein gemeinsames Fördergebiet *Brückenschlag* übergegangen (vgl. Karte 2), welches das Sozialquartier Innenstadt, wie auch Teile von Lirich-Süd und des Marienviertels-West umfasst. Für das Fördergebiet gibt es ein integriertes Handlungskonzept (*IHK Brückenschlag*), welches städtebauliche, wirtschaftliche, soziale, ökologische, klimaschützende,

⁷ Siehe auch:

https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/verwaltungsfuehrung/chancengleichheit/familie/kommunale_prventionskette_-_kein-kind-zuruecklassen.php

kulturelle, lokalökonomische und beschäftigungswirksame Fördermaßnahmen vorsieht⁸.

Die Sozialquartiere Osterfeld-Mitte und Eisenheim/Heide sowie Teile von Rothebusch und Vondern/Osterfeld-Süd sind seit 2016 ebenfalls Fördergebiet der sozialen Stadt. Hier dient das *Integrierte Handlungskonzept Osterfeld* als Grundlage der Arbeit⁹. Es berücksichtigt, ebenso wie das IHK Brückenschlag, städtebauliche, wirtschaftliche, soziale, ökologische, klimaschützende, kulturelle, lokalökonomische und beschäftigungswirksame Belange und stimmt sie aufeinander ab.

Typische Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt sind u.a. die Schaffung von Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche oder Gemeinbedarfseinrichtungen, die Aufwertung von Straßenzügen und öffentlichen Plätzen, die Beseitigung von Angsträumen oder die Umgestaltung von Schulhöfen.

Überdies gibt es Maßnahmen, an denen die Bürger*innen sich aktiv beteiligen können, um ihren Stadtteil mitzugestalten. Hierzu gehört auch die Gründung eines Beirates aus lokalen Akteur*innen, welche die Entwicklungsprozesse begleiten, steuern und wichtige Themen vorberaten.

Die Einwohner*innen der Fördergebiete können zudem selber Anträge auf die Förderung eigener Projekte stellen, z.B. im Rahmen des Hof- und Fassadenprogramms oder des Verfügungsfonds.

Anders als in Alt-Oberhausen und Osterfeld wird das Zentrum von Sterkrade-Mitte im Rahmen des Städtebauförderprogramms *Aktive Stadt- und Ortsteilzentren* durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit, das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Stadt Oberhausen gefördert.

Die Sterkrader Innenstadt soll mit Hilfe von Städtebaufördermitteln wieder profiliert und in ihrer Attraktivität als Wohn- und Handelsstandort gestärkt werden. Der Erneuerungsprozess für die Sterkrader Innenstadt basiert auf dem Ziel, die Multifunktionalität zu stärken und langfristig zu erhalten, um eine lebendige Innenstadt zu entwickeln. Eine Übersicht über die geplanten Maßnahmen findet sich im *Integrierten Handlungskonzept Oberhausen Sterkrade*¹⁰.

⁸ Siehe:

<https://www.oberhausen.de/de/index/stadtentwicklung-umwelt/stadtentwicklung/stadtteilentwicklung-brueckenschlag.php>

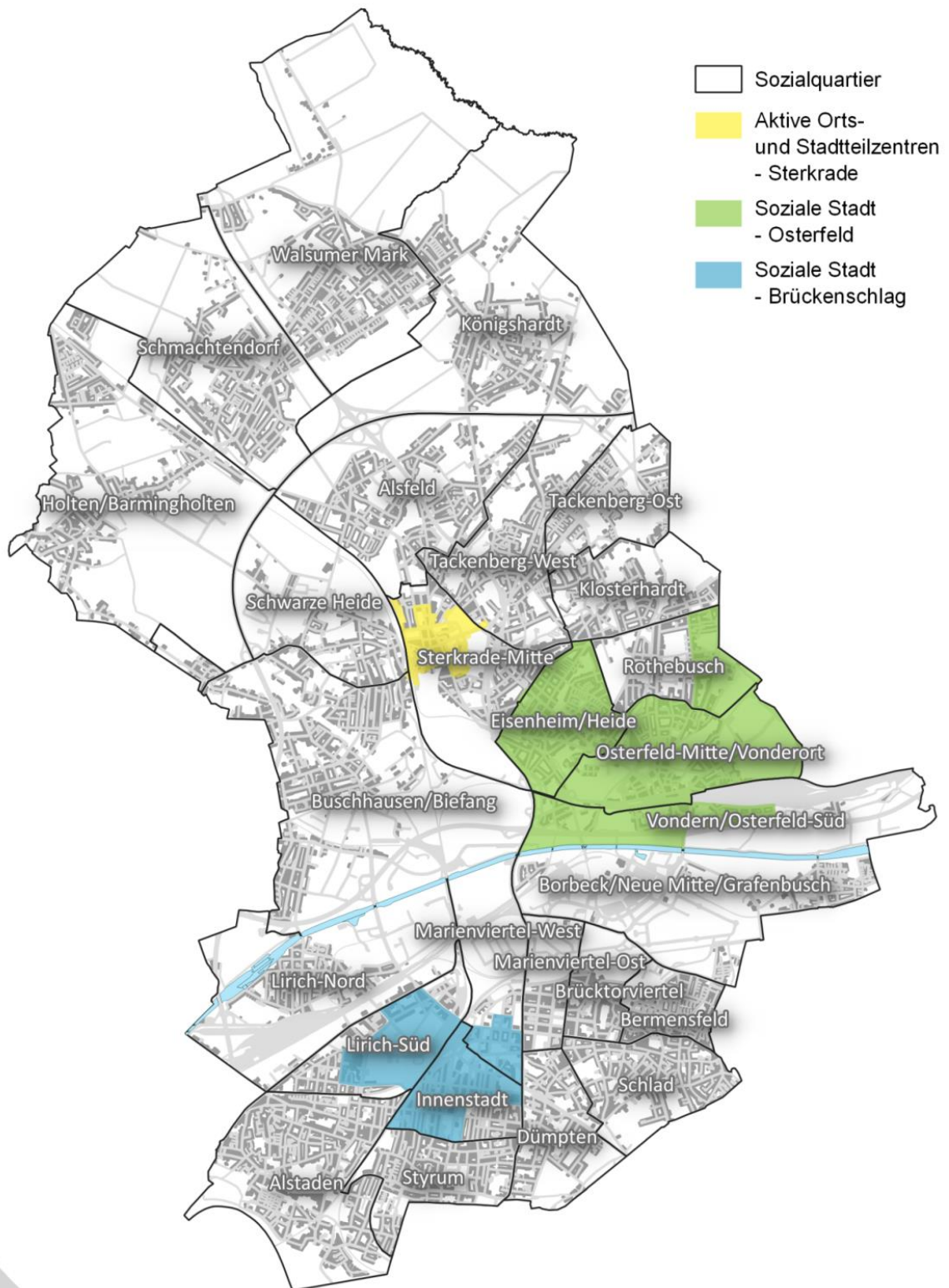
⁹ Siehe:

<https://www.oberhausen.de/de/index/stadtentwicklung-umwelt/stadtentwicklung/stadtteilentwicklung-osterfeld.php>

¹⁰ Siehe:

<https://www.oberhausen.de/de/index/stadtentwicklung-umwelt/stadtentwicklung/stadtteilentwicklung-sterkrade.php>

Karte 2: Fördergebiete in Oberhausen



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quelle: Bereich 5-1 Stadtplanung (Stichtag 31.12.2018)
 Kartengrundlage: Flächennutzungskartierung RVR, Essen. Team Luftbild und Geoinformationssysteme (2015)

5 EXKURSE ZU WECHSELWIRKUNGEN VON ARMUT, BILDUNG, GESUNDHEIT UND UMWELT

Menschen in armutsgeprägten Lebenslagen erleben häufig einschneidende Entbehrungen und gesellschaftliche Benachteiligung, teils mit langfristigen Folgen. Dabei nimmt zum einen die ökonomische Armut Einfluss auf andere Lebensbereiche, wie bspw. die Gesundheit, Bildung und die Wahl des Wohnortes, zum anderen können Faktoren wie gesundheitliche Einschränkungen und Bildungsdefizite zur Entstehung und Reproduktion von Armut beitragen.

An zahlreichen Stellen lassen sich die Zusammenhänge von finanzieller Armut und gesellschaftlicher Benachteiligung in anderen Lebensbereichen statistisch nachweisen. Die Datenrundlagen, auf die in der Wissenschaft zurückgegriffen werden, sind häufig umfangreicher als in der kommunalen Berichterstattung.

Auch wenn nicht alle wissenschaftlichen Analysen mit kommunalen Daten reproduzierbar sind, sind viele Erkenntnisse auf die lokale Ebene übertragbar.

Das Wissen über die komplexen Zusammenhänge von Armut und Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen ist elementar, um wirkungsvolle Stellschrauben zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit zu identifizieren. So können integrierte Handlungsansätze entwickelt werden, die zu den jeweiligen Lebenslagen der Menschen passen.

Die drei folgenden Exkurse sollen daher einen interdisziplinären Einblick in die Wechselwirkungen von Armut, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen geben. Dabei ist zu beachten, dass es sich um sehr umfangreiche Themenbereiche handelt, von denen an dieser Stelle nur einige Ausschnitte dargestellt wer-

den können. Eine dezernatsübergreifende Vertiefung der Themenbereiche wird angestrebt.

5.1. BILDUNG¹¹

In der heutigen Gesellschaft sind Bildung bzw. die Verfügung über Wissen, dessen Einsatz zur Bewältigung alltäglicher Anforderungen, aber auch komplexer Aufgabenstellungen benötigt wird, der Schlüssel zu einer selbstbestimmten Lebensführung. Der Begriff *Bildung* umfasst dabei *informelle Bildung*, *formale Bildung* und *non-formale Bildung*.

Informelle Bildung meint lebenslange Lernprozesse, in denen Menschen Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen durch Einflüsse der eigenen Umgebung erwerben. Die formale Bildung umfasst die schulische Aus- und Weiterbildung in institutionellen Kontexten und die non-formale Bildung beschreibt die außerschulische persönliche Bildung zur Verbesserung bestimmter Fähigkeiten.

Sozialökonomisch kommt besonders der formalen Bildung ein hoher Stellenwert zu, da formale Bildungsabschlüsse am Arbeitsmarkt als Nachweis für einen bestimmten Wissensstand anerkannt werden. Doch auch hinsichtlich der Selbstentfaltung ihrer Persönlichkeit sind Menschen, die keinen Hauptschulabschluss als zertifiziertes Bildungsminimum erlangt haben, stark eingeschränkt (vgl. Harth, et al., 2019 S. 32).

Die Bildung eines Menschen ist eng verwoben mit zahlreichen weiteren Lebensbereichen. Sie gilt als vorherrschendes Medium, über das soziale Ungleichheit produziert und reproduziert wird (vgl. Hurrelmann, et al., 2019 S. 3). Die Bildungsmöglichkeiten in einer Kommune

¹¹ Das vorliegende Kapitel wurde mit Unterstützung der Bereiche 3-3 Schule und 4-5 Statistik erarbeitet.

sind ein bedeutsamer Aspekt sozialer Teilhabechancen.

BILDUNGSDATEN

Zentrale Bildungseinrichtungen, die die Mehrheitsbevölkerung durchläuft, sind Kitas, Grundschulen, weiterführende Schule sowie Berufs- und (Fach-)Hochschulen.

Die meisten bildungsbezogenen Daten werden dabei im Kindesalter erhoben. Als umfangreichste Datenquelle gilt die verpflichtende Schuleingangsuntersuchung (SEU). Neben Informationen über den Entwicklungs- und Gesundheitszustand der Kinder werden auch Informationen zum Kita-Besuch, der Gesundheitsvorsorge und zum sozialen Hintergrund des Kindes bzw. der Eltern erhoben¹². Daher eignet sich diese Datengrundlage nicht nur für gesundheitsbezogene Auswertungen (siehe auch 5.2), sondern ebenso für bildungsbezogene Analysen im frühkindlichen Alter.

In NRW werden je nach Gesetzeslage Daten über den Besuch von Bildungseinrichtungen wie bspw. Schulen oder Kitas¹³ ausschließlich lokal in der jeweiligen Einrichtung gespeichert oder fließen, wie bspw. bei Kita-Beitragsdaten, als prozessproduzierte Vollerhebungen in der Kommunalverwaltung zusammen. Prozessproduzierte kommunale Daten entstehen im Rahmen von Verwaltungsanliegen und erfüllen überwiegend administrative Zwecke. Sie werden nur in Ausnahmefällen zu externen Forschungszwecken freigegeben, können aber, ebenso wie die SEU-Daten, von kommunalen abgeschotteten Statistikstellen aufbereitet, für Berichte verwendet werden.

Bildungsverläufe werden überwiegend über formale Bildungsabschlüsse und -übergänge quantifiziert. Entsprechende Daten zu Bildungsabschlüssen und Übergängen liegen den Kommunen und Ländern im Rahmen der amtlichen Schulstatistik jedoch nur auf Ebene der Schulen vor. Mit diesen Aggregatdaten sind bspw. Aussagen darüber möglich, wie viele Schüler*innen in einem Jahrgang das Abitur erreicht haben und auch an welcher Schule, ob sie männlich oder weiblich sind und ob sie eine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Es sind jedoch keine Aussagen darüber möglich, wie viele Kinder aus einem Stadtteil ihr Abitur erreicht oder wie viele von ihnen aus einem armutsgeprägten Haushalt stammen, da, anders als im Rahmen der SEU, weder der Wohnort noch der soziale Hintergrund Teil der amtlichen Schulstatistik sind.

Sie eignet sich daher nur bedingt für sozial-räumliche Analysen und kann sogar zu Fehleinschätzungen führen.

Daten, die individuelle oder typische Bildungsverläufe vollständig abbilden, liegen in Nordrhein-Westfalen weder den Kommunen noch dem Land als Vollerhebung vor. Einige Kommunen, wie auch die Stadt Oberhausen, arbeiten daher an datenschutzkonformen Alternativen zur Erhebung von Schülerindividualdaten, um aus diesen steuerungsrelevante Informationen zu generieren.

Die Bildungsforschung stützt sich neben der Schuleingangsuntersuchung häufig auf Daten, die im Rahmen von internationalen und nationalen Untersuchungen und Vergleichen gesammelt werden. Drei der bekanntesten Schulleistungsstudien sind zum einen das *Programme for International Student Assessment* (PISA) sowie die *Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung* (IGLU) und die *Trends in International Mathematics and Science Study* (TIMSS). Besonders die PISA-Studie hat mit ihren ersten Ergebnissen zu Beginn der 2000er

¹² Der freiwillige Elternfragebogen wird jährlich von rund 85 Prozent der Oberhausener Eltern ausgefüllt.

¹³ *Kitas* meint in diesem Bericht alle Kindertageseinrichtungen (KTEs), egal ob Ü3 oder Ü3, ausgenommen Kindertagespflegeeinrichtungen.

das Thema Bildungsforschung neu angefacht und Gruppen identifiziert, die in den folgenden Jahren in den Fokus der Bildungspolitik gerückt sind.

Zudem gibt es in Deutschland das „Nationale Bildungspanel“ (NEPS), des *Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V.* (LIfBi) der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Im Rahmen des NEPS wird eine Stichprobe von 60.000 Personen in regelmäßigen Wellen seit 2009 befragt. Die Befragungen zielen ab auf Kompetenzentwicklungen, Bildungsentscheidungen sowie Bildungserfolge in formalen, non-formalen und informellen Kontexten. Auch der nationale Bildungsbericht wird seit 2015 durch die im Rahmen des NEPS erhobenen Daten ergänzt.

Die Wirkungszusammenhänge, z.B. von Bildung und sozialer Herkunft, die in der Bildungsforschung aufgedeckt werden, eignen sich überwiegend als theoretische Grundlage für lokale Datenanalysen. Der Einfluss lokaler Bedingungen kann jedoch nur bedingt eingeschätzt werden.

BILDUNGSARMUT

In der Forschung hat sich der Begriff der „Bildungsarmut“ als Beschreibung für das Unterschreiten eines „institutionalisierten Mindeststandards in der schulischen und beruflichen Ausbildung“ etabliert vgl. (vgl. Hurrelmann, et al., 2019 S. 4). Bildungsarmut ist entsprechend relational zu einer Norm an Bildung in einem Land zu betrachten.

Die Mehrheit der Bevölkerung durchläuft immer längere Bildungsgänge und der durchschnittliche Bildungsstand steigt. Immer mehr Menschen erzielen in ihrem Bildungsverlauf eine Hochschulzugangsberechtigung. Gleichzeitig steigt die Zahl der Hochschulabsolvent*innen. Zertifizierte formale Bildungstitel werden daher immer wichtiger im Wettbewerb am Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus können erworbene formale Bildungstitel mit der Zeit an Wert verlieren, da

immer neue fachliche Anforderungen für die Berufliche Tätigkeit auftreten. Daher ist auch Fort- und Weiterbildung zum Erhalt des „Bildungsniveaus“ von zentraler Bedeutung.

Der Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus ermöglicht zwar immer mehr Menschen eine höhere Bildung, jedoch nimmt auch die gesellschaftliche Spaltung zwischen Menschen mit geringer und hoher Bildung zu.

SOZIALE HERKUNFT

Bildung ist ein Thema von hoher sozialpolitischer Relevanz. Trotz vieler Bemühungen, ein chancengerechtes Bildungssystem mit hoher Durchlässigkeit, unabhängig von der sozialen Herkunft, zu gestalten, weist die Bildungslandschaft in Deutschland systematische Benachteiligungen für einige Personengruppen auf. Auch einige Schul- bzw. Bildungsreformen konnten zwar die Leistungsfähigkeit des Schulsystems erhöhen, die Bildungsarmutsrisiken für bestimmte, systematisch exkludierte Schülergruppen jedoch nicht reduzieren (vgl. Hermstein, et al., 2019 S. 792).

So kommen auch zahlreiche Studien weiterhin zu dem Ergebnis, dass Bildungsbenachteiligung in einem engen Zusammenhang mit den sozialen und kulturellen und den damit verbundenen Lebensbedingungen und Bildungsentscheidungen in der (frühen) Kindheit stehen (vgl. Gniewosz, et al., 2017; Kotitschke, et al., 2013; Becker, 2011; Biedinger, et al., 2010).

Familiäre Ressourcen, wie der berufliche Status der Eltern, ihr Bildungsniveau und die zu Hause gesprochene Sprache, spielen hier eine wichtige Rolle. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus¹⁴ sind häufiger durch eine

¹⁴ Der sozioökonomische Status wird mit einem Index erfasst, der auf Angaben zum Bildungsniveau, der beruflichen Stellung und der Einkommenssituation basiert

anregungsärmere Lernumgebung in ihrer kognitiven Entwicklung und dem Erwerb bildungsbezogener Kompetenzen benachteiligt als Kinder aus Familien mit höherem Sozialstatus (vgl. Kotitschke, et al., 2013 S. 713). Dies äußert sich z.B. darin, dass Eltern ihren Kindern weniger vorlesen oder die Kinder länger fernsehen. Ein Ausgleich dieser frühen Kompetenzunterschiede während der Grundschulzeit gelingt häufig nicht, sodass Kinder aus weniger privilegierten Familien während ihres gesamten Bildungsverlaufes im leistungsbezogenen gegliederten Bildungssystem Nachteile erleben (vgl. ebd.).

Je nach Datenlage können Kommunen mit den Daten der Schuleingangsuntersuchung eigene Auswertungen zum Zusammenhang der sozialen Herkunft mit der kindlichen Entwicklung oder ihrer Gesundheit (siehe auch Kapitel 5.2) vornehmen. Besonderes Erkenntnisinteresse liegt dabei auf den Entwicklungskompetenzen, die während des *sozialpädiatrischen Entwicklungsscreening für Schuleingangsuntersuchungen* (SOPESS)¹⁵ untersucht werden.

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung werden nicht nur den Eltern und Schulen zurückgespiegelt, sondern fließen in Oberhausen neben der Gesundheitsberichterstattung auch in die Bildungsberichterstattung¹⁶ ein.

(Lampert, et al., 2018). Auf kommunaler Ebene liegen solche Daten i.d.R. nicht vor.

¹⁵ Das Screening wurde vom Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (heute Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen) in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten der Gesundheitsämter Nordrhein-Westfalens und der Universität Bremen entwickelt. Es wird seit dem Schuljahr 2010/11 in den meisten Kommunen NRWs angewendet.

¹⁶ Siehe: https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/familie-schule-integration-und-sport/bildung-integriert/veroeffentlichungen_bildung_integriert.php

Überdies werden ausgewählte Ergebnisse im Bildungsatlas¹⁷ der Stadt Oberhausen veröffentlicht und auch im Rahmen der Sozialplanung werden Daten der SEU z.B. für die Expert*innendialoge genutzt.

In einzelnen Kommunen¹⁸ sind auch Verknüpfungen von SGB-II-Daten mit SEU-Daten möglich. Mithilfe solcher Verknüpfungen konnte für die Nachbarkommune Mülheim an der Ruhr gezeigt werden, dass Kinder, die in armutsgeprägten Haushalten aufwachsen, im Rahmen des SOPESS häufiger Defizite in zentralen Entwicklungskompetenzen, zeigen als andere Kinder. Hierzu gehören Fähigkeiten, wie bspw. Körperkoordination und Visuomotorik¹⁹, Aufmerksamkeit und Sprachkompetenzen. Die Untersuchung in Mülheim an der Ruhr zeigte auch, dass Kinder ohne Migrationshintergrund ebenfalls ein erhöhtes Risiko für Sprachauffälligkeiten haben, wenn sie in einem Haushalt aufwachsen, der auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen ist. (vgl. Groos, et al., 2015 S. 54).

In Oberhausen liegen der Stadtverwaltung keine personenbezogenen SGB-II-Daten vor, sodass Auswertungen, wie sie in Mülheim an der Ruhr vorgenommen wurden, nicht vollständig reproduzierbar sind. Es werden jedoch auch in Oberhausen umfangreiche Auswertungen der Schuleingangsuntersuchungen vorgenommen, die in datengestützte Steuerungsprozesse einfließen.

¹⁷ Siehe:

<https://www.oberhausen.de/atlas/Bildungsatlas/>

¹⁸ Dabei handelt es sich um Optionskommunen, die die im SGB II geregelten Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende in alleiniger Trägerschaft wahrnehmen.

¹⁹ Die Visuomotorik, bzw. die Hand-Augen-Koordination stellt eine zentrale Fähigkeit beim Erlernen einer Schriftsprache sowie dem Schreiben von Zahlen und Buchstaben dar. Probleme bei der Hand-Auge-Koordination können Einfluss auf den Schulerfolg nehmen, da sie zu einer reduzierten Arbeitsgeschwindigkeit führen (Daseking, et al., 2009).

ELTERNBILDUNG UND FRÜHKINDLICHE ENTWICKLUNGSKOMPETENZEN IN OBERHAUSEN

Neben Armut nimmt auch das Bildungsniveau der Eltern Einfluss auf die Schulfähigkeit ihrer Kinder. Beide Merkmale treten jedoch nicht selten gemeinsam auf.

Die Armutsforschung stellt dabei ein hohes elterliches Bildungsniveau als einen „Bildungserfolgswegfaktor“ heraus.

Auch in den Oberhauser SEU-Daten werden deutliche Unterschiede zwischen den Kindern sichtbar, wenn man sie nach dem Bildungsniveau²⁰ der Eltern gruppiert, insbesondere beim Test der Sprachfähigkeiten und der Visuomotorik.

Während bei der Gruppe der Kinder mit formal niedrig gebildeten Eltern fast die Hälfte aller Kinder Defizite zeigt, ist es in der Gruppe der formal hoch gebildeten Eltern nur jedes fünfte. Doch auch bei allen anderen Entwicklungskompetenzen zeigen Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern häufiger Auffälligkeiten als Kinder aus Elternhäusern mit hoher oder mittlerer formaler Bildung (vgl. Abbildung 6).

Bei formal hoch gebildeten Eltern können zudem häufiger bildungsförderliche Verhaltensweisen festgestellt werden (vgl. Abbildung 7). Sie lesen ihren Kindern öfter vor und lassen sie weniger fernsehen. Zudem erlernen ihre Kinder häufiger ein Musikinstrument zu spielen und auch die Inanspruchnahme der Kita unterscheidet sich hinsichtlich des Bildungsniveaus der Eltern.

Ein Viertel der Kinder aus Haushalten mit formal niedriger Elternbildung besuchen weniger als zwei Jahre eine Kita. Bei einer mittleren oder hohen Elternbildung sind es nur neun bzw. sieben Prozent der Kinder.

Diese unterschiedliche Inanspruchnahme der Kita kann ebenso wie die soziale Herkunft, zur Reproduktion von Armut beitragen, da auch der fehlende oder verkürzte Besuch einer Kindertageseinrichtung zu Defiziten in schulrelevanten Kompetenzen führt. Ein früher Besuch einer Kindertageseinrichtung erweist sich hingegen unabhängig von der sozialen Herkunft als förderlich für alle zentralen Entwicklungskompetenzen (vgl. Groos, et al., 2015 S. 53 ff.).

SEGREGATION IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

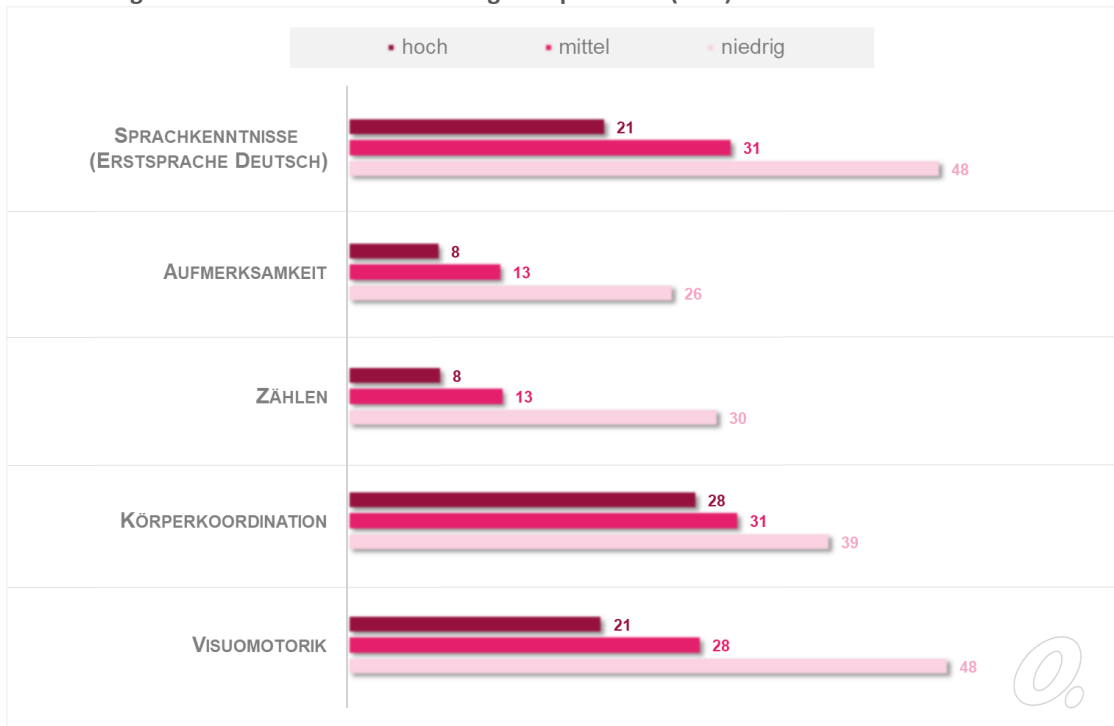
Bildungserfolge werden, neben den familiären und individuellen Voraussetzungen, ebenso vom institutionellen Kontext, also der gewählten Bildungseinrichtung beeinflusst.

Nimmt man die Schule in den Blick, zählen als Kontext im Wesentlichen die gewählte Schulform, die Art des Unterrichts und die daraus resultierenden Lernmöglichkeiten. Doch auch die Zusammensetzung der Mitschüler*innen und das damit einhergehende durchschnittliche Leistungsniveau an der Schule bzw. im Klassenverbund nehmen Einfluss auf den Lernerfolg. (SVR, 2013 S. 19).

Die Entmischung von Schüler*innen bzw. die „Konzentration“ von Schüler*innen mit Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung in einzelnen Einrichtungen, wird in der Wissenschaft und Verwaltungspraxis auch als *Schulsegregation* bezeichnet.

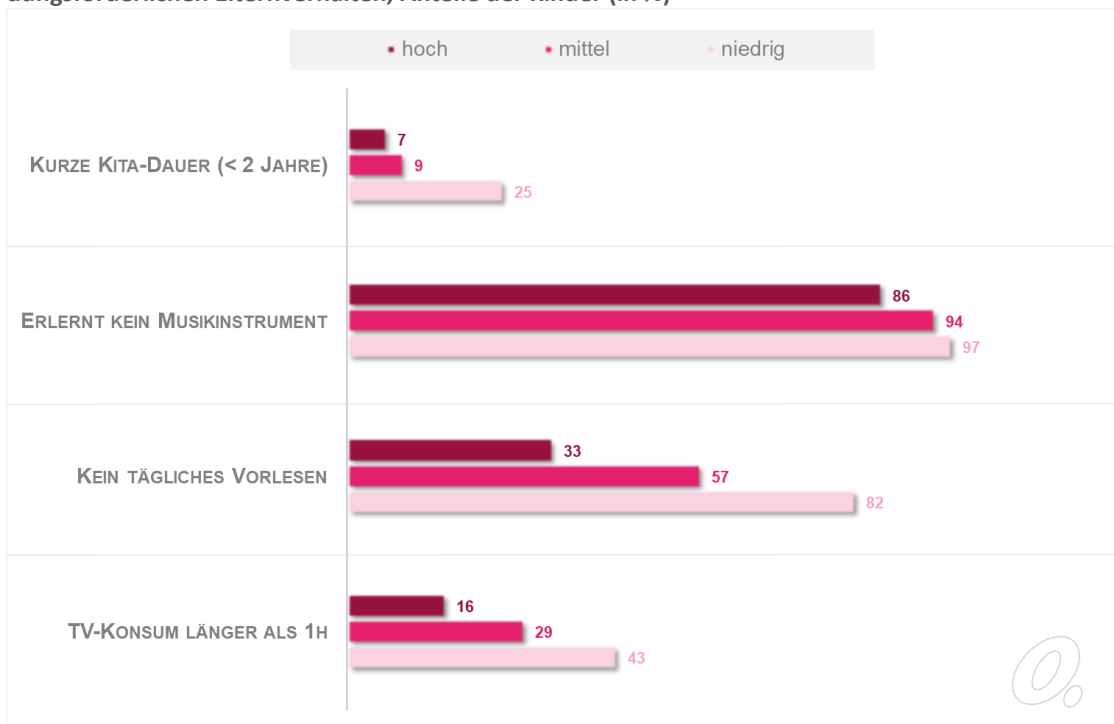
²⁰ Zur Bestimmung des Bildungsniveaus wird ein „Bildungsindex“ aus dem höchsten Schulabschluss und dem höchsten beruflichen Abschluss der Eltern gebildet. Dieser Index wird ebenfalls vom LZG berechnet und fließt als Indikator in die landesweite Sozial-, Bildungs-, und Gesundheitsberichterstattung ein. Die genaue Definition der Kategorien des elterlichen Bildungsniveaus findet sich im Anhang.

Abbildung 6: Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung nach Bildungsindex der Eltern - Anteile der Kinder mit Auffälligkeiten in kindlichen Entwicklungskompetenzen (in %)



Quelle: Bereich 3-4 /Gesundheit. Schuleingangsuntersuchung der Stadt Oberhausen (2017 und 2018), Berechnung: Bereich 4-5 /Statistik, eigene Darstellung. Anmerkung: Die genaue Definition der Kategorien des elterlichen Bildungsniveaus findet sich im Anhang.

Abbildung 7: Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung nach Bildungsindex der Eltern – Befunde zum bildungsförderlichen Elternverhalten, Anteile der Kinder (in %)



Quelle: Bereich 3-4 /Gesundheit. Schuleingangsuntersuchung der Stadt Oberhausen (2017 und 2018), Berechnung: Bereich 4-5 /Statistik, eigene Darstellung. Anmerkung: Die genaue Definition der Kategorien des elterlichen Bildungsniveaus findet sich im Anhang.

Während man bei der Segregation zwischen Stadtteilen (siehe auch Kapitel 2.6) von *residentieller* Segregation spricht, beschreibt die Schulsegregation eine *institutionelle* Segregation²¹.

Die Segregation von Schüler*innen wurde vor allem an Grundschulen untersucht. Die Studien kommen dabei überwiegend zu gleichen Ergebnissen: Besonders Kinder aus Familien mit ungünstigen Lernvoraussetzungen, die überwiegend unter Schüler*innen mit ähnlichen Voraussetzungen unterrichtet werden, erfahren durch diese Segregation eine systematische Benachteiligung. Hingegen erweist sich das Miteinander von Kindern mit verschiedenen Lernvoraussetzungen in einem Klassenverbund als förderlich für den allgemeinen Lernerfolg (vgl. SVR, 2013 S. 4).

Einige Eltern assoziieren mit einem hohen Migrant*innenanteil an einer Schule mangelhafte Lernmöglichkeiten und ein problembelastetes Umfeld. Dabei hat der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an einer Schule deutliche geringere Effekte auf den Lernerfolg, wenn man den sozialen Hintergrund der Schüler*innen mit einbezieht. Dieser und das damit einhergehende durchschnittliche Leistungsniveau bedingen in deutlich höherem Maße den Lernerfolg (vgl. ebd.).

Bei der Wahl einer Grundschule spielt für einen überwiegenden Anteil der Eltern die Wohnortnähe eine Rolle. So kommt es in segregierten Stadtteilen häufig zu einer Übertragung der residentielle Segregation auf die Bildungseinrichtung. Diese institutionelle Segregation hat zur Folge, dass sich die Kinder

bereits mit Eintritt in die Kita hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft entmischen.

Mit Abschaffung der verpflichtenden Grundschulbezirke 2008 hat sich, wie weitere Untersuchungen im benachbarten Mülheim an der Ruhr zeigen, die Segregation in den Grundschulen sogar noch verschärft, da überwiegend formal höher gebildete Eltern die Möglichkeit wahrnehmen, eine andere als die zuständige Grundschule zu wählen, wenn diese sozial benachteiligt ist (vgl. Groos, 2015 S. 24-25).

Auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) kommt zu dem Schluss, dass durch wohnräumliche Entmischung und das ausweichende Schulwahlverhalten vieler bildungsnaher Eltern die Bildungschancen von Schüler*innen mit Migrationshintergrund beeinträchtigt werden (vgl. SVR, 2013 S. 7).

Dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern wird mit Aufhebung der Grundschulbezirke NRW ein höherer Stellenwert beigemessen. Eine landesweite Debatte über die Rückkehr zu verpflichtenden Grundschulbezirken besteht nicht. Alternative Möglichkeiten zur Steuerung oder Verteilung von Schüler*innen sind in ihrer Umsetzbarkeit und Wirksamkeit für die Verringerung gesellschaftlicher Ungleichheiten im Bildungssystem wenig erforscht. Als erfolgsversprechender werden daher Maßnahmen angesehen, die die Lernmöglichkeiten an segregierten Schulen verbessern. So kommt auch der SVR zu dem Schluss, dass man dieser gesellschaftlichen Ungleichheit mit einer anforderungsgerechten und praxisorientierten Qualifizierung des Schulpersonals sowie bedarfsgerechter Mittelallokation begegnen kann. Bei der Bedarfsermittlung sollte entsprechend die soziale Zusammensetzung der Schüler*innen berücksichtigt werden (vgl. ebd. S. 48).

²¹ Einen allgemein gültigen Schwellenwert, der festlegt, bei welcher Schülerzusammensetzung eine Schule als segregiert gilt, gibt es nicht (SVR, 2013 S. 7).

Zu diesem Zweck hat auch die Stadt Oberhausen einen *Schulsozialindex*²² entwickelt, welcher die Zusammensetzung der Schüler*innen in den Blick nimmt und eine bedarfsgerechte Steuerung von zusätzlichen Ressourcen für Schulen, die unter erschwerten Bedingungen agieren, ermöglicht.

Die soziale und ethnische Segregation ist ebenso auf Ebene der Kitas zu beobachten. Hinter der elterlichen Wahl einer Kita steht jedoch häufig noch eine komplexere Ausgangssituation. Neben der Verfügbarkeit eines altersgerechten Betreuungsplatzes mit dem gewünschten Betreuungsumfang spielen elterliche Präferenzen hinsichtlich des pädagogischen Konzeptes aber auch die Konfession eine tragende Rolle (vgl. Groos, et al., 2018 S. 15).

Anders als bei den Schulen, erhalten rund 40 Oberhausener Kitas mit erhöhten SGB-II-Quoten zusätzliche Ressourcen vom Land. Die sog. „PLUSKita-Förderung“²³ ist jedoch ausschließlich zur Finanzierung von Personalkosten vorgesehen, sodass diese stets dem Personal- und Kitaplatzmangel entgegensteht.

Die Stadt Oberhausen stellt sich den verschiedenen Herausforderungen, die das institutionalisierte Bildungssystem mit sich bringt, mit verschiedenen zusätzlichen Fachstellen wie bspw. dem *Bildungsbüro* und der *Koordinierungsstelle Übergang Schule-Beruf*. Auch das *Kommunale Integrationszentrum (KI)* und die *VHS* sind bspw. bei der Koordination von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte eingebunden. Auch hinsichtlich des datenbasierten Bildungsmanagements und der Bildungsbe-

richterstattung ist Oberhausen gut aufgestellt und nimmt am Bundesförderprogramm "Bildung integriert" teil²⁴. Ziel ist die Chancengleichheit aller ohne Diskriminierung hinsichtlich ihres Geschlechts, Alters oder ethnischer Herkunft. Der Fokus in der aktuellen Förderphase liegt dabei auf dem Übergang von der Schule in den Beruf und der Weiterbildungslandschaft.

Mit der Veröffentlichung des Bildungsreportes 2019 und der Etablierung des Datenkompasses Bildung sowie des Bildungsatlasses wurden wichtige Grundlagen für ein datenbasiertes Bildungsmanagement mit einer Bildungsbe-richterstattung in Oberhausen geschaffen, um nachhaltig die Bildungsteilhabe entlang der Bildungskette von der Elementarbildung bis hin zur Nacherwerbsphase zu fördern.

FAZIT

Der vorliegende Exkurs zum Zusammenhang von Bildung und Armut zeigt thematische Schnittstellen der Sozialplanung mit anderen Fachplanungen aus dem Bildungsbereich auf. Die Gestaltung der Bildungslandschaft durch die Stadtverwaltung und die zahlreichen Träger*innen im Stadtgebiet kann hier lediglich angerissen werden.

Die Auswirkungen von Armutslagen auf die Bildung und Entwicklung von Kindern hat in Oberhausen besonders im Rahmen des Förderprojektes „Bildung integriert“ mehr Aufmerksamkeit erhalten. Darüber hinaus bietet sich eine integrierte Ausarbeitung der Wirkungszusammenhänge zwischen Bildung, Armut und weiteren Themenfeldern im Oberhausener Stadtgebiet und daraus resultierenden Handlungsoptionen an.

²² Siehe auch:

https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/familie-schule-integration-und-sport/bildung-integriert/methodische-analyse-schulsozialindex_08_2018.pdf

²³ Siehe auch: <https://www.mkffi.nrw/pluskita>

²⁴ Das Programm „Bildung integriert“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert. Siehe auch:

<https://www.oberhausen.de/bildung-integriert>

5.2. GESUNDHEIT²⁵

Neben den beschriebenen Zusammenhängen von Armut und Bildung zeigen sich ebenso Wechselwirkungen zwischen Armut und Gesundheit²⁶. Die Forschung zeigt vielfältige gesellschaftliche Ungleichheiten auf. Dabei kann Armut einerseits die Ursache für Krankheit oder eine weniger gute Gesundheit sein, und andererseits kann ein schlechter Gesundheitszustand zu Armut führen, bspw., wenn man seine Berufstätigkeit aus Krankheitsgründen aufgeben muss. Soziale Unterschiede spiegeln sich aber nicht nur in gesundheitlichen Befunden wider sondern auch in gesundheitsförderlichem bzw. gesundheitsgefährdendem Verhalten.

Die gesellschaftlich ungleich verteilten Gesundheitschancen werden nicht nur im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung thematisiert, sondern sind ebenfalls fester Bestandteil der bundesweiten Sozialberichterstattung im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichts des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (vgl. BMAS, 2017) sowie des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (ehemals Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) (vgl. MAIS NRW, 2016).

Der vorliegende Exkurs soll einen Einblick in Erkenntnisse der Gesundheitswissenschaften geben, die für die kommunale Planung genutzt werden können. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem *Thema Public Health*, also der „öffentlichen Gesundheitspflege“. Im Rahmen dieser bieten sich verschiedene Schnittstellen zwischen der Sozialplanung und der Gesundheitsplanung.

Ähnlich wie im Bereich Bildung greifen die Gesundheitswissenschaften auf andere Daten zurück als die Kommunalen Gesundheitsplanungen. Daher wird ebenfalls auf Gesundheitsdaten und verschiedene Quellen eingegangen.

GESUNDHEITSDATEN

Die Datenlage ist im Gesundheitsbereich sehr unterschiedlich. Die Kommunalen Gesundheitsämter halten selber nur wenige Daten über die Gesundheit von Jugendlichen, Erwachsenen und älteren Menschen vor. Sehr gut aufgestellt sind sie hingegen bei der Gesundheit von Kindern zwischen fünf und sechs Jahren. Wie bereits in Kapitel 5.1 beschrieben, wird jedes Kind, bevor es zur Schule geht, vom Gesundheitsamt auf seine Schulfähigkeit und den allgemeinen Gesundheitszustand untersucht. Die im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung (SEU) erfassten Daten werden vom Gesundheitsamt zur Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsplanung genutzt und sind auch kleinräumig abbildbar.

Andere kleinräumige Gesundheitsdaten, die einer Vollerhebung entsprechen, werden von den kommunalen Gesundheitsämtern lediglich zur Sterblichkeit der Einwohner*innen erfasst.

Auf Anfrage stellen auch einige Krankenkassen ihre Daten zur kommunalen Gesundheitsberichterstattung zur Verfügung, da die Wahl der Krankenkasse jedoch jedem/r Einwohner*in selber überlassen ist, stellen die Daten der Krankenkassen keine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung dar. Berichtsergebnisse auf Basis einzelner Krankenkassen sind also nur bedingt auf die Gesamtbevölkerung übertragbar.

Für wissenschaftliche Untersuchungen, z.B. zu sozialen Unterschieden beim Gesundheitszustand oder dem Gesundheitsverhalten, werden keine kommunalen Daten genutzt sondern gezielt nationale und internationale Pa-

²⁵ Das vorliegende Kapitel wurde mit Unterstützung der Bereiche 3-4 Gesundheit und 4-5 Statistik erarbeitet.

²⁶ Ebenso bestehen Wechselwirkungen zwischen Bildung und Armut, welche an dieser Stelle aber nicht ausgeführt werden.

neldaten erhoben. Per Stichprobe werden zufällig Personen ausgewählt und in regelmäßigen Befragungswellen zu ihrem Gesundheitszustand, ihrem Gesundheitsverhalten und ihren sozialen Hintergründen, wie Einkommen, Beruf oder Bildungsstand befragt.

Eine der größten Erhebungen dieser Art ist bspw. die „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KIGGS) des Robert Koch-Instituts oder die ebenfalls am RKI durchgeführten Studie »Gesundheit in Deutschland aktuell« (GEDA).

Aber auch größere Bevölkerungsumfragen wie das Sozioökonomische Panel (SOEP) enthalten Fragen zur Gesundheit und zum sozialen Hintergrund der Befragten und eignen sich daher für interdisziplinäre Analysen.

PUBLIC HEALTH

-Gesundheit fördern, Krankheiten verhindern und heilen, Leben verlängern – mit diesem Ziel nimmt die *Public Health*-Forschung das „große Ganze“ in den Blick: die menschliche Biologie, Umweltbedingungen, Lebensweisen und das System der Gesundheitsversorgung.

Das Fachgebiet Public Health ist spezialisiert auf interdisziplinäre sozialmedizinische Ansätze. Der Fokus liegt dabei auf der Betrachtung der Gesundheit der Bevölkerung bzw. von Personengruppen und Bevölkerungsteilen, nicht auf der Gesundheit der einzelnen Person.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stützt sich in ihrer Definition von Public Health auf einen Vorschlag von Acherson: "Public Health ist die Wissenschaft und die Praxis der Verhinderung von Krankheiten, Verlängerung des Lebens und Förderung der Gesundheit durch organisierte Anstrengungen der Gesellschaft" (Acherson, 1988). Gerlinger ergänzt diese Definition folgendermaßen: „[...] unter Berücksichtigung einer gerechten Verteilung und einer effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen.“ (Gerlinger, et al., 2012).

Public Health folgt damit einem ganz ähnlichen Prinzip wie die strategische Sozialplanung und ist ein (sozial-)politisch relevantes Thema, auch auf kommunaler Ebene.

Einzelmaßnahmen im Sinne der Verhaltensprävention haben sich in der Vergangenheit als weniger effektiv gezeigt: Soziale Unterschiede im Gesundheitsverhalten können bei ausschließlich verhaltensbasierten Angeboten sogar zunehmen, da sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen von diesen Maßnahmen oftmals gar nicht oder schlechter erreicht werden, während sie von der Mehrheitsgesellschaft gut angenommen werden²⁷ (vgl. Kuntz, et al., 2018 S. 54). Daher setzt eine moderne Gesundheitsförderung auf Konzepte, die *Verhaltens-* und *Verhältnisprävention* vereinen. Die Verhaltensprävention verfolgt dabei das Ziel, das individuelle Gesundheitsverhalten eines Menschen positiv zu beeinflussen, in dem die Gesundheitskompetenz gestärkt wird. Hierzu gehört es bspw., Risikofaktoren durch Fehl- oder Mangelernährung, Bewegungsmangel, Rauchen und übermäßigen Alkoholkonsum zur reduzieren.

Die Verhältnisprävention umfasst hingegen u. a. die Arbeits- und Lebensbedingungen und versucht durch Maßnahmen das Umfeld zu verändern, sodass es gesundheitsförderlich wirkt. Dazu zählen beispielsweise die Wohnumgebung und auch andere Faktoren, welche die Gesundheit beeinflussen können, so etwa das Einkommen und die Bildung (vgl. BMG, 2019).

Dies erfolgt u.a. mithilfe des Setting-Ansatzes, welcher verschiedene Institutionen oder Sozialräume als zielgruppenspezifische Orte für gesundheitsförderliche Maßnahmen und Angebote vorsieht. In Oberhausen werden künf-

²⁷ Dieses Phänomen ist auch als sog. „Präventionsdilemma“ bekannt.

tig im Rahmen der Umsetzung eines Förderprogramms des GKV-Bündnis für Gesundheit die verschiedenen Sozialräume näher in den Fokus gerückt. Ziel dieses Projekts ist der Auf- und Ausbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen auf kommunaler Ebene.

Die verschiedenen Settings können je nach Altersgruppe und Lebenslage unterschiedlich sein, da auch der Gesundheitszustand und das gesundheitsförderliche Verhalten mit dem Alter und der Lebenslage variieren.

Im Folgenden werden daher sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheiten entlang der Altersgruppen beschrieben und jeweils geeignete Settings benannt. Als Basis dienen Expertisen des RKI, die sich auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland beziehen.

KINDES- UND JUGENDALTER

Der Gesundheitszustand eines Kindes hängt maßgeblich vom sozioökonomischen Status (SES)²⁸ der Eltern ab. Die Weichen für die gesundheitliche Entwicklung bis ins spätere Lebensalter werden mitunter im Kindesalter gestellt, teils bereits vor der Geburt. Mangelernährung, Rauchen oder körperliche Gewalt während der Schwangerschaft können die Gesundheit des Kindes erheblich beeinträchtigen. Da diese Erscheinungen häufiger bei Frauen mit geringem Status auftreten, starten Kinder aus armutsgeprägten Familien so möglicherweise bereits mit schlechteren gesundheitlichen Voraussetzungen ins Leben (vgl. Karlsson, et al., 2012 S. 231).

Armut, Mangelerfahrung und geringe gesellschaftliche Teilhabechancen während der Kindheit gehen zudem mit erhöhten Gesund-

heitsrisiken wie Störungen der Organreifung, des Körperwachstums und elementarer Entwicklungskompetenzen einher. Diese führen häufig auch zu langfristigen gesundheitlichen Einschränkungen (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 98).

Neben den sozialen Unterschieden bei Krankheitsbildern, kommt auch dem gesundheitsförderlichen Verhalten der Kinder bzw. ihrer Eltern eine besondere Bedeutung zu.

Eltern mit geringem sozialem Status schätzen den Gesundheitszustand des Kindes häufiger als schlecht ein als andere Eltern (vgl. Lampert, et al., 2019 S. 16). Sie rauchen überdies häufiger, stillen seltener, nehmen seltener an den Früherkennungsuntersuchungen teil und ernähren ihre Kinder häufiger ungesund. Kinder aus armutsgeprägten Haushalten sind auch häufiger übergewichtig als Kinder aus privilegierten Elternhäusern, gehen häufiger ohne Frühstück aus dem Haus, sind seltener im Vereinssport aktiv und konsumieren durchschnittlich mehr Stunden am Tag elektronische Medien (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 98-99).

Die gute kommunale Datenlage im frühkindlichen Bereich erlaubt es, einige Erkenntnisse der bundesweiten Gesundheitsforschung für Eltern und Kinder auf kommunaler Ebene zu reproduzieren. Da kein sozioökonomischer Status abgeleitet werden kann²⁹, wird alternativ, wie bereits in Kapitel 5.1, das Bildungsniveau bzw. der Bildungsindex der Eltern als Indikator für die soziale Herkunft der Familien herangezogen.

Abbildung 8 zeigt ausgewählte gesundheitsrelevante Faktoren: Ob die Kinder übergewichtig sind, ob sie an der Früherkennungsuntersu-

²⁸ Der sozioökonomische Status wird mit einem Index erfasst, der auf Angaben zum Bildungsniveau, der beruflichen Stellung und der Einkommenssituation basiert (Lampert, et al., 2018). Auf kommunaler Ebene liegen solche Daten i.d.R. nicht vor.

²⁹ Im Rahmen der SEU keine Informationen zum Einkommen oder der beruflichen Stellung der Eltern erfasst.

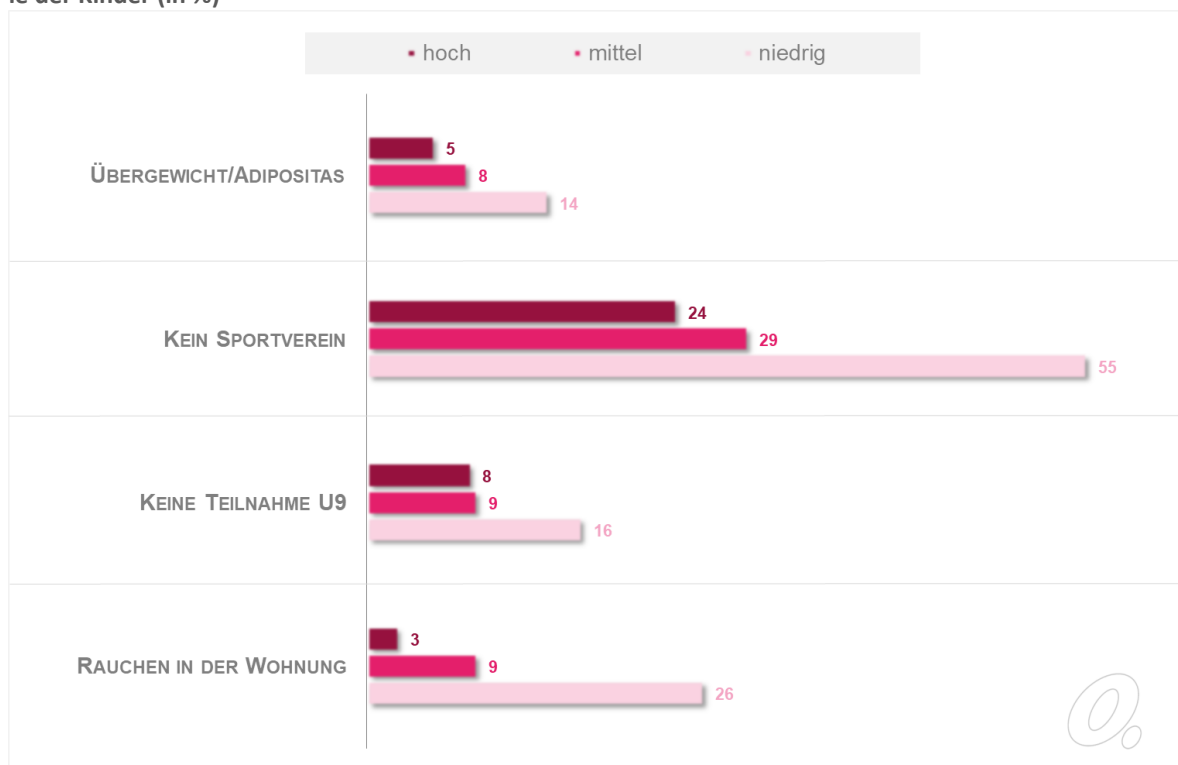
chung U9 teilgenommen haben, ob sie sich regelmäßig sportlich betätigen und ob ihre Eltern in der Wohnung rauchen. Die Daten werden gruppiert nach dem Bildungsniveau der Eltern. Übergewicht oder Adipositas bei Kindern können ein Indikator für mangelnde Bewegung und ungesunde Ernährung sein. Für die Oberhausener Kinder aus den Einschulungsjahrgängen 2017 und 2018 zeigt sich, dass Kinder aus Haushalten mit niedrigem Bildungsindex fast dreimal so häufig übergewichtig oder adipös sind wie Kinder aus Haushalten mit einem hohen Bildungsindex.

Auch hinsichtlich der Mitgliedschaft in einem Sportverein unterscheiden sich die Kinder aus bildungsnahen und bildungsfernen Haushalten in Oberhausen. Weniger als die Hälfte der Kinder aus Haushalten mit niedriger Elternbildung sind Mitglied in einem Sportverein, während es Dreiviertel der Kinder aus Haushalten mit hoher Elternbildung sind.

Für die Mitgliedschaft im Sportverein wird angenommen, dass diese zur Bewegungsförderung der Kinder beiträgt und elementare Entwicklungskompetenzen, wie Körperkoordination, Visiomotorik aber auch die Sprachfähigkeit der Kinder verbessert werden (vgl. Groos, et al., 2015 S. 34 ff.).

Bei den sog. „U-Untersuchungen“ U1 bis U9 sollen Entwicklungsstörungen und Krankheiten frühzeitig identifiziert und im Bedarfsfall geeignete Maßnahmen zu deren Behandlung eingeleitet werden. Sie zählen daher zu den wichtigsten Präventionsmaßnahmen im Kindesalter. Die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen sinkt mit dem Alter der Kinder. Dies ist bei Kindern aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status deutlicher zu beobachten (vgl. Schmidtke, et al., 2017 S. 71).

Abbildung 8: Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung nach Bildungsindex der Eltern – Anteile der Kinder (in %)



Quelle: Bereich 3-4 /Gesundheit. Schuleingangsuntersuchung der Stadt Oberhausen (2017 und 2018), Berechnung: Bereich 4-5 /Statistik, eigene Darstellung.

Anmerkung: Die genaue Definition des Bildungsindex findet sich im Anhang.

Die Teilnahme an der U9, als letzte Untersuchung der Reihe vor der Einschulung, wird als Indikator für gesundheitspräventives Elternverhalten eingesetzt.

Für die Einschüler*innen in Oberhausen zeigt sich ebenfalls, dass Kinder niedrig gebildeter Eltern die letzte U-Untersuchung deutlich seltener wahrnehmen als Eltern mit mittlerer oder hoher Bildung.

Niedrig gebildete Eltern rauchen überdies häufiger in der Wohnung. Mehr als ein Viertel der Eltern mit niedrigem Bildungsindex gibt an, in der Wohnung zu rauchen. Bei den hoch gebildeten Eltern sind es lediglich drei Prozent.

Passivrauchen stellt für Kinder ein großes gesundheitliches Risiko dar. Sie reagieren besonders empfindlich auf die Giftstoffe im Tabakrauch.

Das Gesundheitsverhalten von Kindern wird elementar durch die Herkunftsfamilie und das soziale Umfeld beeinflusst. Eltern sind einerseits Vorbilder, entscheiden andererseits aber auch für ihre Kinder, wie bspw. über die Teilnahme an U-Untersuchungen und Impfungen oder schlicht, was als Mahlzeit angeboten wird. Überdies können sie den natürlichen Bewegungsdrang ihrer Kinder fördern oder bremsen, was Einfluss auf die körperliche Aktivität und das Körpergewicht hat.

Mit zunehmendem Alter treffen Kinder eigene gesundheitsrelevante Entscheidungen im Austausch mit Gleichaltrigen. Gesundheitsbezogene Einstellungen und Verhaltensmuster, die man in jungen Jahren erlernt hat, haben jedoch häufig bis ins Erwachsenenalter Bestand. Dies gilt für positive Schutzfaktoren, wie für Risikofaktoren (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 15). Soziale Unterschiede im Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen sind daher häufig konsistent und tragen langfristig zur Entstehung sozialer Unterschiede im Erkrankungs- und Sterbegeschehen bei.

Daher ist die Beeinflussung des Gesundheitsverhaltens von Kindern und Eltern ebenso ein Ansatz zur Gesundheitsprävention im weiteren Leben bzw. in höheren Altersgruppen.

Das Gesundheitsverhalten von Menschen ist nicht unabhängig von strukturellen Faktoren und Umweltbedingungen zu betrachten. Verhaltensweisen sind nur bedingt frei wählbar und zumeist das Ergebnis der Auseinandersetzung mit vorherrschenden Lebensverhältnissen (vgl. Kuntz, et al., 2018 S. 55). So wird bspw. eine ungesunde Ernährung von der Anzahl günstiger Fast-Food-Restaurants in der Nachbarschaft begünstigt oder die Häufigkeit der Bewegung von Bewegungsmöglichkeiten (Grünflächen, Spielplätze, Sportangebote, Verkehr) im nahen Wohnumfeld. Für gut erreichbare Sportplätze wird sogar unabhängig vom soziökonomischen Status ein bewegungsfördernder Effekt angenommen (vgl. Krug, et al., 2018 S. 15).

Das Umfeld spielt eine entsprechend wichtige Rolle bei der Interpretation von Gesundheitsdaten aber auch bei der Entwicklung von Handlungsansätzen. Neben Eltern und Peers können auch die Kitas, Schulen oder Vereine das Gesundheitsverhalten von Kindern beeinflussen. Die Kinder finden hier Vorbilder und alltägliche Routinen. Das nahe Wohnumfeld aber auch Bildungseinrichtungen bieten so ein geeignetes *Setting* zur Gesundheitsprävention und -förderung bei Kindern, denn dort verbringen sie unabhängig von ihrer Herkunft viel Zeit. Kindertagesstätten und besonders Familienzentren können überdies als Setting für gesundheitspräventive Ansätze bei Eltern genutzt werden.

Angebote und Maßnahmen in den Oberhausener Kitas sind u. a. die Bereitstellung von Gesundheitsmappen für alle neu in Kindertageseinrichtungen aufgenommene Kinder und deren Eltern oder Projekte wie "Kids aus'm

Sitz", "Jolinchenkids - fit und gesund in der Kita" und "Bewegungskindergarten mit dem Pluspunkt Ernährung".

Auch in den Oberhausener Schulen werden Projekte wie "Gesund macht Schule", "Programm Klasse 2000" oder "Fit4future" umgesetzt. Überdies gibt es Angebote des zahnmedizinischen Dienstes, wie z.B. im Bereich der praktischen Zahngesundheitserziehung, die sowohl in Kitas als auch Schulen wahrgenommen werden.

JUNGES ERWACHSENENALTER

Das junge Erwachsenenalter ist geprägt durch zunehmende Eigenverantwortung und elementare Bildungs- und Zukunftsentscheidungen. Hierzu gehören bspw. der Schulabschluss und der Ausbildungs- oder Studienbeginn, der Auszug aus dem Elternhaus, aber auch die Partnerwahl und ggf. die Gründung einer Familie. Die Wahlmöglichkeiten sind heutzutage so vielfältig wie noch nie, was für viele junge Erwachsene Unsicherheiten mit sich bringt.

Im jungen Erwachsenenalter können etwaige Benachteiligungen aus der Kindheit und Jugend in Abhängigkeit beruflicher Perspektiven und einem gesunden Lebensstil überwunden oder verfestigt werden (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 45).

Das größte Krankheitsrisiko in dieser Altersgruppe stellen psychosomatische Beschwerden dar. Überdies zeigen sich für junge Erwachsene ein erhöhtes Unfallrisiko und ein vermehrte gesundheitsriskante Verhaltensweisen, besonders in Abhängigkeit vom Bildungsgrad. So konsumieren junge Erwachsene mit niedriger Schulbildung bspw. mehr Tabak, Alkohol und illegale Substanzen, treiben weniger Sport, ernähren sich häufiger ungesund, leiden häufiger an Rückenschmerzen und nehmen seltener Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch (vgl. ebd. S. 46).

Eine besondere Risikogruppe sind zudem junge Erwachsene mit hohen psychosozialen Belastungen und gleichzeitig wenig materiellen und sozialen Ressourcen. In dieser Gruppe finden sich neben Niedrigqualifizierten auch Arbeitslose und Migrant*innen ohne ausreichende Deutschkenntnisse sowie Alleinerziehende (vgl. ebd.).

Die Settings, in denen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung von jungen Erwachsenen sinnvoll platziert sind, sollten idealerweise an die Bedürfnisse und Lebensumstände der jeweiligen sozialen Zielgruppe angepasst sein. Dies können etwa Hoch- und Berufsschulen sowie Ausbildungsbetriebe sein, aber auch Jugendeinrichtungen.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Berufseinsteigern. So werden Auszubildende und Studierende in den zum Präventionsgesetz erstellten Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz³⁰, neben jungen und werdenden Familien sowie Kindern und Jugendlichen, als zentrale Zielgruppen präventiver und gesundheitsförderlicher Bemühungen aufgeführt (vgl. Nationale Präventionskonferenz, 2016).

Das Kompetenzzentrum Sucht hält in Oberhausen Angebote der Suchtprävention an Schulen und Berufsschulen vor. Die psychologische und schulpsychologische Beratungsstelle bieten neben Beratung der Zielgruppe auch Fortbildungsangebote zu pädagogisch-psychologischen Themen an. Beispielsweise ein „Train the Trainer“-Programm in und an Schulen. In Hochschulen werden in speziellen

³⁰ Siehe: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/p/praeventionsgesetz/rahmenempfehlungen-nationale-praeventionskonferenz.html>

Beratungsstellen individuelle Hilfen vermittelt und Unterstützung gibt es ebenfalls in Großbetrieben über die betriebliche Gesundheitsprävention.

MITTLERES LEBENSALTER

Erwachsene mittleren Alters werden häufig mit Vereinbarkeitsproblemen konfrontiert. Der Beginn der Erwerbstätigkeit und die Gründung einer eigenen Familie oder die Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen fallen nicht selten auf den gleichen Lebensabschnitt.

Derartige Mehrfachbelastungen können zum Gesundheitsrisiko werden. Ungünstige psychosoziale und sozioökonomische Bedingungen können sich noch im höheren Alter auf die psychische Gesundheit auswirken (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 49).

Auch bei körperlichen Krankheitsbildern zeigt sich ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen für Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status. Ebenso verhält es sich bei Stoffwechselerkrankungen, Stress, Depressionen, Schlafstörungen und sogar einigen Krebsarten. Zudem steigt das Unfallrisiko, da sie häufiger in manuellen einfachen Berufen arbeiten (vgl. ebd. S. 100). Diese Berufsgruppen bringen neben einem erhöhten Unfallrisiko auch höhere psychosoziale Belastungen durch geringere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten mit sich (vgl. ebd.) Dies äußert sich bspw. in einer erhöhten Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage und der krankheitsbedingten Frühberentungen.

„Die sozialen Unterschiede in der Gesundheit und im Gesundheitsverhalten schlagen sich letztlich in einer höheren vorzeitigen Sterblichkeit und niedrigeren Lebenserwartung der sozialbenachteiligten Bevölkerungsgruppen nieder“ (vgl. ebd. S. 102).

Die Arbeitswelt und die Vereinbarkeit von Familie (inkl. Pflege) und Beruf stellen ein wesentliches Handlungsfeld zur Gesundheitsförderung bei Erwachsenen mittleren Alters dar.

Dabei bestehen für sozial Benachteiligte vergleichsweise große Präventionspotenziale, wenn Strategien zur Gesundheitsförderung an den Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen der Betroffenen ansetzen. So kann nicht nur eine direkte Verbesserung der Gesundheit erfolgen sondern auch gesundheitsrelevantes Verhalten gefördert und psychosoziale Faktoren beeinflusst werden (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 103).

Neben dem Arbeitsplatz können auch Kitas und besonders Familienzentren, welche Eltern als Anlaufstelle für Unterstützungsangebote nutzen, geeignete Settings der Gesundheitsprävention sein. Arbeitslosen können zudem gesundheitspräventive Angebote über die Jobcenter näher gebracht werden.

Für die Zielgruppe des mittleren Lebensalters werden in Oberhausen diverse Angebote vorgehalten, bspw. über die Primärprävention der Krankenkassen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen der §20ff im SGB V. Außerdem werden in Oberhausen durch Träger*innen und Wohlfahrtsverbände Gesundheitsprojekte oder Projekte mit gesundheitlichem Bezug zum größten Teil kostenfrei und niederschwellig angeboten. Gesundheitsfördernde Programme wurden ebenfalls durch das Gesundheitsamt initiiert und teilweise in Kooperation mit anderen städtischen Partnern umgesetzt. Hierzu gehören u.a. ein großer Vorsorgetag im Bero-Center oder die Woche der seelischen Gesundheit, welche über das Bündnis für Gesundheit initiiert wird.

HÖHERES LEBENSALTER

Der Alterungsprozess von Menschen verläuft individuell sehr unterschiedlich. Dabei spielen auch sozioökonomische Ressourcen eine wichtige Rolle. Durch die erhöhte vorzeitige Sterblichkeit kann eine etwa 8-11 Jahre geringere Lebenserwartung für Menschen aus prekären

Lebensverhältnissen geschätzt werden (vgl. Lampert, et al., 2017 S. 102).

Ältere Menschen mit geringem sozioökonomischem Status leiden häufiger an Diabetes Mellitus und anderen chronischen Erkrankungen sowie koronaren Herzerkrankungen oder Depressionen. Sie erleben zudem öfter Einschränkungen bei der Alltagsbewältigung und den sozialen Kontakten (vgl. ebd. S. 104).

Zur häufigeren Pflegebedürftigkeit bei Menschen mit geringem sozioökonomischem Status gibt es nur wenige Studien. Diese deuten jedoch darauf hin, dass Personen aus Arbeiterberufen und mit geringem Einkommen häufiger pflegebedürftig werden als Personen, die als Angestellte gearbeitet haben (vgl. ebd. S. 103).

Wie auch bei Kindern kommt der unmittelbaren Wohnumgebung bei älteren Menschen eine hohe Bedeutung zu. Personen mit geringem Vermögen und eingeschränkter Mobilität stellen hier eine zentrale Zielgruppe dar (vgl. ebd. S. 104). Geeignete Ansätze, um die Teilhabechancen sozial schlechter gestellter Menschen im höheren Alter zu verbessern, sind bspw. barrierearme, öffentlich zugängliche Bewegungsmöglichkeiten und kostenfreie Sportangebote in unmittelbarer Nähe zum Wohnort.

Die Angebote für Senior*innen in Oberhausen umfassen u. a. die Projekte "Bewegt Älter werden in NRW", "Fit im Alter - Gesund essen und gesund leben", "Klimaverträglich mobil 60+" oder die "Entwicklung altengerechter Quartiere NRW".

FAZIT

Unter Berücksichtigung der bisher genannten Erkenntnisse zeigt sich, dass ein besonderer Fokus der öffentlichen Gesundheitspflege auf sozial benachteiligten Gruppen und ihren Kindern liegt. Chronische Krankheiten, Beschwerden und Einschränkungen kumulieren sich bei

ihnen und können nicht nur unmittelbar, sondern auch langfristig zur Reproduktion sozialer Ungleichheit beitragen. Nicht zuletzt äußern sich die sozialen Unterschiede in einer geringeren Lebenserwartung für Menschen aus prekären Lebensverhältnissen.

Die Möglichkeiten des Setting-Ansatzes werden auch in Oberhausen im Rahmen der Gesundheitskoordination für eine sozialsensitive Präventionspolitik genutzt. Mithilfe kleinräumiger Daten und Berichterstattungen werden geeignete Settings für die verschiedenen Zielgruppen definiert. Dabei wird nicht nur der Sozialraum in den Blick genommen, sondern im Institutionellen Kontext auch die jeweilige Zusammensetzung der Personen in den Einrichtung, bspw. der Kinder in den Kitas und Schulen. Denn nicht in jeder Einrichtung finden sich die gleichen Bedarfe oder Ausgangsbedingungen.

Zur Reduzierung des Einflusses der sozialen Lage auf die Gesundheitschancen der Menschen, benötigt es stets eine gute Vernetzung verschiedener Fachplanungen, um, ausgehend von dem Wissen über die Zusammenhänge von Armut und Gesundheit, möglichst lebensnahe und integrierte Konzepte zu entwickeln.

Der vorliegende Exkurs zeigt, dass es in der Stadt Oberhausen viele Schnittstellen für integrierte Zusammenarbeit gibt, die zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit beitragen. Diese wird stet weiter ausgebaut, wie bspw. im Rahmen des GKV-Bündnis für Gesundheit, welches den Ausbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen auf kommunaler Ebene zum Ziel hat.

5.3. UMWELT UND WOHNEN³¹

Luftverschmutzung, Lärm und Hitze sind zentrale Umweltbelastungen, denen Menschen in städtischen Gebieten verstärkt ausgesetzt sind. Als größte Quelle von Luft- und Lärmemissionen im städtischen Raum gilt der lokale Straßenverkehr. Bedingt durch den Klimawandel und die bauliche Verdichtung der Siedlungsbereiche können neben Hitze auch, Starkregen und Stürme zu einer körperlichen bzw. gesundheitlichen Belastung der Menschen führen.

Gesundheitliche Probleme als Folge von Umweltbelastungen sind nicht nur räumlich sondern auch sozial ungleich verteilt. Gesundheitsrisiken bzw. -ressourcen sowie der Lebensstil und nicht zuletzt das Wohnumfeld eines Menschen werden durch sozioökonomische Faktoren beeinflusst. Zu diesen zählen bspw. das Einkommen, der Bildungsgrad, ein Migrationshintergrund oder das soziale Umfeld.

WOHNEN

Für Personen im unteren Einkommensbereich fällt die Wohnkostenbelastung, selbst beim Bezug einer günstigen Wohnung, höher aus, als für Menschen mit einem hohen Einkommen. Sie müssen größere Anteile ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufbringen, was ihren finanziellen Handlungsspielraum stark einschränkt. Die einkommensschwächsten Mieterhaushalte, gemessen an den unteren 20 Prozent der deutschen Einkommensskala, müssen mehr als die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufwenden. Bei den oberen 20 Prozent ist es weniger als ein Fünftel (vgl. MAIS NRW, 2016 S. 51).

Für die Mieterhaushalte im unteren Einkommensbereich wird angenommen, dass eine Überschuldung unter diesen Umständen kaum zu vermeiden ist (vgl. ebd.). Sie nehmen überdies häufiger Einschnitte bei den Ausgaben zur sozialen Teilhabe oder Umzüge in Kauf, die mit einer Verschlechterung der Wohnsituation und dem Verlassen des gewohnten Umfelds einhergehen.

Mit einer Angebotsmiete von 6,19€ pro m² im 2. Quartal 2018 für Standardwohnungen mittlerer Größe und Qualität liegt Oberhausen im Vergleich zu anderen Ruhrgebietsstädten im mittleren Bereich. Die Angebotsmieten sind hier seit 2012 stärker gestiegen als das verfügbare Einkommen pro Einwohner*in. Der Mietenanstieg hat dabei in allen Miethöhebereichen stattgefunden, stellt die Studie *Wohnen in Oberhausen 2017* fest.

Insgesamt werden 40 bis 50 Prozent Geschosswohnungen am Oberhausener Mietwohnungsmarkt als preiswert eingestuft. Sie gehören zum Teil zum unteren und zum Teil zum unteren mittleren Marktsegment. Überdies zählen Sozialmietwohnungen zur Gruppe der preiswerten Wohnungen. Die Versorgung einkommensschwacher Haushalte ist damit gewährleistet.

Die Netto-Kaltmieten im unteren Marktsegment liegen in Oberhausen unter 4,75€ pro m². Entsprechende Mietwohnungen befinden sich eher in ungünstigen Lagen, beispielsweise direkt neben Bahngleisen, an stark befahrenen Straßen oder in Gebieten mit schlechtem Image³².

³¹ Das vorliegende Kapitel wurde mit Unterstützung der Bereiche 3-4 Gesundheit, 5-1 Stadtplanung und 2-2 Umwelt erarbeitet.

³² Ein „schlechtes Image“ ist kaum in Zahlen messbar, da es sich um subjektive Eindrücke handelt. Diese werden auch von Menschen weitergetragen und reproduziert, die die entsprechenden Gebiete selber weder bewohnen noch regelmäßig dort sind. Ein schlechtes Image kann sich so auch noch Jahre nach deutlichen städtebaulichen und sozialen Veränderungen aufrechterhalten.

In die Wohnungen in diesem Preissegment wurde meist seit der Baufertigstellung kaum investiert. Dies zeigt sich in einer nicht mehr zeitgemäßen Ausstattung (Bad, Küche, Heizung) und Grundrissgestaltung, fehlender Wärmedämmung und dem Ausbleiben von notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen. Daraus können sich wiederum gesundheitliche Belastungen für die Bewohner*innen z.B. durch Hitze und Kälte oder auch Schimmelbildung infolge nicht sanierter Bauschäden ergeben. Es wird geschätzt, dass Wohnungen im unteren Segment 15 bis 20 Prozent des Wohnungsmarktes in Oberhausen ausmachen.

Die mit der geringen Angebotsmiete einhergehenden negativen Faktoren werden häufiger von Menschen in Kauf genommen, die nur ein geringes Haushaltseinkommen zur Verfügung haben. Sie sind entsprechend häufiger von benachteiligenden Umwelteinflüssen betroffen als Menschen, die nicht an der Armutsgrenze leben.

Studien zeigen, dass Menschen mit einem niedrigen Sozialstatus zum einen häufiger von verkehrsbedingten Gesundheitsbelastungen, wie Luftschadstoffen oder Lärm, betroffen sind und zum anderen weniger Zugang zu nutzbaren Grünflächen haben. Dies resultiert daraus, dass sie sich Wohnungen mit Garten nicht leisten können und dass qualitativ hochwertige öffentliche Grünflächen meist in Wohnlagen des höheren Segments zu finden sind. Sie verfügen demnach über weniger Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten (vgl. UBA, 2020).

Auch auf subjektiver Ebene sind Benachteiligungen messbar: Laut einer EU-weiten Haushaltbefragung, sind einkommensarme Personen häufiger unzufrieden mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld als Personen, die nicht von relativer Einkommensarmut betroffen sind (vgl. MAIS NRW, 2016 S. 50)

LUFT

Die Luftqualität in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Dennoch sind erhöhte Sterblichkeit und Krankheitshäufigkeiten durch Luftschadstoffe nicht gänzlich verschwunden.

Zudem verteilen sich umweltbedingte Gesundheitsrisiken durch Luftbelastungen sozial unterschiedlich: Auswertungen des Kinder-Umwelt-Surveys (KUS) ergaben, dass Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus häufiger an stark befahrenen Haupt- oder Durchgangsstraßen wohnen als Kinder aus Familien mit mittlerem und hohem Sozialstatus (vgl. UBA, 2016). Auch im Rahmen der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1), die das Robert Koch-Institut (RKI) durchführt, wurde eine stärkere Straßenverkehrsbelastung bei Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status festgestellt. Während rund 28 Prozent der Befragten mit niedrigem Sozialstatus angaben, an einer stark befahrenen Straße zu wohnen, äußerten dies in der oberen Statusgruppe nur rund 15 Prozent (vgl. Laußmann, et al., 2013 S. 827)

Die gesundheitlichen Auswirkungen solcher Wohnlagen wurden bspw. in Sachsen-Anhalt mithilfe von Daten der Schulanfänger*innen untersucht. Krankheiten wie Bronchitis, Lungenentzündung und Nasennebenhöhlenentzündung wurden bei Kindern, die an stark befahrenen Straßen lebten, häufiger nachgewiesen als bei Kindern, die in weniger verkehrsbelasteten Gebieten lebten (vgl. Gottschalk, et al., 2011 S. 68) Luftschadstoffe können beim Menschen zu akuten Beeinträchtigungen oder chronischen Schädigungen der Atemwege und anderer Organe führen. Sie beeinflussen aber auch andere Schutzgüter wie Tiere und Pflanzen.

Zur Verbesserung der Luftqualität und zum Schutz der menschlichen Gesundheit wurden

EU-weit einheitliche Grenzwerte festgelegt. Diese unterteilen sich in Stunden-, Tages-, und Jahresgrenzwerte. Für Feinstaub (PM10)³³ und Stickstoffdioxid (NO₂)³⁴ gilt ein Jahresgrenzwert von 40 µg/m³. Für Feinstaub wurde überdies ein Tagesgrenzwert von 50 µg/m³ festgelegt, der an maximal 35 Tagen im Kalenderjahr überschritten werden darf und für Stickstoffdioxid ein Stundengrenzwert von 200 µg/m³, der nicht öfter als 18mal im Kalenderjahr überschritten werden darf.

Die Überwachung der Grenzwerte obliegt dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV)³⁵. Es verfügt hierzu über mehrere aufeinander abgestimmte Messsysteme. Dabei werden verschiedene luftverunreinigende Stoffe unterschieden, u.a. Feinstaubpartikel und Stickstoffdioxid.

Feinstaub entsteht bei Verbrennungsprozessen, z.B. durch Verkehr, Kraft- und Fernheizwerke, Abfallverbrennungsanlagen oder Heizungsanlagen. Stickstoffdioxid entsteht ebenfalls überwiegend bei Verbrennungsprozessen und ist gasförmig. Hauptquelle ist der Straßenverkehr, sodass die höchsten Konzentrationen an städtischen Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen zu finden sind.

Werden diese Grenzwerte in einem Gebiet nicht eingehalten, sind die zuständigen Behörden angehalten, entsprechende Luftrein-

haltepläne zu erarbeiten. Für das Ruhrgebiet gilt der aktuelle *Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011*, der durch die Bezirksregierungen Arnsberg, Münster und Düsseldorf aufgestellt wurde.

Da in Oberhausen an der Mülheimer Straße der Stickstoffdioxidwert 2019 bei 43 µg/m³ im Jahresmittel lag, wurde im Rahmen des Vergleiches mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH)³⁶ beschlossen, dass die zuständige Bezirksregierung Düsseldorf für die Stadt Oberhausen eine Planergänzung mit zusätzlichen Maßnahmen erarbeiten muss, die am 31.10.2020 in Kraft treten soll.

Der im Rahmen des Vergleichs mit der DUH erarbeitete Maßnahmenkatalog soll zu einer nachhaltigen Veränderung der Verkehrssituation und somit insgesamt zu einer Absenkung der verkehrsbedingten Emissionen im Stadtgebiet führen. Hierbei werden nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen ergriffen, um die Luftschadstoffbelastung kontinuierlich zu reduzieren.

Da ein großer Anteil der gemessenen Luftschadstoffe Stickstoffdioxidemissionen von Dieselfahrzeugen sind, konzentriert sich auch die Mehrzahl der Maßnahmen auf die Verringerung der verkehrsbedingten Emissionen, wie bspw. die Förderung des Radverkehrs oder die Verbesserung des ÖPNV.

Insbesondere liegt hierbei der Fokus auf der Überschreitungssituation an der Mülheimer Straße. Es wird aber auch eine Vielzahl stadtweit wirkender Maßnahmen zur Reduktion der Belastung umgesetzt.

³³ Unterschieden wird zwischen besonders gesundheits-schädlichen kleinen Feinstaubpartikeln mit Durchmes-sern < 2,5 Mikrometer (PM2.5) und Feinstaub mit einem Durchmesser < 10 Mikrometer (PM10).

³⁴ Neben Feinstaub und Stickstoffdioxid gelten auch für einige weitere Luftschadstoffe EU-weit einheitliche Grenzwerte, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wird, da in Oberhausen lediglich für diese beiden Stoffe in der Vergangenheit bzw. an bestimmten Straßenab-schnitten zeitweise erhöhte Werte festgestellt wurden.

³⁵ Das LANUV ist dem Ministerium für Umwelt, Land-wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV) unterstellt und berät die Landesregierung.

³⁶ Weitere Informationen unter:
https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/umwelt-gesundheit-und-mobili-tat/umwelt/luft/luftreinhalteplan_und_umweltzone/vergleich_mit_der_duh.php

LÄRM

Neben Luftschadstoffen, die Menschen, die an Straßen mit erhöhtem Verkehrsaufkommen leben, vermehrt aufnehmen, kann auch Schall bzw. Lärm, je nach Stärke und Dauer, nachhaltige gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Schäden hervorrufen.

Im Gegensatz zum Schall ist Lärm keine physikalisch beschreibbare Größe. Werden Schalleindrücke als störend oder belästigend empfunden oder schädigen diese sogar die Gesundheit, spricht man nicht mehr von Schall sondern von Lärm. Dieser ruft auch bei niedrigen, nicht gehörschädigenden Pegeln, wie etwa bei Verkehrslärm, körperliche Stressreaktionen hervor. Lärm aktiviert das autonome Nervensystem und das hormonelle System. Beide regulieren Kreislauf- und Stoffwechselprozesse, welche auch im Schlaf oder bei Menschen, die sich vermeintlich an Lärmquellen gewöhnt haben, gestört werden können (vgl. UBA, 2015).

Folgen von chronischer Lärmbelastung können, neben Gehörschäden auch erhöhte Blutfett-, Blutzucker- oder Blutdruckwerte sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zum Herzinfarkt sein. Nächtlicher Lärm beeinträchtigt zudem den Schlaf, was zu einer veränderten Schlafstruktur, vermehrtem Aufwachen und einer erhöhten Ausscheidung von Stresshormonen führt und wiederum das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöht (vgl. UBA, 2015). Vermehrte Schlafstörungen bei Kindern können überdies dazu führen, dass sie morgens unausgeschlafen sind und ihre Lernfähigkeiten in der Schule eingeschränkt sind.

Da der Straßenverkehr als vorrangige Quelle für Lärm gilt, ist die Lärmbelastung, ähnlich wie die Belastung durch Luftschadstoffe, sozial ungleich verteilt. Im Rahmen der *Heinz-Nixdorf Recall Studie* wurden Personen aus drei Ruhrgebietsstädten (Mülheim, Essen und Bochum) nicht nur befragt, sondern es wur-

den auch wohnortspezifische Lärmdaten verwendet, um u.a. die Betroffenheit von physikalischen Kontext- bzw. Umweltrisiken objektiv zu messen. Die Studie kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass Menschen mit niedriger Bildung und/oder niedrigem Einkommen häufiger von Straßenverkehrslärm betroffen sind als Menschen mit höherer Bildung und/oder höherem Einkommen (vgl. Riedel, et al., 2011 S. 92).

Das Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV) schreibt als Auslösewerte 60 dB(A) in der Nacht (22.00 - 6.00 Uhr) und 70 dB(A) für den gesamten Tag (0:00 - 24:00 Uhr) fest, wenn Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser oder andere schutzwürdige Gebäude betroffen sind. An Orten, an denen diese überschritten werden, haben die Kommunen eine entsprechende Lärmaktionsplanung mit verschiedenen Maßnahmen zur Lärmreduktion vorzunehmen.

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung in Oberhausen wurden durch den Rat der Stadt deutlich geringere Auslösewerte von 65 dB(A) als Tagesdurchschnitt und 55 dB(A) im nächtlichen Durchschnitt angesetzt (vgl. Stadt Oberhausen, 2017 S. 6-7). Grundlage hierfür bilden Werte aus Ergebnissen der Lärmwirkungsforschung.

Die ergriffenen Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der Lärmaktionsplanung reichen von Fahrbahnsanierungen und Begrünungen des Straßenraums über Geschwindigkeitsreduzierungen bis hin zu LKW-Nachtfahrverboten³⁷.

³⁷ Eine Übersicht aller Maßnahmen findet sich im Lärmaktionsplan der Stadt Oberhausen und auf: https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/umwelt-gesundheit-und-mobilitat/umwelt/laerm/umgebungslaerm/oeffentlichkeitsbeteiligung_laermaktionsplan_stufe_2.php

An Schienenanlagen, die durch Wohngebiete verlaufen, wie bspw. im Sozialraum Alstden/Lirich, sind typische lärmreduzierende Maßnahmen das Aufstellen von Schallschutzwänden oder Veränderungen direkt an den Gleisen, welche Geräusche reduzieren, die Züge in Kurven oder bei Bremsvorgängen erzeugen.

KLIMA

Auch klimatische Bedingungen können mit Gesundheitsrisiken verbunden sein, die sich ungleich über Gebiete verteilen. Sommerlich hohe Lufttemperaturen können für Mensch und Umwelt ein hohes Schädigungspotenzial nach sich ziehen. Durch den Klimawandel kommt es vermehrt zu extremer Hitze am Tag und auch in der Nacht sowie zu weiteren extremen Wetterereignissen (bspw. Starkregen und Sturm).

So wird besonders in städtischen Gebieten mit hoher Bebauungsdichte und einem hohen Versiegelungsgrad die Hitze gespeichert und eine ausreichende Abkühlung nach Sonnenuntergang verhindert. Es kommt zur Bildung sog. Wärmeinseln. Mitunter sind die Nächte im Stadtzentrum acht Grad wärmer als im Umland.

Phasen mit mehrtägig anhaltender extremer Hitze gepaart mit dem Auftreten von sog. „Tropennächten“ bergen dabei das größte Gesundheitsrisiko, da der Körper sich nachts im Schlaf nicht erholen kann. Nächtlicher Hitzestress kann besonders für die ältere Bevölkerung und chronisch Kranke gesundheitsgefährdend sein.

Zur Information und Sensibilisierung von Bürger*innen hat der Bereich Gesundheit daher zahlreiche Informationsbroschüren zu Themen

wie „Hitzestress“, aber auch Lärm und Luftschadstoffen veröffentlicht³⁸.

Expert*innen rechnen insbesondere durch die Zunahme der Extremwetterlagen, wie Hitzewellen, Starkniederschlägen und -winden mit weitreichenden Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Klimawandel erfordert daher eine Anpassung an die Auswirkungen der Klimaveränderungen.

Wie auch im Rahmen der Luftreinhalte- und Lärmaktionsplanung werden zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels Maßnahmen ergriffen die bspw. der Bildung von Hitzeinseln entgegenwirken und die klimatischen Bedingungen in den Lebensräumen verbessern. Hierzu entwickelt die Stadt Oberhausen ein Klimaanpassungskonzept, welches querschnittsorientiert mit externer Unterstützung, federführend durch den Bereich Umwelt erarbeitet wird. Es umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen an verschiedenen Standorten in Oberhausen.

Diese bewirken einerseits lokale klimatische Verbesserungen und tragen andererseits in der Summe zu einer Verbesserung des gesamtstädtischen Klimas bei. Bei der Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes werden u.a. Klimamodellierungen und Klimaanalysen des Regionalverbands Ruhr (RVR), welche zuletzt 2017 im Rahmen des Regionalplans Ruhr für die gesamte Metropolregion erarbeitet wurden, herangezogen.

Überdies erfolgt durch den Bereich Gesundheit eine Hitzeaktionsplanung mit zusätzlichen Maßnahmen zur Entlastung besonders betroffener Gebiete und ihrer Einwohner*innen.

³⁸ Siehe: <https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/umwelt-gesundheit-und-mobilitat/gesundheit/hygiene-umweltmedizin/broschueren-und-informationsblaetter.php>

Dabei stehen vulnerable Personengruppen, wie bspw. ältere Menschen, Kinder und chronisch Kranke im Fokus.

GRÜNFLÄCHEN

Versiegelte Flächen und Grünflächen sind unterschiedlich über das Stadtgebiet verteilt. Grün- und Wasserflächen gelten als Umweltressourcen und Erholungsmöglichkeiten.

So stellen bspw. Waldflächen wichtige Regenerationsräume zur Naherholung für die städtische Bevölkerung dar. Daneben sind sie Lebensraum für Pflanzen und Tiere und haben vorteilhafte klimatische Funktionen. Doch auch kleine innerstädtische Park- und Grünanlagen sowie private Grünflächen und Gärten sind grundsätzlich wertvolle Räume z. B für die Kurzzeiterholung.

Die Verfügbarkeit und der Zugang zu Grün- und Freiräumen können als gesundheitsförderliche Ressource betrachtet werden, die ebenso sozial ungleich verteilt ist, wie umweltbedingte Gesundheitsrisiken. Aus dieser ungleichen Teilhabe an gesundheitsförderlichen Umweltressourcen können entsprechend gesundheitliche Ungleichheiten resultieren (vgl. Claßen, et al., 2011 S. 102).

UMWELTGERECHTIGKEIT

Der Begriff *Umweltgerechtigkeit* meint die Vermeidung und den Abbau der räumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen bzw. -risiken und die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen, wie bspw. Grün- und Erholungsflächen.

Das Thema gewinnt, vorrangig im städtischen Raum, international und national auch vor dem Hintergrund des Klimawandels an Bedeutung. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit schlägt sich zunehmend räumlich nieder und kann in extremer Ausprägung zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.

Fallen mehrere benachteiligende Faktoren, wie ungünstige klimatische Bedingungen, Luftverschmutzung, Lärm, fehlende Grünflächen oder infrastrukturelle Mängel, mit sozialen Benachteiligungen zusammen, wird dies auch „Mehrfachbelastung“ genannt. Die Anzahl der betroffenen Personen und das Ausmaß der umweltbedingten Gesundheitsrisiken hängen von der jeweiligen Siedlungsstruktur ab. Beispielsweise bergen Wohngebiete mit mehrgeschossiger verdichteter Wohnbebauung und unmittelbarer Nähe zu Hauptverkehrsstraßen das höchste Betroffenheitsrisiko. Überdies werden in solchen hoch verdichteten Bereichen Lärm, Luftschadstoffe und sommerliche Hitze gebündelt.

MEHRFACHBELASTUNGEN IN OBERHAUSEN

Wie in allen Ballungsräumen zeigt sich auch in Oberhausen eine ungleiche Verteilung von Luftverschmutzung, Lärmimmissionen und Wärmeinseln über die Sozialquartiere.

Verschränkt man die Ergebnisse des Sozialindex mit Auswertungen der Luftreinhalteplanung und des Lärmaktionsplans, zeigt sich eine häufige Betroffenheit durch Luftverschmutzung und Lärmimmissionen in den Sozialquartieren mit erhöhtem Armutsrisiko.

Dieser Befund entspricht den erwähnten Studien, sodass auch für Oberhausen angenommen werden kann, dass umweltbedingte Gesundheitsrisiken und -ressourcen sozial ungleich verteilt sind.

Oberhausen hat sich das Ziel gesetzt, die Belastung durch Luftschadstoffe und Lärm mithilfe verschiedener Maßnahmen zu verringern. Der Großteil von ihnen zielt auf den Straßenverkehr ab, da dieser als zentrale Quelle der Lärm- und Luftschadstoffbelastung für die Anwohner*innen gilt. Dabei liegt, unabhängig von der sozialen Situation der Einwohner*innen, ein besonderer Fokus auf dicht besiedelten Wohngebieten mit unmittelbarer

Nähe zu Hauptverkehrsstraßen. Ebendiese Wohnlagen gehen häufig einher mit einem erhöhten Armutsrisiko der Einwohner*innen, sodass die Maßnahmen ebenfalls zur Reduktion der sozialen Ungleichheit beitragen.

Gemäß Masterplan „Saubere Luft für Oberhausen“ aus dem Jahr 2018 gelten u.a. ein Abschnitt der Mülheimer Straße, welcher das Marienviertel-Ost und -West teilt, sowie ein Abschnitt der Duisburger Straße zwischen Lirich-Nord und Lirich-Süd als Belastungsschwerpunkte (sog. „Hot-Spots“) der Luftreinhalteplanung. Für beide Teilbereiche wurden die stadtweit höchsten Stickstoffdioxid-Werte festgestellt (vgl. Stadt Oberhausen, 2018b). Beide Hot-Spots weisen zudem eine straßennahe Wohnbebauung und niedrige Sozialindexwerte auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass die betroffenen Anwohner*innen in diesen Gebieten ebenfalls von Armut betroffen sind und geringe gesellschaftliche Teilhabechancen erfahren, ist entsprechend hoch.

Der Verkehr verursacht jedoch nicht nur ein erhöhtes Auftreten an Luftschadstoffen, sondern auch Lärm. Im Lärmaktionsplan der Stadt Oberhausen heißt es hinsichtlich der Lärmbelastung: „Die Betroffenenendichte ist an mehreren Straßen im Stadtbezirk Alt-Oberhausen besonders hoch. Darüber hinaus liegt eine Konzentration hoher Betroffenenendichten im Stadtquartier Innenstadt³⁹ vor“ (Stadt Oberhausen, 2017 S. 26). Hinzu kommen Schienenanlagen der Bundesbahn, welche neben Autobahnen die höchsten Lärmpegel erreichen. Anhand der Lärmkartierung für die Stadt Oberhausen lässt sich erkennen, dass die drei Autobahnen, die durch Oberhausen verlaufen,

als besonders große Lärmquellen gelten⁴⁰. An einigen Stellen, wie bspw. in Sterkrade und Buschhausen, verlaufen diese unmittelbar durch Wohngebiete. Hinzu kommen Lärmbelastungen durch den Schienenverkehr.

Die Schienen des Personen- und des Güterverkehrs der deutschen Bahn verlaufen teilweise unmittelbar durch Wohngebiete und bilden in Oberhausen ein dichtes Netz, das sich vorwiegend über Alt-Oberhausen erstreckt (vgl. Karte 21 im Anhang). Der Schienenverkehr erzeugt zwar nur unmittelbar auf der Schiene Werte über 70 dB(A), doch an einigen Stellen dringt der Schall zwischen 22 und 6 Uhr noch teils mit Werten über 60 dB(A) in die umliegenden Gebiete. Auf Wohnbebauung trifft der Lärm überwiegend in den Sozialquartieren Alstaden, Styrum, Lirich-Süd und der Innenstadt, doch auch in Teilen von Osterfeld-Mitte, Osterfeld-Süd, Sterkrade und Holten.

Lirich-Süd stellt sich dabei als Sozialquartier mit flächendeckender Lärmbelastung durch nächtlichen Schienenverkehr und zeitgleich erhöhtem Armutsrisiko heraus, und auch im Marienviertel-West, im Marienviertel-Ost und im Brücktorviertel, allesamt Sozialquartiere mit niedrigem Sozialindex, finden sich einzelne Gebiete mit nächtlichen Lärmpegeln zwischen 55 und 60 dB(A). Bereits bei einer Lärmbelastung von über 45 dB(A) in der Nacht bei einem teilweise geöffneten Fenster ein ungestörter Schlaf nicht mehr möglich⁴¹.

Anders als an den Autobahnen, wo schon in vielen Bereichen aktive Lärmschutzmaßnah-

³⁹ Die Lärmaktionsplanung nutzt eine andere räumliche Einteilung des Stadtgebietes, die nicht überall deckungsgleich mit den im Sozialbericht verwendeten Sozialquartieren sind.

⁴⁰ Die Lärmkartierungen erfolgen getrennt für die unterschiedlichen Lärmquellen. Hierzu gehören u.a. die Straßen, Schienen der Bundesbahn und sonstige Schienen, bspw. für Straßenbahnen. Die entsprechenden Karten können im Umgebungslärmportal des Landes NRW eingesehen werden. Siehe: <https://www.umgebungslaerm-kartierung.nrw.de/>.

⁴¹ Gemäß DIN 18005.

men in Form von Lärmschutzwänden oder lärminderndem Asphalt realisiert wurden, erfolgt die Umsetzung an der Schiene zum großen Teil erst noch. Lediglich für den Streckenabschnitt Osterfeld-Süd wurden bereits sowohl aktive als auch passive Maßnahmen zum Lärmschutz ergriffen. In den nächsten Jahren folgen weitere Schallschutzmaßnahmen entlang der Schienenstrecken der Deutschen Bahn in Alt-Oberhausen.

Neben Luft- und Lärmbelastung sind auch die klimatischen Bedingungen besonders in den Sozialquartieren, wo Menschen mit erhöhtem Armutsrisiko leben, ungünstig. Ihre Einwohner*innen sind bspw. häufiger Hitzestress ausgesetzt.

Im Rahmen der Klimaanalysen des RVR aus dem Jahr 2017 wurden die verschiedenen *Klimatopen* im Oberhausener Stadtgebiete kartografisch dargestellt und hinsichtlich ihrer *klimaökologischen Funktionen* kategorisiert (vgl. Karte 20 im Anhang). Bebaute Flächen bzw. Siedlungsbereiche bieten unterschiedlich gute bzw. schlechte bioklimatische Verhältnisse. Dabei werden für *Gewerbe-/Industrieklimatope*⁴² sowie für *Stadt- und Innenstadtklimatope* bioklimatisch ungünstige Verhältnisse angenommen (vgl. Regionalverband Ruhr, 2017 S. 59). In Gebieten mit Stadt- und Innenstadtklima kommt es durch die dichte die Bebauung u.a. vermehrt zur Bildung von Wärmeinseln, die den Luftaustausch verringern und lufthygienische Belastungen verstärken.

Die vom RVR erarbeiteten Karten zu Temperaturverteilungen und Hitzeinseln zeigen, dass insbesondere in den hochverdichteten Zentren der Stadtteile Alt-Oberhausen, Sterkrade

und Osterfeld ungünstige bioklimatische Verhältnisse vorherrschen. Im Gegensatz dazu haben die vorhandenen zusammenhängenden Grünflächen im Sterkrader Norden und Osterfelder Osten klimatische Ausgleichsfunktionen (vgl. Karte 20 im Anhang).

Verschneidet man die kleinräumigen Ergebnisse des Sozialindex mit den Informationen über die *Klimatopen* zu einer Karte⁴³, zeigt sich, dass sich klimatisch ungünstige Verhältnisse in vielen Gebieten mit erhöhten Armutsrisiken decken (vgl. Karte 3).

Die Karte stellt zum einen die Stadt- und Innenstadtklimatope dar und zum anderen die Bezirke mit niedrigen oder sehr niedrigen Sozialindexwerten, also überdurchschnittlichen Anteilen von Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko. Überdies zeigt sie alle Grünflächen⁴⁴ im Oberhausener Stadtgebiet. In allen Sozialquartieren mit niedrigen und sehr niedrigen Sozialindexwerten herrschen im Großteil der Wohngebiete ungünstige klimatische Verhältnisse vor.

Die größte zusammenhängende Fläche mit Innenstadtklima, welche nahezu das gesamte Sozialquartier abdeckt, findet sich in der Innenstadt Alt-Oberhausens.

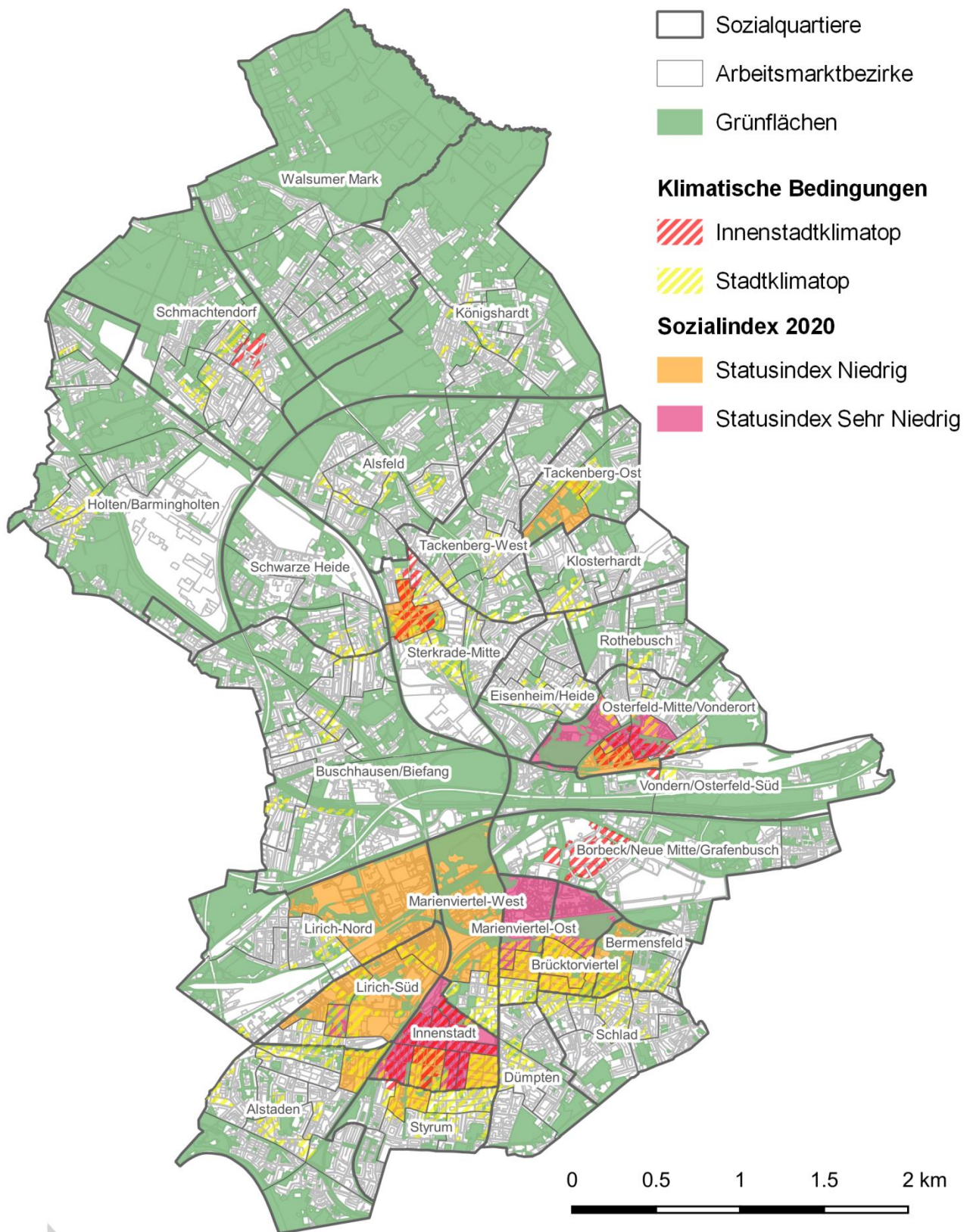
Auch die an die Innenstadt angrenzenden Sozialquartiere Lirich-Süd und Marienviertel-West weisen, neben einem niedrigen Sozialindex, ebenfalls überwiegend ungünstige bioklimatische Verhältnisse in den Wohngebieten auf. Die Ausnahme bilden Quartiere in der Nähe von Grünflächen, wie bspw. dem Grillopark oder dem Altenbergpark.

⁴² Auch Arbeitnehmer*innen können an ihrem Arbeitsort ungünstigen klimatischen Bedingungen in Gewerbe-/Industrieklimatopen ausgesetzt sein. Hier fallen Hitzestress mit Luft- und Lärmemissionen zusammen.

⁴³ Die Karte dient nicht zu tatsächlichen Planungszwecken sondern der vereinfachten Darstellung von sozial ungleich verteilten Gesundheitsrisiken und -ressourcen.

⁴⁴ Nicht alle angezeigten Grünflächen sind öffentlich zugänglich oder nutzbar.

Karte 3: Mehrfachbelastungen im Oberhausener Stadtgebiet - Sozialindex und klimatische Bedingungen



Darstellung: Bereich 3-2 Soziales und Bereich 5-1 Stadtplanung.
 Quellen: Bereich 2-2 Umwelt: Realnutzung RVR 2019 und Klimaökologische Funktionen; Bereich 3-2 Soziales: Sozialindex 2020.
 Kartengrundlage: Flächennutzungskartierung RVR, Team Luftbild und Geoinformationssysteme (2015)

Im Marienviertel-Ost und dem Brücktorviertel herrschen in den Wohngebieten trotz angrenzender Grünflächen, nahezu flächendeckend ungünstige Verhältnisse.

Das bioklimatisch sehr ungünstige Innenstadtklima findet sich ebenfalls in den Sozialquartieren Osterfeld-Mitte/Vonderort, Sterkrade-Mitte, rund um das Centro und in Schmachtdorf wieder. Anders als in Schmachtdorf zählt am Centro keine Wohnflächen zu den Gebieten mit Innenstadtklima, gleichwohl sind hier Menschen an ihrem Arbeitsplatz betroffen. In den dicht besiedelten Stadtzentren von Osterfeld und in Sterkrade decken sich, ebenso wie in der Innenstadt von Alt Oberhausen, ein erhöhtes Armutsrisiko mit ungünstigen klimatischen Bedingungen.

Wie bereits beschrieben, dienen Grünflächen den Einwohner*innen nicht nur als klimatische Ausgleichsflächen sondern auch als Erholungs- und Bewegungsmöglichkeiten. In Alt-Oberhausen, wo die meisten Menschen mit erhöhtem Armutsrisiko wohnen, sind eben diese jedoch nur schlecht zu erreichen.

Besonders die Innenstadt stellt sich nicht nur als klimatisch und lufthygienisch belasteter Raum mit der höchsten Bevölkerungsdichte und den höchsten Anteilen armutsgefährdeter Einwohner*innen in der Gesamtstadt dar sondern bietet auch kaum eigene Grünflächen. Ihre Einwohner*innen weichen stattdessen auf kleinere Parks in umliegenden Sozialquartieren wie bspw. im Marienviertel-West, im Brücktorviertel oder Lirich-Süd aus, um von den dortigen Grünflächen zu profitieren.

Die meisten der Sozialquartiere mit erhöhtem Armutsrisiko bietet nur wenige große öffentliche Grünflächen. Ihre Einwohner*innen müssen längere Wege in Kauf nehmen, um größere, zusammenhängende Waldflächen oder Parks zu erreichen. In Alt-Oberhausen finden sich diese bspw. überwiegend in den Randge-

bieten. Längere Wege ins Grüne werden besonders für ältere Einwohner*innen aber auch für chronisch Kranke und (Klein-)Kinder zur Herausforderung. Zudem steigt die Unfallgefahr bei längeren Wegstrecken.

Die Bezirke Osterfeld und Sterkrade sind in ihren Kernbereichen zwar ähnlich hoch verdichtet wie in Alt-Oberhausen sie bieten jedoch im Umfeld hochwertige Erholungsflächen, wie bspw. den Sterkrader Wald, den OLGA-Park oder den Revierpark.

FAZIT

Der vorliegende Exkurs kann an dieser Stelle auch das vielfältige Themengebiet der Umweltgerechtigkeit nur umreißen und vereinzelte Aspekte aufgreifen. Inwieweit es sinnvoll ist, soziale Aspekte stärker in die verschiedenen Planungen gezielt aufzunehmen, muss im individuellen Fall entschieden werden.

Mit den o.g. Ausführungen zur sozialen Ungleichverteilung umweltbedingter Gesundheitsrisiken bzw. -ressourcen wird jedoch ein Arbeitsfeld zur integrierten Planung eröffnet, welches sich zu vertiefen lohnt. Aus interdisziplinären Arbeiten und Analysen können innovative integrierte Handlungsansätze hervorgehen.

Insgesamt lässt sich mit den vorliegenden Ansätzen für die Verteilung umweltbedingter Gesundheitsrisiken, wie Luftverschmutzung, Lärm und Hitze zeigen, dass sie auch in Oberhausen verstärkt in den Gebieten auftreten, wo auch die meisten Menschen mit einem erhöhten Armutsrisiko leben. Menschen in schwierigen Lebenslagen sind durch die Wahl ihres Wohnortes auch in Oberhausen benachteiligt und entsprechend häufiger gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt.

Im Sinne der Umweltgerechtigkeit ist es daher sinnvoll, solche Mehrfachbelastungen aufzuzeigen und gesundheitliche Folgen, die aus Armutslagen resultieren, abzumildern.

Hierzu setzt die Stadt Oberhausen im Rahmen verschiedener Planungsverfahren, wie der Lärmaktionsplanung, der Luftreinhalteplanung, der Gesundheitsplanung, der Klimaanpassung, Hitzeaktionsplanung, der Sozialplanung und weiterer Fachplanungen eine Vielzahl von Maßnahmen um, die zur Verbesserung der Lebens- und der Wohnlagen sowie der Gesundheits-, Bildungs- und Teilhabechancen der Menschen beitragen.

Angesichts des demographischen Wandels und des Klimawandels bietet es sich dabei an, verschiedene Fachdisziplinen stärker zu verschneiden, um eine möglichst realitätsnahe Erfassung und Bearbeitung gesellschaftlicher Ungleichheit zu gewährleisten und gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegenzuwirken.

ATLAS SOZIALINDEX



6 DIE SOZIALSTRUKTUR OBERHAUSENS IM LANDESVERGLEICH

Das vorliegende Kapitel soll Oberhausen mit Hilfe einiger Indikatoren aus der landesweiten Sozialberichterstattung in den Kontext des Landes NRW und des Ruhrgebietes einordnen.

Oberhausen liegt, umgeben von Dinslaken, Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg, zentral im westlichen Ruhrgebiet. Im Jahr 2018 zählt die Stadt 212.166 Einwohner*innen auf einer Fläche von 77,09 km². Gemessen an der Einwohner*innenzahl, gehört Oberhausen damit zu den kleineren Großstädten⁴⁵ des Ruhrgebietes. Die Einwohner*innenzahlen der Sozialquartiere liegen zwischen 2.884 in Vondern/Osterfeld-Süd und 15.359 in Alstaden (vgl. Karte 4). Die Wohnbebauung ist in Alt-Oberhausen, im Süden der Stadt, dichter als in Osterfeld und Sterkrade. Hier leben mehr Menschen auf engem Raum zusammen, während im Norden der Stadt viele Felder und Waldflächen zu finden sind.

Die Stadt Oberhausen ist nicht aus einem zentralen Kern gewachsen, sondern hat neben der Innenstadt in Alt-Oberhausen zwei weitere kleine Stadtzentren in den Bezirken Sterkrade und Osterfeld. Der Bezirk Sterkrade teilt sich durch die Autobahn 3 in die Sozialräume Sterkrade und Sterkrade-Nord. Der Bezirk Alt-Oberhausen im Süden der Stadt wird durch den Rhein-Herne-Kanal und die Autobahn 42 mit anliegenden großen Industrie- und Handelsflächen sowie Freizeitgebieten rund um die neue Mitte von Sterkrade und Osterfeld getrennt. Alt-Oberhausen setzt sich aus den Sozialräumen Alstaden/Lirich, Mitte/Styrum und Oberhausen-Ost zusammen.

In Großstädten ist der Anteil der Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, höher als in ländlichen Regionen. Entsprechend sind auch ihre Sozialausgaben deutlich erhöht.

In Nordrhein-Westfalen liegen 29 der 77 deutschen Großstädte und im Ruhrgebiet bündeln sich elf davon zusammen mit vier Kreisen zu einer Metropolregion, die rund 5,8 Mio. Einwohner*innen zählt. Das Ruhrgebiet ist daher eine Region, die sich bereits seit vielen Jahren besonderen sozialen und armutsbedingten Herausforderungen stellen muss und so auch ihre Einwohner*innen, denn an vielen Menschen gehen positive Entwicklungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes vorbei.

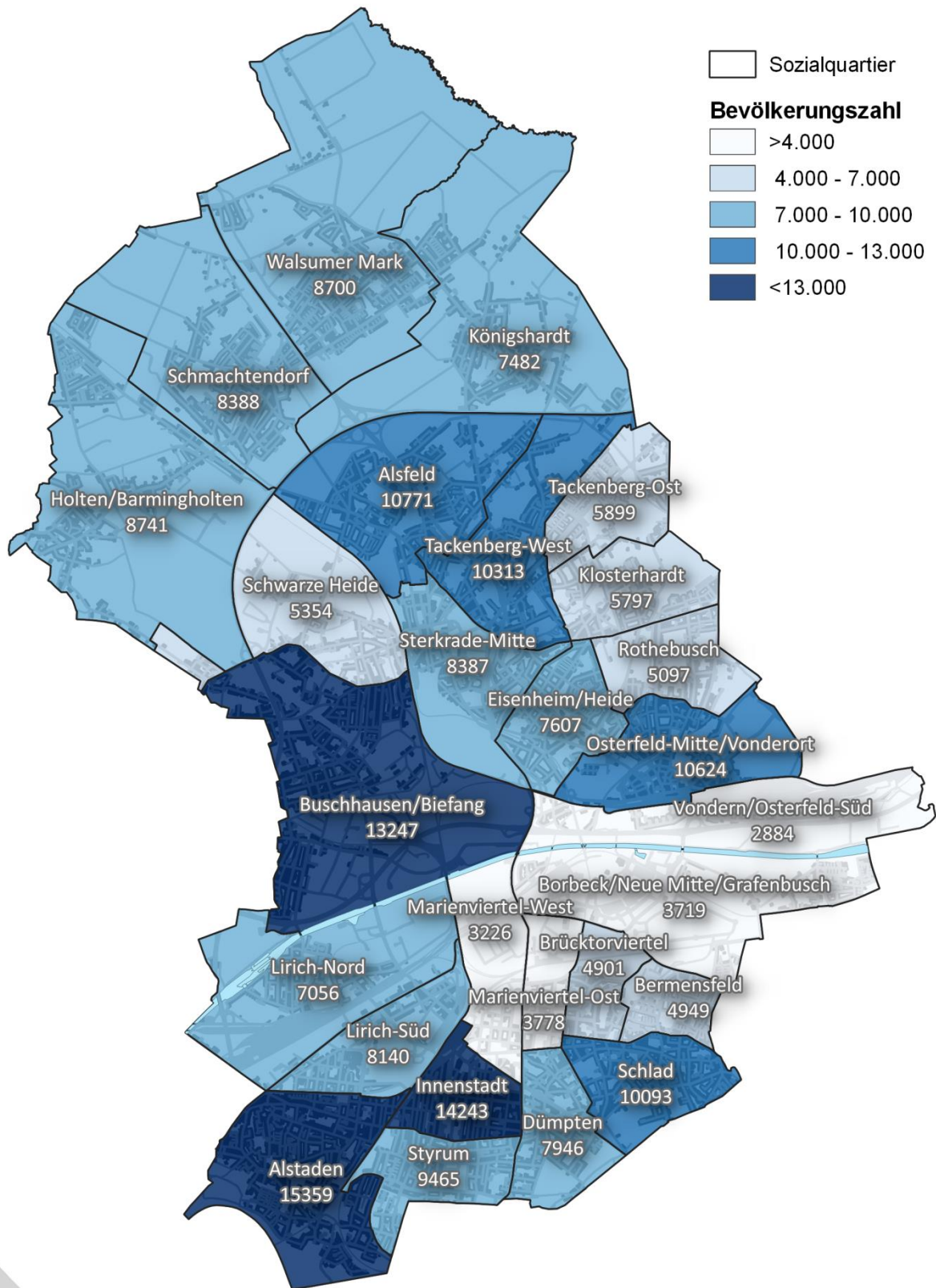
Der aktuelle bundesweite Armutsbericht des Paritätischen stellt das Ruhrgebiet hinsichtlich der Armutslagen sogar als „Problemregion Nummer eins in Deutschland“ heraus (vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2019 S. 22).

Armutsrisiken sind abhängig von Faktoren wie Erwerbstätigkeit, Bildung, Migration, Familienstand, aber auch Geschlecht und Alter.

Das größte Armutsrisiko tragen Kinder und junge Erwachsene unter 25 Jahren, Frauen, Ein-Personen-Haushalte, Alleinerziehende, Paar-Haushalte mit drei oder mehr Kindern, Erwerbslose, Rentner*innen, Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau sowie Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Personen mit Migrationshintergrund (vgl. ebd. S. 34). Die Armutsrisiken dieser Gruppen haben sich in den letzten zehn Jahren zum Teil verbessert, für einige aber deutlich verschlechtert. So ist bei keiner Gruppe das Armutsrisiko so stark angestiegen wie bei Rentner*innen. Auch bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit hat sich das Armutsrisiko verschärft, besonders, wenn sie nur eine niedrige Qualifikation vorweisen können.

⁴⁵ Als Großstädte zählen alle Städte mit mehr als 100.000 Einwohner*innen.

Karte 4: Bevölkerungszahlen nach Sozialquartieren



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quelle: Bereich 4-5 Statistik, Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018)

Zudem ist das Risiko für Familien mit mehr als zwei Kindern deutlich angestiegen, während es für Paarfamilien mit einem Kind abnahm. (vgl. ebd.).

Im Folgenden soll die Sozialstruktur Oberhausens mit der in NRW verglichen werden^{46,47}. Im Fokus stehen Personengruppen mit erhöhtem Armutsrisiko.

MIGRATION

Das Land Nordrhein-Westfalen, das Ruhrgebiet und ebenso die Stadt Oberhausen verzeichnen seit einigen Jahren trotz des demografischen Wandels wieder steigende Bevölkerungszahlen, die überwiegend auf Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen sind. Gerade in den größeren Städten NRWs finden viele Migrant*innen ein neues Zuhause. Mittlerweile liegt der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund⁴⁸ an der Oberhausener Bevölkerung gemäß IT.NRW bei rund 28 Prozent, in NRW bei 29 Prozent⁴⁹. In 2016 lagen die Anteile noch bei rund 26 Pro-

zent in NRW und etwas über 25 Prozent in Oberhausen.

Der Anteil der Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt mit 15 Prozent leicht über dem NRW-weiten Anteil von rund 13 Prozent in 2018. In Essen ist der Anteil ähnlich hoch, in Duisburg hingegen liegt er bei rund 21 Prozent.

Doch nicht nur Zugewanderte aus dem Ausland zieht es in die größeren Städte. Auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum bündeln sich auch Menschen mit verschiedenen arbeitsbedingten Unterstützungsbedarfen in einigen Stadtteilen deutlicher als in anderen, sodass eine soziale Spaltung zwischen den Gebieten mit hohen und niedrigen Mieten entsteht (siehe auch Kapitel 3.3).

ERWERBSTÄTIGKEIT UND TRANSFERLEISTUNGEN

Bundesweit sind positive Entwicklungen der Wirtschaft zu beobachten. Die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Reallöhne steigen und der Anteil der Arbeitslosen geht zurück. In Nordrhein-Westfalen ist diese Entwicklung allerdings nicht so ausgeprägt wie in anderen Bundesländern und auch innerhalb Nordrhein-Westfalens gibt es deutliche regionale Unterschiede. So liegt die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Gütersloh bei über 65 Prozent, in Gelsenkirchen hingegen nur bei 50. Oberhausen liegt mit 55 Prozent ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt von 58 Prozent.

Bei den Quoten der Arbeitslosen zeigt sich ein ähnliches Bild: Sie schwanken zwischen 2,4 Prozent in Ahaus und 12,1 Prozent in Gelsenkirchen. Oberhausen liegt mit 9,7 Prozent rund drei Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von 6,4. Eine deutliche Abweichung zeigt Oberhausen jedoch hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit: Während in Nordrhein-Westfalen rund jeder vierte Arbeitslose länger als ein Jahr erwerbslos ist,

⁴⁶ Sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen sämtliche Daten dieses Kapitels aus der Landesdatenbank von IT.NRW und der Bundesagentur für Arbeit.

www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online
www.statistik.arbeitsagentur.de/

⁴⁷ Landesamtliche und kommunale Daten werden teilweise auf unterschiedliche Weise erhoben und ausgewertet. Zudem herrschen unterschiedliche Definitionen für einige Indikatoren vor. Bei abweichenden Definitionen basieren die Angaben zu Oberhausen auf Landesstatistiken, sodass die Werte in der Kommunalstatistik abweichen können.

⁴⁸ Als Person mit Migrationshintergrund gilt gemäß IT.NRW, wer nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügt oder außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren wurde und seit dem 1. Januar 1950 zugewandert ist oder wer mindestens ein zugewandertes Elternteil hat.

⁴⁹ Die Werte basieren auf Hochrechnungen aus dem Mikrozensus und können daher von den Werten der Einwohnermeldestatistik der Stadt Oberhausen abweichen. Zur Vergleichbarkeit mit den landesweiten Werten werden in diesem Kapitel ausschließlich Zahlen aus den landesamtlichen Statistiken von IT.NRW und der Bundesagentur für Arbeit verwendet.

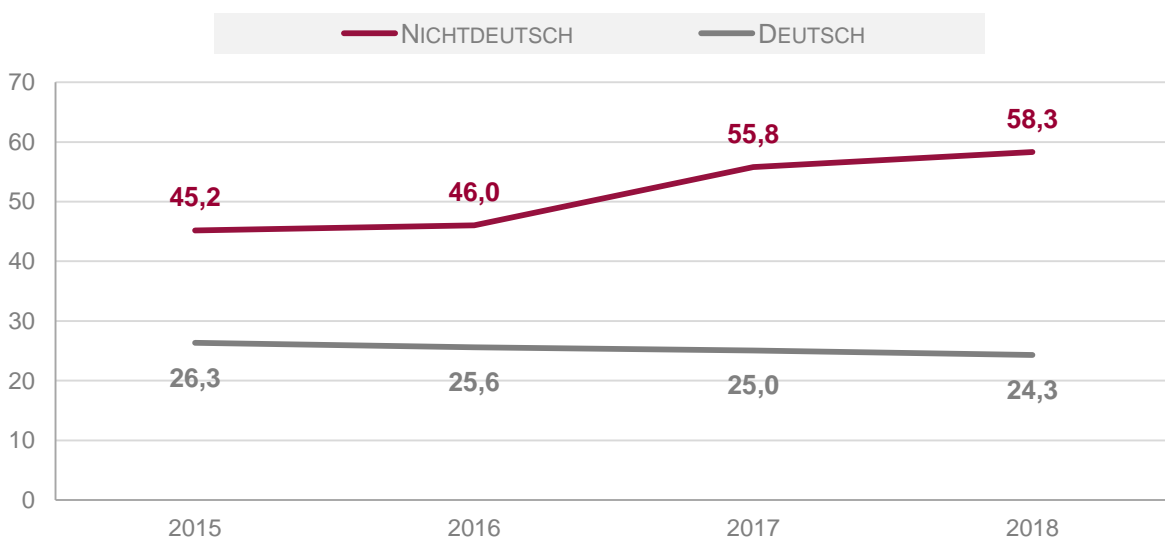
betrifft diese Lebenssituation in Oberhausen etwa die Hälfte aller Arbeitslosen. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für einige Langzeitarbeitslose besonders schwer, da sie häufig kaum noch feste Strukturen und Alltagsabläufe gewöhnt sind. Langzeitarbeitslose zählen zur Gruppe der Leistungsempfänger*innen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II). In der Öffentlichkeit werden sie auch als *Hartz-IV-Empfänger*innen* bezeichnet. Personen, die in Bedarfsgemeinschaften zusammenleben und Leistungen nach dem SGB-II beziehen, können in *erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)* und *nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)* bis 65 Jahre eingeteilt werden. Zu den NEF zählen bspw. auch Kinder unter 15 Jahren.

Obwohl die Arbeitslosenquoten zurückgehen, steigt der Anteil der SGB-II-Empfänger*innen in Oberhausen seit einigen Jahren. Mit rund 17 Prozent erzielt Oberhausen in 2018 die neunthöchste SGB-II-Quote der 53 Kreise und kreisfreien Städte in NRW. Angeführt wird die Statistik von anderen Ruhrgebietsstädten wie Gelsenkirchen (25 Prozent), Essen (20 Prozent), Herne (19 Prozent) und Duisburg (18 Prozent).

Ähnlich verhält es sich bei der Kinderarmut, bzw. dem Anteil der NEF unter 15 Jahren im SGB-II-Bezug. Die Quoten in Oberhausen sind noch deutlicher als im Landesdurchschnitt von 19 Prozent in 2010 auf mittlerweile 28 Prozent in 2018 gestiegen. In NRW sind sie im selben Zeitraum nur um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent angewachsen. Auch hier führen Gelsenkirchen und Essen die Statistik mit Anteilen von 40 bzw. 34 Prozent an.

Eine getrennte Betrachtung der Oberhausener SGB-II-Quoten der unter-15-Jährigen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit zeigt, dass der Anstieg der Kinderarmut sich ethnisch ungleich verteilt. Bei getrennter Betrachtung der Kinderarmutsquoten nach deutscher und nichtdeutscher Staatsbürgerschaft der Kinder ist lediglich bei den Kindern ohne deutsche Staatsbürgerschaft eine Zunahme der SGB-II-Quote zu beobachten (vgl. Abbildung 9). Unter den Deutschen Kindern ist der Anteil der Leistungsempfänger*innen nach dem SGB-II sogar rückläufig. Von ihnen sind rund ein Viertel der Kinder betroffen, während der Anteil unter den nichtdeutschen Kindern mehr als doppelt so hoch ist.

Abbildung 9: Kinderarmutsquote (SGB-II-Empfänger*innen u 15) in Oberhausen nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Bereich 4-5 /Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit (Stichtag 31.12.). Eigene Berechnung und Darstellung.

BILDUNG

Die häufigste Ursache für Erwerbslosigkeit ist neben Kindererziehungszeiten oder fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein niedriger Bildungs- oder Berufsabschluss.

Ein Schulabschluss ist zwar nicht für alle Berufsausbildungen Voraussetzung, die Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind jedoch deutlich höher. Für den Zugang zu höheren Bildungsgängen, wie dem Abitur und einem Studium, wird hingegen ein Realschulabschluss mit entsprechender Qualifikation benötigt. Diese kann alternativ auf dem zweiten Bildungsweg in Voll- und Teilzeit nachgeholt werden.

Die allgemeine Hochschulreife mit einem Abitur erreichen jedes Jahr rund 800 bis 900 Schüler*innen in Oberhausen. Dabei überwiegt der Anteil der Abiturientinnen mit 52 Prozent, wenn auch weniger deutlich als in anderen Regionen. In NRW sind durchschnittlich 55 Prozent der Abiturient*innen weiblich, in Essen sogar bis zu 57 Prozent.

Ohne jeglichen Abschluss verlassen in NRW, wie auch in Oberhausen, rund fünf Prozent der Schüler*innen jährlich die Schule. Eine Ausnahme bildet das Schuljahr 2017/18, dort war der Anteil mit sieben Prozent in Oberhausen leicht erhöht. In absoluten Zahlen entspricht die Quote zwischen 100 und 140 Schüler*innen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Der überwiegende Anteil ist männlich, mit Ausnahme des Schuljahres 2017/18. Dort waren die Anteile ausgeglichen.

Neben den Geschlechterunterschieden bei den Schulabschlüssen bestehen auch Unterschiede hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Schüler*innen ohne Abschluss. Bei den ausländischen Schüler*innen haben in NRW rund 16 Prozent die Schule ohne Abschluss verlassen, der Anteil ist also dreimal so hoch wie unter den deutschen Schüler*innen. In

Oberhausen zeigt sich dieses Ungleichgewicht deutlich weniger ausgeprägt mit maximal elf Prozent nichtdeutschen Schüler*innen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Angrenzende Städte wie Essen oder Mülheim zeigen in den letzten vier Jahren deutlich höhere Quoten bis zu 21 Prozent.

Einige Schüler*innen finden nach der Schule keinen unmittelbaren Anschluss. Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren liegt 2018 in Oberhausen bei rund acht Prozent⁵⁰ und damit über dem Landesdurchschnitt von fünf Prozent. Wie viele von ihnen keinen Schulabschluss haben, lässt sich jedoch mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit nicht beantworten.

Im Berichtsjahr 2017/18 wurden insgesamt 2.030 Personen Bewerber*innen für Berufsausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. 275, also 13,5 Prozent, blieben jedoch unversorgt. Im Landesvergleich ein erhöhter Anteil, da NRW-weit nur fünf Prozent der gemeldeten Ausbildungsbewerber*innen unversorgt blieben.

FAMILIE

Das Armutsrisiko kann ebenfalls durch den Familienstand und die Anzahl der Kinder beeinflusst werden. Dabei sind Alleinerziehende, besonders mit steigender Kinderzahl, dem größten Armutsrisiko ausgesetzt.

⁵⁰ Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren weichen die Arbeitslosenquoten, die die Bundesagentur für Arbeit berechnet, von denen der Stadt Oberhausen ab. Während die BA bei ihrem Berechnungsverfahren die Summe der Arbeitslosen der Summe aus den zivilen Erwerbepersonen und den Arbeitslosen in der entsprechenden Altersgruppe gegenüberstellt, wird sie auf kommunaler Ebene der Summe Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe gegenüberstellt.
Zur Berechnungsweise der BA:
<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Definitionen/Berechnung-der-Arbeitslosenquote/Berechnung-der-Arbeitslosenquote-Nav.html>

In Oberhausen ist der Anteil der Alleinerziehenden mit 25 Prozent, also rund einem Viertel aller Familienhaushalte, höher als in NRW. Landesweit beträgt er lediglich 18 Prozent. Das erhöhte Armutsrisiko der Alleinerziehenden zeigt sich bspw. an den Anteilen der Alleinerziehendenhaushalte, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind. In Oberhausen trifft dies stadtweit auf über die Hälfte (54 Prozent) der Alleinerziehenden zu, in einzelnen Stadtgebieten sogar drei Viertel.

Doch auch in Paarfamilien steigt mit jedem Kind das Armutsrisiko (vgl. Garbuszus, et al., 2018 S. 16). Der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten in Oberhausen liegt bei rund 19 Prozent. In rund 13 Prozent leben mehr als zwei minderjährige Kinder. In NRW sind es nur elf Prozent.

Erwerbsarbeit geht jedoch nicht immer mit Unabhängigkeit von Transferleistungen einher. Viele Erwerbstätige in prekären bzw. atypischen Beschäftigungsformen erhalten zusätzlich zum eigenen Einkommen aufstockende Leistungen oder liegen mit ihrem Einkommen knapp über der Armutsgrenze. Auch einige Teilzeitbeschäftigungen gelten als prekär. Die Teilzeitquote an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen beträgt in Oberhausen rund 31 Prozent, wie viele von den in Teilzeit Erwerbstätigen gerne mehr arbeiten würden, kann mit der amtlichen Statistik nicht beantwortet werden. Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes zeigen jedoch, dass es sich bei Teilzeitbeschäftigungen nicht ausschließlich um selbstgewählte Arbeitszeit handelt. Beinahe ein Viertel teilzeitbeschäftigter Eltern in Deutschland würden gerne mehr arbeiten, können dies aber nicht, weil sie entweder keine Vollzeitbeschäftigung gefunden haben oder aus familiären Gründen nicht mehr Zeit haben (vgl. DESTATIS, 2020a).

GESCHLECHT

Wie sich bereits hinsichtlich der Bildung zeigte, bestehen auch ungleiche Armutsrisiken zwischen den Geschlechtern. Während bei den Schulabschlüssen meist Jungen benachteiligt sind, wird für Frauen der Familienstand häufiger zum Armutsrisiko als für Männer.

In Oberhausen sind rund 14.500 Personen ausschließlich geringfügig beschäftigt und rund zwei Drittel von ihnen sind Frauen, während das Verhältnis bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen mit 53 Prozent Männern und 47 Prozent Frauen ausgeglichener scheint. Bildungs- und Erwerbsbeteiligung ist nach wie vor auch ein Thema, bei dem das Geschlecht einen Unterschied macht, weil auch die Erziehungsarbeit nicht gleich verteilt ist. Neun von zehn Alleinerziehenden sind bspw. weiblich (vgl. BMFSFJ, 2017 S. 18) und auch in Paarfamilien bleibt die Frau häufiger als der Mann zugunsten der Familienarbeit zuhause (vgl. DESTATIS, 2020b). Das Armutsrisiko durch Kindererziehung ist bei Frauen entsprechend höher als bei Männern.

7 SOZIALINDICES

In der landesweiten Sozialpolitik hat sich das Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ durchgesetzt, welches vorsieht, dass knappe einsetzbare Ressourcen zuerst dort investiert werden, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Um festzustellen, wie sich Armutrisiken über das Oberhausener Stadtgebiet verteilen, wurden erstmals in 2017 im Rahmen der Neugestaltung der Sozialplanung sog. „Sozialindices“ berechnet und im ersten Oberhausener Sozialbericht veröffentlicht. Ziel ist es, Unterstützungs- und Beratungsangebote möglichst dort in Oberhausen zu verorten, wo die Menschen leben, die sie am nötigsten brauchen⁵¹.

Die Berechnung von Indices ermöglicht eine konzentrierte Zusammenschau verschiedener Indikatoren. Das Berechnungsverfahren ist transparent und dient der Datenreduktion zu Gunsten der Übersichtlichkeit. Die indikatorenbasierten Sozialindices fungieren als Monitoringsystem, mit dem auf einen Blick bzw. mithilfe einer einzigen Karte sichtbar wird, wo potentielle Fokusgebiete für unterstützende Maßnahmen liegen.

Das Verfahren nutzt dazu die Anteile von Bevölkerungsgruppen, die statistisch einem erhöhten Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung ausgesetzt sind, als Indikatoren für erhöhte Unterstützungs- und Beratungsbedarfe. Die Anteile der jeweiligen Bevölkerungsgruppen in den 27 Oberhausener Sozialquartieren und ihre Entwicklung werden mithilfe der Indexberechnung in ein Verhältnis zum gesamtstädtischen Durchschnitt und der gesamtstädtischen Entwicklung gesetzt.

Der Sozialindex zeigt so an, in welchen Stadtgebieten überdurchschnittlich hohe oder nied-

rige Anteile an Einwohner*innen mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung leben (Statusindex) und wo diese Anteile in den letzten zwei Jahren überdurchschnittlich stark zu oder abgenommen haben (Dynamikindex).

GRENZEN VON INDICES

Indices sind ein Instrument, welches zur Verbesserung der Anschaulichkeit statistischer Daten und zur datenbasierten Begründung von Richtungsentscheidungen eingesetzt wird. Auf Grund der gezielten Informationsreduktion kann der Sozialindex die Kommunikation mit der Politik und der Öffentlichkeit vereinfachen. Er eignet sich jedoch nicht zur alleinigen Ressourcensteuerung. Für detaillierte Fachplanungen sind Indikatoren und absolute Fallzahlen heranzuziehen.

In einem zweiten Schritt werden im Rahmen des vorliegenden Sozialberichtes die vom Sozialindex bestimmten Fokusgebiete auf Basis der Indikatoren weiter analysiert (siehe Kapitel 8).

Maßnahmenträger können den Sozialbericht als gemeinsame Orientierungsgrundlage nutzen, um bestehende Unterstützungsangebote zu reflektieren und ggf. an die Bedarfe in den Quartieren anzupassen oder neue Standorte zu erschließen.

7.1. AUSWAHL DER INDIKATOREN

Zur Berechnung der Sozialindices werden sieben Kernindikatoren gewählt. Sie erfassen die Anteile von Personengruppen, die statistisch ein erhöhtes Armutrisiko tragen (vgl. Abbildung 10). Je mehr Indikatorenwerte in einem Sozialquartier erhöht sind, desto größer und komplexer wird der potentielle Unterstützungsbedarf in diesem Quartier eingeschätzt.

Die Auswahl der Indikatoren bleibt seit 2017 unverändert, um eine größtmögliche Vergleichbarkeit zu erzielen.

⁵¹ Das Berechnungsverfahren der Sozialindices ist angelehnt an das Hamburger Sozialmonitoring der integrierten Stadtteilentwicklung.

(<https://www.hamburg.de/sozialmonitoring/>)

Abbildung 10: Die sieben Kernindikatoren des Sozialindex

Indikatoren	Definitionen	Zielgruppen
Anteil Einwohner*innen mit Migrationshintergrund*	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in % der altersgleichen Gesamtbevölkerung.	Migrant*innen
Anteil SGB-II-Empfänger*innen	Anteil der Leistungsberechtigten und Kinder ohne Leistungsanspruch SGB II in % der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren.	Von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Einwohner*innen
Anteil SGB-II-Empfänger*innen unter 15 Jahren	Anteil der Leistungsberechtigten und Kinder ohne Leistungsanspruch SGB II unter 15 Jahren in % der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren.	Von Armut betroffene Kinder
Anteil Arbeitslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren in % der altersgleichen Bevölkerung.	Arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene
Anteil Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter (SGB XII)	Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter in % der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter (außerhalb von Heimen).	Von Altersarmut betroffene Einwohner*innen
Anteil Haushalte von Alleinerziehenden	Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden in % aller Haushalte mit Kindern.	Alleinerziehende
Anteil Haushalte mit mehr als zwei Kindern	Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern in % aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	Große Familien

* Einwohner*innen mit nichtdeutschem Geburtsland, ausländischer Staatsangehörigkeit oder mindestens einem Elternteil, der (seit 1960) zugewandert ist und/oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Quelle: Eigene Darstellung.

Einige der Personengruppen treffen auf gleiche oder zumindest ähnliche Problemlagen, andere haben sehr gegensätzliche Unterstützungsbedarfe.

Bei der Interpretation der Sozialindices ist darauf zu achten, dass die Indikatorenwerte bei einem hohen Anteil nicht zwingend eine negative Ausgangslage oder eine soziale Problematik beschreiben, sondern eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für Unterstützungsbedarfe bzw. ein statistisch erhöhtes Armutsrisiko. Dies gilt besonders für den Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, den Anteil der Alleinerziehenden und den Anteil der großen Familien.

Sprache gilt als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration, aber auch zu Bildung und zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft insgesamt. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil an **Einwohner*innen mit**

Migrationshintergrund kann, neben einem potentiellen Armutsrisiko, entsprechend auch auf potentielle Sprachförderungsbedarfe und ggf. Integrationsbedarfe in einem Sozialquartier hinweisen.

Vier der sieben Kernindikatoren erfassen Transferleistungsbezieher*innen. Menschen mit geringen Haushaltseinkommen haben nicht dieselben Partizipationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben, an Kultur oder außerschulischer Bildung, da sie einen größeren Teil ihres Einkommens für grundlegende Bedarfe ausgeben müssen.

Obwohl für alle Transferleistungsempfänger*innen angenommen werden kann, dass sie als Personen gelten, die an der Armutsgrenze leben, handelt sich um sehr unterschiedliche Zielgruppen mit unterschiedlichen Bedarfen und Unterstützungsmöglichkeiten. So können **SGB-II-Empfänger*innen** Unter-

stützungsbedarfe haben, die weit über die Integration in den Arbeitsmarkt hinausgehen. Dies gilt besonders für Eltern und Kinder (siehe auch Kapitel 5.1 & 5.2), da die soziale Herkunft in Deutschland noch einen großen Einfluss auf Bildungskarrieren hat (vgl. OECD, 2018). Wenn finanzielle Unterversorgungen im Kindesalter Einfluss auf den Bildungserfolg in der Schule nehmen, kann Armut über Generationen hinweg reproduziert werden. Für ihre Kinder ist eine bedarfsgerechte frühe Förderung essentiell, um sie langfristig unabhängig von Transferleistungen zu machen. Auch ihre Gesundheitschancen sind nicht dieselben wie bei Kindern aus Haushalten mit höherem Einkommen. Dabei können gesundheitliche Ungleichheiten im Kindesalter mit Spätfolgen im höheren Lebensalter einhergehen (siehe auch Kapitel 5.2).

Zu den SGB-II-Empfänger*innen zählen überdies auch Langzeitarbeitslose, die häufig mit Vermittlungshemmnissen konfrontiert sind. Hierzu können neben einem geringen Qualifikationsgrad auch körperliche und psychische Beeinträchtigungen zählen. Nach längeren Phasen der Arbeitslosigkeit meistern nicht alle problemlos den Übergang in Regelstrukturen.

Neben SGB-II-Empfänger*innen gehören auch **Empfänger*innen von Grundsicherung** nach dem SGB XII zu den Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Mithilfe des Anteils der SGB-XII-Empfänger*innen über 65 Jahren wird die Altersarmut gemessen.

Für ältere Menschen in Armutslagen spielen hingegen wohnortnahe und kostenlose Bewegungs- und Gesundheitsangebote eine große Rolle sowie Beratungen zum eigenständigen Leben bis ins hohe Alter.

Arbeitslose Jugendliche bilden ebenfalls eine Zielgruppe mit gesonderten Unterstützungsmöglichkeiten. Hier sind der Familienstand, das Alter oder der Bildungsgrad von besonderer Bedeutung. Zu ihnen zählen bspw. Schul-

abbrecher*innen und junge Eltern. Der Zugang und die Ansprache von arbeitslosen Jugendlichen können dabei neben dem Jobcenter über Institutionen wie bspw. Jugendzentren erfolgen. Zudem bieten die Schulen besondere Möglichkeiten zur der Prävention.

Die letzten zwei Indikatoren beschreiben, ebenso wie der Anteil an Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, keine direkte gesellschaftliche Benachteiligung.

Familien mit mehr als zwei Kindern befinden sich nicht per se in einer problematischen Lebenslage, sie sind aber deutlich häufiger von Armut bedroht als Familien mit weniger Kindern (vgl. Garbuszus, et al., 2018 S. 72).

Bei Familienhaushalten ist es entscheidend für das Armutsrisiko, ob ein oder mehrere Einkommen zur Verfügung stehen und ob die Haus- und Erziehungsarbeit von einer oder mehreren Personen getragen wird. Ebenso entscheiden die Möglichkeiten der Kinderbetreuung darüber, ob Eltern am Arbeitsmarkt teilhaben können. Mit einer zunehmenden Anzahl an Kindern steigt auch die Herausforderung, eine passende Betreuungsmöglichkeit zu finden, die ggf. auch mit der Arbeitszeit vereinbar ist.

Fehlt es an passenden Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, sind Eltern immens eingeschränkt bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt und der Aufbringung des Lebensunterhaltes.

Ähnlich ist es bei **alleinerziehenden Eltern**. Auch sie sind häufiger als andere Familienformen von Armut bedroht, wenn dem Haushalt ein zweites Einkommen fehlt oder aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten gar keine Erwerbstätigkeit möglich ist. Doch auch Alleinerziehende und große Familien mit einem ausreichenden oder hohen Erwerbseinkommen können auf Unterstützungsangebote angewiesen sein und einen besonderen Beratungs- und Betreuungsbedarf haben. Besonders für Alleinerziehende ist Zeit eine knappe-

re Ressource. Es fehlt an Freizeit und Erholungsmöglichkeiten, zudem wird durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten auch ihre gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt.

INTERPRETATION DER INDIKATOREN

Die gewählten Indikatorenwerte stehen für Personengruppen mit einem erhöhten Armutsrisiko. Dies bedeutet nicht, dass alle Personen, die zur jeweiligen Gruppe gehören, auch arm sind. Das Armutsrisiko kann für Betroffene eine Problemlage darstellen, die durch die kommunale Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen verbessert wird.

Dabei sind Personen mit einem erhöhten Armutsrisiko niemals als Problem für einen Stadtteil zu betrachten.

7.2. DATENTECHNISCHE HINWEISE

Die Aktualisierung des Sozialindex bezieht sich auf Daten aus den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018⁵². Als Datenquellen dienen die Einwohnermeldestatistik und die Statistik über Grundsicherungsempfänger*innen der Stadt Oberhausen sowie die SGB-II- und Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Aufgrund neu ausgehandelter Verträge über die Lieferung statistischer Arbeitsmarktdaten von der BA an die Kommunen muss die Darstellungs- und Berechnungsweise des Sozialindex zum Teil angepasst werden.

Zum einen wird die im ersten Sozialbericht verwendete kleinräumige Ebene der *Mittelblöcke* ersetzt durch eine neue Raumebene, die sog. „Arbeitsmarktbezirke“. Sie umfassen immer mind. 1.000 Einwohner*innen und

lassen sich ebenso wie die Mittelblöcke zu Sozialquartieren aggregieren. Die kleinräumige Sozialindexkarte von 2017 kann aufgrund dieser neuen Raumzuschnitte nicht mit der neuen Sozialindexkarte verglichen werden.

Zum anderen kann der Indikator „Anteil Arbeitslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren“ nur noch auf Sozialquartiersebene ausgegeben werden, da die Anzahlen in einzelnen Arbeitsmarktbezirken so gering sind, dass sie aus Datenschutzgründen zensiert werden. Allen Arbeitsmarktbezirken eines Sozialquartiers wird demnach bei der Berechnung des Sozialindex der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen des Sozialquartiers zugeschrieben.

Die neue Raumebene bringt für die Sozialberichterstattung überwiegend Vorteile. So konnte 2017 bspw. für einige Mittelblöcke kein Indexwert errechnet werden, da in diesen weniger als 100 Einwohner*innen leben. Zu geringe Bevölkerungszahlen führen zudem bereits bei leichten Veränderungen der absoluten Zahlen zu deutlichen Abweichungen der Indikatorenwerte. Auf Ebene der Arbeitsmarktbezirke konnte die Indexberechnung flächendeckend auch kleinräumig erfolgen.

Ebenfalls positiv anzumerken ist, dass die Arbeitsmarktbezirke bevölkerungsreiche Gebiete wie die Innenstadt deutlich kleinräumiger einteilen. In der Realität sind es manchmal einzelne Straßenzüge, die eine andere Sozialstruktur aufweisen als die Nachbargebiete. Zudem sind die Arbeitsmarktbezirke hinsichtlich der Bevölkerungszahlen gleichmäßiger geschnitten als die Sozialquartiere. Während die Spanne auf Ebene der Sozialquartiere zwischen rund 15.500 in Buschhausen/Biefang und 3.200 im Marienviertel-West liegt, reicht sie bei den Arbeitsmarktbezirken nur von rund 1.200 bis 2.600 Einwohner*innen.

⁵² Die gemittelten Werte werden auch als Grundlage für die Berechnung der Indices herangezogen, um mit robusten Werten zu arbeiten. Dieses Verfahren bietet sich immer dann an, wenn mit Zahlen gearbeitet wird, die jährlichen Schwankungen unterliegen. Auf diese Weise sind Entwicklungstrends besser zu erkennen.

7.3. BERECHNUNG

Für die Berechnung des *Statusindex* werden zunächst die Indikatorenwerte der Sozialquartiere der vergangenen zwei Jahre gemittelt und standardisiert. Anschließend werden alle sieben Indikatorenwerte summiert. Diese Summe ergibt den Statusindex. Mithilfe der Standardabweichung werden die Sozialquartiere in eine von vier Statusgruppen eingeteilt: sehr niedrig, niedrig, mittel und hoch (vgl. Abbildung 11). Der Stadtdurchschnitt wird dabei als Nullpunkt genommen, sodass für die 27 Sozialquartiere Indexwerte *über* oder *unter* null ausgegeben werden. Sozialquartiere mit überdurchschnittlich hohen Anteilen von Armutsrisikogruppen erhalten einen negativen Indexwert, Sozialquartiere mit besonders geringen Anteilen positive Indexwerte.

Sozialquartiere mit einem niedrigen oder sehr niedrigen Indexwert lassen kumulierte Problemlagen und Unterstützungsbedarfe vermuten, die eine besondere Bedarfsplanung erfordern.

Für den *Dynamikindex* wird der standardisierte Zweijahresschnitt ins Verhältnis zum vorherigen standardisierten Zweijahresschnitt gesetzt.

Für die Aktualisierung bedeutet dies, die Werte der Jahre 2017 und 2018 werden zusammengefasst und zu den Werten der Jahre 2015 und 2016 ins Verhältnis gesetzt.

Die Summe der standardisierten Differenzen ergibt den Dynamikindex. Bei diesem werden drei Gruppen gebildet, die die Entwicklungstendenz beschreiben sollen: *negativ*, *stabil* und *positiv* (vgl. Abbildung 11).

Der Dynamikindex zeigt an, ob die Anteile von Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt in den vergangenen zwei Jahren überdurchschnittlich gestiegen (negativer Dynamikindex) oder gesunken sind (positiver Dynamikindex). Im Fokus stehen hier Sozialquartiere mit einem negativen Indexwert.

Kombiniert man beide Indices, ergibt sich der Sozialindex als übergreifendes Ergebnisbild. Er lenkt zunächst nur einen Fokus auf Quartiere in denen sich Risikolagen für Armut und soziale Ausgrenzung kumulieren. Diese werden anschließend in Kapitel 8 einer detaillierteren Sozialstrukturanalyse unterzogen.

Abbildung 11: Statusgruppen und Dynamikgruppen der Sozialindices

Statusgruppe	Hoch	mehr als +0,75 Standardabweichungen
	Mittel	von +0,75 Standardabweichung bis -0,75 Standardabweichung
	Niedrig	mehr als -0,75 Standardabweichungen bis -1,5 Standardabweichungen
	Sehr niedrig	mehr als -1,5 Standardabweichungen
Dynamikgruppe	Positiv	mehr als 0,75 Standardabweichungen
	Stabil	von 0,75 Standardabweichung bis -0,75 Standardabweichung
	Negativ	mehr als -0,75 Standardabweichungen

Quelle: eigene Darstellung.

INDIKATOREN- UND INDEXWERTE

Sozialquartiere mit hohen *Indikatorenwerten* erhalten einen niedrigen *Indexwert* und umgekehrt. Die Benennung der Statusgruppen als „hoch“, „mittel“, „niedrig“ oder „sehr niedrig“ wie auch der Dynamikgruppen als „positiv“, „stabil“ oder „negativ“ stellen keine absolute Zuschreibung dar. Sie beschreiben lediglich den Status bzw. die Entwicklung des der Sozialquartiere im Vergleich zur gesamtstädtischen Situation.

STATUS-, DYNAMIK- UND SOZIALINDEX

Der *Statusindex* und der *Dynamikindex* werden auch als Sozialindices bezeichnet. Zusammen ergeben sie den *Sozialindex*.

SOZIALINDEX IST EIN VERHÄLTNISSMAß

Grundsätzlich ist bei diesem Verfahren zu beachten, dass die Indikatorenwerte der Sozialquartiere im Verhältnis zum *aktuellen* städtischen Mittelwert berechnet werden. Das Verfahren kategorisiert die Quartiere mithilfe von Standardabweichungen und vergleicht die höchsten mit den niedrigsten Werten. Dabei wird es, unabhängig davon, wie groß die Differenz zwischen den Anteilswerten ist, immer Sozialquartiere mit niedrigen und hohen Werten geben.

7.4. INDIKATORENWERTE

Abbildung 12 zeigt die Indikatorenwerte im Zweijahresschnitt. Dabei werden die Werte aus den Jahren 2015 und 2016 gemittelt und mit den gemittelten Werten aus den Jahren 2017 und 2018 verglichen⁵³.

Für alle Indikatoren des Sozialindex zeigt sich stadtweit eine Zunahme der Anteilswerte, außer für den Anteil der arbeitslosen Jugendli-

chen und den Anteil der Alleinerziehenden. Diese sind um einen bzw. 0,1 Prozentpunkte zurückgegangen.

Die gemittelte Einwohner*innenzahl ist zwar insgesamt gestiegen, sie kann in einzelnen Altersgruppen oder Sozialquartieren jedoch zurückgegangen sein. Daher ist es für die Ableitung potentieller Unterstützungsbedarfe wichtig, für jedes Sozialquartier und jeden Indikator zu prüfen, ob die erhöhten Indikatorenwerte auch mit einer erhöhten Anzahl Betroffener einhergehen.

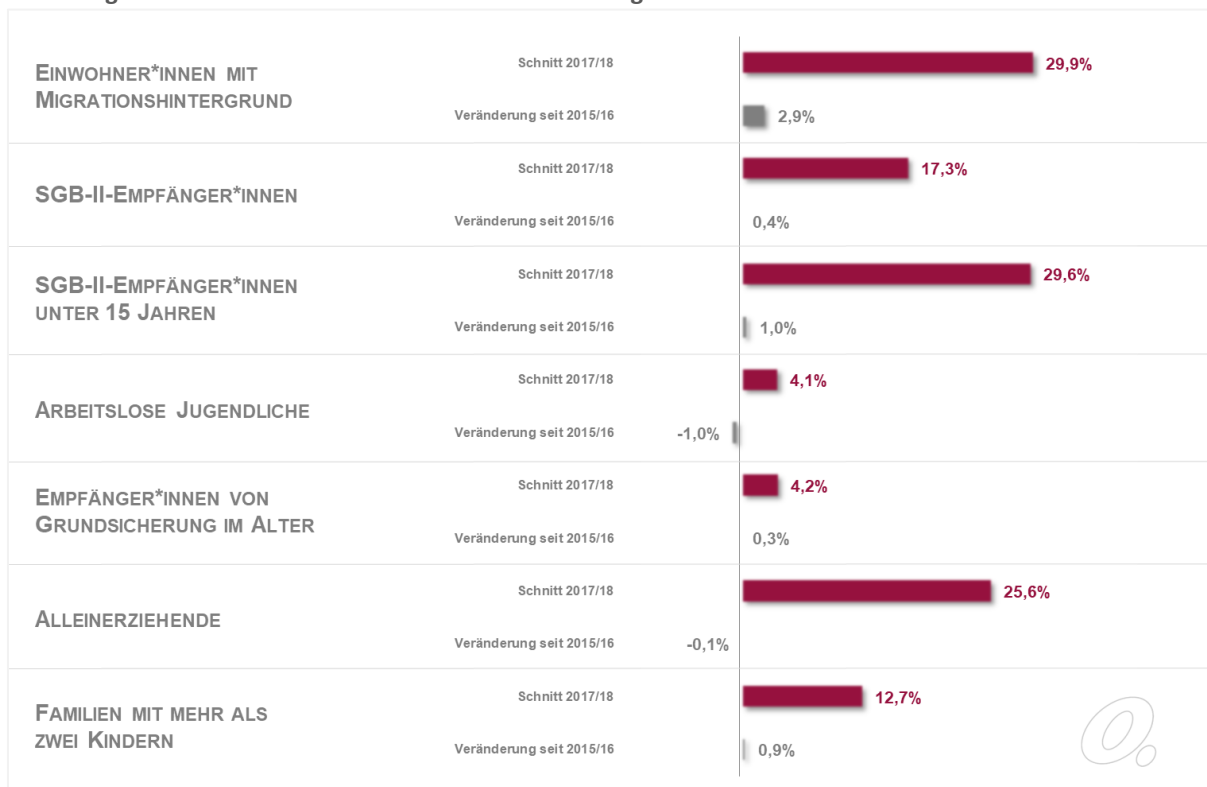
Die Zielgruppen sozialer Unterstützungsleistungen verteilen sich ungleichmäßig über das Stadtgebiet und bündeln sich in einzelnen Sozialquartieren, wie Abbildung 13 bis Abbildung 25 deutlich machen. Sie zeigen die sieben Kernindikatoren, deren Werte in den Sozialindex einfließen, für die 27 Oberhausener Sozialquartiere und im Stadtdurchschnitt.

Die gesamtstädtischen Werte dienen als Maßstab zur Einordnung der Sozialquartiere, die entweder geringere oder höhere Anteilswerte aufweisen. Dabei muss immer berücksichtigt werden, dass Oberhausen im Verhältnis zu NRW bereits erhöhte Werte für alle Indikatoren aufweist (siehe auch Kapitel 6).

Für alle Kernindikatoren zeigt sich ein deutlicher Trend; bei nahezu allen Indikatoren erzielen die Innenstadt und Lirich-Süd die höchsten Werte, meist sogar mit Abstand zum nächsten Sozialquartier. Beide Sozialquartiere weisen mit rund 14.000 bzw. 8.000 Einwohner*innen eine recht große Bevölkerung auf und die hohen Anteilswerte gehen stets mit hohen Anzahlen betroffener Personen einher.

⁵³ Alle Indikatoren- bzw. Anteilswerte, wie auch die jeweiligen Personenzahlen der Jahre 2015 bis 2018 finden sich aufgeschlüsselt nach Jahren und Sozialquartieren im Anhang (vgl. Abbildung 63 bis Abbildung 66).

Abbildung 12: Gemittelte Indikatorenwerte im Jahresvergleich – Gesamt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5/Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

EINWOHNER*INNEN MIT MIGRATIONS HinterGRUND
 Der für 2017 und 2018 gemittelte Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund liegt in Oberhausen bei rund 30 Prozent (vgl. Abbildung 13). Dies entspricht rund 63.500 Personen (vgl. Abbildung 65). Die Innenstadt weist einen Anteil von rund 54 Prozent auf. Dies entspricht über 7.500 Menschen. In Lirich-Süd ist die Migrant*innenquote mit 50 Prozent ähnlich hoch. Jede(r) zweite Einwohner*in hier in diesen beiden Gebieten hat eine Zuwanderungsgeschichte. In Königshardt, dem Sozialquartier mit der geringsten Migrant*innenquote, ist es hingegen nur rund jede(r) Zehnte.

Der Blick auf die absoluten Zahlen zeigt, dass in Osterfeld-Mitte/Vonderort gemessen an der Anzahl mehr Einwohner*innen mit Migrationshintergrund wohnen als in Lirich-Süd, obwohl der Anteil an den Einwohner*innen geringer ist (vgl. Abbildung 13 & Abbildung 65).

Stadtweit stieg der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund in den letzten vier Jahren um drei Prozentpunkte. In der Innenstadt, dem Sozialquartier mit dem ohnehin höchsten Anteil, sogar um sechs Prozentpunkte. Anders als bei den anderen Indikatorenwerten, die in die Berechnung des Sozialindex einfließen, ist der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund in keinem Sozialquartier gesunken.

GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFTE
 Durch die besonders in 2015 stark angestiegene Zahl an Asylsuchenden wurden in einigen Sozialquartieren zeitweise unterschiedlich große Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet. Daher muss in der Interpretation der Sozialindices besonders darauf geachtet werden, ob eine kommunale Gemeinschaftsunterkunft im Sozialquartier zu verorten ist und wie hoch die Einwohner*innenzahl der Einrichtung im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Sozialquartiers war.

ZUZUG UND FLUCHT AUS DEM AUSLAND

Die Stadt Oberhausen unterstützt die Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften dabei, nach Klärung des Aufenthaltsstatus, zeitnah in festem Wohnraum unterzukommen und eigenständiger zu leben. Aufgrund des Transferleistungsbezuges nach dem AsylbLG erfolgt der Umzug dabei in Wohnungen des unteren Preissegmentes, sodass sich der Zuzug aus dem Ausland in einigen Sozialquartieren mit höheren Leerstandsquoten und geringeren Durchschnittsmieten deutlicher zeigt als in anderen.

Der vermehrte Zuzug von Geflüchteten aus dem Ausland kann sich neben dem Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund auch auf die anderen Kernindikatoren auswirken.

EMPFÄNGER*INNEN VON LEISTUNGEN NACH DEM SGB-II (GESAMT UND UNTER 15 JAHREN)

Die SGB-II-Quoten in den Oberhausener Sozialquartieren gehen ebenfalls sehr deutlich auseinander, während der Anteil der SGB-II-Empfänger*innen in Königshardt und in der Walsumer Mark mit drei bzw. vier Prozent so gering ist wie sonst in keinem Sozialquartier, ist er in der Innenstadt mit über 38 Prozent und in Lirich-Süd mit 34 Prozent rund zwölfmal so hoch (vgl. Abbildung 15).

Die SGB-II-Quote ist in Lirich-Süd nur gering gestiegen, während sie in der Innenstadt um 1,3 Prozentpunkte gewachsen ist (vgl. Abbildung 16). Deutlichere Zunahmen um bis zu zwei Prozentpunkte finden sich im Marienviertel-West und -Ost sowie in Schwarze Heide.

Noch deutlicher werden die Unterschiede zwischen den Oberhausener Sozialquartieren bei der Kinderarmutsquote, also dem Anteil der SGB-II-Empfänger*innen unter 15 Jahren. Die Innenstadt erzielt hier eine Quote von 58 Prozent, Lirich-Süd 54 Prozent (vgl. Abbildung 17). Mehr als jedes zweite Kind in diesen bei-

den Sozialquartieren wächst in einem von Armut geprägten Haushalt auf.

Während der Anteil in der Innenstadt zuletzt erneut angestiegen ist, ging er in Lirich-Süd um mehr als einen Prozentpunkt zurück (vgl. Abbildung 18). Die Kinderarmut hat in den letzten zehn Jahren stetig zugenommen. Zwischen 2015 und 2018 kamen jährlich etwa 100 Kinder dazu (vgl. Abbildung 65).

Der Abstand zwischen dem Sozialquartier mit der höchsten Kinderarmutsquote (Innenstadt) und dem Sozialquartier mit der niedrigsten (Walsumer Mark) liegt bei 54 Prozentpunkten. In Zahlen bedeutet dies, dass in der Innenstadt rund 1.400 Kinder auf Transferleistungen nach dem SGB-II angewiesen sind und in der Walsumer Mark rund 50.

In Lirich-Süd entspricht der Anteil von 54 Prozent rund 770 Kindern, die von Armut betroffen sind. Ähnlich viele sind es in Osterfeld-Mitte/Vonderort, wo der Anteil mit 45 Prozent deutlich unter dem Anteil in Lirich-Süd liegt.

Kinder, die in Armut aufwachsen, erleben dies meist nicht nur als kurze Phase, sondern über viele Jahre. Zudem besteht für Kinder, deren Eltern abhängig von Transferleistungen waren, ein erhöhtes Risiko, später selber abhängig von Transferleistungen zu sein.

ARBEITSLOSE JUGENDLICHE

Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen geht seit vier Jahren kontinuierlich zurück und liegt stadtweit bei vier Prozent, was rund 900 Jugendlichen entspricht. 2015 waren es noch rund 1.200 (vgl. Abbildung 66). Bei dieser Entwicklung bietet es sich an, genauer zu untersuchen, ob gezielte Maßnahmen zu dieser deutlichen Verringerung der Fallzahlen beitragen haben und ob diese ggf. zu verstetigen sind.

Die geringsten Anteile verzeichnen alle vier Sozialquartiere in Sterkrade-Nord sowie das angrenzende Alsfeld und Vondern/Osterfeld-

Süd. Der höchste Anteil an arbeitslosen Jugendlichen errechnet sich, wie auch bei den vorherigen Indikatoren, für die Innenstadt mit acht Prozent (vgl. Abbildung 19). Die Quote ist hier doppelt so hoch wie im Durchschnitt, was rund 120 Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren entspricht. Im Brücktorviertel liegt der Anteil bspw. mit rund acht Prozent so hoch wie in der Innenstadt, und auch das Marienviertel-Ost ist mit einem Anteil von rund sechs Prozent überdurchschnittlich von Jugendarbeitslosigkeit geprägt.

Wie auch im letzten Sozialbericht fällt zudem Styrum durch eine überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit auf. Gleichzeitig ist der Anteil in keinem anderen Sozialquartier so deutlich zurückgegangen (vgl. Abbildung 20).

In absoluten Zahlen reiht sich Osterfeld-Mitte/Vonderort hinter der Innenstadt mit rund 60 betroffenen Jugendlichen ein, ebenso wie Alstaden (vgl. Abbildung 66).

EMPFÄNGER*INNEN VON GRUNDSICHERUNG IM ALTER

Der Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII ist in Lirich-Süd am höchsten. Er ist mit rund zehn Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Stadtdurchschnitt (vgl. Abbildung 21). In der Innenstadt ist der Anteil ähnlich hoch. In beiden Quartieren ist er zudem in den letzten vier Jahren gestiegen (vgl. Abbildung 22).

Sozialquartiere mit geringer Altersarmut finden sich neben Königshardt und Walsumer Mark besonders im Nord-Osten der Stadt. Für Rothebusch errechnet sich sogar der geringste Anteil an Grundsicherungsempfänger*innen, und das angrenzende Klosterhardt und Tackenberg-West verzeichnen ähnlich geringe Anteile.

In absoluten Zahlen betrachtet leben in der Innenstadt die meisten Grundsicherungsempfänger*innen, rund 230, gefolgt von rund 140

bis 150 in Osterfeld-Mitte/Vonderort und Lirich-Süd (vgl. Abbildung 66). Ebenfalls hohe Zahlen findet man in Alstaden und Styrum. Hier leben jeweils rund 100 Einwohner*innen im Alter von über 65 Jahren in Abhängigkeit von Grundsicherungsleistungen. Durch die hohen Anteile älterer Einwohner*innen sind beide Sozialquartiere hinsichtlich der Altersarmutsquote jedoch unauffällig.

ALTENWOHN- UND PFLEGEHEIME

Altenwohn- und Pflegeheime werden bei der Berechnung der Quote der Bezieher*innen von Grundsicherung ausgenommen, sodass erhöhte Anteile von Altersarmut nicht durch Bündelungen in Einrichtungen zu erklären sind. Bei der Berechnung der Altersstruktur und des Anteils der über-65-jährigen Einwohner*innen fließen sie hingegen ein.

ALLEINERZIEHENDE

Auch Familienformen verteilen sich unterschiedlich über das Stadtgebiet. Nicht nur, dass einige Sozialquartiere stärker familiengeprägt sind als andere, einige weisen auch besonders hohe Anteile von Alleinerziehenden auf, während diese Familienform in einigen Sozialquartieren deutlich unterrepräsentiert ist.

Der mit Abstand höchste Anteil von Alleinerziehenden an den Familienhaushalten findet sich im Brücktorviertel (vgl. Abbildung 23). Hier wird in mehr als jeder dritten Familie die Erziehungsarbeit von einem einzelnen Elternteil geleistet. Auch in den angrenzenden Sozialquartieren Marienviertel-Ost und Bermensfeld fallen die überdurchschnittlichen Anteile der Alleinerziehenden ins Auge, sodass sich die Frage stellt, ob Alleinerziehende in Oberhausen-Ost passende Infrastrukturen vorfinden und bewusst dort leben, oder ob für sie bei der Wahl des Wohnortes eine Benachteiligung besteht.

Ebenfalls hohe Anteile von Alleinerziehenden finden sich in der Innenstadt sowie in Lirich-Nord und Süd. Die mit Abstand geringsten Anteile verzeichnen Königshardt und Walsumer Mark mit 12 bzw. 15 Prozent, gefolgt von Tackenberg-Ost mit 20 Prozent.

Auffällig ist auch die Zunahme des Alleinerziehendenanteils im Marienviertel-West um fast fünf Prozent (vgl. Abbildung 24). Aufgrund der im Vergleich zu anderen Sozialquartieren geringen Einwohner*innenzahl und der geringen Anzahl der Familienhaushalte fällt dieser Anstieg in absoluten Zahlen jedoch gering aus. In vier Jahren sind zu rund 80 Haushalten von Alleinerziehenden weitere 20 hinzugekommen (vgl. Abbildung 66).

Auch die absoluten Zahlen der Alleinerziehendenhaushalte in Bermensfeld, dem Brücktorviertel und im Marienviertel-Ost scheinen im Verhältnis zu anderen Sozialquartieren zunächst unauffällig. Nimmt man die Zahlen der drei relativ kleinen Sozialquartiere jedoch zusammen, summieren sie sich auf rund 450 Haushalte von Alleinerziehenden.

Der Blick auf die absoluten Zahlen verrät überdies, dass die meisten Alleinerziehenden (rund 500 Familienhaushalte) in der Innenstadt leben, gefolgt von Alstaden mit 338 und Osterfeld-Mitte/Vonderort mit 328 Familienhaushalten.

Entsprechend lohnt es sich, auch in diesen Quartieren die Infrastruktur für Alleinerziehende zu überprüfen.

FAMILIEN MIT MEHR ALS ZWEI KINDERN

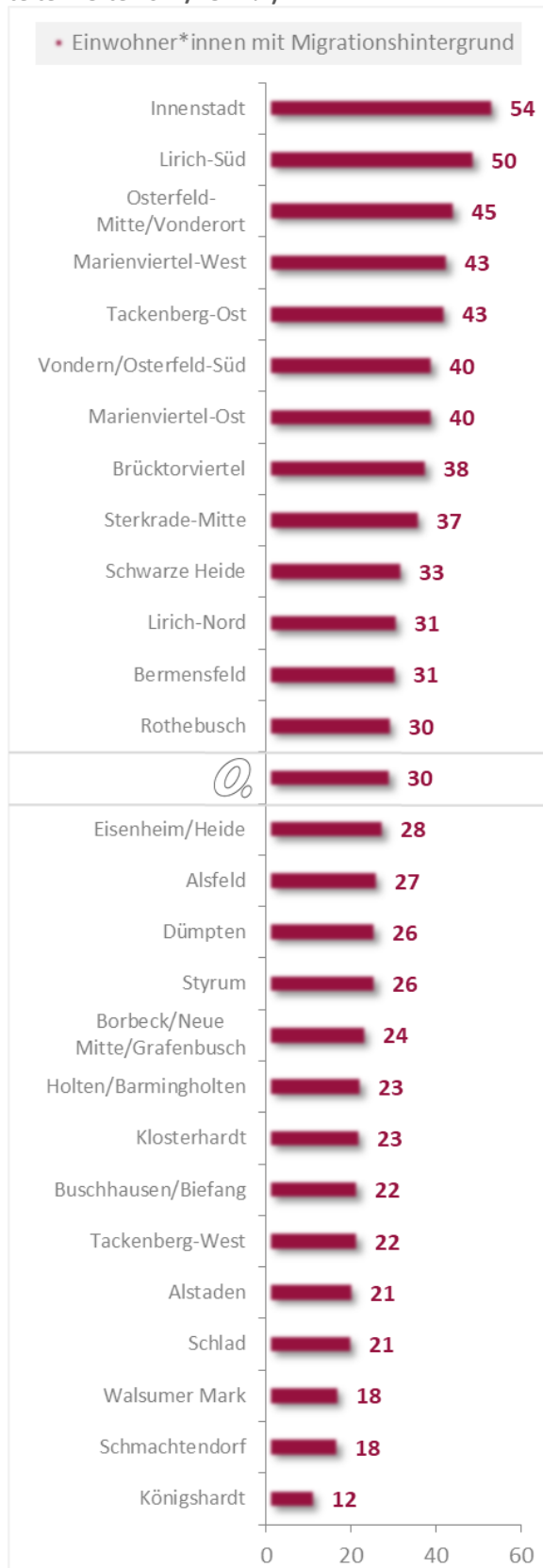
Neben Alleinerziehenden sind auch große Familien in höherem Maße von Armutsrisiken betroffen, und die Wahrscheinlichkeit, auf Transferleistungen angewiesen zu sein, steigt mit jedem Kind.

Den höchsten Anteil großer Familien verzeichnet die Innenstadt mit 24 Prozent, gefolgt von

Lirich-Süd mit 22 Prozent (vgl. Abbildung 25). Der stadtweite Durchschnitt liegt mit 13 Prozent rund zehn Prozentpunkte darunter. Besonders gering sind die Anteile der großen Familien in den Sozialquartieren in Sterkrade-Nord. In der Walsumer Mark ist dieser Anteil sogar noch zurückgegangen (vgl. Abbildung 26).

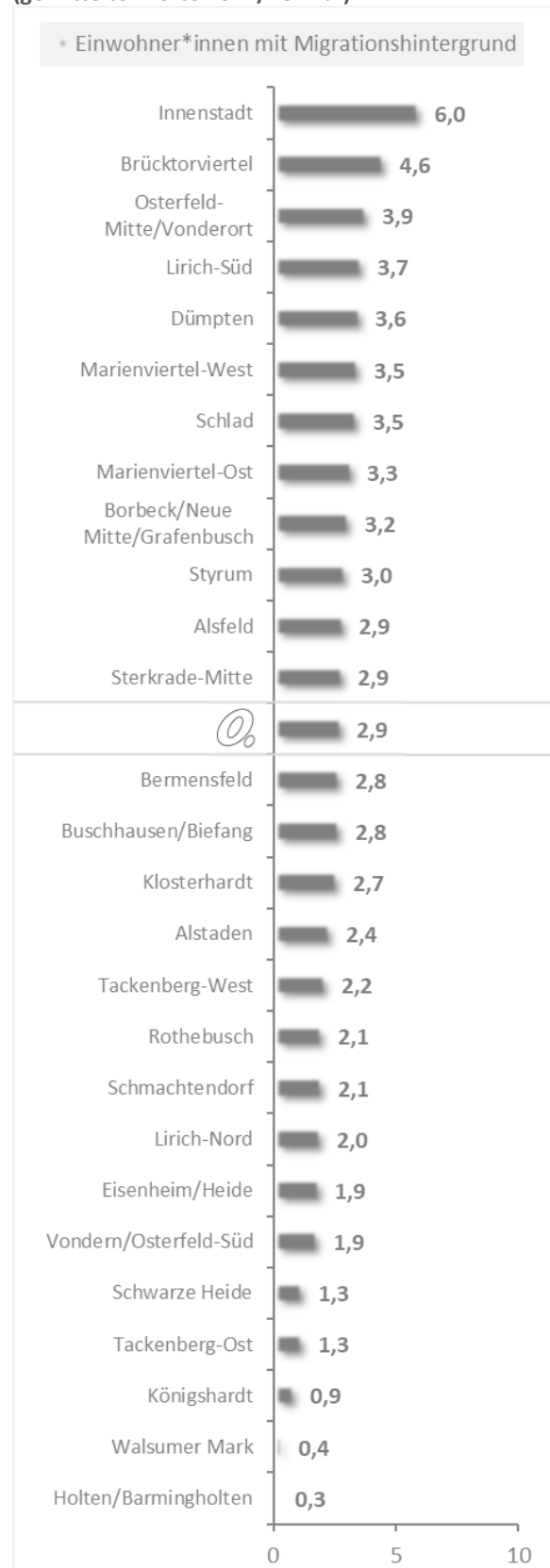
Stadtweit gibt es über 2.500 große Familien in Oberhausen, rund 360 davon leben in der Innenstadt und rund 200 in Lirich-Süd (vgl. Abbildung 66). Doch auch Osterfeld-Mitte/Vonderort zeigt sich mit rund 200 eine der höchsten Anzahlen von Familien mit mehr als zwei Kindern. Der Anteil der großen Familien an den Familienhaushalten ist mit 18 jedoch nur leicht überdurchschnittlich. Die hohe Anzahl resultiert entsprechend aus der erhöhten Familienprägung Osterfelds.

Abbildung 13: Anteil - Einwohner*innen mit Migrationshintergrund nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



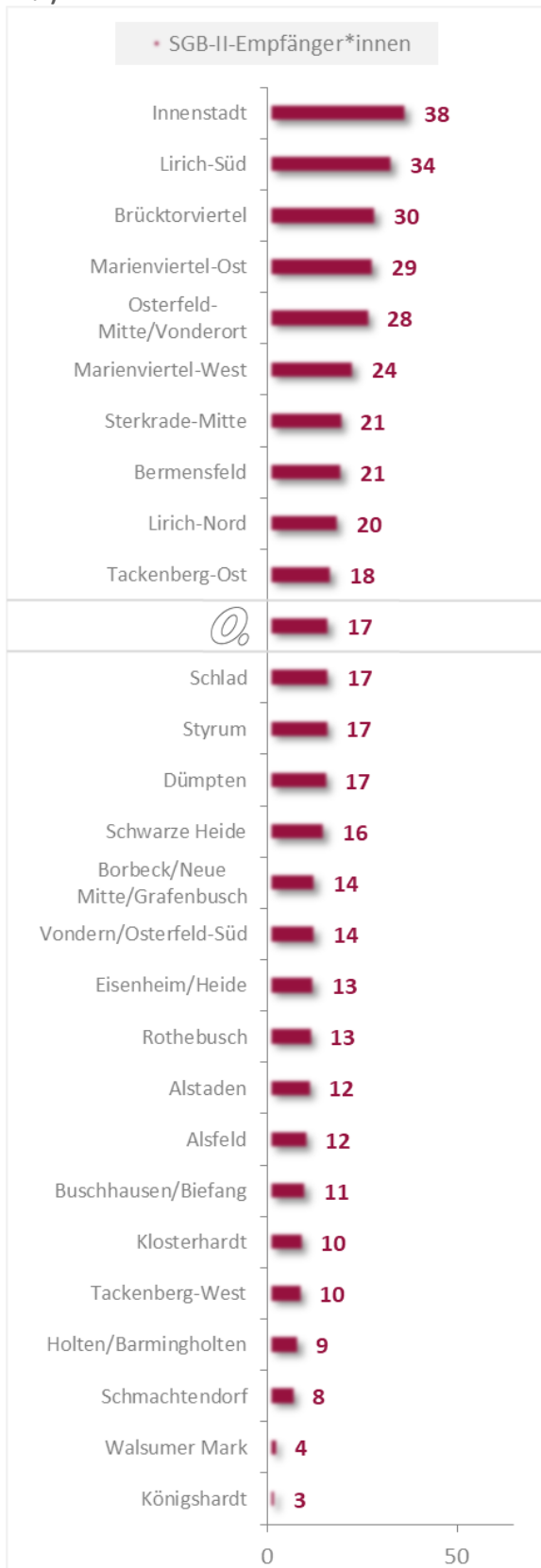
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 14: Veränderung - Einwohner*innen mit Migrationshintergrund nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2015/16/17/18 in %)



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12. 2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 15: Anteil SGB-II-Empfänger*innen nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



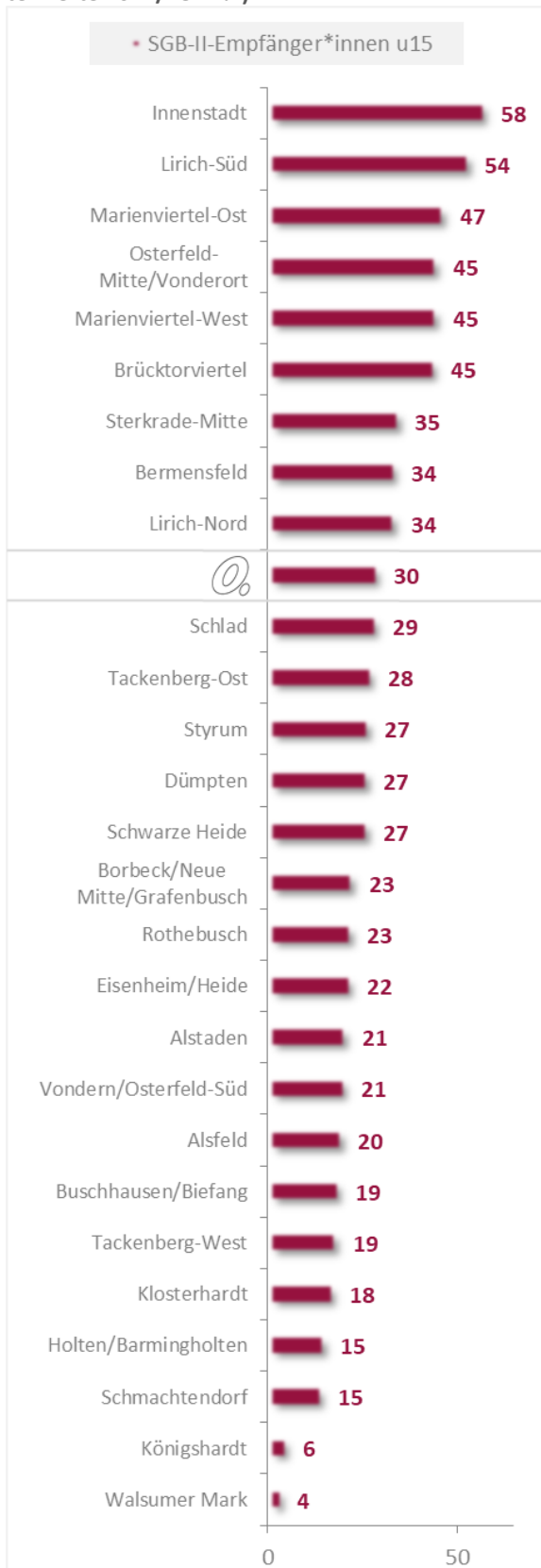
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 16: Veränderung - SGB-II-Empfänger*innen nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



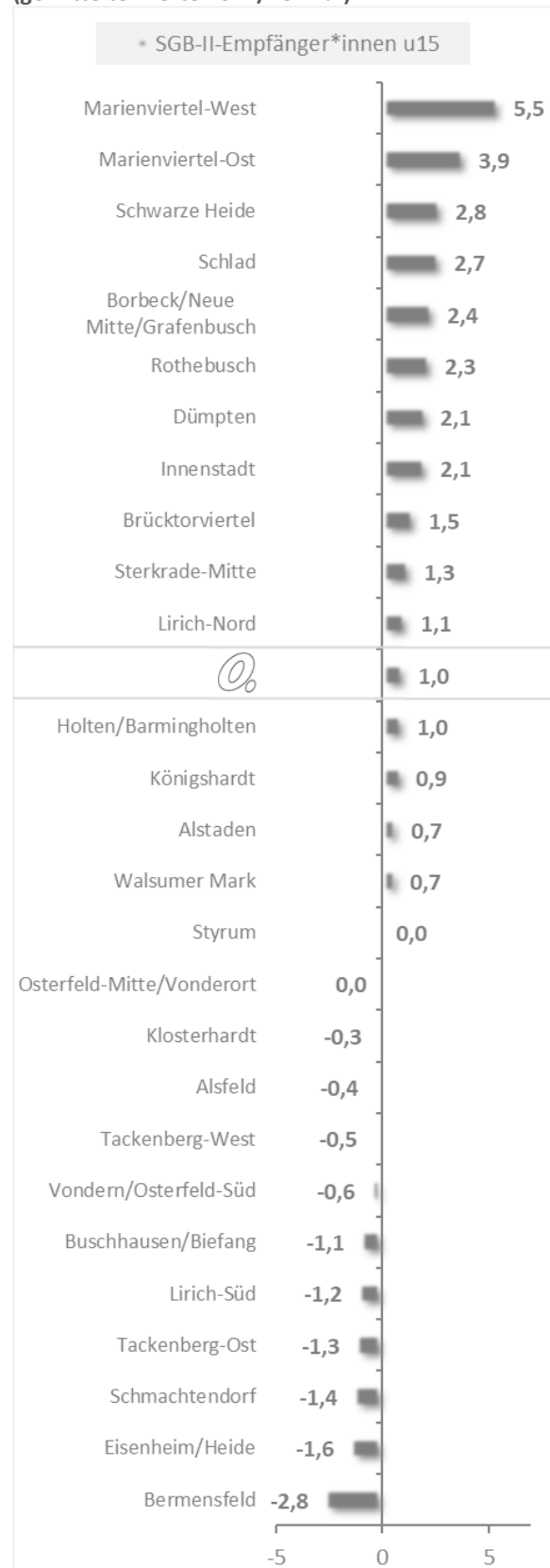
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12. 2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 17: Anteil SGB-II-Empfänger*innen (unter 15 Jahren) nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



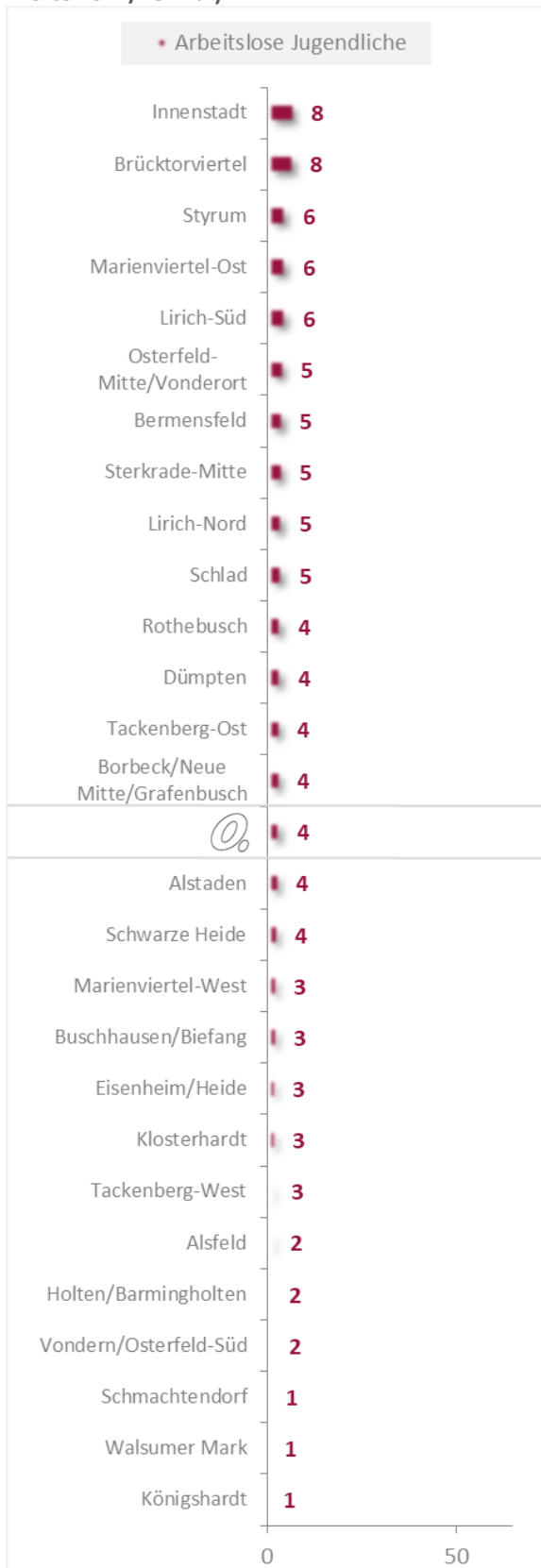
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 18: Veränderung - SGB-II-Empfänger*innen (u15) nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



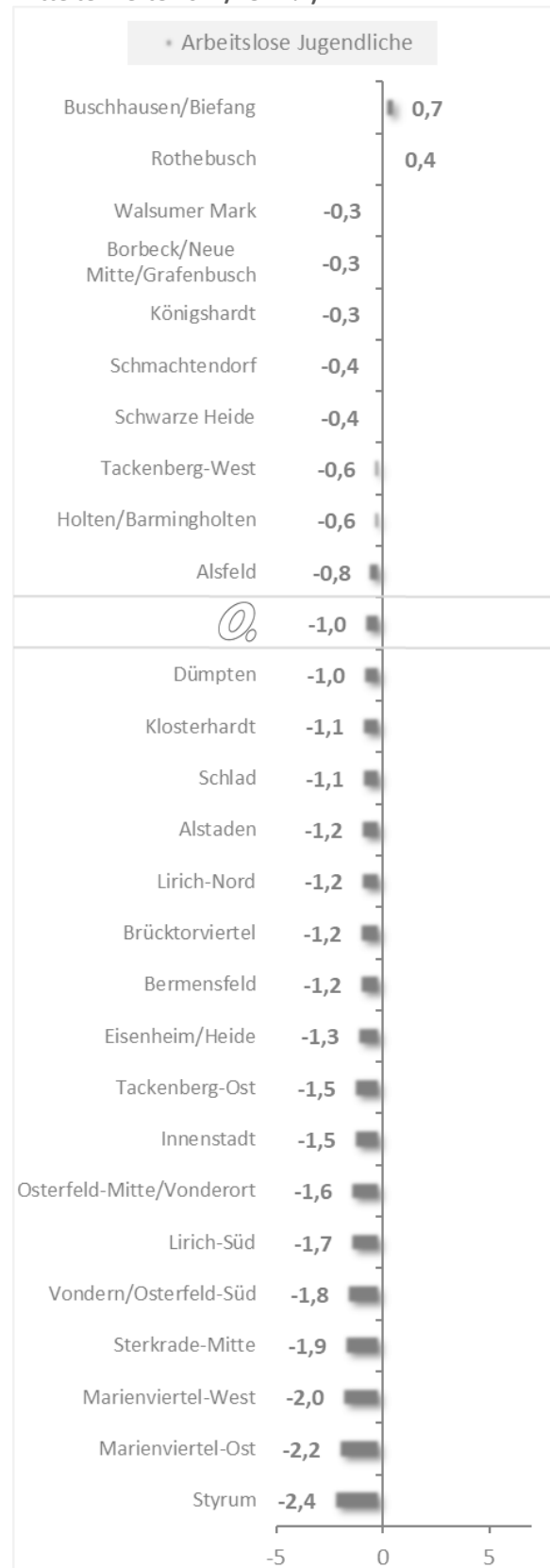
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 19: Anteil - Arbeitslose Jugendliche (15 bis 25 Jahre) nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



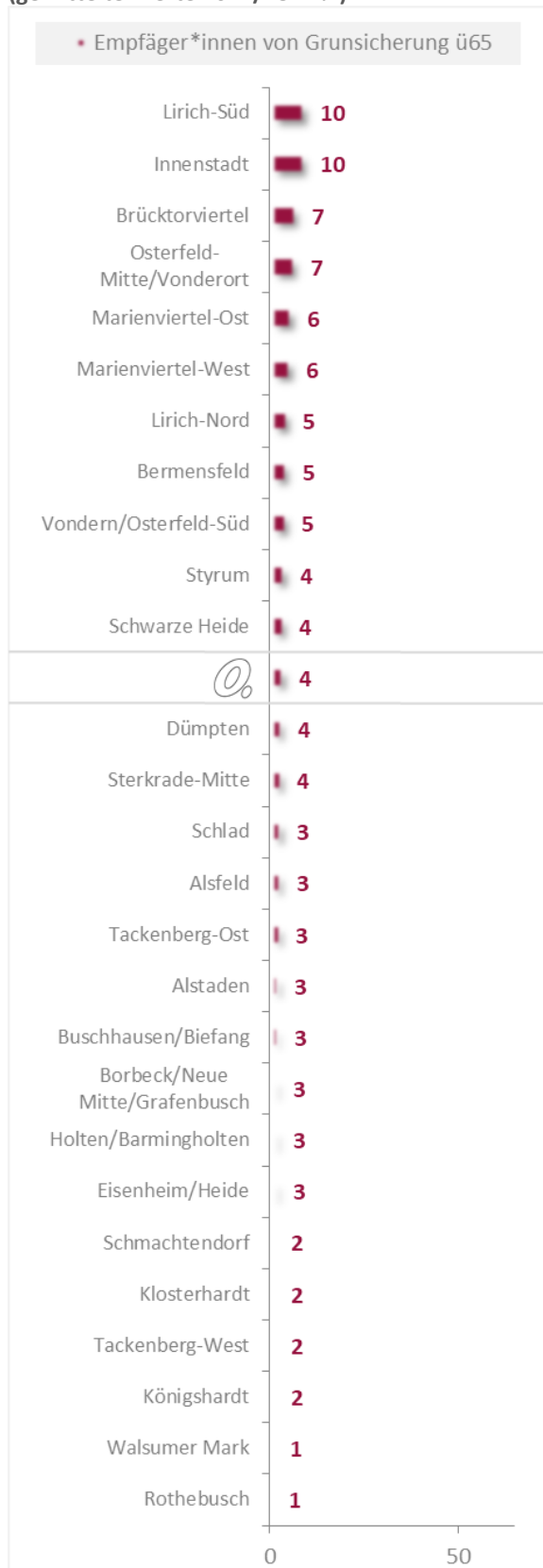
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 20: Veränderung - Arbeitslose Jugendliche (15 bis 25 Jahre) nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



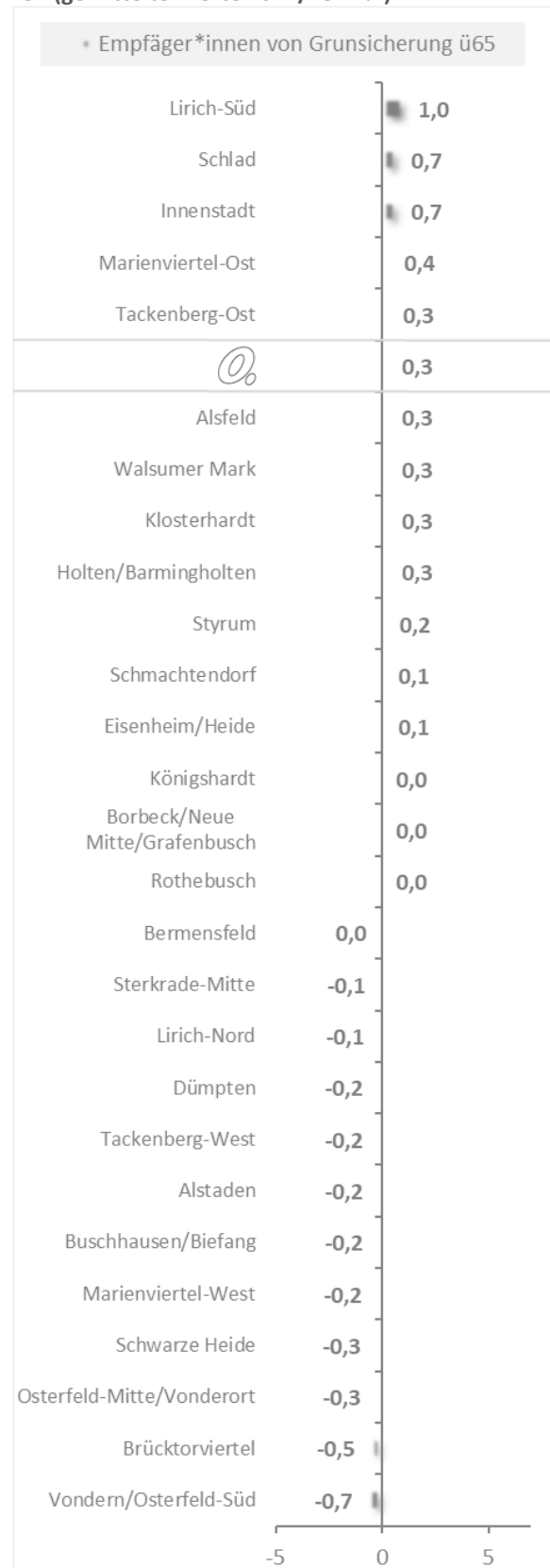
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12. 2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 21: Anteil - Einwohner*innen mit Grundsicherung im Alter nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



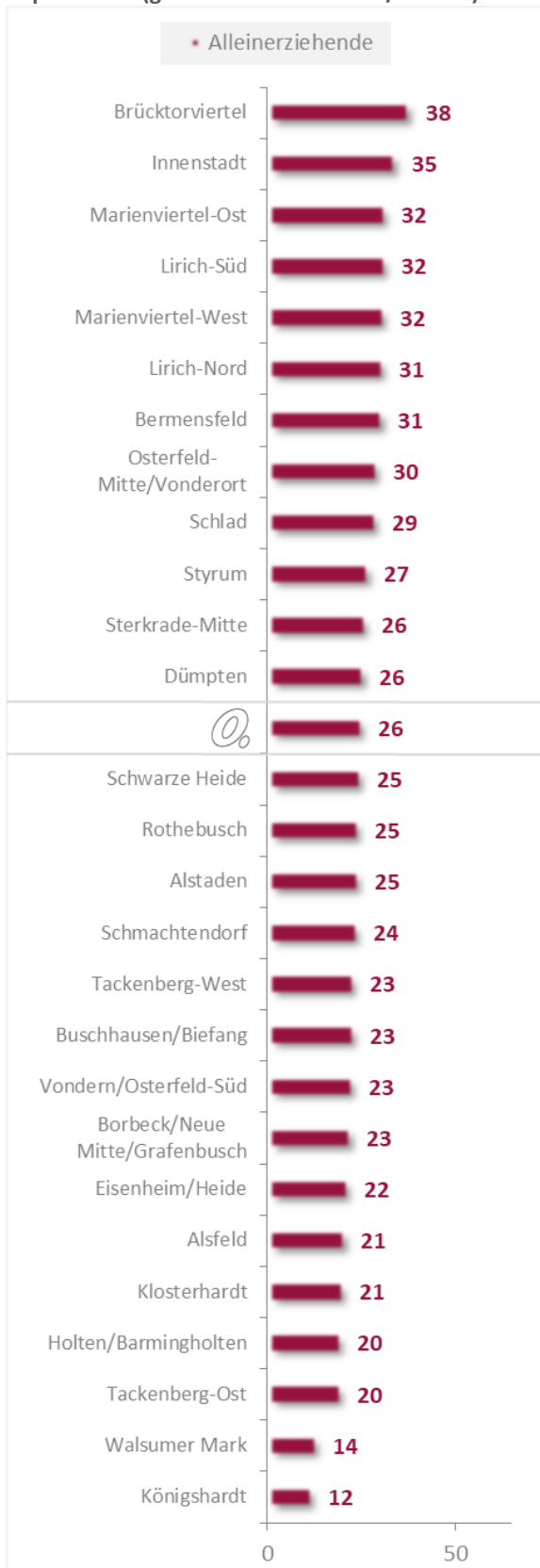
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bereich 3-2 Soziales. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 22: Veränderung - Einwohner*innen mit Grundsicherung im Alter nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen und Bereich 3-2 Soziales. (Stichtag 31.12. 2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 23: Anteil Alleinerziehende nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



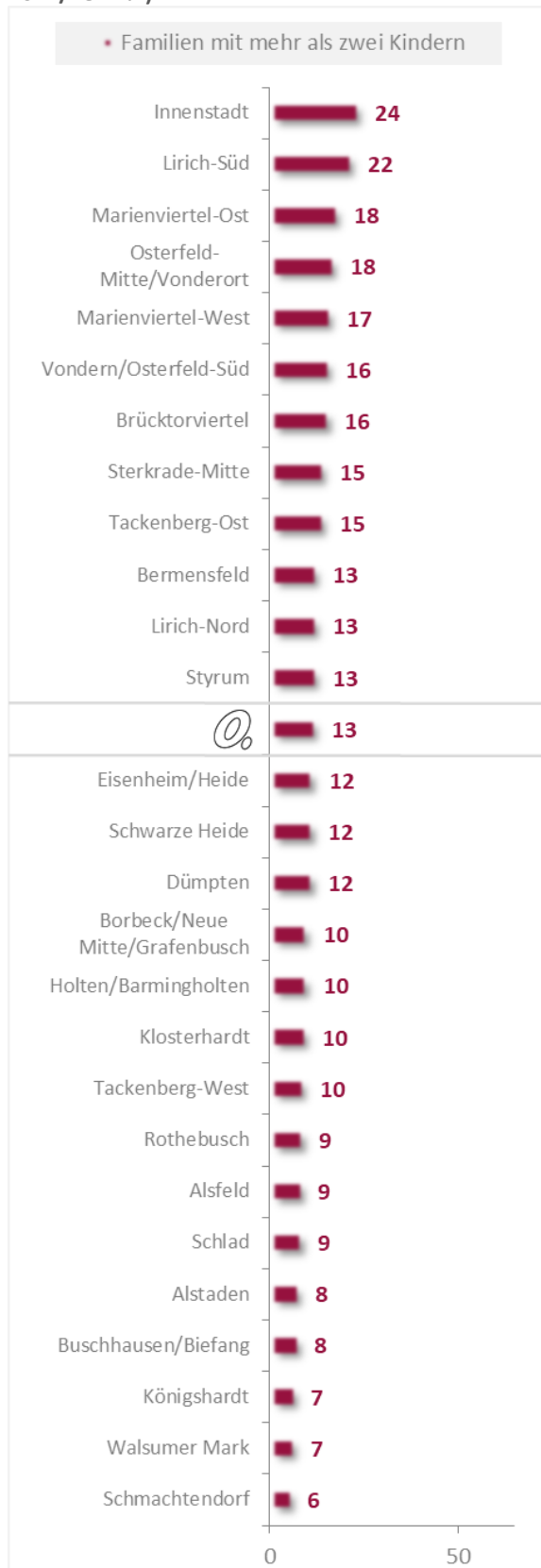
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 24: Veränderung - Alleinerziehende nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



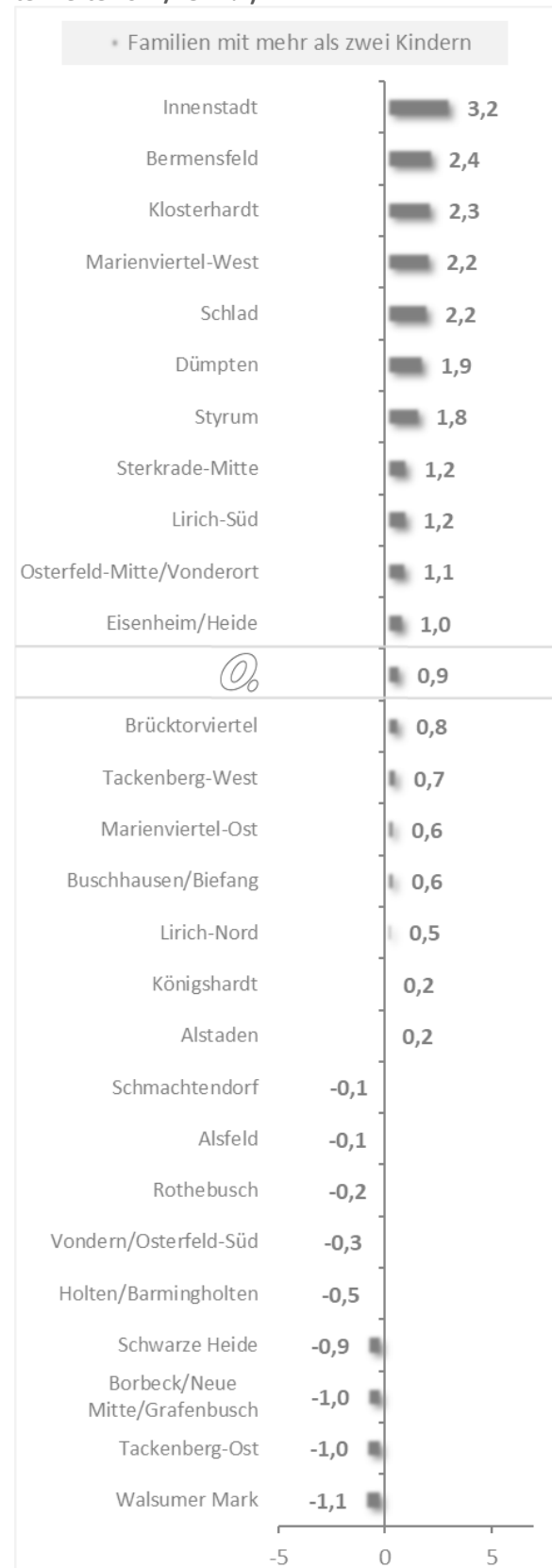
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12. 2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 25: Anteil Familien mit mehr als zwei Kindern nach Sozialquartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12. 2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 26: Veränderung - Familien mit mehr als zwei Kindern nach Sozial-quartieren (gemittelte Werte 2017/18 in %)



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12. 2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

ZUSAMMENHÄNGE DER INDIKATOREN

Mithilfe der Berechnung von *Korrelationskoeffizienten* lässt sich der Zusammenhang der Indikatoren untereinander beschreiben. Zur Berechnung werden ebenfalls die gemittelten Werte der Jahre 2017 und 2018 genutzt. Der Korrelationskoeffizient kann einen Wert zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1/-1 (vollständiger positiver/negativer Zusammenhang) annehmen. Für die gewählten Indikatoren ergeben sich ausschließlich positive Zusammenhänge zwischen 0,65 und 0,99. Je höher der Zusammenhang, desto häufiger treten beide Indikatoren zusammen in einem Sozialquartier auf. Abbildung 27 gibt die Koeffizienten aus.

Alle gewählten Kernindikatoren korrelieren hoch miteinander, einige davon deutlicher als andere. Doch selbst der verhältnismäßig geringste Zusammenhang zwischen dem Anteil der arbeitslosen Jugendlichen und dem Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund bedeutet, dass ein erhöhter Anteil an Migrant*innen im Sozialquartier mit einem erhöhten Anteil an arbeitslosen Jugendlichen einhergeht und umgekehrt. Die Daten sagen dabei jedoch nichts darüber aus, ob die arbeitslosen Jugendlichen auch einen Migrationshintergrund haben.

Ein ebenfalls starker Zusammenhang besteht zwischen dem Anteil an Einwohner*innen mit Migrationshintergrund und dem Anteil an Haushalten mit mehr als zwei Kindern. Dies bedeutet, dass dort, wo viele Migrant*innen wohnen, auch viele große Familien zu finden sind, und nicht, dass Einwohner*innen mit Migrationshintergrund große Familien haben.

Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen dem Anteil der SGB-II-Empfänger*innen und dem Anteil der Sozialgeldempfänger*innen. Dieser Zusammenhang ist allerdings zu erwarten,

da Kinder dann Sozialgeld beziehen, wenn mindestens ein Familienmitglied im Haushalt arbeitsfähig ist und Leistungen nach dem SGB II bezieht. Bei diesen beiden Merkmalen kann zu einem großen Teil davon ausgegangen werden, dass sie auch häufig auf dieselbe Person zutreffen.

Ähnlich verhält es sich beim Anteil der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren und dem Anteil an Empfänger*innen von Leistungen nach dem SGB II. Beide Merkmale können auch zusammen auftreten bzw. auf eine Person zutreffen. Viele der arbeitslosen Jugendlichen stehen noch am Anfang ihres Erwerbslebens und haben noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I. Möglich ist es aber auch, dass sie diesen durch eine mehr als einjährige Arbeitslosigkeit wieder verloren haben.

Anders ist dies beim Zusammenhang zwischen dem Anteil der arbeitslosen Jugendlichen und dem Anteil der Sozialgeldempfänger*innen oder auch dem Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter und dem Anteil der SGB-II- bzw. Sozialgeldbeziehenden. Diese Leistungen können nicht zusammen auftreten. Der deutliche Zusammenhang beider Merkmale ist so zu deuten, dass sich diese, in ihren Bedürfnissen stark unterschiedlichen Zielgruppen, häufig in Sozialquartieren bündeln. Hier erfordert es eine differenzierte oder sogar innovative Angebotsstruktur, die alle Gruppen erreicht.

Insgesamt zeigen die deutlichen Zusammenhänge der Indikatoren, dass alle sieben Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung überzufällig häufig gemeinsam in den Oberhausener Sozialquartieren auftauchen bzw. die Wahrscheinlichkeit hoch ist, weitere Zielgruppen im Sozialquartier anzutreffen, wenn einer der Indikatoren erhöht ist.

Abbildung 27: Korrelationskoeffizienten der Indikatoren

	MIGRANT* -INNEN	SGB-II- EMPFÄN- GER*INNEN	SGB-II- EMPFÄN- GER*INNEN U15	ARBEITS- LOSE JU- GENDLICHE (15-25)	GRUND- SICHERUNG IM ALTER	ALLEINER- ZIEHENDE
SGB-II- EMPFÄNGER*INNEN	0,89					
SGB-II- EMPFÄNGER*INNEN U15	0,88	0,99				
ARBEITSLOSE JUGENDLI- CHE (15-25)	0,62	0,80	0,78			
GRUNDSICHERUNG IM ALTER	0,86	0,94	0,92	0,65		
ALLEINERZIEHENDE	0,69	0,88	0,90	0,77	0,78	
MEHR ALS ZWEI KINDER	0,94	0,92	0,90	0,64	0,92	0,71

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.
Anmerkung: Die Korrelationen sind auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant. Sehr hohe Korrelationen ($\geq 0,9$) sind fett markiert.

7.5. INDICES

Für die Darstellung der Ergebnisse werden einerseits Balkendiagramme verwendet, die auch die errechneten Indexwerte der Sozialquartiere ausgeben, und andererseits Karten, die eine räumliche Verortung der potentiellen Fokusquartiere ermöglichen. Der Status und die Dynamik lassen sich einzeln, wie auch gemeinsam, als Sozialindex auf Sozialquartiers-ebene abbilden. Für eine kleinräumigere Betrachtung wird zudem der Sozialindex auf Ebene der Arbeitsmarktbezirke als Karte dargestellt.

STATUSINDEX

Der Statusindex errechnet, wie sehr die Anteile von Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko in einem Sozialquartier vom städtischen Durchschnitt abweichen. Hohe Anteile

der Armutsrisikogruppen werden durch einen niedrigen Statusindex ausgedrückt.

Anhand der Statusindexwerte lassen sich die Sozialquartiere mithilfe der Standardabweichungen in *Statusgruppen* einteilen (siehe Kapitel 7.3). Sozialquartiere mit einem geringeren Statusindex als -9,9 werden der Gruppe mit sehr niedrigem Statusindex zugeordnet, alle mit Werten bis -4,9 der Gruppe mit niedrigem Statusindex. Der Gruppe mit hohem Statusindex werden alle Sozialquartiere mit einem Wert von +4,8 und höher zugeordnet. Werte zwischen -4,8 und +4,8 stehen für einen mittleren Statusindex (vgl. Abbildung 28).

Die Werte des Statusindex sind auch in der aktuellen Berechnung der Sozialindices breit gestreut und erzielen Wert zwischen -15,3 in der Innenstadt und 11,6 in Königshardt (vgl. Abbildung 29).

Abbildung 28: Gruppengrenzen des Statusindex

STATUSGRUPPE	STATUSINDEX
Sehr niedrig	Weniger als -9,9
Niedrig	-9,9 bis -4,9
Mittel	-4,8 bis 4,8
Hoch	Mehr als 4,8

Quelle: Eigene Darstellung.

Zwischen diesen beiden Sozialquartieren erreicht der Statusindex eine Spannweite von rund 27 Punkten. Wie das Balkendiagramm in Abbildung 29 zeigt, liegen elf Sozialquartiere unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt und 16 darüber.

Einen hohen Statusindex weisen insgesamt sechs Sozialquartiere auf: Königshardt, Walsumer Mark, Schmachtdorf, Holten/Barmingholten, Klosterhardt und Tackenberg-West. Die vier Sozialquartiere mit den höchsten Sozialindexwertet liegen allesamt in Sterkrade-Nord.

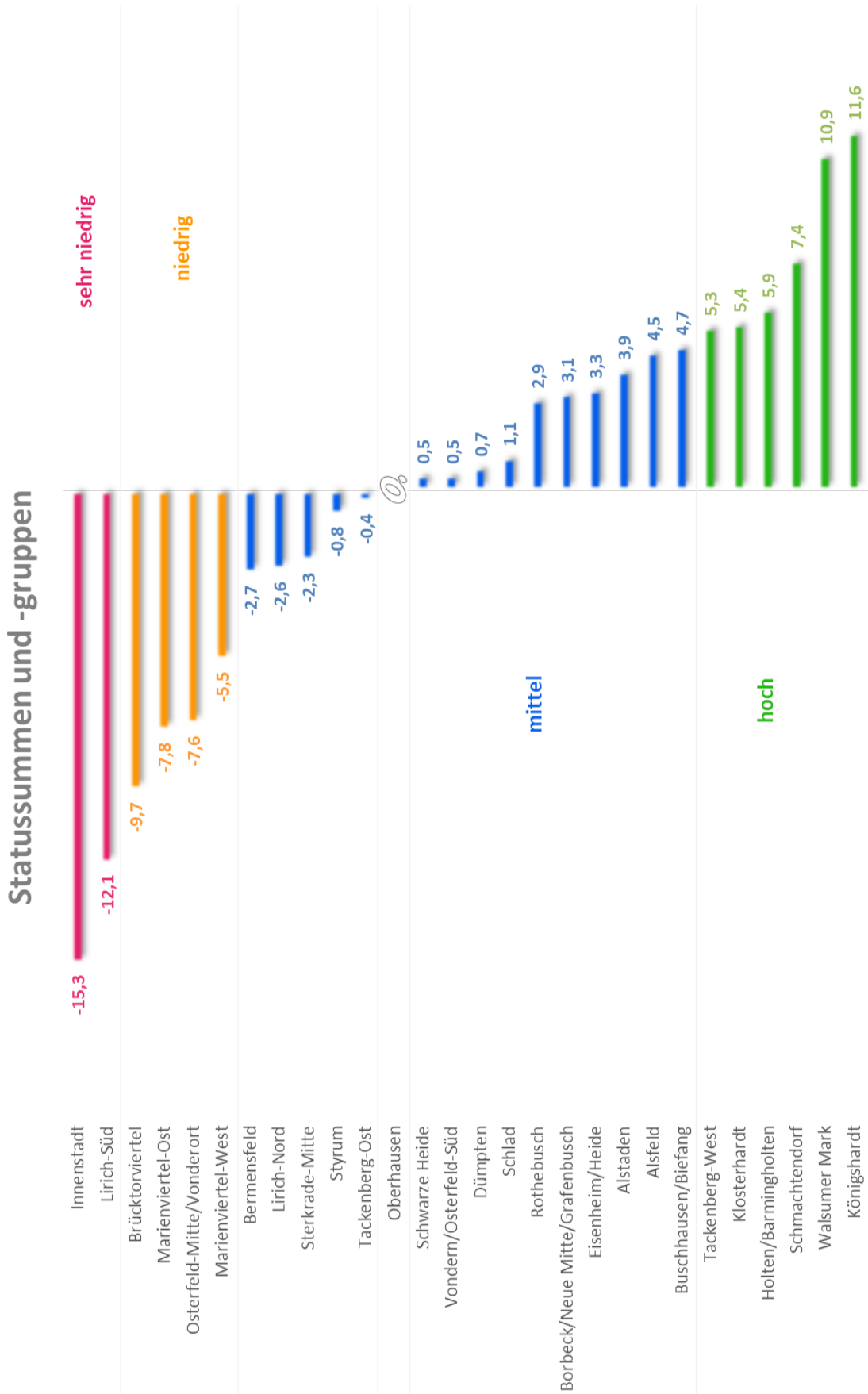
Die beiden Sozialquartiere mit sehr niedrigen Statusindexwerten und damit den höchsten Anteilen an Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko sind die **Innenstadt** und **Lirich-Süd**, gefolgt vom **Brücktorviertel**, dem **Marienviertel-Ost**, **Osterfeld-Mitte/Vonderort** und dem **Marienviertel-West** mit niedrigem Statusindex. Diese sechs Sozialquartiere gelten somit als Fokusquartiere und werden entsprechend im Kapitel 8 einer genaueren Analyse unterzogen.

Zwischen Sozialquartieren zeigen sich teils sprunghafte Abstufungen der Indexwerte. So z.B. zwischen dem Marienviertel-West, als Sozialquartier mit niedrigem Indexwert, und Bermensfeld, dem Quartier mit den nächsthöheren Indexwert, welches bereits zur Gruppe der Sozialquartiere mit mittlerem Statusindex gehört. Zwischen ihnen liegen rund drei Punkte.

Ebenfalls auffällig sind die Abstände der Indexwerte der beiden Sozialquartiere am oberen Ende (Innenstadt und Lirich-Süd) und am unteren Ende (Königshardt und Walsumer Mark) zum Rest der Sozialquartiere. Hier ist davon auszugehen, dass die Anteile der Armutsrisikogruppen besonders weit vom städtischen Durchschnitt abweichen.

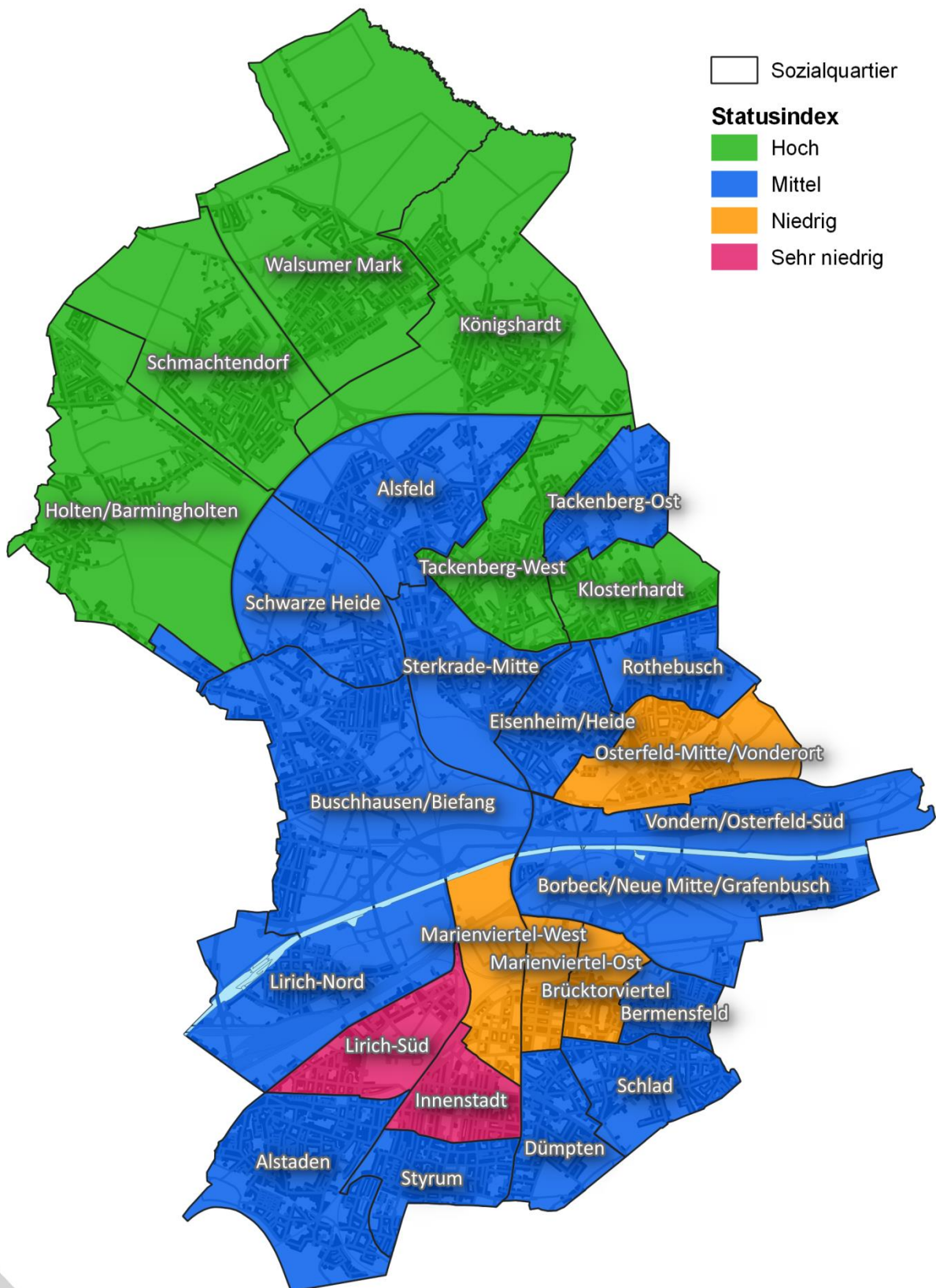
In der Darstellung des Statusindex als Karte zeigt sich einerseits ein deutliches Nord-Süd-Gefälle des Statusindex und andererseits, dass die Fokusgebiete eine aneinandergrenzende Fläche in Alt-Oberhausen bilden. Bis auf Osterfeld-Mitte/Vonderort liegen alle Sozialquartiere mit niedrigem oder sehr niedrigem Statusindex in Alt-Oberhausen. Auffällig ist hier auch, dass die Sozialquartiere am Stadtrand Alt-Oberhausens einen mittleren Statusindex aufweisen, während sich die Quartiere mit niedrigen und sehr niedrigen Indexwerten im Kern von Alt-Oberhausen verorten lassen.

Abbildung 29: Statussummen und -gruppen nach Sozialquartieren



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 5: Statusgruppen nach Sozialquartieren



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik, Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2017/2018)
 Kartengrundlage: Flächennutzungskartierung RVR, Team Luftbild und Geoinformationssysteme (2015)

DYNAMIKINDEX

Der Dynamikindex errechnet, in welchen Sozialquartieren die Anteile der Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt in den vergangenen zwei Jahren überdurchschnittlich gestiegen oder gesunken sind. Eine Zunahme der Anteile wird durch einen negativen Dynamikindex beschrieben.

Sozialquartiere, deren Indexwert mehr als eine Standardabweichung (3,2 Punkte) vom Stadtdurchschnitt abweichen, werden als Quartiere mit positivem oder negativem Dynamikindex eingruppiert, alle anderen als stabil (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 30: Gruppengrenzen des Dynamikindex

DYNAMIKGRUPPE	DYNAMIKINDEX
Negativ	Weniger als -3,2
Stabil	-3,2 bis 3,2
Positiv	Mehr als 3,2

Quelle: Eigene Darstellung.

Der Dynamikindex ist, wie auch der Statusindex, immer im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt zu interpretieren. In Kapitel 7.4 wurde bereits aufgezeigt, dass fünf der sieben Indikatorenwerte eine stadtweite Zunahme verzeichnet haben. Ausgenommen sind der *Anteil der arbeitslosen Jugendlichen* und der *Anteil der Alleinerziehenden*.

Ein negativer Dynamikindex ist so zu interpretieren, dass die Anteile der Armutsrisikogruppen im Sozialquartier noch deutlicher gestiegen sind als ohnehin im Stadtdurchschnitt.

Für insgesamt drei Sozialquartiere (**Innenstadt**, **Marienviertel-West** und **Schlad**) wird ein negativer Dynamikindex ausgegeben.

Ein positiver Dynamikindex errechnet sich in Bermensfeld, Eisenheim/Heide, Hol-

ten/Barmingholten, Schmachtendorf, Styrum, Tackenberg-Ost und Vondern/Osterfeld-Süd.

Die kartographische Darstellung zeigt, dass alle drei Sozialquartiere mit negativem Dynamikindex in Alt-Oberhausen liegen, und sich die Sozialquartiere mit positivem Dynamikindex überwiegend in Stadtrandlagen befinden (Karte 6).

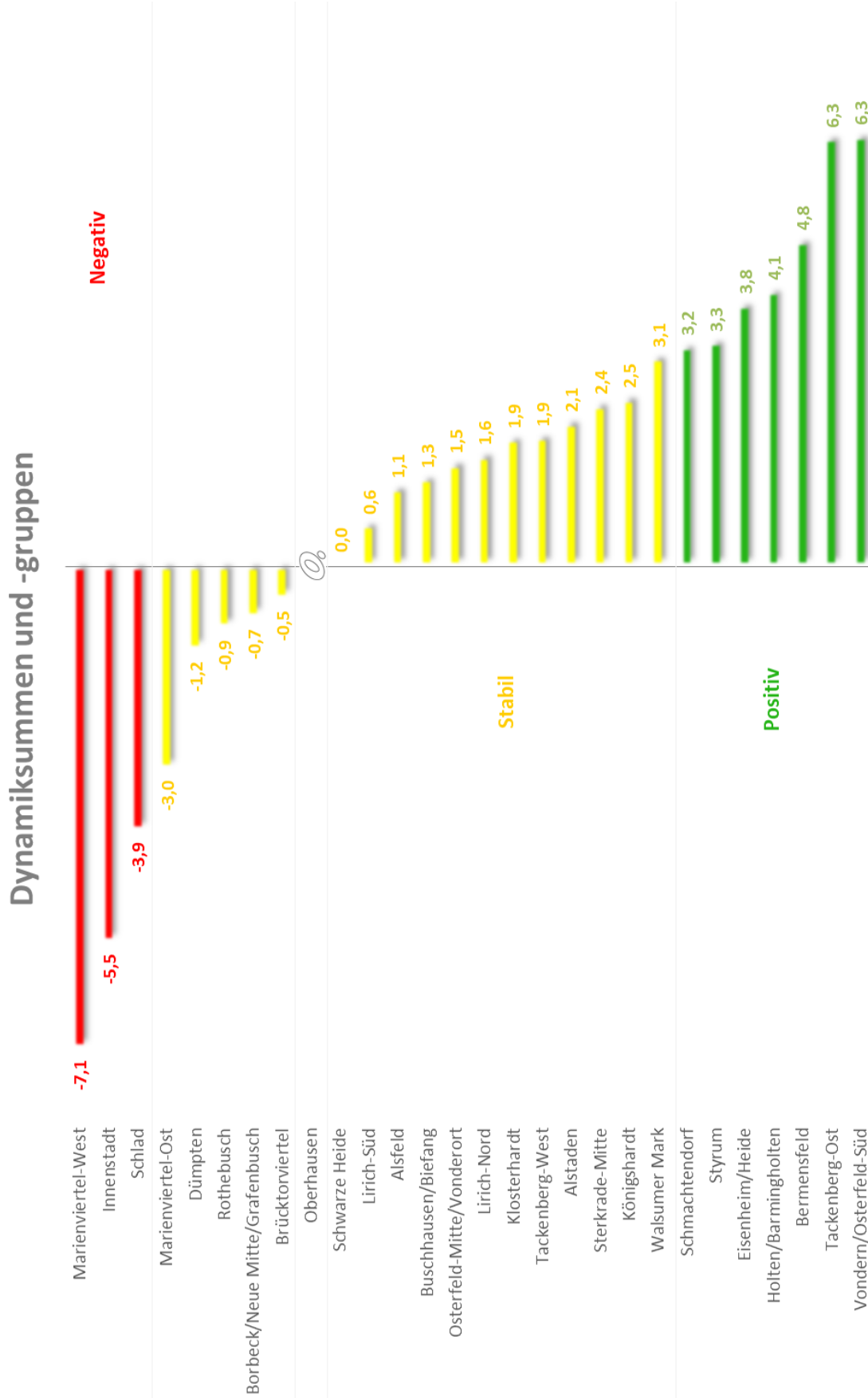
Bei der Interpretation des Dynamikindex ist es wichtig, darauf zu achten, wie viele Einwohner*innen in einem Sozialquartier leben.

Während im Marienviertel-West nur rund 3.200 Einwohner*innen leben, sind es in Schlad über 10.000 und in der Innenstadt über 14.000. Folglich reichen im Marienviertel-West bereits wenige zusätzliche Personen, die zu einer der Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko hinzukommen, um die Anteilswerte deutlich zu erhöhen.

Auch in Schlad sind die überdurchschnittlich stark steigenden Anteile der Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko nur auf wenige zusätzliche betroffenen Personen bzw. Haushalte zurückzuführen. Trotz einer hohen Einwohner*innenzahl von rund 10.000 Personen finden sich hier die geringsten Anteile von Familienhaushalten im gesamten Stadtgebiet. Für die haushaltsbezogenen Indikatoren, wie den Anteil der Alleinerziehenden oder den Anteil der Familien, reichen also ebenfalls geringe Veränderungen der absoluten Zahlen, um die Indikatorenwerte und damit die Indexwerte zu verändern. Gleiches gilt für die SGB-II-Quote der unter-15-Jährigen, da in Schlad ebenfalls der stadtweit geringste Anteil an Kindern unter 15 Jahren lebt.

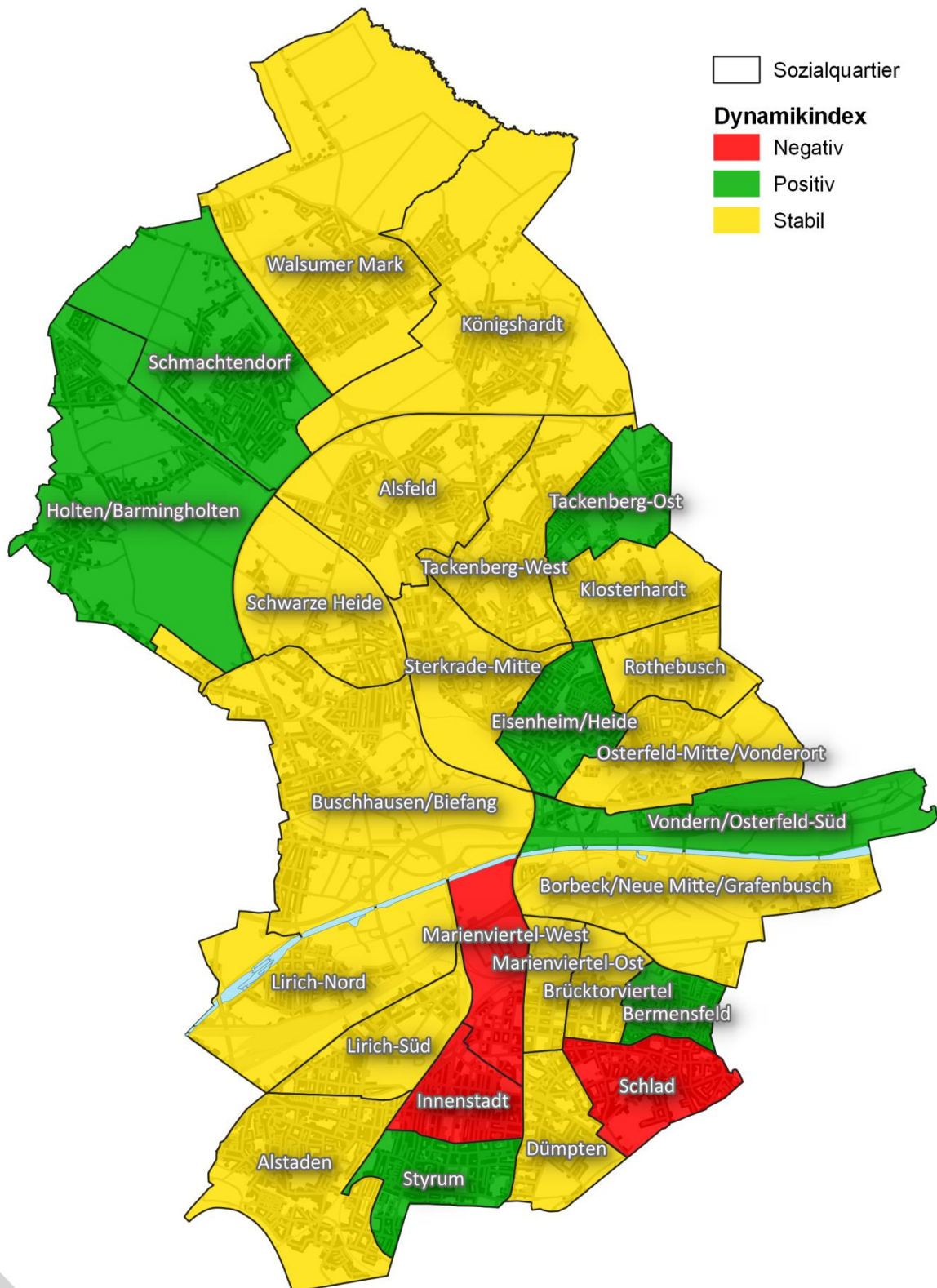
Auf welche sozialstrukturellen Veränderungen die negativen Dynamikindexwerte im Einzelnen zurückgehen, wird in der Fokusbetrachtung der Sozialquartiere in Kapitel 8 beschrieben.

Abbildung 31: Dynamiksummen und -gruppen nach Sozialquartieren



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Karte 6: Dynamikgruppen nach Sozialquartieren



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik, Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)
 Kartengrundlage: Flächennutzungskartierung RVR. Team Luftbild und Geoinformationssysteme (2015)

SOZIALINDEX

Im nächsten Schritt werden der Status- und der Dynamikindex als Kreuztabelle zusammengeführt. Auf diese Weise können die 27 Sozialquartiere in eine von zwölf Sozialindexgruppen eingeordnet (vgl. Abbildung 32) und ebenfalls als Karte ausgegeben werden (vgl. Karte 7). Basis der Kategorien des Sozialindex sind die Farben des Statusindex. Diese werden, je nach Dynamikindexklasse des Sozialquartiers, heller (negative Dynamik) oder dunkler (positive Dynamik) gefärbt.

Insgesamt werden sieben Sozialquartiere als Fokusquartiere ausgegeben: Die Innenstadt, Lirich-Süd, das Brücktorviertel, Marienviertel-Ost, Marienviertel-West, Osterfeld und Schlad (vgl. Abbildung 32).

Bei dieser Überschneidung sind besonders die Sozialquartiere von Interesse, die entweder:

- a) Einen *mittleren oder hohen Statusindex* aber gleichzeitig einen *negativen Dynamikindex* aufweisen
- b) Einen *niedrigen oder sehr niedrigen Statusindex* und gleichzeitig einen *positiven Dynamikindex* aufweisen.

Für diese Gebiete bietet es sich an, detailliertere Untersuchungen vorzunehmen, um ggf. Auslöser dieser Entwicklungen auszumachen. Bei der aktuellen Berechnung des Sozialindex trifft Fall a) als einziges auf Schlad zu. Sozialquartiere wie in b) beschrieben gibt es keine. Alle Sozialquartiere mit niedrigem oder sehr niedrigem Statusindex weisen entweder einen stabilen oder negativen Dynamikindex auf.

Abbildung 32: Zuordnung der Sozialquartiere zu Sozialindexgruppen

		STATUSGRUPPE			
		SEHR NIEDRIG	NIEDRIG	MITTEL	HOCH
DYNAMIK-GRUPPE	POSITIV	-	-	Bermensfeld Eisenheim/Heide Tackenberg-Ost Styrum Vondern/Osterfeld-Süd	Holten/Barmingholten Schmachten-dorf
	STABIL	Lirich-Süd	Brücktorviertel Marienviertel-Ost Osterfeld-Mitte/Vonderort	Alsfeld Alstaden Borbeck/Neue Mitte/Grafenbusch Buschhausen/Biefang Dümpten Lirich-Nord Rothebusch Sterkrade-Mitte Schwarze Heide	Klosterhardt Königshardt Tackenberg-West Walsumer Mark
	NEGATIV	Innenstadt	Marienviertel-West	Schlad	-

Quelle: Bereich 3-2 / Soziales. Eigene Darstellung. Anmerkung: Fokusquartiere sind fett markiert.

Abbildung 33: Streudiagramm des Status- und Dynamikindex der Sozialquartiere



Quelle: Bereich 3-2 / Soziales. Eigene Berechnung und Darstellung.

Auffällig ist, dass bis auf Schlad gerade die Sozialquartiere eine überproportionale Zunahme der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen, also einen negativen Dynamikindex verzeichnen, die ohnehin bereits erhöhte Anteilswerte, bzw. einen niedrigen Statusindex aufweisen. Die Sozialquartiere mit positivem Dynamikindex weisen allesamt einen mittleren oder hohen Statusindex auf. (vgl. Abbildung 33). Zwischen dem Statusindex und dem Dynamikindex besteht eine leichte positive Korrelation ($R^2= 0,21$): Je höher der Statusindex, desto höher der Dynamikindex und umgekehrt. Dies deutet darauf hin, dass die soziale Spaltung zwischen den Sozialquartieren zunimmt.

Wie auch bereits 2017 zeigt sich bei kartographischer Darstellung des Sozialindex ein Nord-Süd-Gefälle (vgl. Karte 7).

Während die Sozialquartiere des Sterkrader Nordens einen hohen Sozialindex, teilweise mit positiver oder mindestens stabiler Ent-

wicklung, aufweisen, errechnen sich für das Zentrum Osterfelds sowie rund um das Zentrum von Alt-Oberhausen niedrige bis sehr niedrige Indexwerte, teils mit negativer Dynamik.

Die drei Sozialquartiere mit einem negativen Dynamikindex, also überdurchschnittlich stark angestiegenen Anteilen von Einwohner*innen mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung, liegen allesamt in **Alt-Oberhausen**. Mit Styrum und Bermensfeld weist Alt-Oberhausen am Stadtrand aber ebenso Gebiete mit positivem Dynamikindex auf. Beide Sozialquartiere erzielen einen mittleren Statusindex mit entsprechend durchschnittlichen Anteilen von Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko.

In **Osterfeld** finden sich in neben Osterfeld-Mitte/Vonderort mit einem niedrigen Statusindex insgesamt vier Sozialquartiere mit mittlerem Statusindex. Eisenheim/Heide, Tackenberg-Ost und Vondern/Osterfeld-Süd weisen

dabei einen positiven Dynamikindex auf, Rothebusch einen stabilen. Klosterhardt ist das einzige Sozialquartier in Osterfeld mit einem hohen Statusindex. Der Dynamikindex in Klosterhardt ist stabil. Im Bezirk Osterfeld errechnet sich für keines der Sozialquartiere eine negative Dynamik. Das Armutsrisiko ist hier im Verhältnis zu anderen Sozialquartieren also nirgendwo gestiegen.

In **Sterkrade** errechnet sich für alle vier Sozialquartiere im Norden ein positiver Statusindex, in Holten/Barmingholten und Schmachtdorf wird dieser zudem begleitet von einer positiven Dynamik, also sinkenden Armutsrisikquoten. Alle anderen Quartiere in Sterkrade sind stabil, in keinem Sozialquartier zeigt sich eine überdurchschnittliche Zunahme von Armutsrisiken.

KLEINRÄUMIGER SOZIALINDEX

Die Sozialquartiere stellen lediglich statistische Grenzen da und keine räumlichen Abgrenzungen der Einwohner*innen. Um sich der tatsächlichen Verteilungen der Zielgruppen zu nähern, kann es hilfreich sein, kleinräumigere Ebenen mit weniger Einwohner*innen pro Gebiet zu betrachten. Die Berechnung des Sozialindex erfolgt daher auch für die nächstkleinere Gebietseinteilung. Anders als in 2017 werden im aktuellen Bericht die sog. Arbeitsmarktbezirke als kleinräumige Gebietsebene genutzt (siehe auch Kapitel 7.2.). Die insgesamt 139 Arbeitsmarktbezirke tragen lediglich Nummern und keine Namen wie die Sozialquartiere. Der kleinräumige Sozialindex wird daher ausschließlich als Karte dargestellt.

Mithilfe der kleinräumigen Berechnung wird sichtbar, ob sich die erhöhten Anteile der Armutsrisikogruppen über das gesamte Sozialquartier erstrecken oder sich auf einzelne Arbeitsmarktbezirke beschränken. Für Osterfeld-Mitte/Vonderort wird bspw. insgesamt ein niedriger Statusindex mit stabiler Dynamik

berechnet. Kleinräumig zeigen sich jedoch für den Bereich der Osterfelder Innenstadt auch Gebiete mit sehr niedrigem Indexwert und teils positiver, teils negativer Dynamik (vgl. Karte 8).

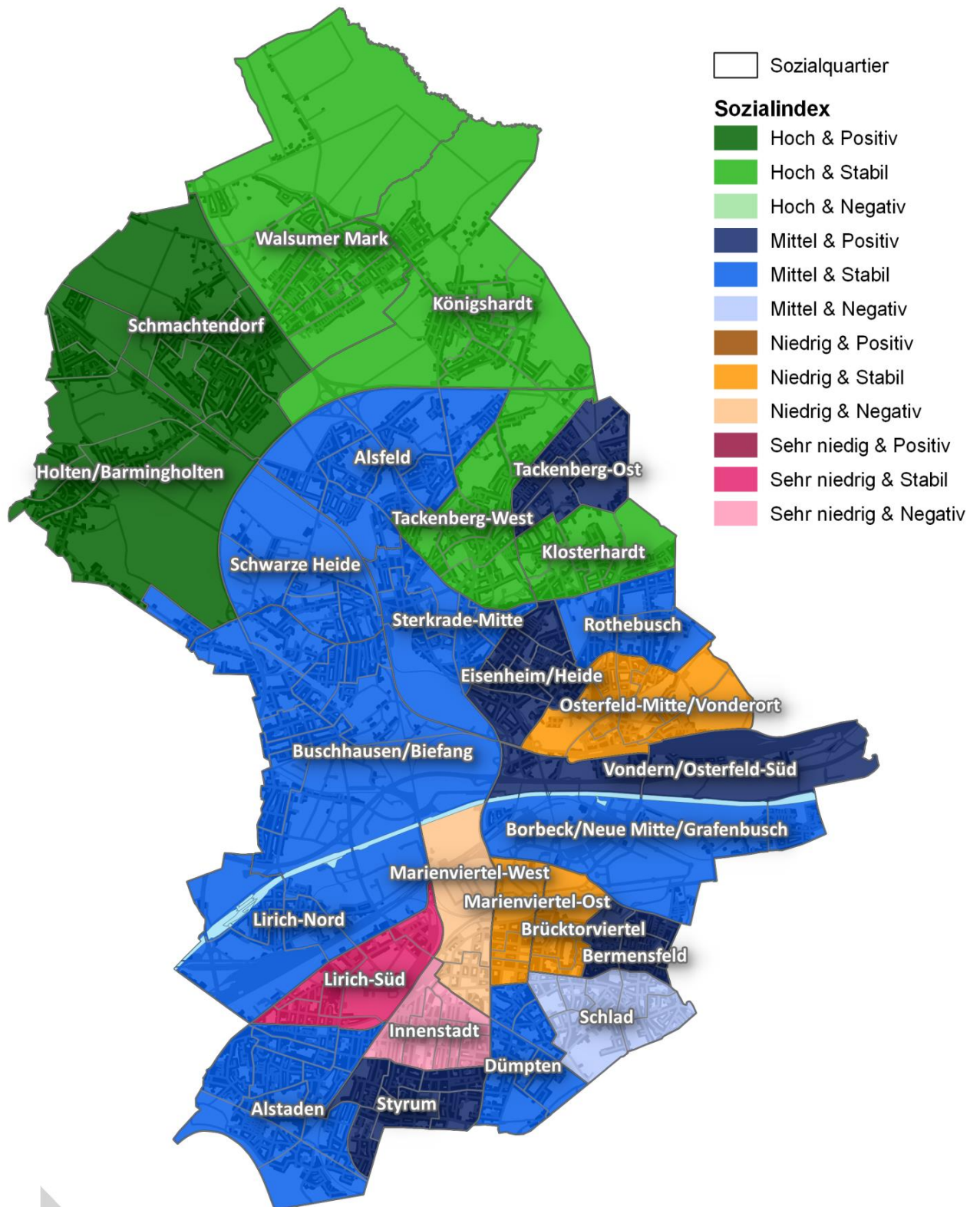
Neben Osterfeld-Mitte/Vonderort zeigt sich auch Lirich-Süd sehr durchmischt hinsichtlich des Sozialindex. Für Lirich-Süd errechnet sich insgesamt ein sehr niedriger Statusindex, welcher sich bei kleinräumiger Berechnung jedoch lediglich auf das Gebiet um den *Wohnpark Bebelstraße* eingrenzen lässt. Für diesen Bezirk zeigt sich zudem, anders als im Sozialquartier, ein positiver Dynamikindex, also abnehmende Anteile der Bevölkerung mit erhöhtem Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung.

Überdies werden Gebiete mit erhöhtem Armutsrisiko sichtbar, die an Fokusquartiere angrenzen, aber zu insgesamt unauffälligen Sozialquartieren gehören. Dies ist bspw. in Bermensfeld, Styrum und Alstaden zu beobachten. Würde man Aktionsräume für Maßnahmen bestimmen, wären diese wahlweise kleiner oder größer als das Sozialquartier zu konzipieren.

Bei der kleinräumigen Darstellung des Sozialindex zeigen sich auch „Insellagen“ von Gebieten mit überdurchschnittlich hohen Anteilen von Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko. So z.B. in Sterkrade-Mitte und Tackenberg-Ost. Auf Sozialquartiersebene sind diese unsichtbar geblieben, da sich für beide Sozialquartiere insgesamt durchschnittliche Anteile errechnen.

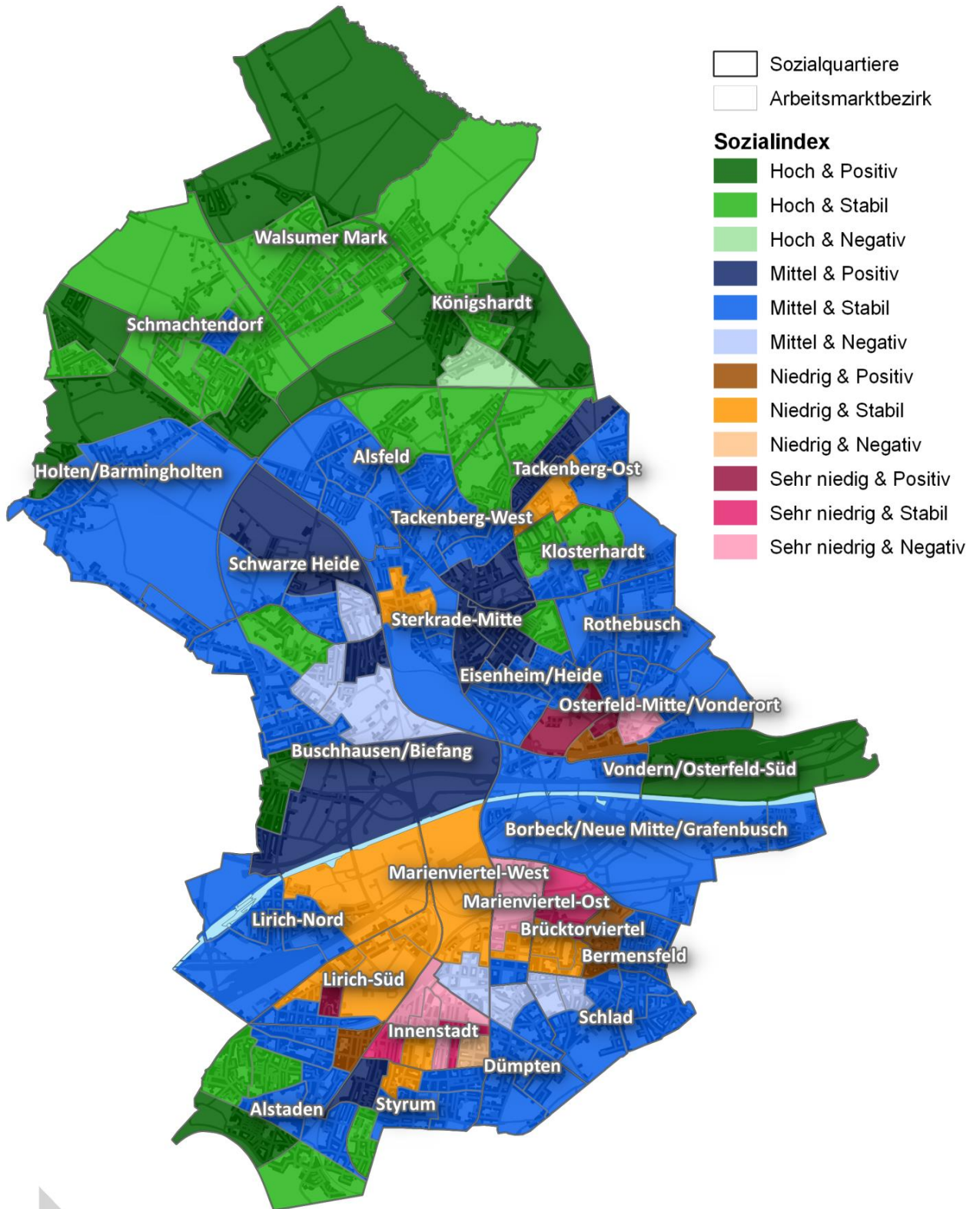
Mit Ausnahme des Arbeitsmarktbezirkes mit niedrigem Statusindex in Tackenberg-Ost, finden sich alle Gebiete mit niedrigem und sehr niedrigem Statusindex in den Kernen der drei Stadtbezirke. In Alt-Oberhausen bilden sie dabei ein großes zusammenhängendes Gebiet, welches sich über alle Sozialräume von Lirich, über die Innenstadt und das Marienviertel bis zum Brücktorviertel erstreckt.

Karte 7: Sozialindex nach Sozialquartieren



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik, Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Karte 8: Sozialindex nach Arbeitsmarktbezirken



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik, Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

7.6. RÜCKBLICK AUF VORANGEGANGENE SOZIAL-INDEXWERTE

Der Sozialindex ist so angelegt, dass er alle zwei Jahre mit den gleichen Indikatoren aktualisiert werden kann. Da bei jeder Aktualisierung auch die derzeit aktuellen städtischen Durchschnittswerte der Kernindikatoren in die Berechnung einfließen, sind jeweils die neuen Indexwerte nicht mit den Werten der Vorjahre vergleichbar.

Dennoch soll darauf eingegangen werden, wie es dazu kommt, dass einzelne Sozialquartiere bei der Aktualisierung des Sozialindex eine andere Status- oder Dynamikgruppe besetzen als noch in 2017.

Der Sozialindex ist ein Verhältnismaß mit dem ausschließlich *relative* und keine *tatsächlichen* Entwicklungen beschrieben werden. Dabei ist lediglich ein Vergleich der aktuellen Einordnung mit der vorherigen Einordnung der Sozialquartiere möglich. Ein Gruppenwechsel geht entsprechend nicht zwangsläufig mit einer günstigen oder ungünstigen sozialen Entwicklung im Sozialquartier einher. Letztlich sagt ein solcher Wechsel zunächst nur aus, dass das entsprechende Sozialquartier nun in einem anderen Verhältnis zu den anderen Quartieren steht.

Anhand des Vergleichs der alten und neuen Sozialindexwerte die tatsächliche Entwicklung der Armutsrisikoquoten in den Sozialquartieren zu bewerten, kann somit zu falschen Annahmen und Fehlinterpretationen führen, besonders dann, wenn der Sozialindex als Evaluationsinstrument für ergriffene Maßnahmen oder erfolgreiche Arbeit im Sozialraum missverstanden wird. Während sich Auswirkungen infrastruktureller oder gesellschaftlicher Veränderungen, wie neu erschlossene Wohngebiete oder Flucht aus dem Ausland, mehr oder weniger deutlich an der Sozialstruktur ablesen lassen, ist dies für positive Effekte unterstützender Maßnahmen kaum

denkbar. Dafür benötigt es geeignete und individuell angepasste Evaluationskonzepte und messbare Ziele.

GRENZEN DER AKTUALISIERUNG VON INDICES

Grundsätzlich ist bei der Berechnung des Sozialindex zu beachten, dass die Indikatorenwerte der Sozialquartiere im Verhältnis zum aktuellen städtischen Mittelwert betrachtet werden. Das Verfahren kategorisiert die Quartiere mithilfe von Standardabweichungen und vergleicht die höchsten mit den niedrigsten Werten. Dabei wird es, unabhängig davon, wie groß die Differenz zwischen den Anteilswerten ist, immer Sozialquartiere mit niedrigen und Sozialquartiere mit hohen Werten geben.

Auch kann ein Sozialquartier z.B. trotz unveränderter Indikatorenwerte die Statusindexgruppe wechseln, wenn sich eine gesamtstädtische Entwicklung in die eine oder andere Richtung vollzieht. Gleiches gilt für den Dynamikindex: So kann ein Sozialquartier trotz abnehmender Anteile armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen der Dynamikgruppe „negativ“ zugeordnet werden, wenn die Anteile in der Gesamtstadt noch deutlicher gesunken sind.

Dies ist keine Schwachstelle des Sozialindex, sondern verfolgt die explizite Zielsetzung: *Sichtbar machen, in welchen Sozialquartieren sich Menschen mit hohem Armutsrisiko bündeln (Statusindex), und aufzeigen, wo Anteile dieser Armutsrisikogruppen in den Letzten Jahren am deutlichsten zu- oder abgenommen haben (Dynamikindex).*

Mit diesem Wissen können begrenzte Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie im gesamtstädtischen Vergleich am nötigsten gebraucht werden. Um die tatsächliche Situation in den Fokusquartieren einzuordnen, werden in Kapitel 7.4 und Kapitel 8 die Indikatorenwerte und absoluten Zahlen der Gebiete beschrieben.

Die Sozialstruktur eines Sozialquartiers ist von vielen verschiedenen Faktoren und Ereignissen abhängig. Es kann niemals mit Sicherheit gesagt werden, dass das eine oder andere Ereignis die alleinige Ursache für eine veränderte Sozialstruktur ist. Gruppenwechsel in eine andere Status- oder Dynamikgruppe lassen sich beschreiben, sind aber stets unter Einbezug der Indikatorenwerte zu interpretieren.

SOZIALQUARTIERE MIT GLEICHEM STATUSINDEX

Die Innenstadt und Lirich-Süd bleiben, wie auch 2017, die beiden Sozialquartiere mit den geringsten Statusindexwerten. Ebenfalls unverändert mit einem niedrigen Statusindex schneiden die Sozialquartiere Brücktorviertel, Marienviertel-Ost und Osterfeld-Mitte/Vonderort ab.

Zur Gruppe der Sozialquartiere mit den höchsten Statusindexwerten gehören nach wie vor alle vier Sozialquartiere, die Sterkrade-Nord angehören, sowie Tackenberg-West und Klosterhardt.

WECHSEL DER STATUSINDEXGRUPPE

Auf Sozialquartierebene zeigen sich beim Statusindex stadtweit nur wenige Veränderungen. Eine geringere Statusindexgruppe als in 2017 weisen lediglich zwei Quartiere auf: Zum einen Buschhausen/Biefang, welches nun der mittleren Statusgruppe zugeteilt wird, und zum anderen das Marienviertel-West, welches in die Gruppe der Sozialquartiere mit niedrigem Statusindex gewechselt hat.

Wie bereits beschrieben, geht der Wechsel in eine geringere Statusindexgruppe nicht zwingend mit einem deutlichen Anstieg der Indikatorenwerte einher. Für die Sozialquartiere Buschhausen/Biefang und das Marienviertel-West errechnen sich Indexwerte, die nah an den Gruppengrenzen liegen. Hier reichen teil-

weise leichte Veränderungen der Indikatorenwerte für einen Gruppenwechsel.

Für Buschhausen/Biefang lässt sich anhand von Kapitel 8 zeigen, dass alle Indikatorenwerte deutlich unter dem städtischen Durchschnitt liegen und das Sozialquartier insgesamt eine unauffällige, teils positive Entwicklung zeigt. Lediglich der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ist minimal um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, während er sonst in nahezu allen Quartieren gesunken ist. Der Gruppenwechsel ist entsprechend darauf zurückzuführen, dass in der aktuellen Berechnung mehr Sozialquartiere geringere Anteile an arbeitslosen Jugendlichen aufweisen als noch 2017.

Im Marienviertel-West sind die Indikatorenwerte, wie bereits in Kapitel 7.5 beschrieben, durch die geringe Einwohner*innenzahl besonders empfindlich. Hier reichen bereits wenige zusätzliche Familien mit mehr als zwei Kindern oder Alleinerziehende, um den Statusindex zur verringern. Anders als in Buschhausen/Biefang kann für das Marienviertel jedoch eine tatsächliche Zunahme der Indikatorenwerte, wie auch der Personenzahlen beobachtet werden, die sich auch in einem negativen Dynamikindex niederschlägt.

WECHSEL DER DYNAMIKINDEXGRUPPE

Anders als bei den Statusindexgruppen zeigen sich bei den Dynamikindexgruppen deutlich mehr Veränderungen. So haben insgesamt zwölf Sozialquartiere die Dynamikindexgruppe gewechselt: Dabei haben sich Holten/Barmingholten, Eisenheim/Heide, Vondern/Osterfeld-Süd, Styrum, Bermensfeld und Tackenberg-Ost, allesamt Quartiere mit vormals stabiler Dynamik, hin zu einer positiven Dynamik entwickelt. Hier haben die Anteile der Einwohner*innen mit Armutsrisiko deutlicher abgenommen als in anderen Quartieren.

Zur Gruppe der Sozialquartiere mit einem stabilen Dynamikindex haben die Sozialquar-

tiere Schwarze Heide, Rothebusch, Walsumer Mark, Königshardt und Brücktorviertel gewechselt. Dies bedeutet nicht, dass die Indikatorenwerte dort unverändert blieben, sondern, dass sie sich ähnlich wie im gesamtstädtischen Durchschnitt entwickelt haben.

Schlad hat als einziges Sozialquartier von einer vormals positiven zu einer negativen Dynamik gewechselt. Gleichwohl sind die Anteile der Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko hier insgesamt durchschnittlich. Bei der kleinräumigen Berechnung des Sozialindex fällt zudem auf, dass sich der negative Dynamikindex lediglich in einem Bezirk im Nord-Westen abzeichnet.

Für den Sozialbericht 2017 errechnete sich eine ähnliche Entwicklung für Rothebusch. Die Fokusbetrachtung zeigte jedoch, dass Rothebusch durchweg durchschnittliche Indikatorenwerte und keinen plötzlich angestiegenen Unterstützungsbedarf aufweist.

In den kleineren Sozialquartieren, zu denen auch Rothebusch zählt, reichen oft geringe Veränderungen von Anzahlen, um Quoten auffällig sinken oder steigen zu lassen. Ähnlich verhält es sich in Sozialquartieren mit wenigen Familien, wie in Schlad.

Die Entwicklungen in Schlad werden ebenfalls in der Fokusbetrachtung im Kapitel 8 genauer erläutert.

8 FOKUSBETRACHTUNG DER AUFFÄLLIGEN SOZIALQUARTIERE

Im Folgenden wird jedes der Fokusquartiere einer genaueren Analyse unterzogen.

Hierzu werden neben den Indikatorenwerten, die Sozial- und Altersstruktur sowie städtebauliche Besonderheiten beschrieben und steuerungsrelevante Informationen für die jeweiligen Sozialquartiere zusammengefasst.

Als Fokusquartiere gelten alle Sozialquartiere mit niedrigem oder sehr niedrigem Statusindex (orange und pink), unabhängig von ihrem Dynamikindex, sowie Sozialquartiere mit mittlerem Statusindex, aber negativem Dynamikindex (hellblau).

Flächenmäßig überwiegen in Oberhausen die Gebiete mit mittlerem und hohem Statusindex. Der Großteil der Karte ist grün oder blau gefärbt (vgl. Karte 7). Die Sozialquartiere und Arbeitsmarktbezirke sind jedoch unterschiedlich dicht besiedelt.

Abbildung 34 gibt die Einwohner*innenzahlen auf Ebene der Arbeitsmarktbezirke aus. In den Gebieten mit hohem oder mittlerem Statusindex wohnen Ende 2018 rund 166.370 Einwohner*innen und damit der Großteil aller Oberhausener. Rund 56.340 Personen leben in den

durch den Sozialindex bestimmten Fokusquartieren. Das entspricht rund 27 Prozent der Bevölkerung. Mehr als ein Viertel der Oberhausener*innen, lebt demnach in Gebieten, die durch eine Sozialstruktur mit erhöhten Armutsrisiken und geringen sozialen Teilhabechancen geprägt sind.

INTERPRETATION DER BALKENDIAGRAMME UND NETZGRAFIKEN

Neben einer Fokuskarte werden für jedes Fokusquartier ein Balkendiagramm und eine Netzgrafik ausgegeben, die sich den sieben Kernindikatoren widmen. Die Balkendiagramme zeigen die Anteilswerte der Zielgruppen im Sozialquartier in Prozent und vergleichen sie mit dem Durchschnittswert der Gesamtstadt. Die Netzgrafiken verwenden die *standardisierten* Indikatorenwerte, um das Verhältnis der Indikatorenwerte zum Stadtdurchschnitt vereinfacht darzustellen. Sie können als „Bedarfsprofile“ betrachtet werden. Die weiße Linie bildet die standardisierten Indikatorenwerte im Sozialquartier ab, die farbigen Flächen die Statusindexgruppen. Je weiter die weiße Linie vom Mittelpunkt entfernt ist, desto höher ist der Anteil der entsprechenden Zielgruppen im Sozialquartier und desto höher der potentielle Unterstützungsbedarf.

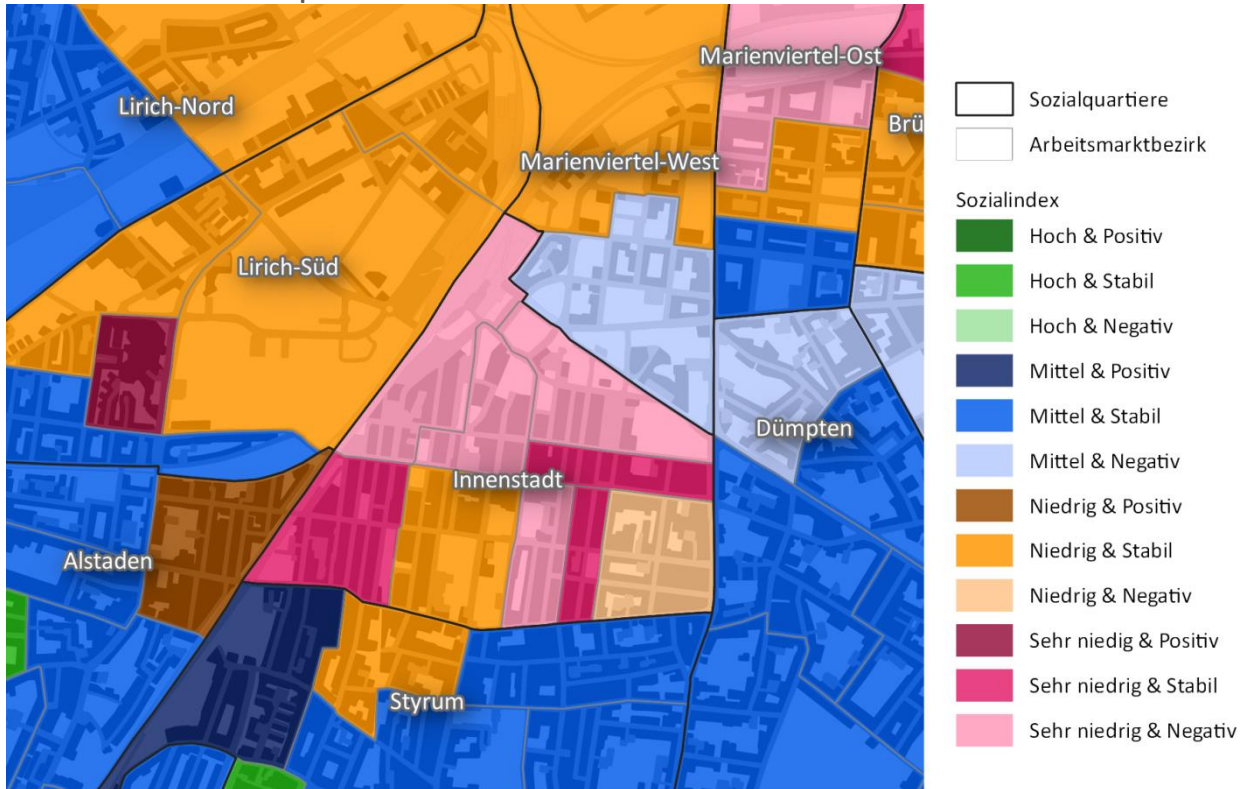
Abbildung 34: Einwohner*innenzahl nach Sozialindexgruppen in Arbeitsmarktbezirken

		STATUSGRUPPE				
		Hoch	Mittel	Niedrig	Sehr Niedrig	Gesamt
DYNAMIKGRUPPE	Positiv	12.235	14.535	5.085	4.398	36.253
	Stabil	36.654	91.185	19.456	6.084	153.379
	Negativ	1.217	10.544	2.183	8.590	22.534
	Gesamt	50.106	116.264	26.724	19.072	212.166

Quelle: Bereich 4-5/Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen. (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

INNENSTADT

Karte 9: Fokuskarte Sozialquartier Innenstadt - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 35: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Innenstadt

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	17%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	12%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	54%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	17%
FAMILIEN	20%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	14.243

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung

Die Innenstadt wird im Norden durch die Danziger Straße und im Süden durch die Grenzstraße eingerahmt. Im Westen bildet die Bahntrasse mit dem Hauptbahnhof die Grenze und im Osten die Mülheimer Straße.

sehr niedriger Statusindex. Der nördliche Teil der Innenstadt sowie ein Bezirk im Osten zeigen eine Zunahme der Anteile an Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko. Alle anderen Bezirke sind stabil.

Für das gesamte Sozialquartier Innenstadt errechnet sich ein geringer oder zumindest

BEVÖLKERUNG

In der Innenstadt leben insgesamt 14.243 Menschen auf einer Fläche von 1,191km². Sie ist damit das Sozialquartier mit der höchsten Einwohner*innendichte. Gleichzeitig herrscht hier eine hohe Fluktuation. Die Innenstadt verzeichnet das mit Abstand höchste Wandervolumen (Summe der Zu- und Fortzüge je 100 Einwohner*innen) mit rund 19 Prozent. Fast ein Fünftel der Bevölkerung in der Innenstadt hat sich innerhalb eines Jahres ausgetauscht.

STÄDTEBAU

Im Nord-Westen der Innenstadt, auf der Grenze zu Lirich-Süd, liegt der Hauptbahnhof mit dem Willy-Brand-Platz. Mittig durch das Sozialquartier verläuft auf der Ost-West-Achse die Marktstraße mit verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten. Die gesamte Fläche des Sozialquartiers ist Teil des Soziale-Stadt-Gebiets „Brückenschlag“. Das zugehörige Handlungskonzept sieht eine Vielzahl städtebaulicher Veränderungen vor, die zur Aufwertung des Stadtteils beitragen sollen.

FAMILIEN

In rund einem Fünftel der Haushalte in der Innenstadt leben Kinder. Die Innenstadt ist damit durchschnittlich familiengeprägt. Öfter als in anderen Sozialquartieren handelt es sich dabei um größere Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern. Der Anteil der Familien mit mehr als zwei Kindern ist seit 2015/16 um drei Prozentpunkte gestiegen und liegt nun bei knapp über 24 Prozent. Fast ein Viertel der Familien kann entsprechend statistisch als Großfamilie betrachtet werden.

Eine weitere große Gruppe von Menschen mit erhöhtem Armutsrisiko, die sich in der Innenstadt überdurchschnittlich oft findet, sind Alleinerziehende. Mehr als jeder dritte Haushalt mit Kindern wird von einem alleinerziehenden Elternteil geführt.

MIGRATION

Die Innenstadt ist ein typisches Ankunftsgebiet für Zuwanderer. Mehr als die Hälfte der Einwohner*innen hat hier einen Migrationshintergrund und der Anteil stieg zuletzt um sechs Prozentpunkte, doppelt so viel wie im städtischen Gesamtdurchschnitt. Große Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende gibt es in der Innenstadt keine, es fanden in den letzten Jahren jedoch zahlreiche anerkannte Asylbewerber*innen eine Wohnung in der Innenstadt.

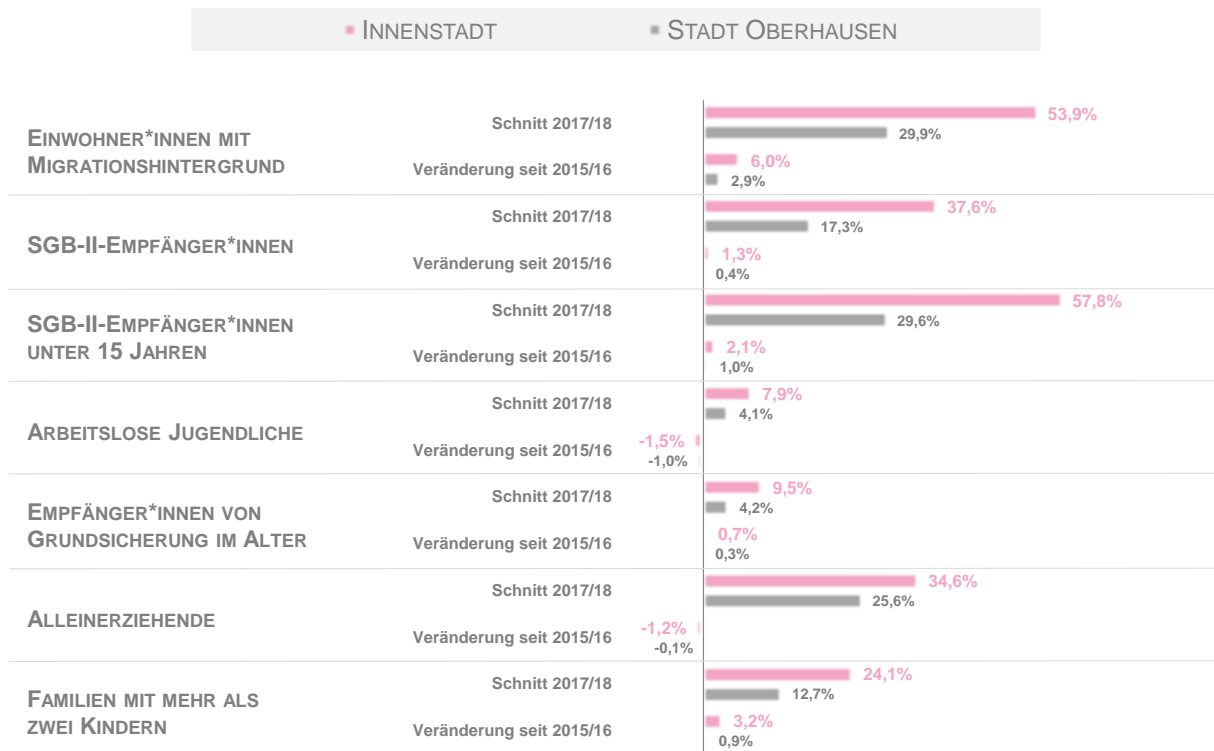
ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

In der Innenstadt leben viele Menschen in Abhängigkeit von Transferleistungen. Mehr als ein Drittel der Menschen ist auf Leistungen nach dem SGB-II angewiesen. Die SGB-II-Quote liegt hier bei rund 38 Prozent. Die SGB-II-Quote der unter-15-Jährigen beträgt sogar 58 Prozent und stieg zuletzt um mehr als zwei Prozentpunkte. Mehr als jedes zweite Kind wächst in der Innenstadt in armutsgeprägten Verhältnissen auf.

Auch nach Beendigung der Schulpflicht gehen überdurchschnittlich viele Jugendliche in Arbeitslosigkeit über. Mit rund acht Prozent ist auch die Jugendarbeitslosigkeit in der Innenstadt doppelt so hoch wie im Stadtdurchschnitt, erfreulicherweise jedoch rückläufig. Im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung, wo der Anteil der Arbeitslosen Jugendlichen insgesamt sank, ist die Quote der arbeitslosen Jugendlichen in der Innenstadt stärker gesunken.

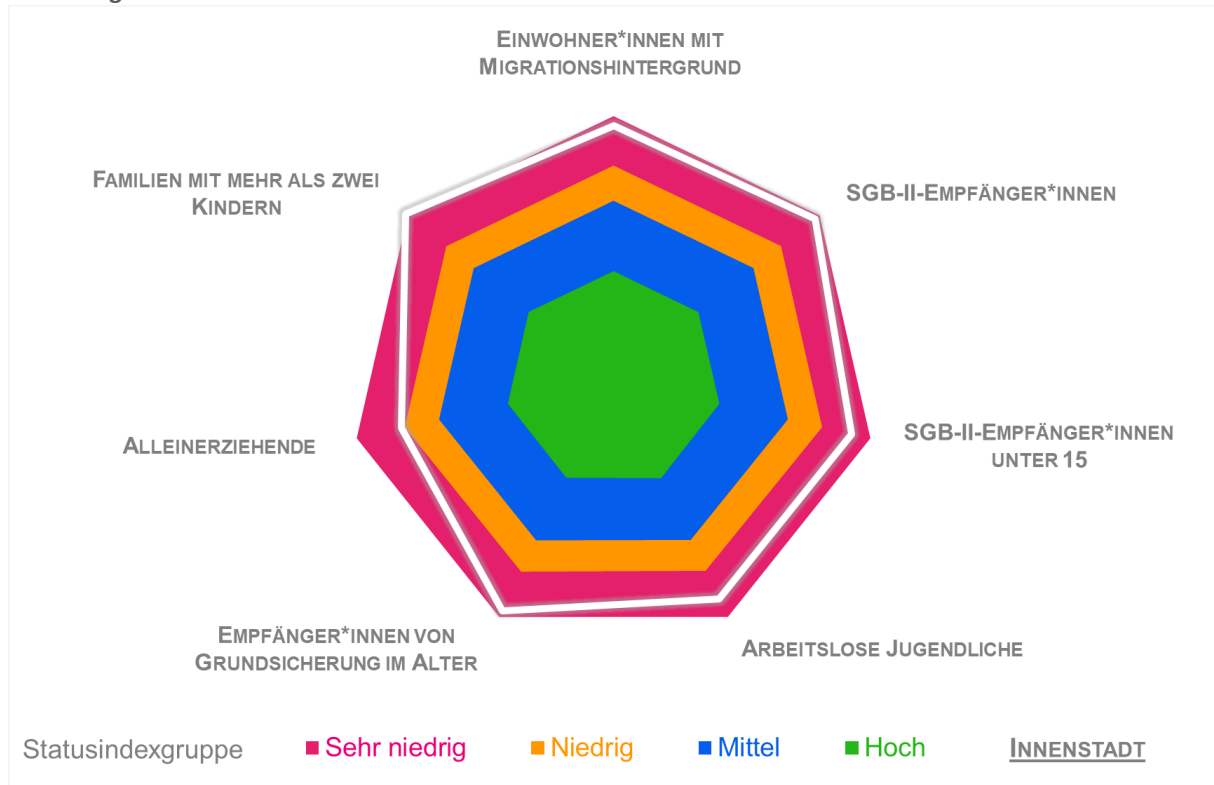
Die finanzielle Armut in der Innenstadt zeigt sich in allen Altersgruppen. Mit einem Anteil von rund zehn Prozent Grundsicherungsempfänger*innen bei den über-65-Jährigen zeigt sich in der Innenstadt nicht nur die stadtwweit höchste Altersarmutsquote, sie ist auch mehr als doppelt so hoch wie im Stadtdurchschnitt.

Abbildung 36: Indikatorenwerte im Sozialquartier Innenstadt und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 37: Standardisierte Indikatorenwerte der Innenstadt im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



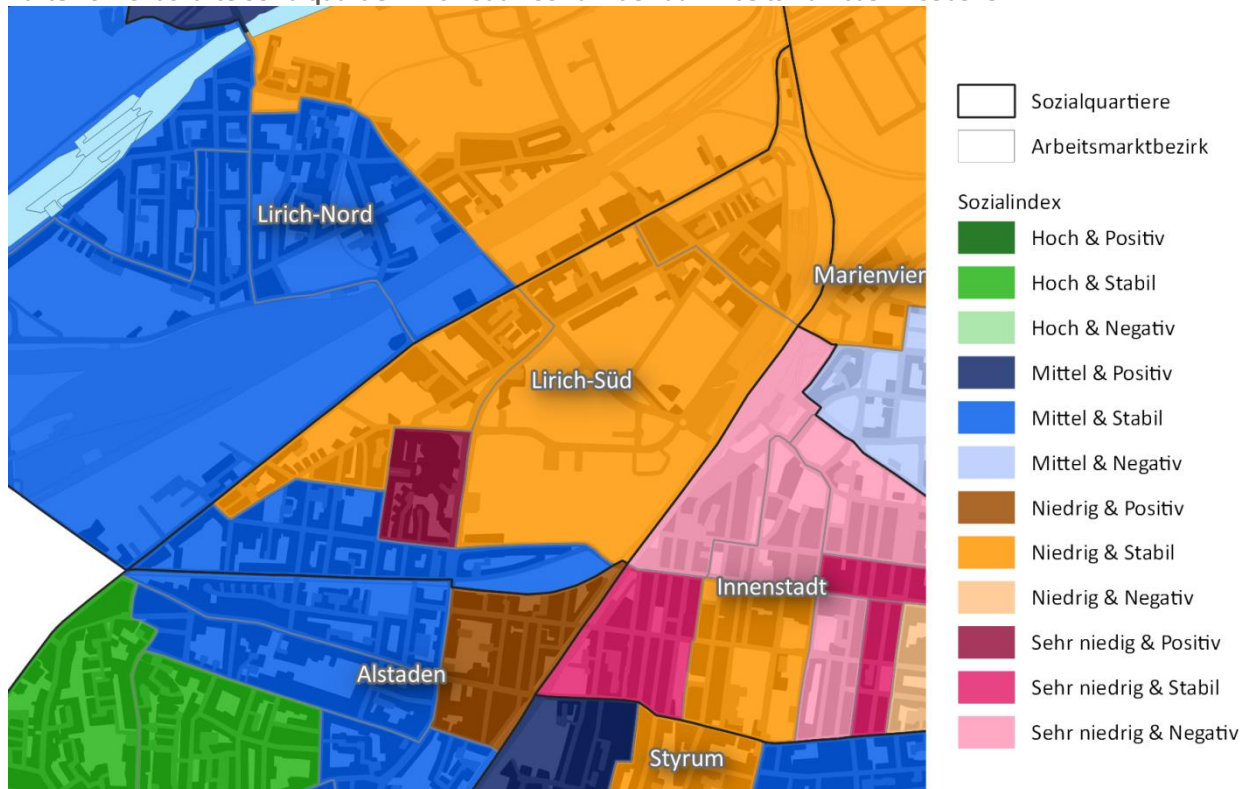
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Der Sozialindex der Innenstadt ist im Vergleich zur letzten Berechnung unverändert. Die Innenstadt wird auch in der aktuellen Berechnung als das Sozialquartier mit dem geringsten Statusindex eingruppiert. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass auch die Einwohner*innen und ihre Lebenslagen dieselben sind wie zwei Jahre zuvor.
- Das Wanderungsvolumen bildet das Verhältnis der Summe der Zu- und Fortzüge zur jeweiligen Wohnbevölkerung eines Gebietes ab. Hohe Werte können als Anzeichen für eine erhöhte soziale Instabilität gedeutet werden. Langjährige nachbarschaftliche Beziehungen können unter diesen Umständen schwieriger aufgebaut werden.
- Gleichzeitig bieten Innenstadtgebiete neben günstigen Mieten eine gute Nahversorgung, eine gute ÖPNV-Anbindung und für Zugezogene aus dem Ausland gute Opportunitätsstrukturen durch bereits wohnhafte ortskundige Migrant*innen, die die eigene Sprache sprechen. Dies erleichtert das Ankommen in einer neuen Stadt oder einem neuen Land.
- An der Fluktuation der Einwohner*innen ist jedoch zu erkennen, dass in der Innenstadt weniger Menschen dauerhaft sesshaft werden und nach kurzer Zeit in andere Stadtgebiete oder Städte umziehen. Dadurch ändern sich auch die mit dem Sozialindex erfassten Personengruppen stetig. Mithilfe des Sozialindex lassen sich daher keine Aussagen darüber machen, ob unterstützende Angebote für armutsgefährdete Einwohner*innen bei den Einwohner*innen angekommen sind oder ihre Lebenslagen verändert haben. Hierzu sind zielgerichtete Evaluationen der einzelnen Maßnahmen nötig.
- Die erhöhte Fluktuation und instabile Nachbarschaften führen zu weniger stabilen informellen Unterstützungssystemen. Auch fällt der Zugang zu unterstützenden Angeboten für Menschen mit Sprachbarrieren oder einer geringen sozialen Einbindung schwerer. Hier können offene Beratungsangebote, die auch im Alltag der Menschen sichtbar werden, oder Lotsen hilfreich sein, um Hemmschwellen zu senken.
- Anhand der standardisierten Indikatorenwerte in Abbildung 37 zeigt sich, dass alle sieben Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko überdurchschnittlich stark vertreten sind. Dies heißt zum einen, dass die unterstützenden Angebote in der Innenstadt vielfältig sein sollten, zum anderen aber auch, dass sich hier viele Ansätze für integrierte Angebote bieten.
- Mit Blick auf die deutlich gestiegenen Anteile der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, der SGB-II-Empfänger*innen und der großen Familien, sind kostenlose und niedrigschwellige Angebote mit paralleler Kinderbetreuung von besonderer Bedeutung.
- Auch die Versorgung mit ausreichend Kita-Plätzen und ein mindestens zweijähriger Besuch einer Kita (siehe auch Kapitel 5.1 bieten für Kinder aus Familien mit erhöhtem Armutsrisiko eine zentrale Möglichkeit, ihre Bildungs- und Teilhabechancen zu verbessern.
- Die Innenstadt ist das Sozialquartier mit den meisten Einrichtungen. Das Sozialraumgremium AK Soziales kann entsprechend genutzt werden, um Akteur*innen verstärkt zu vernetzen und sich über die Angebotsvielfalt der Innenstadt auszutauschen.
- Einrichtungen im Fördergebiet Brückenschlag können Anträge im Rahmen des Verfügungsfonds stellen.

LIRICH-SÜD

Karte 10: Fokuskarte Sozialquartier Lirich-Süd - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 38: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Lirich-Süd

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	18%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	12%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	53%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	17%
FAMILIEN	24%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	8.140

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Lirich-Süd grenzt, getrennt durch eine Bahnlinie, im Osten an die Innenstadt, im Nord-Westen bildet die Duisburger Straße die Grenze zum benachbarten Sozialquartier Lirich-Nord. Im Süden bildet die Parallelstraße die Grenze zu Alstadt.

Der für das Sozialquartier errechnete sehr niedrige Statusindex findet sich bei kleinräumiger Berechnung des Sozialindex lediglich in einem der fünf Arbeitsmarktbezirke wieder. Die Konzentration der von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen ist vor allem um den Wohnpark an der Bebelstraße so groß, dass

der Statusindexwert des gesamten Sozialquartiers dadurch beeinflusst wird. Für diesen Bezirk errechnet sich aber nicht nur ein sehr niedriger Statusindex sondern gleichzeitig ein positiver Dynamikindex, also überdurchschnittlich stark abnehmende Anteile von Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko.

BEVÖLKERUNG

Auf einer Fläche von 1,618km² wohnen 8.140 Einwohner*innen. Das Sozialquartier ist damit gesamt gesehen nur halb so dicht besiedelt wie die Innenstadt. Bei kleinräumiger Betrachtung zeigen sich jedoch auch sehr dicht besiedelte Flächen wie bspw. an der Bebelstraße. Allein in dem Bezirk, zu dem der Wohnpark gehört, leben rund 2.300 Menschen. Das Wanderungsvolumen in Lirich-Süd liegt nur gering über dem städtischen Durchschnitt.

STÄDTEBAU

In unmittelbarer Nähe zum Wohnpark Bebelstraße liegen größere Mischflächen mit Industriestandorten und Einkaufsmöglichkeiten, wie bspw. rund um das Bero-Center.

Teile des Sozialquartiers gehören zum Soziale-Stadt-Fördergebiet „Brückenschlag“, hierunter auch der Wohnpark.

MIGRATION

Fast die Hälfte der Einwohner*innen in Lirich-Süd hat einen Migrationshintergrund, im Bezirk rund um den Wohnpark an der Bebelstraße sind es sogar Dreiviertel der Bevölkerung. Ihr Anteil im Sozialquartier ist zuletzt gestiegen.

FAMILIEN

Lirich-Süd ist deutlich familiengeprägt. Fast ein Viertel aller Haushalte, soviel wie in keinem anderen Sozialquartier der Stadt, sind Fami-

lienhaushalte. Auch der Anteil der Kinder ist mit 18 Prozent so hoch wie sonst nirgendwo in Oberhausen. Zudem liegt der Anteil der großen Familien mit drei und mehr Kindern rund zehn Prozentpunkte über dem stadtweiten Durchschnitt. Noch höher ist dieser nur in der Innenstadt.

Mit knapp unter einem Drittel liegt der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte ebenfalls über dem Durchschnitt.

ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

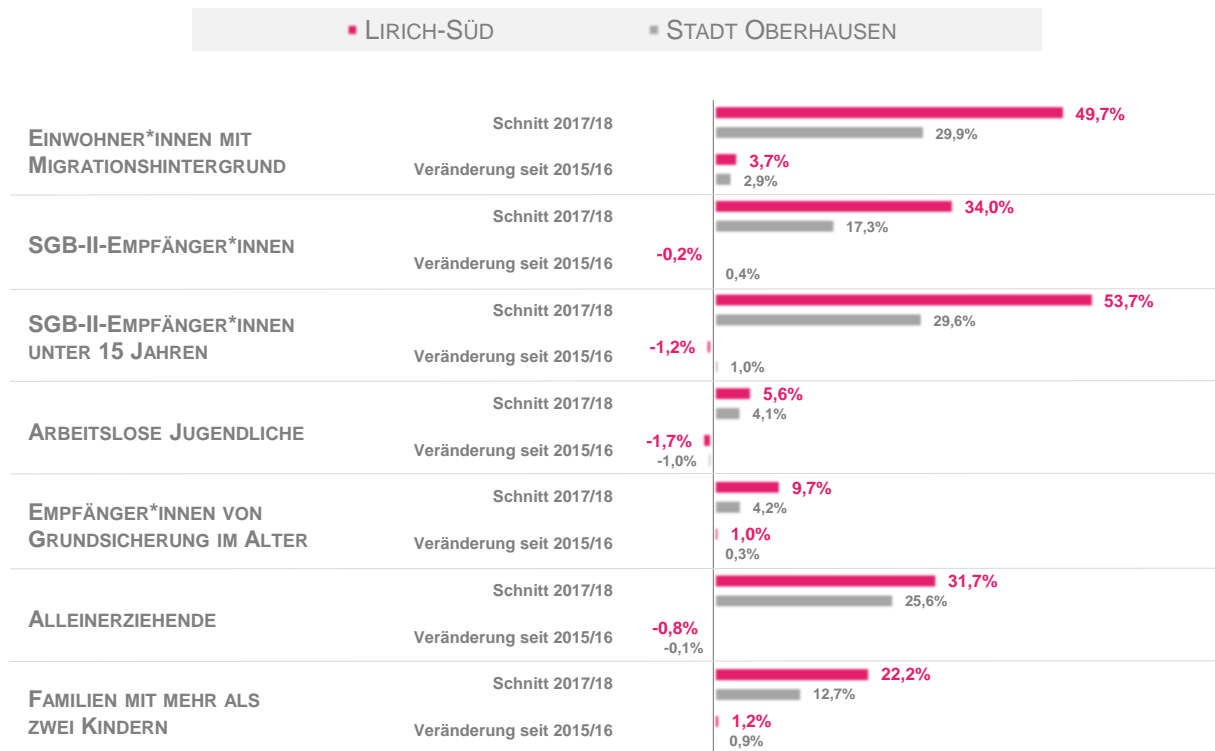
Neben der Familienprägung zeichnet sich in Lirich-Süd ebenfalls eine deutliche Armutsprägung ab. Besonders bei den Kindern ist der Anteil hoch: Mehr als jedes zweite Kind wächst hier in einem von Armut geprägten Haushalt auf. Bei den Einwohner*innen unter 65 Jahren sind 37 Prozent auf Transferleistungen nach dem SGB-II angewiesen.

Die SGB-II-Quoten sind zwar in den letzten zwei Jahren zurückgegangen, ein Blick auf die absoluten Zahlen verrät jedoch, dass die Anzahl der SGB-II-Empfänger*innen sich kaum verändert hat. Durch Zuwanderung, Geburten und Sterbefälle ändert sich die Grundgesamtheit zur Berechnung der Anteilwerte stetig.

Anders verhält es sich bei der Jugendarbeitslosigkeit. Die Quote der arbeitslosen Jugendlichen ist nur leicht überdurchschnittlich. Hier ist zudem nicht nur der Anteil, sondern auch die Anzahl der betroffenen Jugendlichen in den letzten zwei Jahren zurückgegangen, sogar deutlicher als im Stadtdurchschnitt.

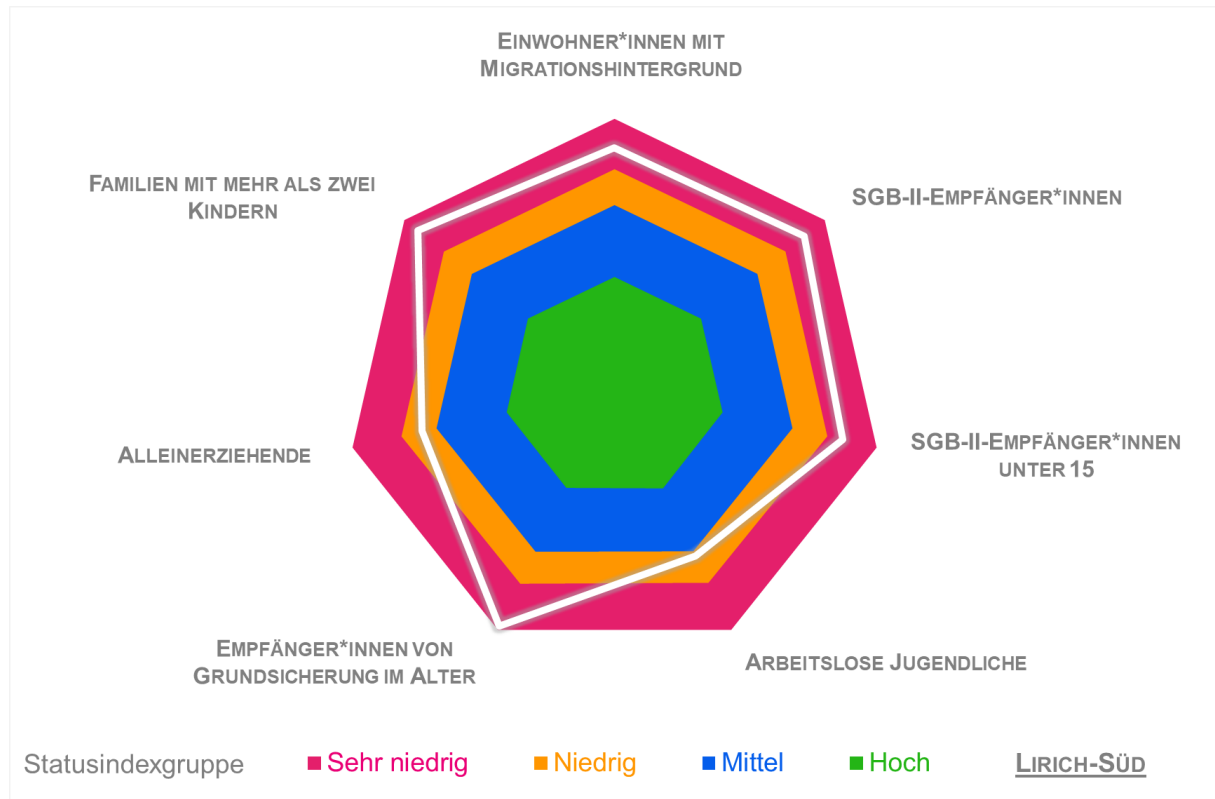
Die Altersarmutsquote hat sich hingegen erhöht und ist derzeit mehr als doppelt so hoch, wie im städtischen Durchschnitt. Fast jede/r zehnte Einwohner*in über 65 Jahren kann nicht allein von ihren Rentenbezügen leben.

Abbildung 39: Indikatorenwerte im Sozialquartier Lirich-Süd und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 40: Standardisierte Indikatorenwerte des Sozialquartiers Lirich-Süd im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



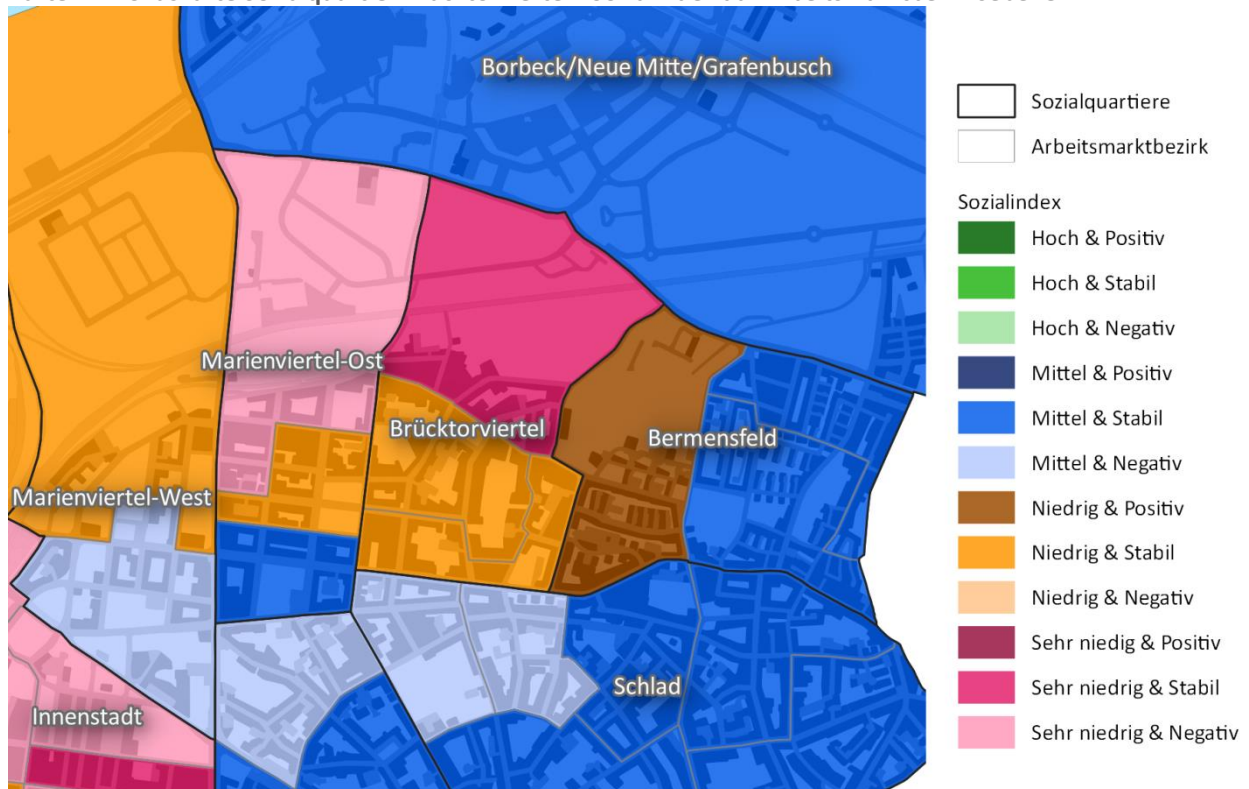
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Ebenso wie in der Innenstadt sind in Lirich-Süd alle der ausgewählten sieben Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko überdurchschnittlich stark vertreten (vgl. Abbildung 40). Die Sozial- und Altersstruktur weicht allerdings von der in der Innenstadt ab und auch die Fluktuation der Einwohner*innen ist geringer. Entsprechend sind die Zielgruppen sozialer Unterstützungsmaßnahmen mit höherer Wahrscheinlichkeit beständig und können selber Teil eines unterstützenden Systems werden, bspw. als Lotsen für Angebote.
- Lirich-Süd ist ein heterogenes Sozialquartier, in dem sich nur in einigen Bezirken Unterstützungsbedarfe bündeln. Gebiete mit höheren Zielgruppenanteilen sollten entsprechend fokussiert betrachtet werden. So z.B. der Wohnpark Bebelstraße, der bereits eine besondere Infrastruktur für die Anwohner*innen bietet. Der Bezirk um den Wohnpark an der Bebelstraße hebt sich außerdem durch eine große kulturelle Vielfalt ab. Menschen aus vielen verschiedenen Nationen und Kulturen leben nah zusammen und teilen sich den öffentlichen Raum. Gemeinsame Veranstaltungen und kulturell offene Angebote können Möglichkeiten des Kennenlernens sein, helfen beim Abbau von Vorurteilen und fördern nachbarschaftliche Netzwerke.
- Überdies steht Kinderarmut auch in Lirich-Süd besonders im Fokus, da mehr als jedes zweite Kind in Abhängigkeit von Leistungen nach dem SGB-II aufwächst. Für sie ist es besonders wichtig, dass die Folgen der materiellen Unterversorgung keinen Einfluss auf die Bildungs- und Gesundheitschancen der Kinder nehmen und die Reproduktion von Armut unterbunden wird.
- In Lirich-Süd treffen Kinder- Familien- und Altersarmut in einem Sozialquartier aufeinander, welches deutlich familiengeprägt ist. Diese Sozialstruktur bietet möglicherweise Ansatzpunkte für integrierte Angebote.
- Einrichtungen im Fördergebiet Brückenschlag können Anträge im Rahmen des Verfügungsfonds stellen.

BRÜCKTORVIERTEL

Karte 11: Fokuskarte Sozialquartier Brücktorviertel - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 41: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Brücktorviertel

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	15%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	13%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	56%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	16%
FAMILIEN	19%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	4.901

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Das Brücktorviertel wird im Westen durch die Liebknechtstraße und im Osten durch die Knappenstraße eingegrenzt. Im Süden bildet die Falkensteinstraße die Grenze, im Norden die Essener Straße.

Für das Brücktorviertel errechnen sich insgesamt ein niedriger Statusindex und eine stabili-

le Dynamik. Karte 11 zeigt die kleinräumige Indexberechnung auf, wobei zu erkennen ist, dass für den nördlichen der zwei Arbeitsmarktbezirke ein sehr geringer Statusindex ausgegeben wird.

BEVÖLKERUNG

Das Brücktorviertel ist mit 0,847km² und nur drei Arbeitsmarktbezirken mit zusammen 4.951 Einwohner*innen eines der kleineren Sozialquartiere. Das Wanderungsvolumen ist deutlich überdurchschnittlich. Fast ein Fünftel der Bevölkerung hat sich von 2017 bis 2018 ausgetauscht.

Die Altersstruktur des Brücktorviertels zeichnet sich überdurchschnittlich stark durch Erwachsene zwischen 25 und 65 Jahren aus. Kinder unter 15 Jahren machen lediglich 15 Prozent der Bevölkerung aus und die Gruppe der über 65-Jährigen ist mit 16 Prozent so gering wie sonst nirgendwo in Oberhausen.

STÄDTEBAU

Ähnlich wie das angrenzende Sozialquartier Marienviertel-Ost ist das Brücktorviertel überwiegend im Süden besiedelt. Die Wohngebiete werden durch die Bahnstrecke von Oberhausen nach Essen-Dellwig räumlich von den im Norden des Sozialquartiers liegenden Industrieflächen getrennt.

FAMILIE

Der Anteil der Familien ist mit 19 Prozent durchschnittlich. Die Familienhaushalte sind jedoch tendenziell größer. Große Familien mit mehr als zwei Kindern machen rund 16 Prozent der Familienhaushalte aus.

Gleichzeitig gibt es im Brücktorviertel mit über 38 Prozent seit einigen Jahren den stadtweit höchsten Anteil an Alleinerziehenden. Mehr

als jeder dritte Haushalt mit Kindern wird von nur einem Elternteil geführt, während es in der Gesamtstadt jeder Vierte ist. In den angrenzenden Sozialquartieren Bermensfeld und Marienviertel-Ost sind die Anteile ebenfalls erhöht.

MIGRATION

Der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund ist mit rund 39 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich. Überdies stieg er zuletzt um 4,6 Prozentpunkte.

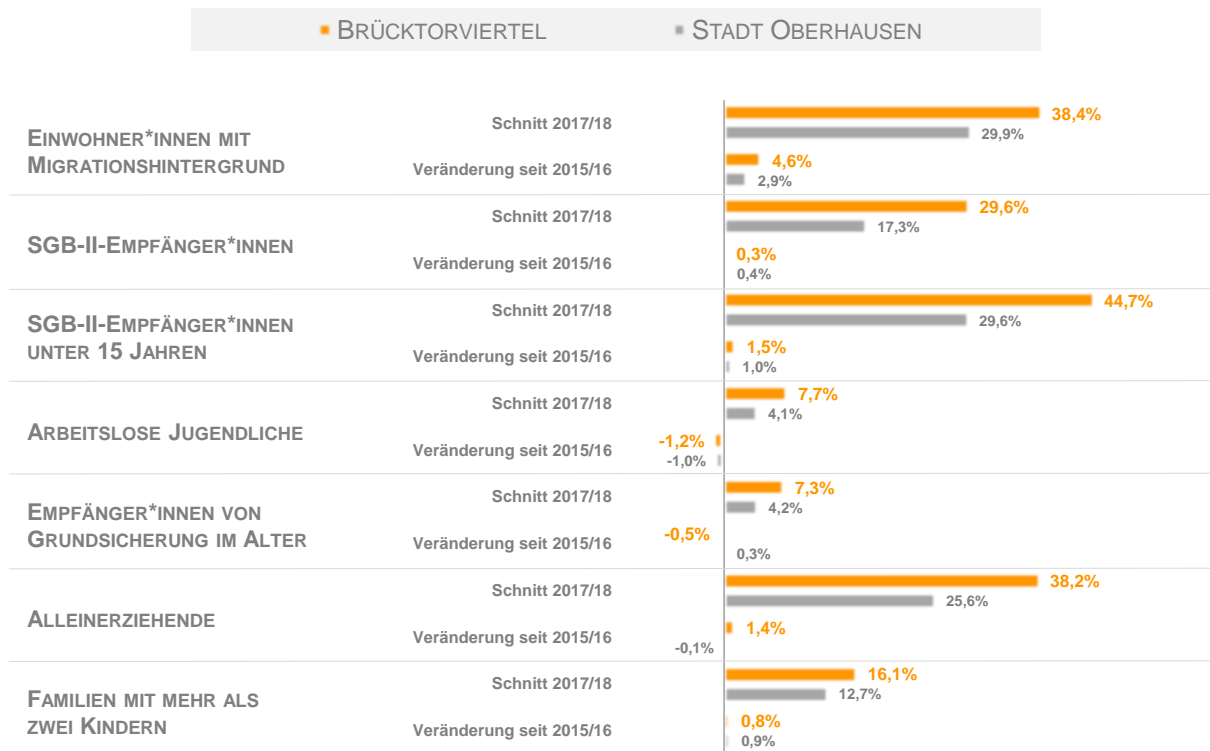
ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Im Vergleich zu 2015/16 sind die Quote der SGB-II-Bezieher*innen leicht und auch die Kinderarmutsquote etwas deutlicher gestiegen. Die absoluten Zahlen aller SGB-II-Leistungsempfänger*innen schwanken jährlich, während sie bei den Kindern unter 15 Jahren konstant ansteigen.

Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ist hingegen zurückgegangen, deutlicher noch als im Stadtdurchschnitt. Mit rund acht Prozent erzielt das Brücktorviertel jedoch den stadtweit zweithöchsten Wert.

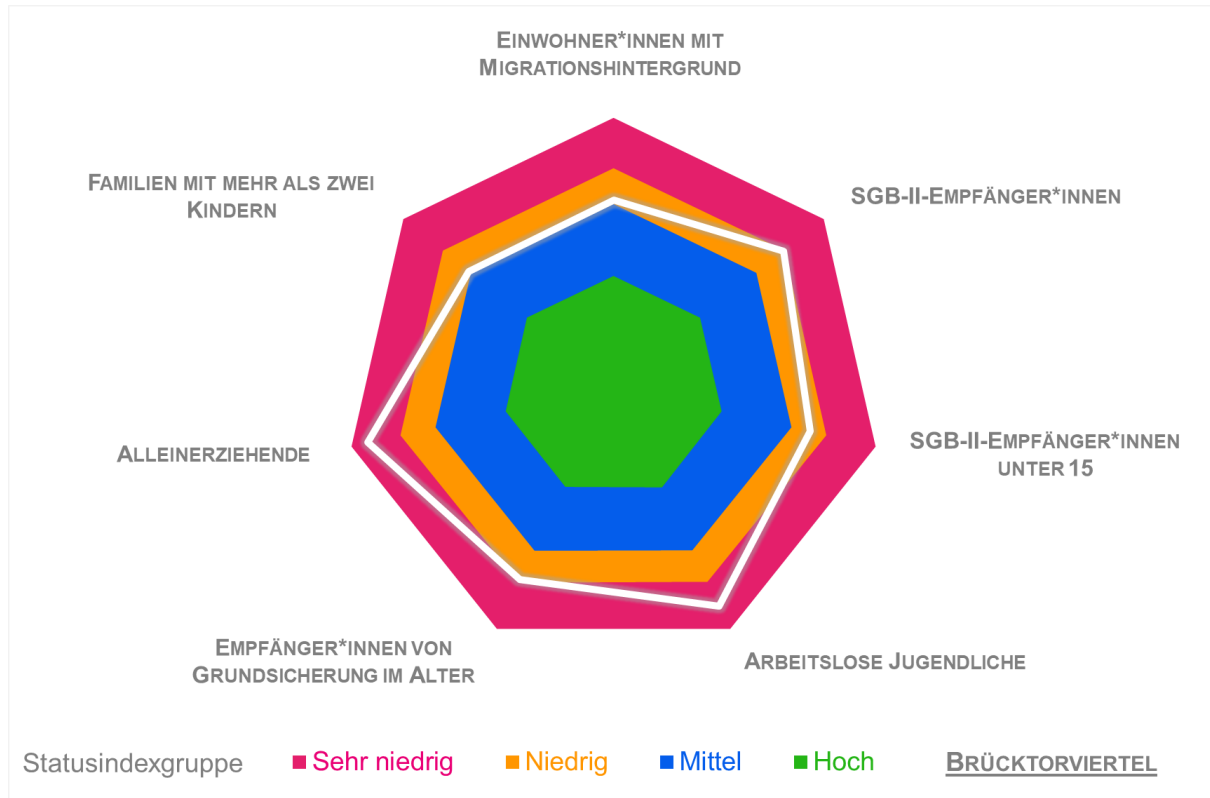
Gleiches gilt für den Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter. Ihr Anteil an der Bevölkerung über 65 Jahren ist zuletzt gesunken, während er in der Gesamtstadt stieg. Nach wie vor gehört das Brücktorviertel jedoch zu den vier Sozialquartieren mit der höchsten Altersarmutsquote.

Abbildung 42: Indikatorenwerte im Sozialquartier Brücktorviertel und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 43: Standardisierte Indikatorenwerte des Sozialquartiers Brücktorviertel im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



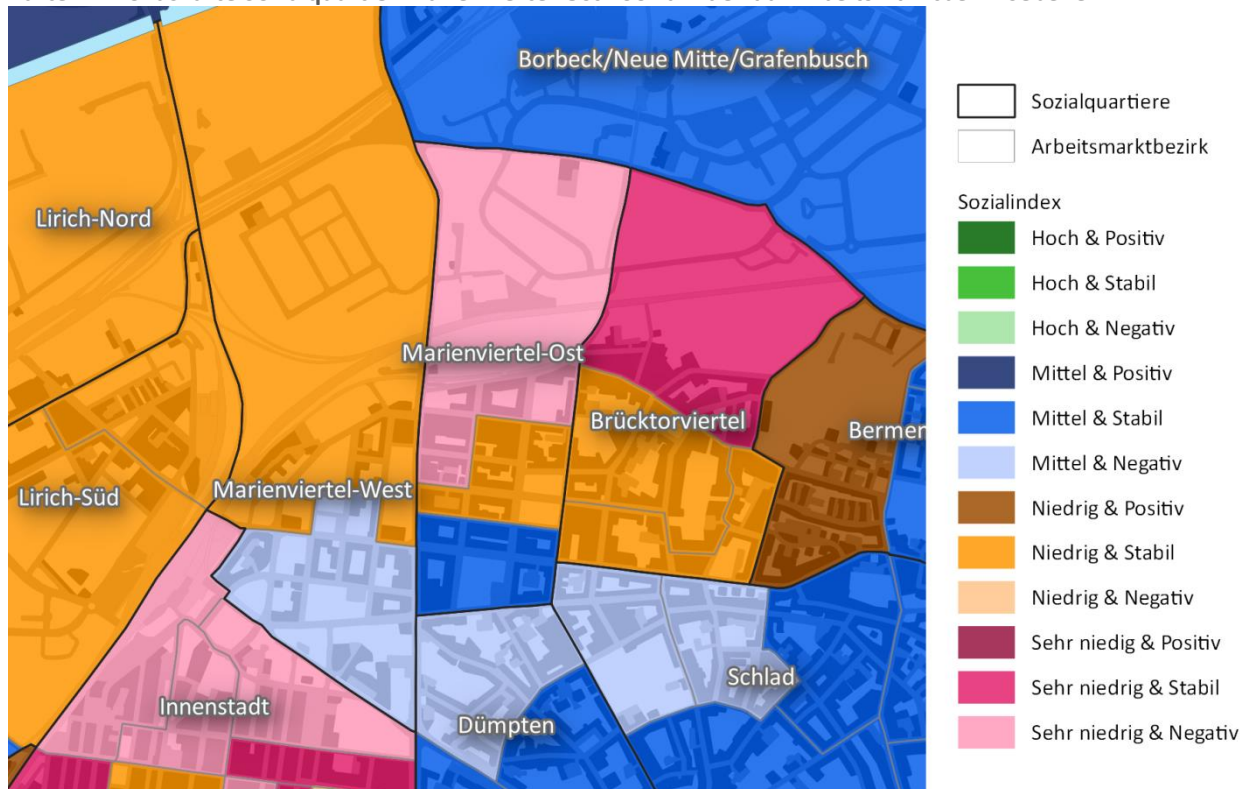
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Die Netzgrafik in Abbildung 43 zeigt für das Brücktorviertel, dass alle sieben Zielgruppen des Index auch Fokusgruppen von Maßnahmenplanungen sein sollten. Dabei stechen neben den Alleinerziehenden auch arbeitslose Jugendliche als Zielgruppe etwas deutlicher hervor.
- Ebenfalls überdurchschnittlich sind die Anteile der SGB-II-Empfänger*innen und der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter. Die Gruppe der über 65-Jährigen ist im Verhältnis zu anderen Sozialquartieren relativ klein und die absoluten Zahlen zeigen, dass die Altersarmutsquote aktuell einen verhältnismäßig kleinen Kreis von rund 60 Personen betrifft. Gleichzeitig weist das Brücktorviertel gemäß Sozialstrukturatlas in 2018 den stadtweit höchsten Anteil an Arbeitslosen zwischen 55 und 65 Jahren auf, sodass trotz der leichten Abnahme der Altersarmut künftig eher mit einer Zunahme zu rechnen sein könnte. Altersarmut ist daher ein nicht zu vernachlässigendes Thema im Brücktorviertel.
- Mit der stadtweit zweithöchsten Quote an arbeitslosen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren und einer Anzahl von rund 50 Betroffenen stellen arbeitslose Jugendliche im Brücktorviertel ebenfalls eine Zielgruppe für unterstützende Angebote dar. Fehlende Bildungs- und Berufsabschlüsse sollten möglichst in jungen Jahren nachgeholt werden, um die Verfestigung von Transferleistungen zu verhindern und Vermittlungshemmnisse durch mehrjährige Arbeitsmarktferte zu verhindern.
- Das Brücktorviertel ist zwar nicht überdurchschnittlich familiegeprägt, die wohnhaften Familien sind jedoch überdurchschnittlich häufig alleinerziehend. Große Familien mit mehr als zwei Kindern sind im Brücktorviertel seltener anzutreffen. Der hohe Anteil der Alleinerziehenden zeigt sich auch in den angrenzenden Sozialquartieren Bermensfeld und Marienviertel-Ost. Unterstützende Angebote für Alleinerziehende sind entsprechend in allen drei Sozialquartieren bedarfsgerecht platziert.
- Ebenfalls deutlich erhöht ist der Anteil der SGB-II-Empfänger*innen, was möglicherweise durch die hohe Zahl der Alleinerziehenden erklärt werden kann, da der Anteil der Transferleistungsempfänger*innen unter ihnen sehr hoch ist. Um die SGB-II-Quote zu senken, müssten entsprechend Möglichkeiten der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert werden. Dabei ist es sinnvoll, sich ein umfassenderes Bild von den Lebenslagen der Alleinerziehenden zu machen.

MARIENVIERTEL-OST

Karte 12: Fokuskarte Sozialquartier Marienviertel-Ost - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 44: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Marienviertel-Ost

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	15%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	11%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	56%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	18%
FAMILIEN	19%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	3.778

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung

Das Sozialquartier Marienviertel-Ost wird im Norden durch die Essener Straße und im Süden durch die Virchowstraße begrenzt. Im Osten bildet die Liebnechtstraße die Grenze und im Westen teilt die Mülheimer Straße das Marienviertel-Ost vom Marienviertel-West.

Das Sozialquartier teilt sich in drei Arbeitsmarktbezirke. Für alle drei errechnet sich ein unterschiedlicher Sozialindex: Im Süden, rund um das Evangelische Krankenhaus Oberhausen (EKO), ist dieser *Mittel und Stabil*, im mittleren Bezirk *Niedrig und Stabil* und im Norden *Sehr niedrig und Negativ*. Ein entsprechender

Fokus sollte sich auf den Norden des Marienviertel-Ost richten, da hier die höchsten Anteile an Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko zu finden sind und diese in den letzten zwei Jahren noch überdurchschnittlich stark zugenommen haben.

BEVÖLKERUNG

Das Marienviertel-Ost ist mit 0,811 km² eines der kleinsten Sozialquartiere. Auch die Einwohner*innenzahl ist eine der kleinsten mit weniger als 3.800 Personen. Die Wohnbebauung konzentriert sich auf die südliche Hälfte des Sozialquartiers, welche sogar eine ähnliche Siedlungsdichte aufweist wie die Innenstadt.

Auch die Altersstruktur ähnelt der in der Innenstadt. In beiden Gebieten leben viele Kinder, ein leicht erhöhter Anteil an Erwachsenen und tendenziell wenige ältere Menschen.

Das Wanderungsvolumen ist leicht überdurchschnittlich, aber mit rund zwölf Prozent im Verhältnis zu anderen Fokusquartieren gering.

STÄDTEBAU

Die Mülheimer Straße zählt zu den stark befahrenen Straßen in Oberhausen. Sie ist somit als Lärmquelle wie auch als Umweltfaktor gesundheitlich relevant für die Einwohner*innen im Marienviertel-Ost und -West.

Auf der Ost-West-Achse verläuft nördlich des Siedlungsgebietes die Bahnstrecke zwischen Oberhausen und Essen-Dellwig. Südlich angrenzend an die Schienen finden sich Grünflächen wie der Brücktorpark, nördlich liegen Industrieflächen, zu denen z.B. die Turbinenhalle gehört.

MIGRATION

Die Migrant*innenquote im Marienviertel-Ost liegt mit rund 40 Prozent deutlich über dem

städtischen Durchschnitt und entspricht etwa der Quote im angrenzenden Brücktorviertel. Der Anteil der Migrant*innen stieg hier jedoch weniger deutlich an.

FAMILIE

Familienhaushalte machen etwa ein Fünftel aller Haushalte aus, was dem Durchschnitt der Stadt Oberhausen entspricht. In rund 19 Prozent dieser Familienhaushalte wachsen mehr als zwei Kinder auf. Der Anteil übersteigt den städtischen Durchschnitt damit um sechs Prozentpunkte.

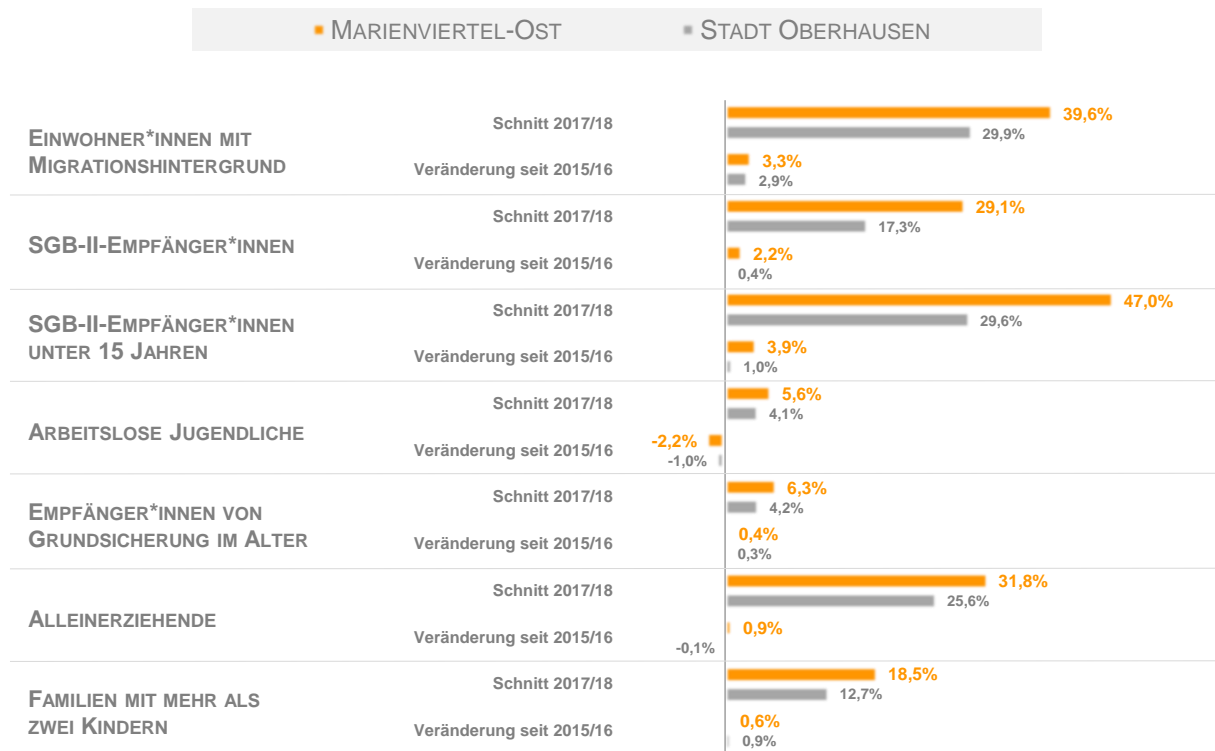
Besonders auffällig im Marienviertel-Ost ist der Anteil der Alleinerziehenden. Fast ein Drittel der Familienhaushalte wird von nur einem Elternteil geführt. Dieser Anteil ist auch im östlich angrenzenden Brücktorviertel besonders hoch und entgegen dem städtischen Durchschnitt in den letzten zwei Jahren noch gestiegen. In absoluten Zahlen betrachtet ist dieser Anstieg mit rund zehn Familien jedoch überschaubar.

ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Armutsquoten im Marienviertel-Ost haben seit 2015/16 zugenommen: Die SGB-II-Quote stieg um rund zwei, die Kinderarmutsquote sogar um vier Prozentpunkte. Beide liegen mit 29 bzw. 47 Prozent deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Fast jedes zweite Kind unter 15 Jahren ist betroffen und fast jeder Dritte im Alter unter 65 Jahren.

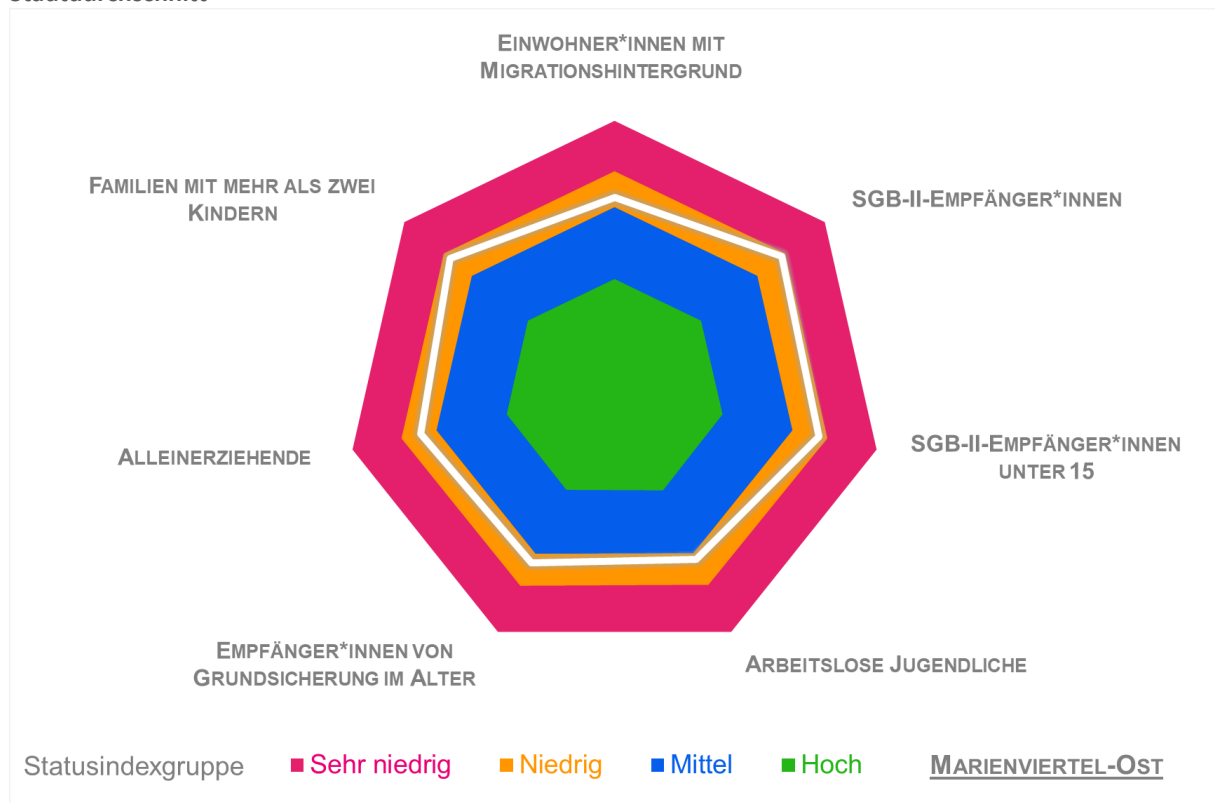
Der Anteil an arbeitslosen Jugendlichen ist deutlicher als in der Gesamtstadt gesunken. Der Anteil liegt 2018 zwar über dem städtischen Durchschnitt, durch die geringen Einwohnerzahlen im Marienviertel-Ost entspricht dies jedoch weniger als 20 Jugendlichen.

Abbildung 45: Indikatorenwerte im Sozialquartier Marienviertel-Ost und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 46: Standardisierte Indikatorenwerte des Sozialquartiers Marienviertel-Ost im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



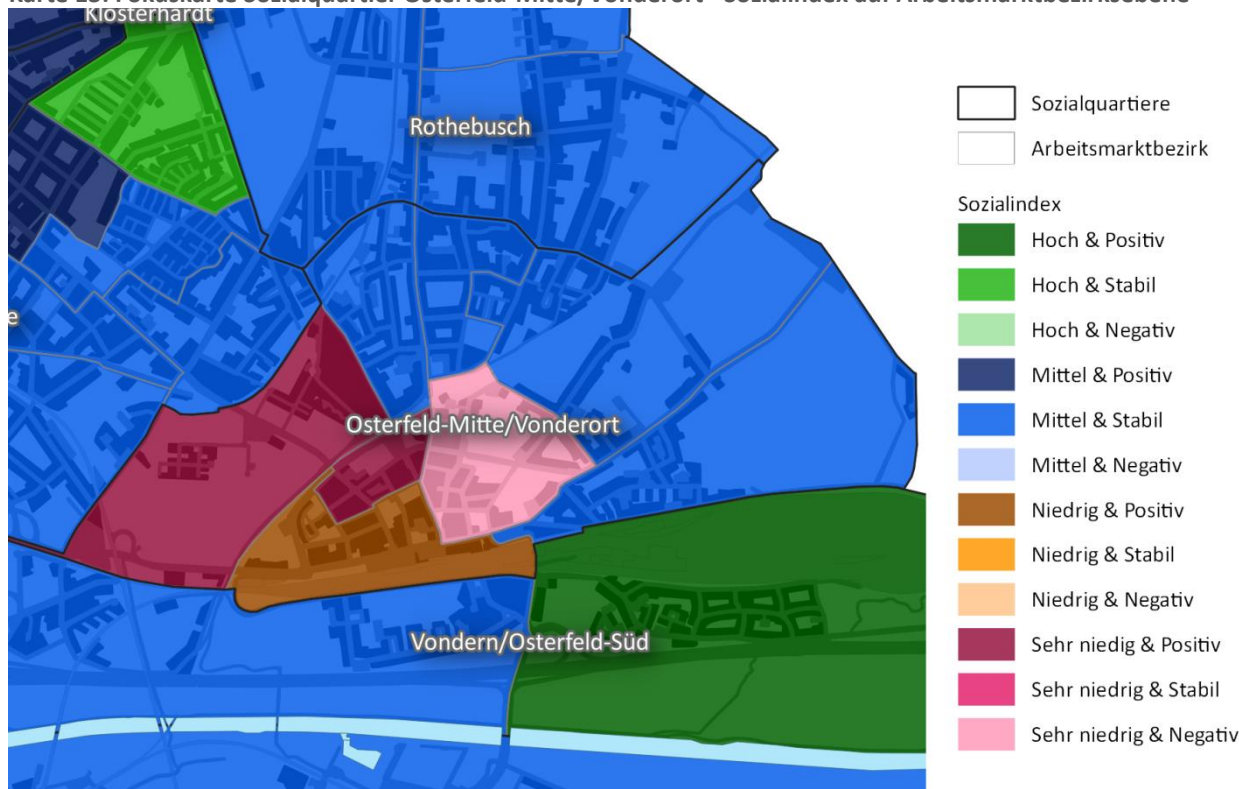
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- In den Sozialquartieren Marienviertel-Ost und -West und dem Brücktorviertel, wurde in Anknüpfung an das NRW Förderprogramm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ 2019 eine gesonderte Sozialraumanalyse durchgeführt (vgl. Deinet, et al., 2020). Diese stellte heraus, dass neben der Innenstadt auch diese drei Sozialquartiere als Ankunftsgebiete mit Migrant*innen klassifiziert werden können. Diese bieten Migrant*innen informelle Strukturen und nachbarschaftliche oder verwandtschaftliche Netzwerke, die zur Integration der Neuzugewanderten beitragen. Ankunftsgebiete haben eine Bedeutung für die Gesamtstadt, da sie Neuzugewanderte integrieren und „verteilen“, gleichsam bedürfen sie dafür aber spezifischer zusätzlicher Ressourcen.
- Das Sozialquartier Marienviertel-Ost ist eines der kleinsten Quartiere mit verhältnismäßig wenigen Einwohner*innen und wenigen institutionellen Einrichtungen, an denen Fördermaßnahmen angeknüpft werden können.
- Die im Rahmen der o.g. Sozialraumanalyse durchgeführten Befragungen im und um das Marienviertel haben gezeigt, dass die Sozialquartiersgrenzen für die Einwohner*innen und Akteur*innen vor Ort nur eine geringe Relevanz haben. Da auch die umliegenden Sozialquartiere Marienviertel-West und das Brücktorviertel als Fokusquartiere eingestuft wurden, bietet es sich an, diese bei der Planung von Unterstützungsangeboten mit zu berücksichtigen, da sie auch eine ähnliche Sozialstruktur aufweisen.
- Ähnlich wie im Brücktorviertel sind Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig unter den Familienformen zu finden. Angebote für ihre Lebenslagen können vielfältig sein und hängen von weiteren Faktoren, wie dem Alter, der Kinderzahl, der finanziellen Lage oder dem Bildungsgrad ab. Nicht alle haben finanzielle Schwierigkeiten. Ihre Bedarfslagen reichen von flexiblen Kinderbetreuungsangeboten über Erziehungsberatungsangebote bis hin zu Angeboten zum Austausch mit anderen. Auch Möglichkeiten für Auszeiten von der Kindererziehung können Alleinerziehenden in ihrer Alltagsbewältigung helfen. Um die Bedarfslagen besser zu erörtern und passgenaue Angebote zu erörtern, hat sich bereits der „Runde Tisch Alleinerziehende“ konstituiert. Er wird durch den Bereich Chancengleichheit koordiniert und geleitet.
- Auch Kinder in Armutslagen stellen nach wie vor eine stark vertretene Zielgruppe im Marienviertel-Ost dar. Für sie sind gleichwertige Bildungs- und Gesundheitschancen von besonderer Bedeutung, um im Erwachsenenalter nicht selber auf Transferleistungen angewiesen zu sein.
- Etwas häufiger als im angrenzenden Brücktorviertel leben in den Familienhaushalten im Marienviertel-Ost häufiger drei Kinder und mehr. Sind die Haushalte zudem auf Transferleistungen angewiesen, wird es zuhause oft eng und nicht jedes Kind hat ein eigenes Zimmer. Gemäß Sozialstrukturatlas hat zudem in 2018 deutlich mehr als die Hälfte der Kinder im Marienviertel-Ost einen Migrationshintergrund. Entsprechend sind offene, kulturell vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche in diesem Sozialquartier vorzuhalten.

OSTERFELD-MITTE/VONDERORT

Karte 13: Fokuskarte Sozialquartier Osterfeld-Mitte/Vonderort - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 47: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Osterfeld-Mitte/Vonderort

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	16%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	12%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	54%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	18%
FAMILIEN	22%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	10.624

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung

Osterfeld-Mitte/Vonderort grenzt im Süden, getrennt durch die Bahnlinie zwischen Bottrop und Oberhausen, an das Sozialquartier Vondern/Osterfeld-Süd. Die statistische Grenze zu Rothebusch im Norden stellt die Michelstraße dar, im Westen, Richtung Eisenheim/Heide, der Olga-Park und eine Fahrradtrasse.

Für Osterfeld-Mitte/Vonderort errechnet sich, wie Karte 13 zeigt, auf kleinräumiger Ebene eine Mischung aus sehr niedrigen, niedrigen und mittleren Statusindexwerten. In drei der Arbeitsmarktbezirke werden anhand des positiven Dynamikindex deutlich abnehmende Anteile der armutsgefährdeten Bevölkerungs-

gruppen sichtbar, im Zentrum hingegen nehmen die Anteile zu. Dies zeigt auch der negative Dynamikindex. Die westlichen Arbeitsmarktbezirke zeigen sich durchschnittlich und stabil.

Auf Sozialquartierebene summiert sich dies zu einem insgesamt niedrigen und stabilen Sozialindex.

BEVÖLKERUNG

Das Sozialquartier umfasst insgesamt 2,342km² und teilt sich in acht Arbeitsmarktbezirke, in denen zusammen 10.624 Einwohner*innen leben. Die Einwohner*innenzahl ist im Vergleich zum letzten Sozialbericht um rund 350 Personen gestiegen, das Wandervolumen ist dabei durchschnittlich.

Osterfeld-Mitte/Vonderort gehört mit knapp über 18 Prozent zu den Sozialquartieren mit dem stadtweit geringsten Anteil an Einwohner*innen über 65 Jahren. Der Anteil der Kinder unter 15 ist hingegen der dritthöchste in ganz Oberhausen.

STÄDTEBAU

Im Zentrum des Sozialquartiers und Richtung Rothebusch im Norden ist die Wohnbebauung dichter als in den Randgebieten. Neben dem OLGA-Park im Osten liegt im Westen der Revierpark Vonderort. Osterfeld besitzt überdies eine eigene kleine Innenstadt.

MIGRATION

Die Migrant*innenquote übersteigt den städtischen Durchschnitt mit rund 15 Prozentpunkten am deutlichsten von den Kernindikatoren. Auf eine Gemeinschaftsunterkunft kann diese jedoch nicht zurückgeführt werden.

FAMILIE

Das Sozialquartier ist deutlich familiär geprägt. Mit einem Familienanteil von rund 22 Prozent weist Osterfeld-Mitte/Vonderort stadtweit den dritthöchsten Familienanteil auf. Lediglich die Innenstadt und Lirich-Süd übersteigen diesen Anteil noch. Auch beim Anteil der großen Familien errechnet sich für das Sozialquartier mit rund 18 Prozent der dritthöchste Anteil unter den Sozialquartieren.

Weniger auffällig ist hingegen der Anteil der Alleinerziehenden. Mit einem Wert von 30 Prozent übersteigt er jedoch den städtischen Durchschnitt.

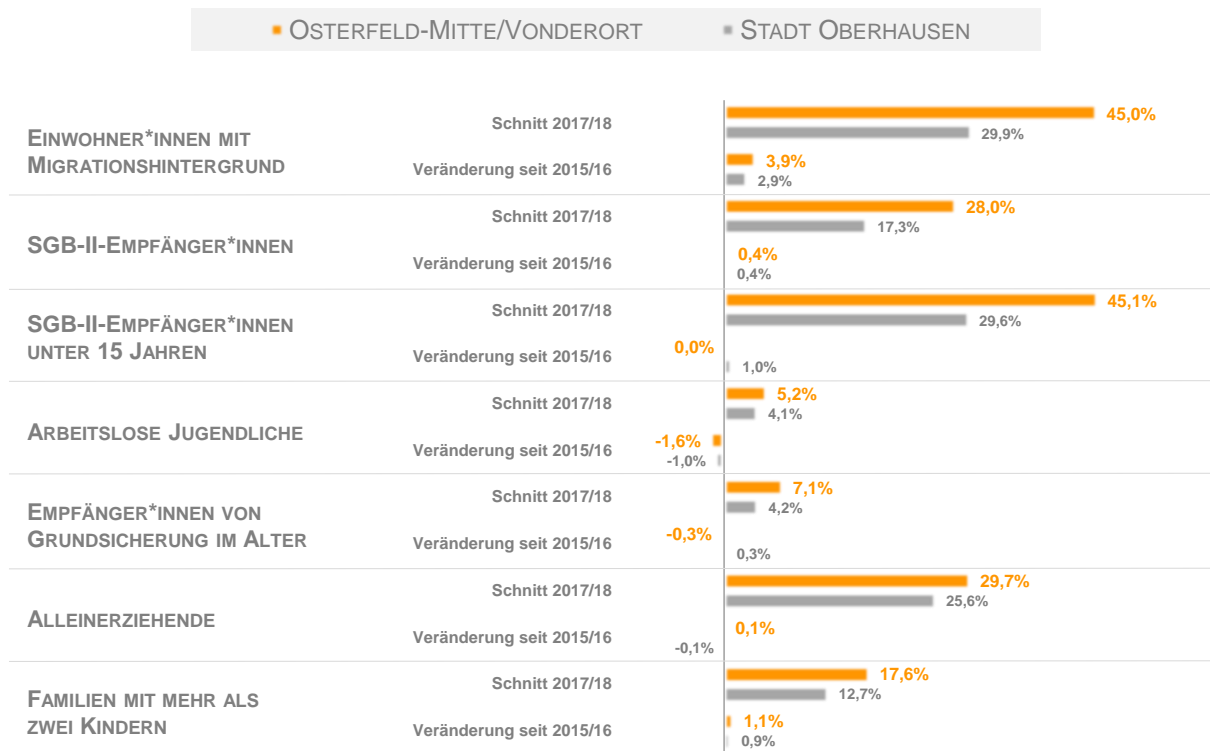
ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Von den vier Armutsindikatoren, die Transferleistungsbezieher*innen beschreiben, sind zwei zuletzt gesunken: Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ist um fast zwei Prozentpunkte und damit deutlicher als im städtischen Durchschnitt zurückgegangen, und die Altersarmutsquote ging, entgegen dem städtischen Trend, ebenfalls leicht zurück. Mit über sieben Prozent ist sie aber nach wie vor deutlich überdurchschnittlich.

Die Kinderarmutsquote blieb zumindest unverändert, liegt jedoch konstant bei 45 Prozent. Etwas weniger als die Hälfte der Kinder in Osterfeld-Mitte/Vonderort ist demnach auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen.

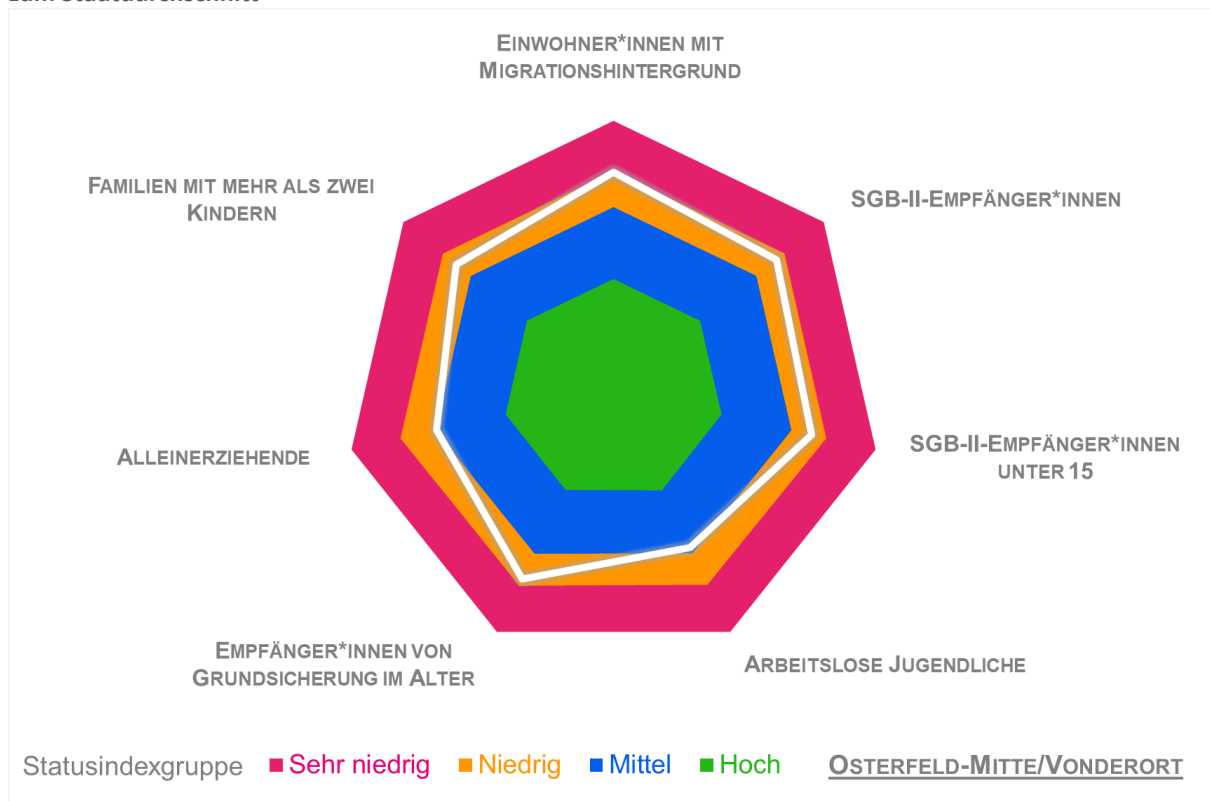
Ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt liegt der Anteil der SGB-II-Empfänger*innen mit rund 28 Prozent. Ihr Anteil steigt zudem leicht.

Abbildung 48: Indikatorenwerte im Sozialquartier Osterfeld-Mitte/Vonderort und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 49: Standardisierte Indikatorenwerte des Sozialquartiers Osterfeld-Mitte/Vonderort im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



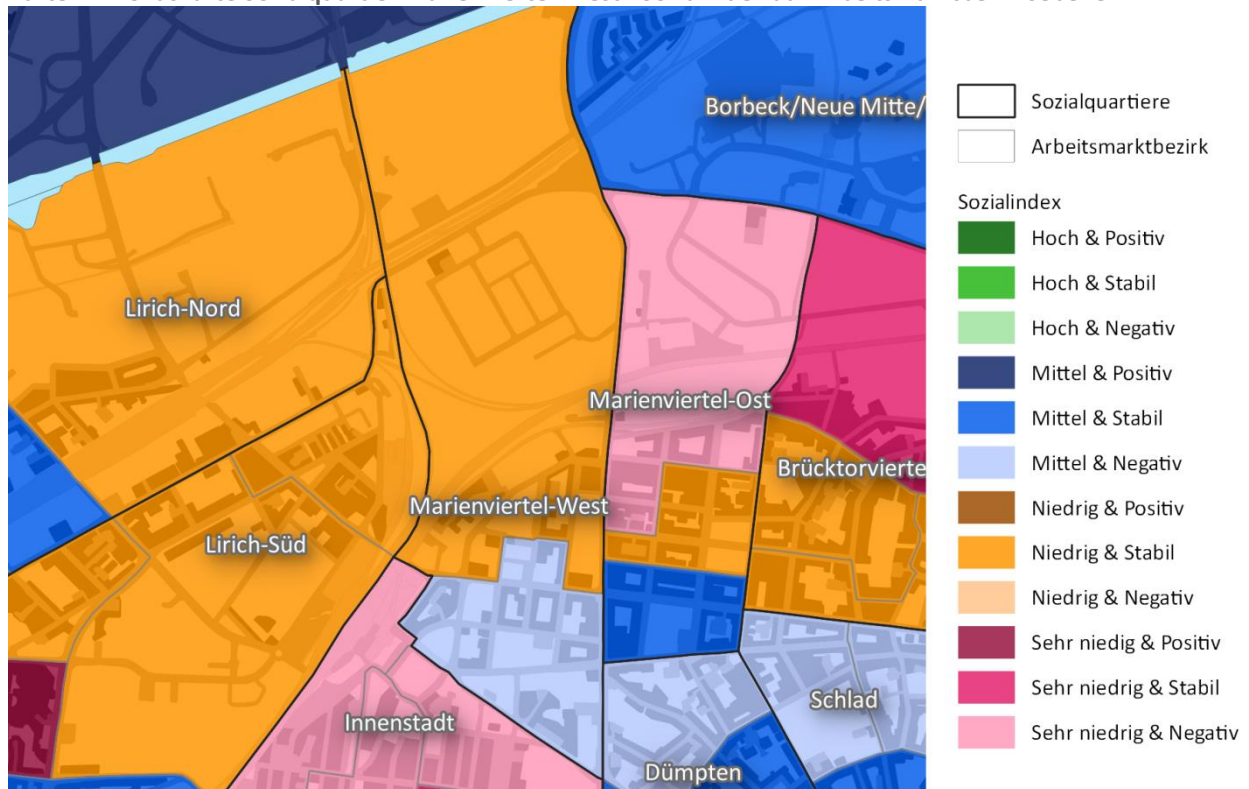
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Das Sozialquartier Osterfeld-Mitte bildet ein kleines eigenes Stadtteilzentrum für Osterfeld. Durch die geografische Trennung von Alt-Oberhausen sind die Wege in die Innenstadt zwar mit dem Auto oder dem ÖPNV zu bewältigen, zu Fuß werden jedoch nur wenige die Angebote in Alt-Oberhausen aufsuchen. Besonders für Personen, die körperlich, finanziell oder aus anderen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, spielen lokale Unterstützungsangebote eine große Rolle.
- An vielen Punkten ähnelt die Sozialstruktur in Osterfeld-Mitte/Vonderort der im Sozialquartier Lirich-Süd.
- Es zeigt sich ein deutlicher Schwerpunkt bei der Unterstützung von Familien und Kindern. Aufgrund der deutlich erhöhten Kinderarmutsquote rücken Fördermaßnahmen in den Fokus, die die Bildungs- und Gesundheitschancen der Kinder in armutsgeprägten Haushalten stärken.
- Trotz des geringen Anteils der Einwohner*innen über 65 Jahren sind es rund 2.000 Menschen, für die eine altersgerechte Ausgestaltung des Wohnraums und auch des Sozialraumes bspw. durch „seniorengerechte Stadtmöbel“ relevant ist. Barrierefreiheit und einfache, niedrigschwellige Bewegungsangebote sind im innerstädtischen Gebiet von Osterfeld-Mitte/Vonderort, aber auch auf Grün- und Erholungsflächen, wie im Revierpark Vonderort oder dem OLGA-Park, von Bedeutung. Auch Gebiete um die Alteneinrichtungen sollten möglichst altersgerecht gestaltet sein.
- Um auch die von Altersarmut betroffenen Menschen zu erreichen, sollten Freizeit- und Bewegungsangebote möglichst kostenlos sein.
- Einrichtungen im Fördergebiet Soziale Stadt Osterfeld können Anträge im Rahmen des Verfügungsfonds stellen. Überdies fungiert das Stadtteilbüro Osterfeld als zentraler Anlauf- und Anknüpfungspunkt für Bürger*innen und Akteur*innen im Sozialraum und bietet so Möglichkeiten zur Verbreitung aktueller Informationen und Angebote.

MARIENVIERTEL-WEST

Karte 14: Fokuskarte Sozialquartier Marienviertel-West - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 50: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Marienviertel-West

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	15%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	12%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	52%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	21%
FAMILIEN	21%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	3.226

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Das Sozialquartier Marienviertel-West grenzt im Osten, getrennt durch die Mülheimer Straße, an das Marienviertel-Ost. Im Westen bildet die Bahntrasse nach Sterkrade die Grenze zur Lirich. Im Norden reicht das Sozialquartier bis an den Rhein-Herne Kanal, und im Süden endet es an der Danziger Straße.

Das Sozialquartier teilt sich in zwei Arbeitsmarktbezirke, von denen der nördliche Bezirk einen niedrigen stabilen Sozialindex aufweist und der südliche Teil einen mittleren niedrigen. Insgesamt errechnet sich für das Sozialquartier ein niedriger Indexwert mit negativer Entwicklung. Im Vergleich zum letzten Sozial-

bericht errechnet sich für das Marienviertel-West nun eine niedrigere Statusgruppe. Hierbei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass das Sozialquartier im letzten Sozialbericht nur knapp der Gruppe mit mittlerem Statusindex angehörte und sich nach wie vor nah an der Grenze zwischen der mittleren und der niedrigen Statusgruppe bewegt. Zudem sind die Indikatorenwerte des Marienviertels aufgrund der geringen Einwohner*innenzahl empfindlicher als in größeren Sozialquartieren.

BEVÖLKERUNG

Das Marienviertel-West ist, gemessen an der Einwohner*innenzahl, das zweitkleinste Sozialquartier Oberhausens. Bei einer Größe von 1,576km² ist es mit 3.226 Einwohner*innen insgesamt weniger dicht besiedelt als andere innenstadtnahe Sozialquartiere, es umfasst aber auch große unbesiedelte Flächen im Norden.

Die Einwohner*innenzahl ist seit 2017 leicht gestiegen, ebenso das Wanderungsvolumen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist im Marienviertel-West leicht erhöht, der Anteil der älteren Einwohner*innen über 65 Jahre liegt hingegen genau im städtischen Durchschnitt von rund 21,5 Prozent.

STÄDTEBAU

Insgesamt ist weniger als die Hälfte des Sozialquartiers besiedelt. So gehört zum nördlichen Arbeitsmarktbezirk bspw. der Kaisergarten. Auch im südlichen Bezirk findet sich keine flächendeckende Wohnbebauung. In diesem Bereich liegen bspw. das Rathaus mit dem angrenzenden Grillo Park und die gegenüberliegende Luise-Albertz-Halle sowie der Berliner Park in Bahnhofsnähe.

Eine große Umgestaltung im Sozialquartier steht rund um den John-Lennon-Platz an: Neben dem Neubau von Wohnungen ist die Entwicklung einer attraktiven Spiel- und Freizeitflä-

che in Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern vorgesehen.

MIGRATION

Der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund liegt mit über 43 Prozent deutlich über dem Oberhausener Durchschnitt. Zudem ist er in den letzten zwei Jahren überdurchschnittlich angestiegen.

Auf eine Gemeinschaftsunterkunft kann der Anstieg nicht zurückgeführt werden. Lediglich im Jahr 2016 war vorübergehend eine Unterkunft an der Düppelstraße eingerichtet.

FAMILIE

Für das Marienviertel-West zeichnet sich eine deutliche Familienprägung ab. Der Anteil der Familienhaushalte liegt mit 21 Prozent über dem Anteil der Innenstadt. Überdies ist der Anteil der größeren Familienhaushalte mit mehr als zwei Kindern im Marienviertel-West deutlich erhöht und zuletzt noch um mehr als zwei Prozentpunkte auf rund 17 Prozent gestiegen.

Rund jeder Dritte Haushalt mit Kindern wird von nur einem Elternteil geführt und der Anteil der Alleinerziehenden ist um fünf Prozentpunkte gestiegen, während er im städtischen Durchschnitt leicht zurückging.

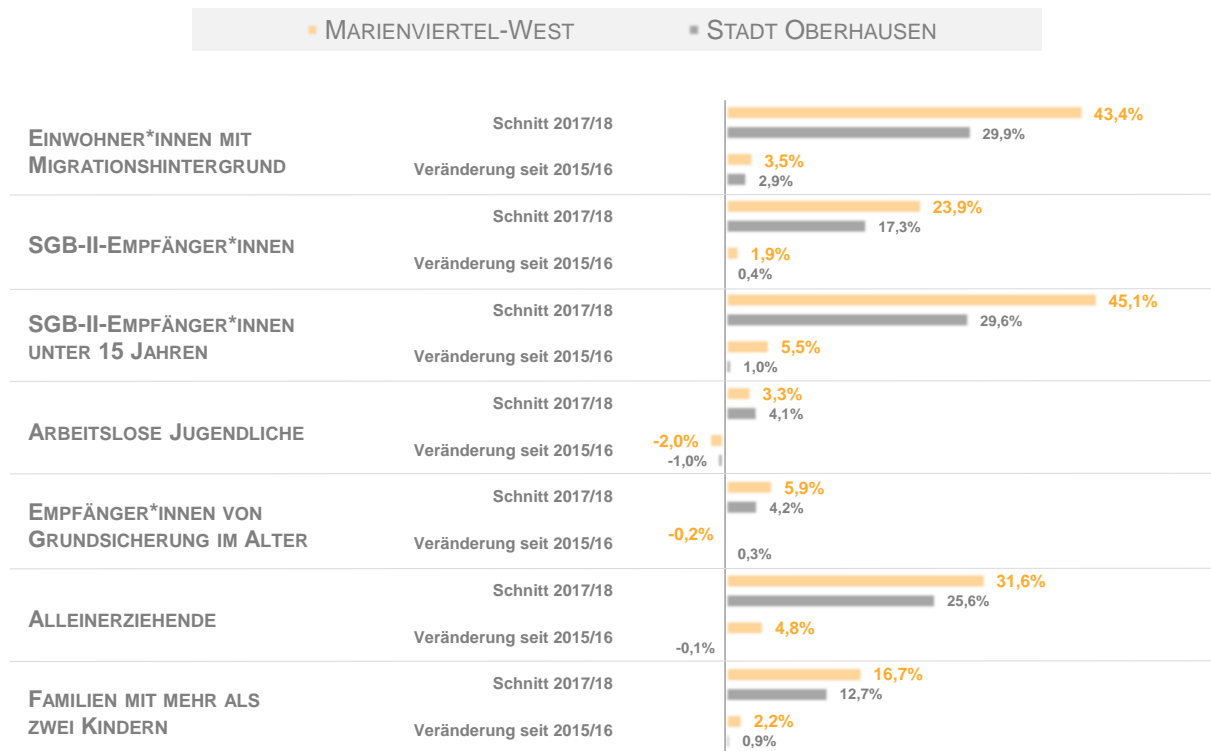
ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Familien sind zunehmend von Armut betroffen. Neben dem Anteil der SGB-II-Bezieher*innen ist besonders der Anteil der SGB-II-beziehenden Kinder unter 15 Jahren gestiegen. Mehr als jedes vierte Kind wächst im Marienviertel in einem Haushalt auf, der Transferleistungen nach dem SGB-II bezieht.

Während die Kinderarmut steigt, sinkt die Jugendarbeitslosigkeit bis unter den städtischen Durchschnitt auf rund drei Prozent.

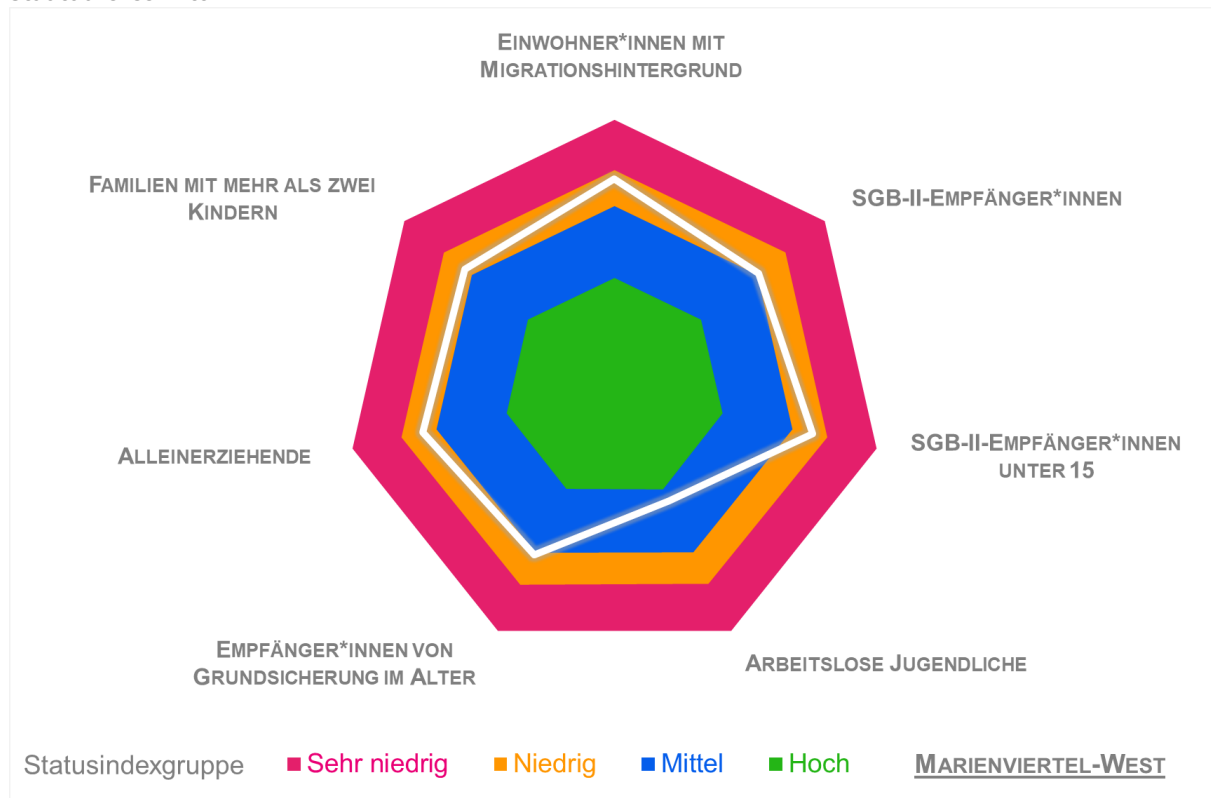
Ebenfalls zurückgegangen ist die Altersarmut. Es sind jedoch nach wie vor sechs Prozent der Einwohner*innen über 65 Jahren, die Grundversicherungsleistungen beziehen.

Abbildung 51: Indikatorenwerte im Sozialquartier Marienviertel-West und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 52: Standardisierte Indikatorenwerte des Sozialquartiers Marienviertel-West im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



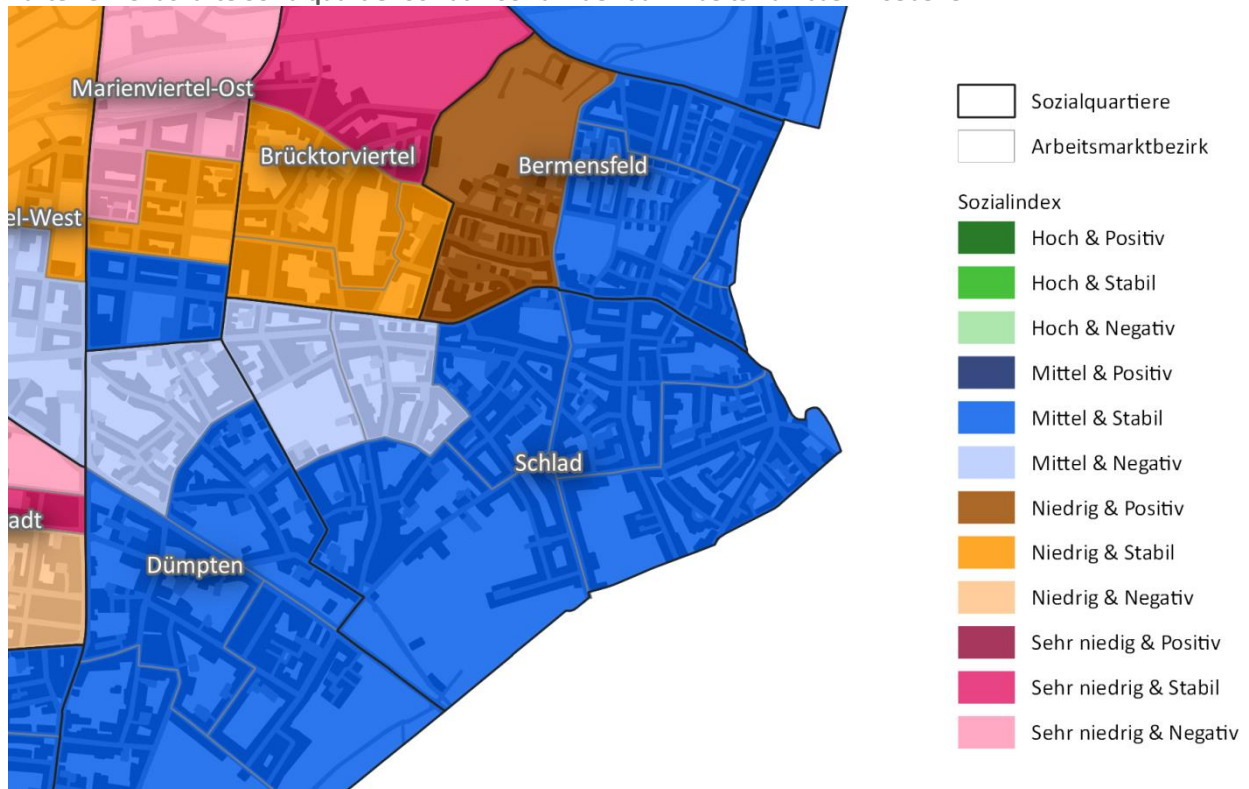
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Der südliche Teil des Marienviertel-West ist Teil des Projektgebietes Brückenschlag und kann ebenso wie Teile der Innenstadt und Lirichs von Fördermitteln profitieren. Dabei sollten, soweit möglich, Einrichtungen einbezogen werden, die von den Einwohner*innen des nördlichen Teils des Marienviertel-West aufgesucht werden, da sich die sozialen Unterstützungsbedarfe überwiegend hier konzentrieren.
- Im Marienviertel-West leben verhältnismäßig viele Familien und Kinder. Angebote für Familien und Kinder sollten aufgrund des ebenfalls überdurchschnittlich hohen Anteils an Einwohner*innen mit Migrationshintergrund kulturell vielfältig konzipiert werden.
- Ebenso ist Armut in vielen Familien im Marienviertel-West Gegenstand des Alltags. Dies sollte stets bei der Konzeption von Angeboten mitgedacht werden und Beratungsstellen entsprechend für das Thema Armut sensibilisiert sein.
- Das Marienviertel bietet einige Grünflächen und Parks, die als Naherholungsmöglichkeiten genutzt werden können. Durch die unmittelbare Nähe zum Hauptbahnhof werden jedoch vermehrt Drogendelikte und Trinkerszenen beobachtet. Einige der Grünflächen sind dadurch nur in begrenztem Maße familienfreundlich.
- In Anbetracht des stetig steigenden Anteils an Einwohner*innen mit Migrationshintergrund rücken Infrastrukturen, die zur Integration von Neuzugewanderten beitragen, für das Marienviertel-West immer weiter in den Fokus. Hier spielt auch die Funktion als Ankunftsgebiet eine zentrale Rolle, die bereits für das Marienviertel-Ost beschrieben wurde.
- Das Sozialquartier Marienviertel-West gehört zu den kleinsten Sozialquartieren mit verhältnismäßig wenigen Einwohner*innen und wenigen institutionellen Einrichtungen, an denen Fördermaßnahmen angeknüpft werden können. Da die angrenzenden Sozialquartiere ähnliche Sozialstrukturen aufweisen, bietet es sich an, dass Maßnahmenträger in den Sozialquartieren Marienviertel-West, -Ost und Brücktorviertel zusammenarbeiten.

SCHLAD

Karte 15: Fokuskarte Sozialquartier Schlad - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
 Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
 Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 53: Altersstruktur und Familienanteil im Sozialquartier Schlad

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	11%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	9%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	55%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	26%
FAMILIEN	15%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	10.093

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Schlad liegt am südöstlichen Stadtrand Oberhausens und grenzt an Essen sowie Mülheim an der Ruhr. Im Norden grenzt das Sozialquartier mit der Falkensteinstraße an Brücktorviertel und Bermensfeld. Im Westen trennt die Seilerstraße Schlad vom Sozialquartier Dümpten.

Für Schlad errechnen sich insgesamt ein mittlerer Statusindex und ein negativer Dynamikindex. Die kleinräumige Berechnung des Sozialindex zeigt, dass der negative Dynamikindex sich auf zwei Arbeitsmarktbezirke konzentriert. Beide liegen unmittelbar südlich des Brücktorviertels und grenzen aneinander.

Trotz der überdurchschnittlich steigenden Anteile armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen, auf die der negative Dynamikindex hindeutet, zeigt der Statusindex insgesamt durchschnittliche Anteile der Armutsrisikogruppen.

BEVÖLKERUNG

Schlad gehört zu den größeren Sozialquartieren mit über 10.000 Einwohner*innen und weist eine besondere Altersstruktur auf. Nach Königshardt ist Schlad das Quartier mit dem höchsten Anteil an älteren Einwohner*innen. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung ist über 65 Jahre alt und im Sozialquartier liegt überdies eine größere Seniorenwohnanlage. Diese trägt zwar zu einer erhöhten Anzahl älterer Menschen bei, kann den hohen Anteil aber nicht ausschließlich erklären, da die rund 170 Bewohner*innen lediglich sieben Prozent der Einwohner*innen über 65 ausmachen. Es leben also auch überdurchschnittlich viele ältere Menschen im regulären Wohnbestand des Sozialquartiers. Gemäß Sozialstrukturatlas lebt 2018 ein Drittel von ihnen in Single-Haushalten.

Neben dem besonders hohen Anteil der älteren Bevölkerung fällt der außerordentlich geringe Anteil der Kinder von rund elf Prozent ins Auge. Dieser ist nirgendwo in Oberhausen sonst so gering.

STÄDTEBAU

Eine aktuelle Rolle für das Sozialquartier spielt die Fläche rund um das Möbelhaus Rück im Westen des Sozialquartiers. Das Möbelhaus soll in den nächsten Jahren einen neuen Standort in der neuen Mitte beziehen und die bisherige Fläche in Schlad zu neuen Grün- und Wohnflächen entwickelt werden.

FAMILIE

Der geringe Anteil der Kinder in Schlad spiegelt sich ebenfalls im stadtweit geringsten Anteil der Familienhaushalte wieder. Die An-

zahl der Haushalte liegt mit fast 5.500 nur in der Innenstadt und Alstaden noch höher, doch lediglich in knapp 850 von diesen wachsen Kinder auf.

Der Anteil der größeren Familien mit mehr als zwei Kindern ist dabei deutlich unter dem städtischen Durchschnitt, der Anteil der Alleinerziehenden hingegen leicht überdurchschnittlich. Eine Erklärung für den negativen Dynamikindex ist die Zunahme des Anteils der größeren Familien. Aufgrund der geringen Anzahl an Familienhaushalten entspricht diese Zunahme jedoch lediglich rund 20 Familien.

MIGRATION

Ebenfalls überdurchschnittlich gestiegen ist der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund. Abbildung 54 zeigt jedoch, dass der Anteil mit rund 21 Prozent noch weit unter dem städtischen Durchschnitt liegt.

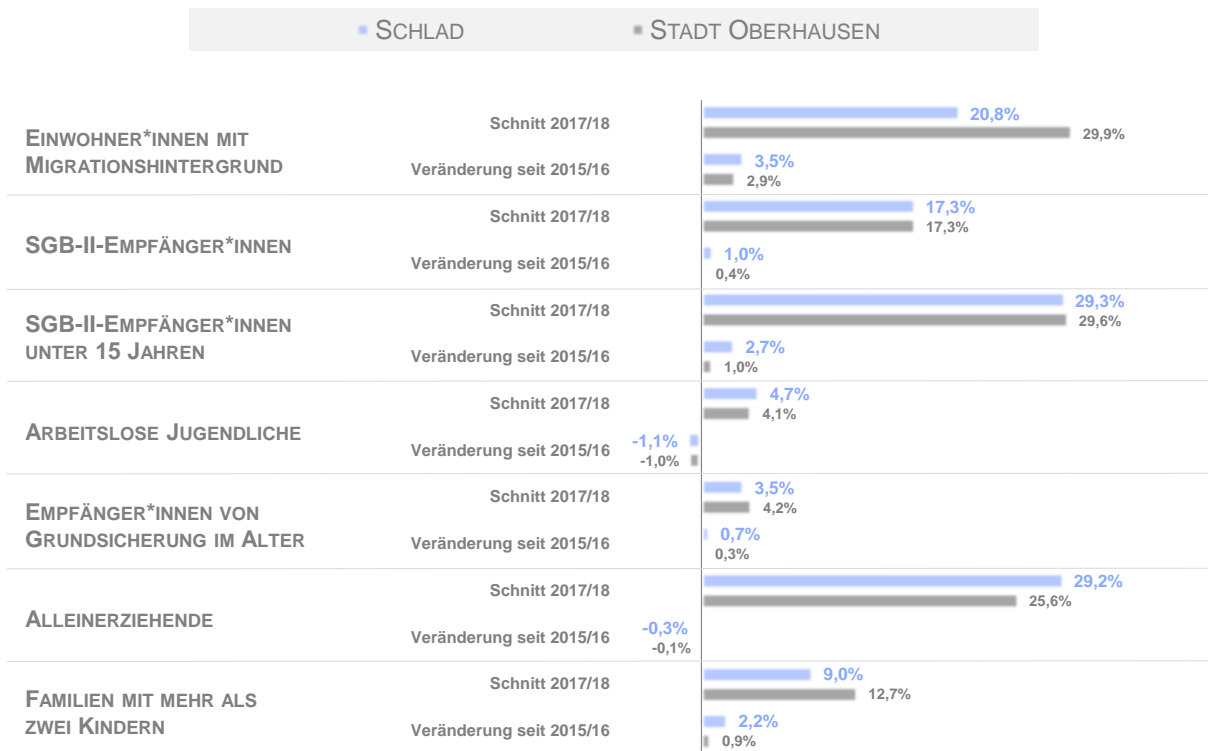
ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die SGB-II-Quoten entsprechen in Schlad dem Oberhausener Durchschnitt und sind daher zunächst unauffällig. Betrachtet man jedoch die Veränderung der Quoten, fällt ein Anstieg der SGB-II-Quote insgesamt und besonders bei den Kindern auf. Letzte stieg sogar um fast drei Prozentpunkte auf rund 29 Prozent. Nicht ganz ein Drittel der Kinder lebt also in einem Haushalt, der auf Transferleistungen angewiesen ist. Was zunächst viel klingt, entspricht in ganzen Zahlen jedoch rund 40 Kindern.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Schlad durchschnittlich und in der Entwicklung unauffällig.

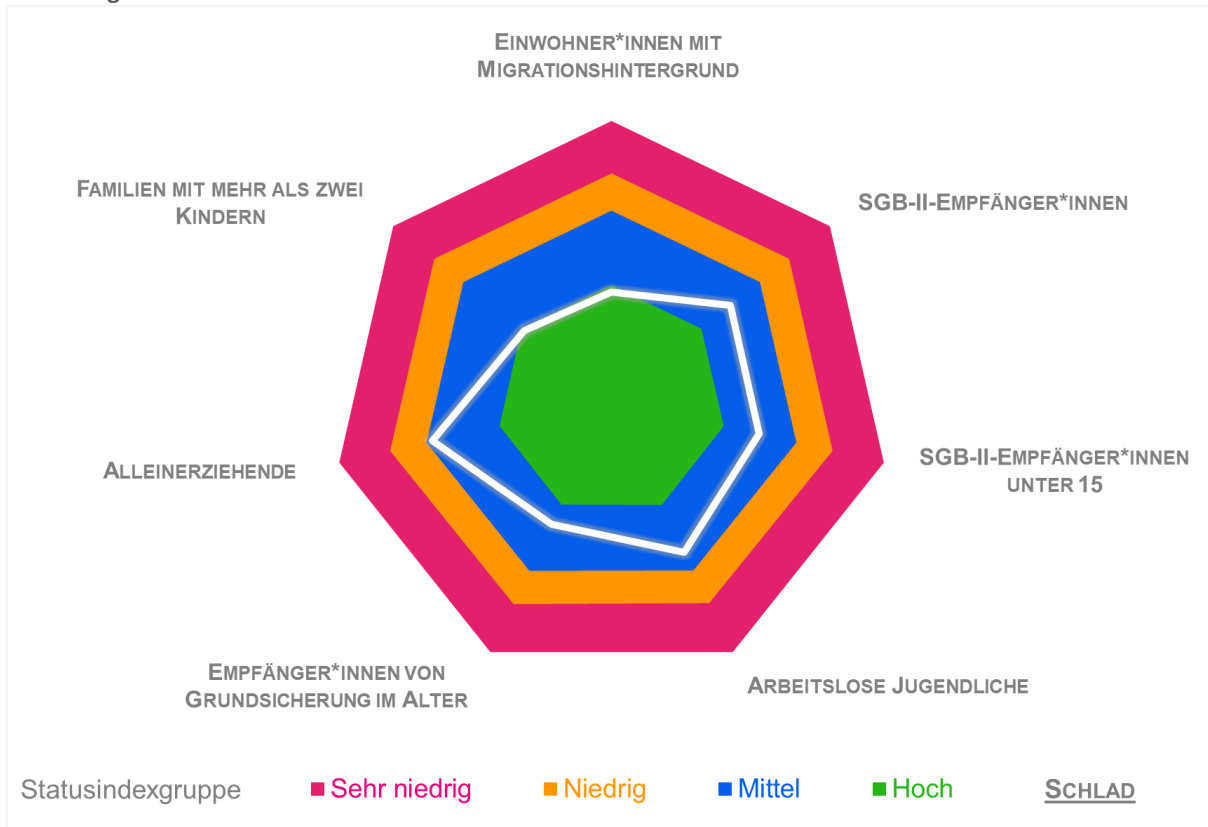
Positiv fällt auf, dass von der hohen Anzahl der Einwohner*innen über 65 Jahren lediglich 3,5 Prozent auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Der Anteil stieg zuletzt jedoch leicht an.

Abbildung 54: Indikatorenwerte im Sozialquartier Schlad und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 55: Standardisierte Indikatorenwerte - Schlad im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



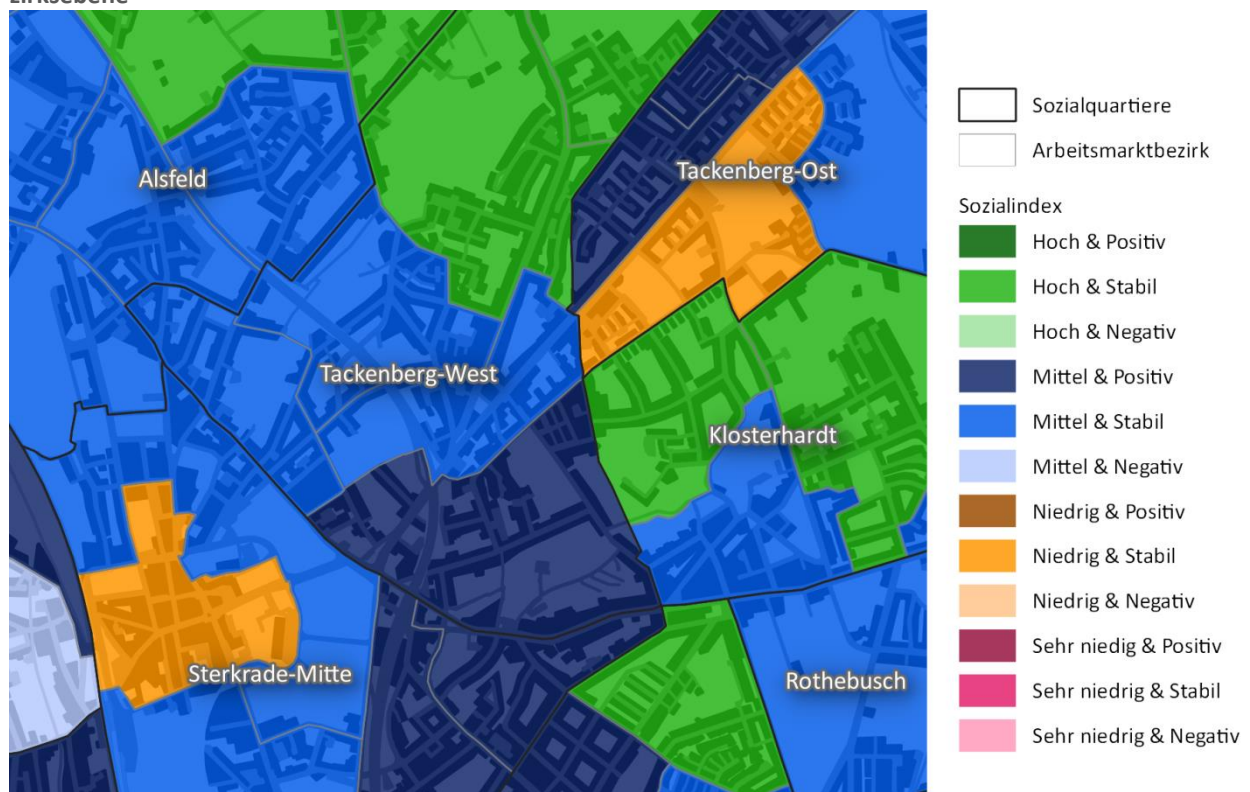
Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Schlad grenzt sich in Abbildung 54 und Abbildung 55 sehr klar von den anderen Fokusquartieren ab und zeigt keine dringenden Handlungs- oder Unterstützungsbedarfe.
- Auch ist in den kommenden Jahren keine Entwicklung zu erwarten, die mit einer deutlichen Veränderung der Sozialstruktur einhergeht.
- Da Schlad das Sozialquartier mit den höchsten Anteilen an Einwohner*innen über 65 Jahren ist, sollte jedoch eine gut ausgebaute Unterstützungs- und Beratungsstruktur für die Zielgruppe vorgehalten werden. Altersarmut ist dabei jedoch nur für geringe Anteile der älteren Bevölkerung ein Problem.
- Zudem sollte die Veränderung der Altersstruktur beobachtet werden. Wenn der Anteil der älteren Bevölkerung zurückgeht, sollten entsprechende Anpassungen der Unterstützungsstrukturen vorgenommen werden.
- Wie auch in anderen Sozialquartieren im Sozialraum Oberhausen-Ost liegt in Schlad der Anteil der Alleinerziehenden über dem städtischen Durchschnitt. Angebote, die bspw. im Brücktorviertel oder im Marienviertel-Ost platziert werden, können auch von Alleinerziehenden aus Schlad genutzt werden.

TACKENBERG-OST UND STERKRADE MITTE

Karte 16: Fokuskarte Sozialquartiere Sterkrade Mitte und Tackenberg-Ost - Sozialindex auf Arbeitsmarktbezirksebene



Anmerkung: Wohngebäude sind dunkler dargestellt.
Berechnung und Darstellung: Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung, Sozialplanung.
Quellen: Bereich 4-5 Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2-10 Finanzen/Controlling/Planung und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2015/2016/2017/2018)

Abbildung 56: Altersstruktur und Familienanteil in den Arbeitsmarktbezirken 760603 (Tackenberg-Ost) und 740205 (Sterkrade-Mitte)

KINDER (UNTER 15 JAHRE)	14%	14%
JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE (15 BIS UNTER 25 JAHRE)	14%	10%
ERWACHSENE (25 BIS UNTER 65 JAHRE)	56%	50%
ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)	17%	26%
FAMILIEN	23%	16%
EINWOHNER*INNEN INSGESAMT	1.608	1.261

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen (Stichtag 31.12.2018). Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Sozialquartiere Sterkrade-Mitte und Tackenberg-Ost sind in der Indexberechnung auf Sozialquartierebene unauffällig und erzielen beide einen mittleren Statusindex mit stabilem bzw. positivem Dynamikindex. Auf kleinräumiger Ebene zeigt sich jedoch, wie bereits

2017, in beiden Sozialquartieren jeweils ein Bezirk mit niedrigem Statusindex (vgl. Karte 16).

Die folgenden Analysen beziehen sich nur auf diese Bezirke und nicht auf das jeweils umliegende Sozialquartier.

VERGLEICH VON ARBEITSMARKTBEZIRKEN MIT SOZIALQUARTIEREN

Die Indexwerte der 139 Arbeitsmarktbezirke und ihre Bedarfsprofile (Abbildung 58 und Abbildung 60) können nicht mit denen der 27 Sozialquartiere verglichen werden. Für die kleinräumige Ebene wurde eine eigene Berechnung mit eigenen Gruppengrenzen vorgenommen. Die Indikatorenwerte der Arbeitsmarktbezirke weisen eine deutlich größere Spannweite und eine andere durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert (Standardabweichung) der Stadt Oberhausen auf, welche zur Klassifizierung des Status- und Dynamikindex herangezogen wird.

Die Indikatorenwerte (Abbildung 57 und Abbildung 59) sind unter Einbezug der absoluten Anzahlen mit denen der Sozialquartiere vergleichbar.

VERGLEICH MIT DEN INDEXWERTEN 2017

Die Arbeitsmarktbezirke sind nicht deckungsgleich mit den Mittelblöcken aus dem Sozialbericht 2017. Es werden entsprechend andere Straßenzüge bei der Berechnung zusammengefasst. Eine Vergleichbarkeit mit der vorangegangenen kleinräumigen Indexberechnungen ist nicht möglich.

BEVÖLKERUNG

Im fokussierten **Arbeitsmarktbezirk in Tackenberg-Ost** leben insgesamt 1.608 Einwohner*innen. Dies entspricht rund 27 Prozent der Einwohner*innen im Sozialquartier.

Das Gebiet hat eine eher junge Altersstruktur. Neben einem leicht überdurchschnittlichen Anteil der Kinder ist besonders der erhöhte Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren zu erwähnen. Der Anteil der älteren Einwohner*innen über 65 Jahren ist mit 16 Prozent hingegen gering.

STÄDTEBAU

Der beschriebene Arbeitsmarktbezirk erstreckt sich von der Taunusstraße im Nord-

Osten bis zur Steinstraße im Süd-Westen. Im Norden und Süden wird er von der Dorstener Straße bzw. der Tackenberg- und Schwarzwaldstraße gerahmt. Im Nord-Osten und im Süd-Westen finden sich überwiegend Mehrfamilienhäuser, während sich in den anderen Siedlungsflächen hauptsächlich Reihenhäuser und Einfamilienhäuser finden. Die Siedlungsstruktur teilt sich durch zwei Sportstätten, zwei Schulgelände und eine Grünfläche.

MIGRATION

Am deutlichsten über dem städtischen Durchschnitt liegt der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, welcher mehr als zwei Drittel der Bevölkerung im fokussierten Arbeitsmarktbezirk ausmacht. Eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende wurde hier nicht eingerichtet. Alle Einwohner*innen mit Migrationshintergrund leben entsprechend in regulären Haushalten.

FAMILIE

Mit einem Anteil von 23 Prozent Familienhaushalten weist der Bezirk eine deutliche Familienprägung auf.

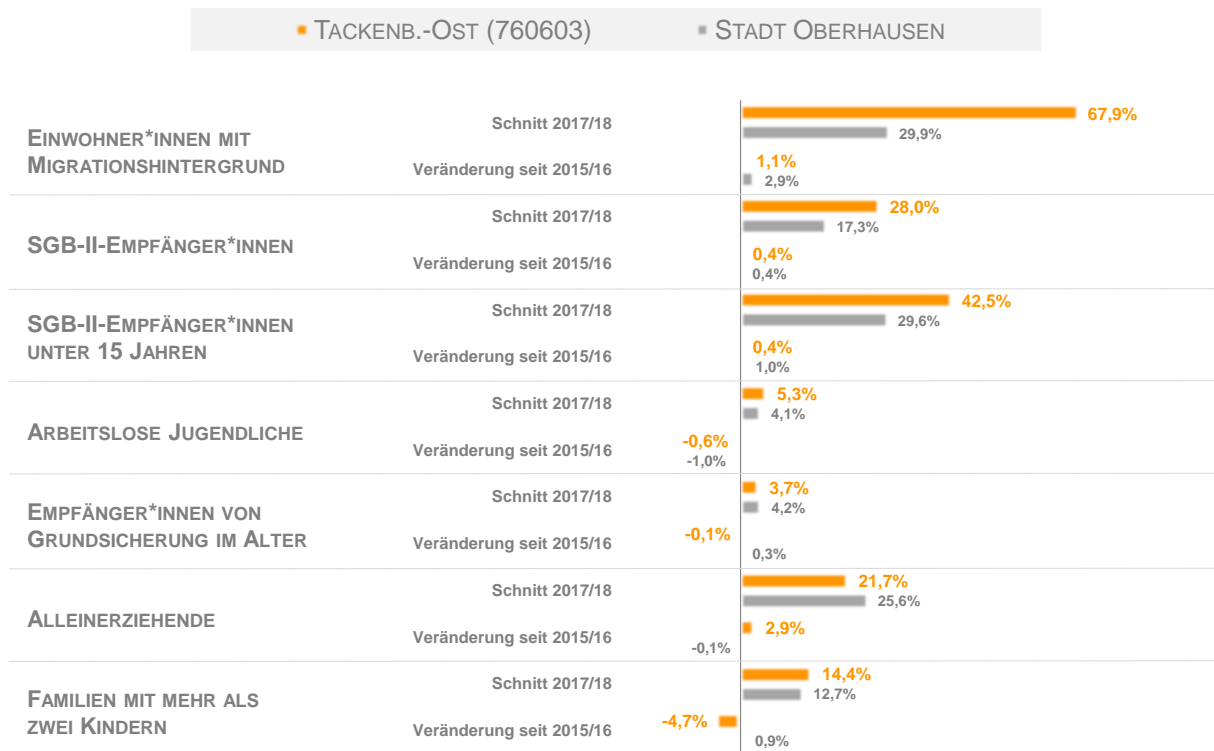
Der Anteil der großen Familien, die mehr als zwei Kinder großziehen, ist dabei nur leicht überdurchschnittlich und zuletzt um fünf Prozentpunkte gesunken. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt mit 22 Prozent hingegen deutlich unter dem stadtweiten Durchschnitt, stieg jedoch zuletzt. Aufgrund der geringen Einwohner*innenzahl in diesem betrachteten Raum sind diese Veränderungen der Anteilswerte auf geringe Änderungen der absoluten Zahlen (>10) zurückzuführen.

ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Grundsicherungsquote wie auch die Jugendarbeitslosigkeit sind im Bezirk durchschnittlich.

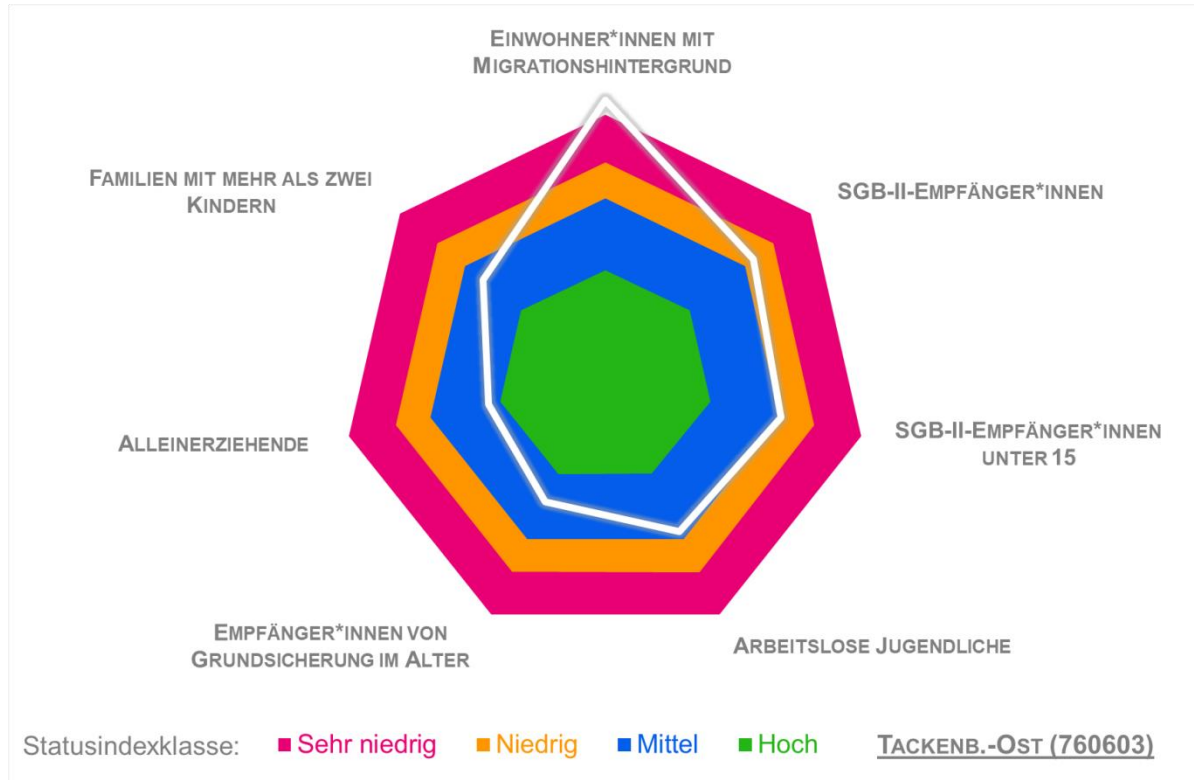
Die SGB-II-Quote und die Sozialgeldquote liegen hingegen zehn bzw. dreizehn Prozentpunkte über dem städtischen Durchschnitt.

Abbildung 57: Indikatorenwerte im Arbeitsmarktbezirk 760603 in Tackenberg-Ost und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 58: Standardisierte Indikatorenwerte des Arbeitsmarktbezirks 760603 in Tackenberg-Ost im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Obwohl einige der Indikatorenwerte im fokussierten Arbeitsmarktbezirk in Tackenberg-Ost deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegen, muss in diesem Bezirk, ebenso wie in anderen Fokusgebieten, genau hingesehen werden, welche Bedarfe bestehen und wie die Menschen erreicht werden können.
- Der Anteil der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund ist der zweithöchste unter den Arbeitsmarktbezirken und übersteigt damit auch die Werte in den Bezirken der Innenstadt. Anders als dort ist die Fluktuation der Einwohner*innen in Tackenberg-Ost viel geringer, sodass in diesem Bezirk von Migrant*innen mit längerer Wohndauer auszugehen ist. Inwiefern hier Integrationsmaßnahmen vonnöten sind, muss genauer erörtert werden, bei Beratungsangeboten ist es jedoch ratsam, auf Kultursensibilität, leichte Sprache oder Mehrsprachigkeit zu achten.
- Die SGB-II- und auch die Sozialgeldquote sind in diesem Bezirk sehr hoch. Aufgrund der hohen Kinderzahl im Gebiet und des erhöhten Anteils großer Familien mit mehr als zwei Kindern, kann angenommen werden, dass viele Mütter zu den Transferleistungsempfänger*innen zählen. Eine Senkung der SGB-II-Quoten durch die Integration der Leistungsempfänger*innen in den Arbeitsmarkt kann entsprechend nur mit einer gesicherten Kinderbetreuung erfolgen.
- Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ebenso für Jugendliche aus diesem Fokusbezirk in Tackenberg-Ost ein relevantes Thema. Die absolute Zahl der Betroffenen ist jedoch klein, sodass hier nicht zwingend ein großer Handlungsbedarf besteht, aber zumindest auf die grundsätzliche Erreichbarkeit von unterstützenden Angeboten geachtet werden sollte.

BEVÖLKERUNG

Innerhalb des fokussierten **Arbeitsmarktbezirkes in Sterkrade-Mitte** leben 1.261 Einwohner*innen und damit 15 Prozent der Bevölkerung des Sozialquartiers. Anders als im oben beschriebenen Arbeitsmarktbezirk in Tackenberg-Ost, wo viele Kinder und wenige ältere Menschen leben, findet man im Zentrum von Sterkrade-Mitte eine umgekehrte Altersstruktur. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist durchschnittlich, der Anteil älterer Einwohner*innen hingegen deutlich erhöht.

Mehr als ein Viertel der Bevölkerung ist über 65 Jahre alt. Zum Teil kann dies auf das Seniorenzentrum Gute Hoffnung zurückgeführt werden, der überwiegende Teil jedoch wohnt in regulären Haushalten.

In Anbetracht der Einwohner*innenzahl ist die Anzahl der Haushalte mit 1.135 sehr hoch. Entsprechend sind in diesem Bezirk sehr viele Single-Haushalte bzw. Alleinlebende zu finden.

STÄDTEBAU

Im fokussierten Arbeitsmarktbezirk liegt das Stadtzentrum von Sterkrade mit dem Sterkrader Bahnhof und einigen Einkaufsmöglichkeiten wie dem Fachmarktzentrum Sterkrader Tor. Neben der deutschen Bahn ist Sterkrade-Mitte auch an die ÖPNV-Trasse angeschlossen, welche über die Neue Mitte zum Hauptbahnhof führt.

FAMILIE

Der Anteil der Familienhaushalte liegt mit lediglich 16 Prozent deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Der Anteil entspricht rund 180 Familienhaushalten, von denen rund 30

Prozent von nur einem Elternteil geführt werden. Deutlich erhöht und zuletzt gestiegen ist auch der Anteil der großen Familien, die mehr als zwei Kinder großziehen. Sie machen nicht ganz ein Viertel der Familienhaushalte aus.

MIGRATION

Rund 41 Prozent der Bevölkerung bringt einen Migrationshintergrund mit und der Anteil ist in den letzten zwei Jahren gestiegen.

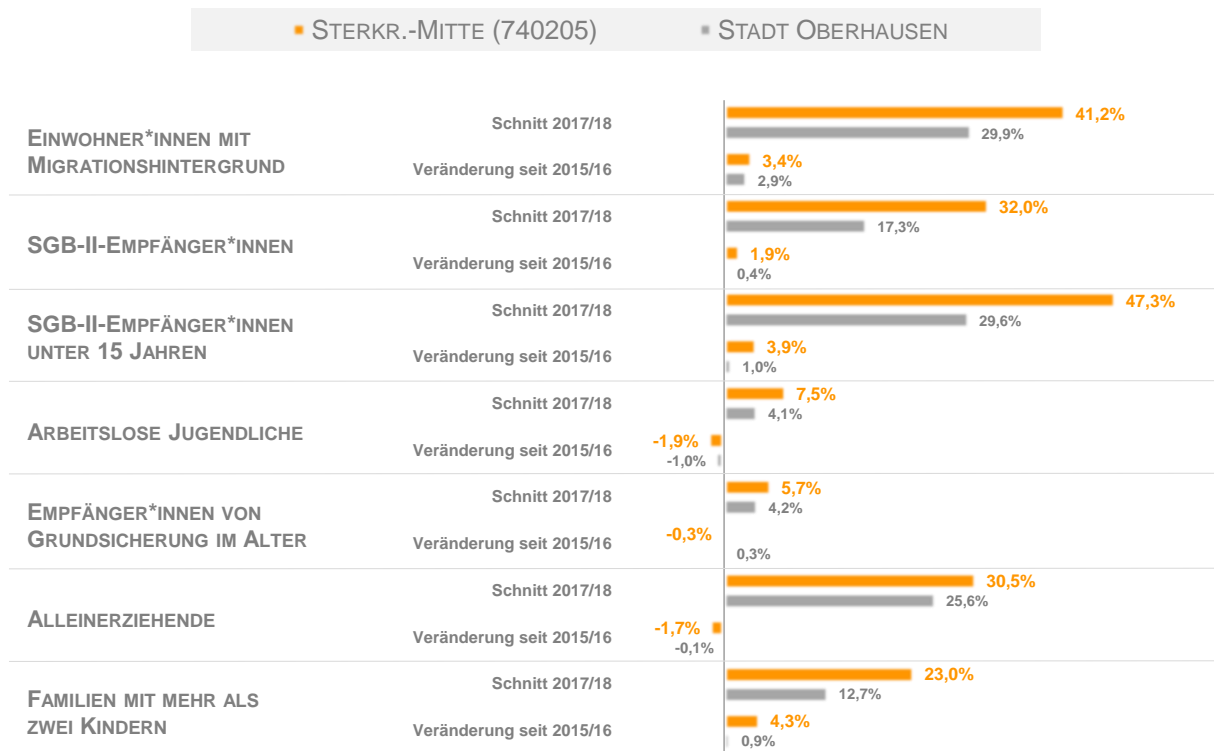
ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die SGB-II-Quote ist im fokussierten Arbeitsmarktbezirk in Sterkrade-Mitte mit 32 Prozent etwa doppelt so hoch wie im städtischen Durchschnitt. Fast ein Drittel der Einwohner*innen ist auf entsprechende Transferleistungen angewiesen. Betrachtet man nur die Kinder unter 15 Jahren, betrifft es sogar fast die Hälfte.

Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich erhöht, die absoluten Zahlen zeigen jedoch, dass hier kein dringender Handlungsbedarf besteht, sondern lediglich wenige Jugendliche im fokussierten Bezirk in Sterkrade-Mitte leben.

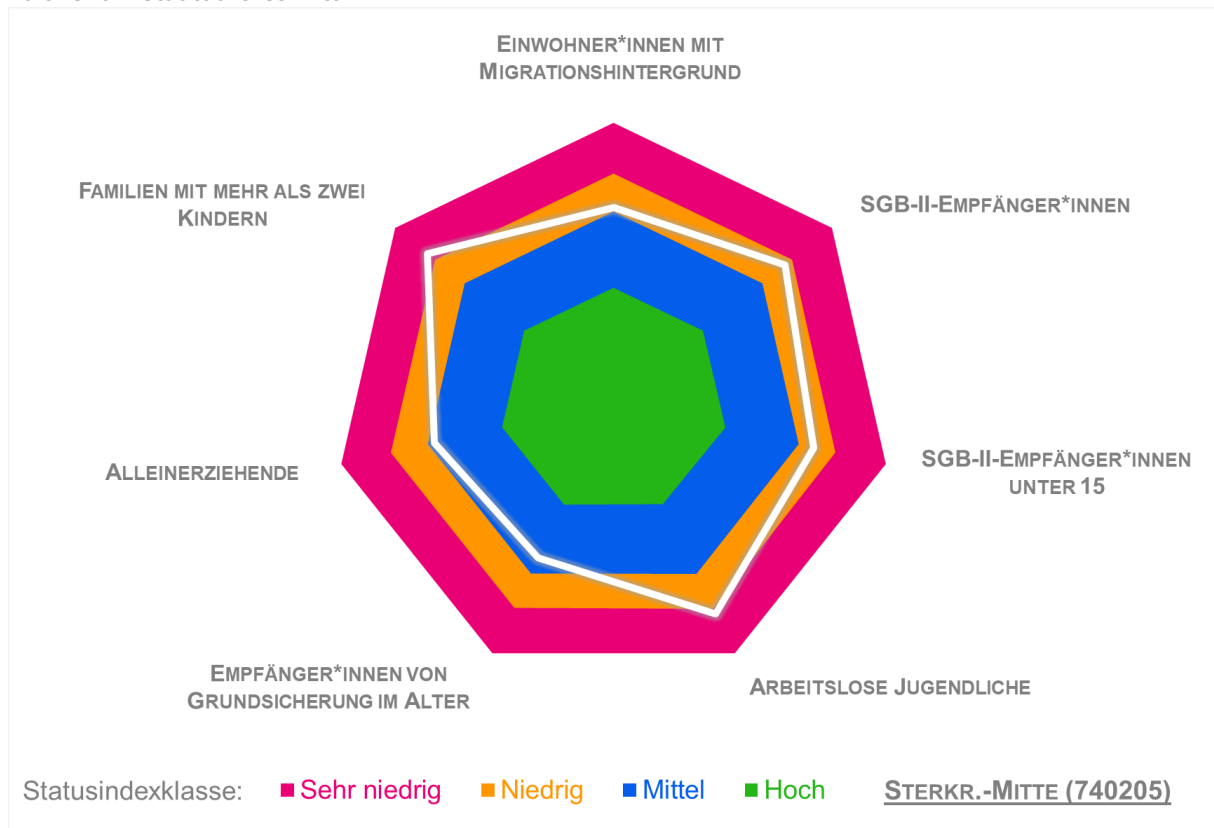
Die Altersarmutsquote ist als einzige Transferleistungsquote unauffällig und sogar unterdurchschnittlich. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass Wohnanlagen für Senior*innen, wie auch die Gute Hoffnung es ist, bei der Berechnung der Altersarmutsquote ausgenommen werden. Somit sind lediglich Aussagen über die Grundsicherungsempfänger*innen in regulären Haushalten möglich.

Abbildung 59: Indikatorenwerte im Arbeitsmarktbezirk 740205 in Sterkrade-Mitte und der Stadt Oberhausen



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 60: Standardisierte Indikatorenwerte des Arbeitsmarktbezirks 740205 in Sterkrade-Mitte im Verhältnis zum Stadtdurchschnitt



Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.2013/2014/2015/2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

STEUERUNGSRELEVANTE INFORMATIONEN

- Im fokussierten Arbeitsmarktbezirk im Zentrum von Sterkrade-Mitte leben sehr viele ältere Menschen, für die ein entsprechendes Nahversorgungsangebot vorgehalten werden sollte. So sind auch der Neu- und Umbau von barrierefreiem Wohn- und auch öffentlichem Raum für Sterkrade ein zentrales Thema.
- Altersarmut ist hingegen in Sterkrade kein zentrales Thema. Der Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung ist hier eher gering.
- Neben einem erhöhten Anteil älterer Menschen leben im Zentrum von Sterkrade-Mitte auch viele Kinder unter 15 Jahren, gleichzeitig ist der Familienanteil nur sehr gering. Die vielen Kinder verteilen sich also auf wenige Familien, die entsprechend groß sind. Darauf weist auch der deutlich überdurchschnittliche Anteil großer Familien mit drei und mehr Kindern hin, welcher zuletzt deutlich angestiegen ist. Ob die vorhandenen Angebote für diese Zielgruppe ausreichen und ob die Familien erreicht werden, sollte daher überprüft werden.
- Der Bezirk ist dicht bebaut und die Siedlungsstruktur zeichnet sich vorrangig durch Mehrfamilienhäuser aus. Für Kinder und Familien sind Spiel- und Erholungsflächen, die gut von der Sterkrader Innenstadt erreichbar sind, sowie familienfreundliche Angebote in unmittelbarer Nähe sinnvoll.
- Auch arbeitslose Jugendliche gehören zu den am deutlichsten sichtbaren Zielgruppen im Fokusbezirk. Wie bereits beschrieben, handelt es sich zwar nur um eine geringe Anzahl Betroffener, nimmt man jedoch das gesamte Sozialquartier in den Blick, ist der Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 25 überdurchschnittlich. Da es sich beim Fokusbezirk um den Stadtkern von Sterkrade handelt, sind unterstützende Angebote für Jugendliche, die ihnen den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern, sinnvoll verortet. Durch die Nähe zum Bahnhof Sterkrade sind sie auch aus den umliegenden Gebieten gut erreichbar.
- Das Stadtteilzentrum von Sterkrade ist ein Fördergebiet und deckt sich größtenteils mit der Fläche des fokussierten Arbeitsmarktbezirkes. Im Gegensatz zu den anderen Fördergebieten im Rahmen der Sozialen Stadt steht für Sterkrade unter der Förderung „aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ jedoch kein Verfügungsfonds für soziale Maßnahmen und Angebote zur Verfügung, auf den Vereine und Einrichtungen zugreifen können. Hier werden hingegen Investoren und Händler gefördert sowie Angebote zur Bewegungsförderung.

Abbildung 61: Übersicht der Sozialindices und Zielgruppen in den Fokusquartieren

SOZIALQUARTIER	INNENSTADT	LIRICH-SÜD	BRÜCKTOR-VIERTEL	MARIEN-VIERTEL-OST	OSTERFELD-MITTE/VONDERORT	MARIEN-VIERTEL-WEST	TACKENBERG-OST (AB760603)	STERKRADE-MITTE (AB740502)	SCHLAD
SOZIAL-INDEX									
STATUS	Sehr niedrig	Sehr niedrig	Niedrig	Niedrig	Niedrig	Niedrig	Niedrig	Niedrig	Mittel
DYNAMIK	Negativ	Stabil	Stabil	Stabil	Stabil	Negativ	Stabil	Stabil	Negativ
ZIELGRUPPE									
MIGRANT*INNEN	++	++	+	+	+	+	+++	o	-
VON ARMUT UND LANGZEIT-ARBEITSLOSIGKEIT BETROFFENE	++	++	+	+	+	+	+	+	o
VON ARMUT BETROFFENE KINDER	++	++	+	+	+	+	+	+	o
ARBEITSLOSE JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE	++	+	++	+	o	o	o	++	o
VON ALTERSARMUT BETROFFENE	++	++	+	+	+	+	o	+	o
ALLEINERZIEHENDE	++	+	++	+	o	+	o	o	o
GROSSE FAMILIEN	++	++	+	+	+	+	o	+	-
BESONDERHEITEN	Hohe Fluktuation	Familiengeprägt	Viele Allein-erziehende	Viele Allein-erziehende	Sehr heterogen	Viele Familien & Ältere	Höchste Migrant*innen-quote	Viele Ältere & wenige Kinder	Geringe Anteile an Familien-haushalten
FOKUSGEBIETE	Gesamtes Sozialquartier	Wohnpark Bebelstraße und nördliche Bezirke	Gesamtes Sozialquartier	Nördliche Wohngebiete	Zentrum	Nördliche Wohngebiete	-	-	Nordöstliche Wohngebiete

++ = stark überdurchschnittlich hoher Anteil; + = überdurchschnittlich hoher Anteil; o = durchschnittlicher Anteil; - = unterdurchschnittlicher Anteil

Quelle: Eigene Darstellung

9 ÜBERBLICK ÜBER INSTITUTIONEN IM OBERHAUSENER STADTGEBIET

Oberhausen hält eine große Vielfalt an unterstützenden Institutionen und Maßnahmen vor, welche sich über die gesamte Stadt verteilen. Neben den kommunalen Anlaufstellen gibt es zahlreiche konfessionelle Einrichtungen, gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände, die in Oberhausen verschiedene Angebote vorhalten, die zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen beitragen (siehe auch Kapitel 4.3.).

Eine räumliche Zuordnung der Institution zu einem einzelnen Sozialquartier ist jedoch nicht immer möglich und auch nicht immer sinnvoll, da nicht alle Institutionen sozialraumorientiert arbeiten. In manchen Fällen richten sich die Angebote unmittelbar an die Anwohner*innen, sie verschließen sich aber nicht für Menschen aus anderen Stadtgebieten. Einige liegen in Grenzgebieten und sind für Einwohner*innen aus mehreren Sozialquartieren gut zu erreichen. Andere Institutionen richten sich wiederum an die gesamte Stadt und sind zwar in einem Sozialquartier zu verorten, sie orientieren sich jedoch nicht an der Sozialstruktur in der unmittelbaren Umgebung.

Einige Fachbereiche haben bereits spezialisierte, online abrufbare Übersichten erarbeitet, um die Angebote für bestimmte Zielgruppen transparenter zu machen. Hierzu gehören bspw. Sportatlas, der Alten- und Pflegeatlas oder der Babypilot. Ein integrierter Überblick über die verschiedenen Institutionen und ihre Funktionen in den Sozialräumen fehlt jedoch bisher und könnte die ressortübergreifende Zusammenarbeit und Koordination der Angebote deutlich vereinfachen.

Auch die strategische Sozialplanung hat das Thema im Rahmen der Expert*innendialoge (siehe auch Kapitel 3.3) verfolgt. Für die Veranstaltungsreihe wird nicht nur ein umfassen-

der sozialraumspezifischer Verteiler gepflegt, sondern auch an einem entsprechenden Überblick über die verschiedenen Institutionen gearbeitet, die in Oberhausen Angebote vorhalten, die zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen beitragen.

Das Thema Transparenz von Angeboten und Maßnahmen wurde bei den bisherigen Expert*innendialogen kontrovers diskutiert. Insgesamt zeichnet sich ab, dass für eine Übersicht der Angebote zunächst eine Übersicht über die in den Sozialräumen agierenden Träger*innen und Institutionen benötigt wird.

Fachspezifische Übersichten und integrierte Systeme mit der Möglichkeit, nach Fachrichtungen zu filtern, bringen unterschiedliche Vor- und Nachteile mit sich. Bei solchen Übersichtssystemen benötigen besonders die Datensammlung und -pflege umfassende Ressourcen. Veralterte, falsche oder unvollständige Daten können ein mühevoll aufgebautes System unbrauchbar machen. Kosten und Nutzen sollten daher stets gegenüber gestellt werden.

Neben der Sozialplanung äußern auch andere Fachplanungen den Bedarf nach einer integrierten Übersicht. Daher sollten die Umsetzbarkeit und die Form einer integrierten Übersicht mit verschiedenen Fachplaner*innen erörtert werden. Die nötigen Abstimmungsprozesse können aufgrund der Vielzahl der zu beteiligenden Akteur*innen viel Zeit in Anspruch nehmen und übersteigen die Ressourcen eines einzelnen Fachbereiches. Letztlich gilt es auch zu klären, ob eine dezernatsübergreifende oder eine zentrale Verantwortung für ein solches System ratsam ist und ob an bestehende Datenbanken wie das Liegenschaftskataster angeknüpft werden kann.

Unabhängig von einer tatsächlich integrierten Übersicht, soll im Folgenden ein Einblick in die bisherigen Arbeiten an einer Übersicht im

Rahmen der strategischen Sozialplanung gegeben werden. Auch wenn es noch kein ausgereiftes System gibt, besteht durch die Expert*innendialoge bereits eine umfassende Sammlung ausschließlich öffentlicher Institutionen, die zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen beitragen.

Die bisher verzeichneten 362 Institutionen werden zum einen als Punkte auf einer Karte⁵⁴ dargestellt, um die Verteilung über die Sozialquartiere sichtbar zu machen, und zum anderen als Listen zur Übersicht der Namen.

Die Institutionen werden in zehn verschiedene Kategorien eingeteilt. Hierzu zählen:

- Träger*innen und Standorte sozialer Dienstleistungen
- Quartiers- und Stadtteilbüros
- Anlaufstellen der Stadt Oberhausen
- Jugendeinrichtungen
- Kindertageseinrichtungen
- Schulen
- Stationäre (Alten-)Pflegeeinrichtungen
- Religionsgemeinschaften
- Sportvereine
- Sonstige Institutionen

Die Karten und Listen werden jeweils für die drei Stadtbezirke Alt-Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade ausgegeben und nach Sozialräumen sortiert.

Die Liste der Institutionen stellt eine informelle Sammlung aus Einrichtungen dar, die als potentielle Teilnehmer*innen für die Expert*innendialoge identifiziert oder vorgeschlagen wurden. Da die Expert*innendialoge

in Osterfeld und Sterkrade noch ausstehen, sind die Listen der Einrichtungen für diese Bezirke weniger umfangreich als für Alt-Oberhausen.

Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Hinweise auf fehlende oder falsch benannte Institutionen nimmt die Sozialplanung gerne entgegen.

TRÄGER*INNEN UND STANDORTE SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN

In Anlehnung an die Definitionen des Deutschen Instituts für Normung e.V.⁵⁵, des EU Forschungsprojektes „Innoserv Social Services Innovation“⁵⁶ sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.⁵⁷ versteht die Sozialplanung unter dem Begriff *soziale Dienstleistungen* jegliche Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Integration, Inklusion und Wohlfahrtspflege, die auf die Verbesserung der Lebenslagen von Personen und Personengruppen abzielen. Sie umfassen Beratungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie Aktivierungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsleistungen, bei denen sozial unterstützende Aspekte eine wesentliche Rolle spielen. Sie werden von den Leistungsempfänger*innen gar nicht oder nicht im vollen Umfang ihrer tatsächlichen Kosten bezahlt.

⁵⁴ In einer statischen Karte dieser Größe, ist es nicht möglich, jeweils erkennbar zu machen, um welche Einrichtung es sich namentlich handelt. Eine Zuordnung zu einzelnen Sozialquartieren ist möglich, übersteigt an dieser Stelle aber den Rahmen des Sozialberichtes. An weiteren Darstellungsformen wird auch im Kontext der Expert*innendialoge gearbeitet.

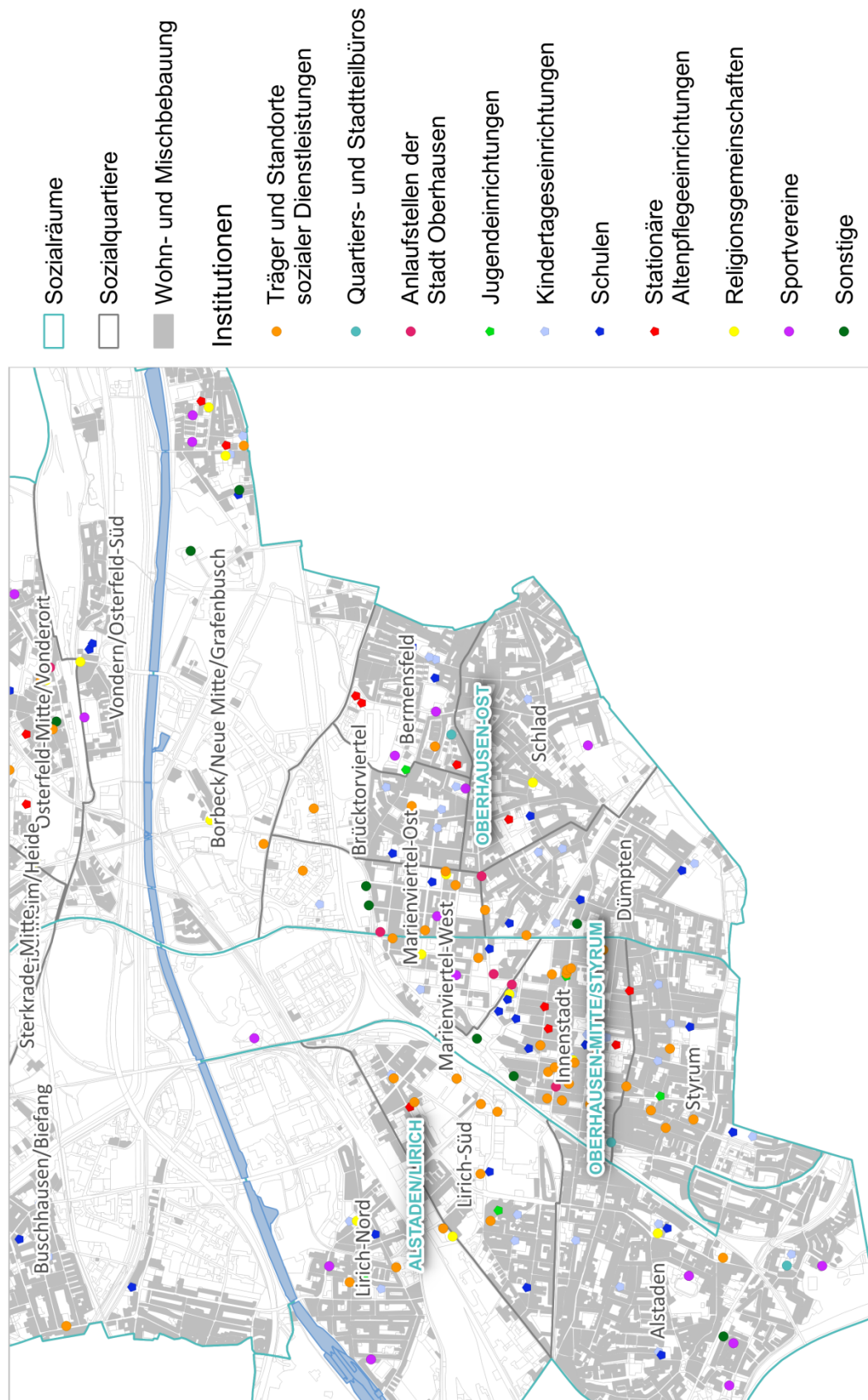
⁵⁵ Siehe: <https://www.din.de/de/service-fuer-anwender/normungsportale/dienstleistungsportal/dienstleistungenfelder/soziale-dienstleistungen>

⁵⁶ Siehe: <http://innoserv.philnoug.com/de/content/projektbeschreibung>

⁵⁷ Siehe: <https://www.kas.de/de/web/soziale-marktwirtschaft/soziale-dienstleistungen>

ALT-OBERHAUSEN

Karte 17: Institutionen und Träger*innen unterstützender Angebote in Alt-Oberhausen



Hinweis: Wohngebäude sind dunkler dargestellt
 Quellen: Bereich 3-2 Soziales, Bereich 3-1 Kinder, Jugend und Familie, Bereich 3-3 Schule, Bereich 2-5 Sport, Bereich 0-4 Chancengleichheit. Eigene Darstellung.
 Kartengrundlage: Flächennutzungskartierung des Regionalverband Ruhr, Essen, Team Luftbild und Geoinformationssysteme (Stand 2015)



**TRÄGER*INNEN UND STANDORTE
SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN**

71 MITTE/STYRUM

Aktiv Altern in Oberhausen
AWO Oberhausen e.V. Oberhausen
Caritasverband Oberhausen
Diakonisches Werk des Ev. Kirchenkreises Oberhausen
Ev. Beratungsstelle für Erziehungs-, Partnerschafts-, und Lebensfragen
Ev. Familien- und Erwachsenenbildungswerk
Evangelische Jugendhilfe Oberhausen gGmbH
Frauen helfen Frauen e.V.
Frauenberatungsstelle
Gerhard-Teerstegen-Institut
Gertrud-Zillich-Haus
Initiative Mittendrin
INTOB e.V.
Jugendmigrationsdienst des Diakonischen Werkes Oberhausen
Kath. Familienbildungsstätte
Kinderschutzbund
Kurbel / ZIB
Löwenzahn Betreutes Wohnen e.V.
Markt 4-2 Systemische Familien- und Jugendhilfe
Paritätischer Wohlfahrtsverband
RUHRWERKSTATT Kultur-Arbeit im Revier e.V.
Selbsthilfe-Kontaktstelle Oberhausen
Solwodi
Töfftet Leben Tobias Müller GmbH

72 OBERHAUSEN-OST

ASB Oberhausen
Bürgerzentrum Alte Heid
Caritas Seniorenberatung
Hilfe Daheim GmbH & Co. KG
intego gGmbH
Kinder in Rio e.V.

Kleiderladen Janne & Pit
Löwenzahn Erziehungshilfe
Profamilia Oberhausen
Simply Learn
Tertia Oberhausen
Zentrum für Ausbildung und berufliche Qualifikation (ZAQ) der AWO

73 ALSTADEN/LIRICH

Altenberg Sovat e.V.
Brack Capital - Mieterbüro Wohnpark Bebelstraße
Caritas Oberhausen - Familie, Bildung & Beratung
Die Oberhausener Tafel e.V.
DRK Kreisverband Oberhausen e. V.
Druckluft e.V.
Ev. Jugendheim Alstaden

Ev. Jugendheim Lirich
Fachseminar Altenpflege AWO
Flüchtlingshilfe Oberhausen
Kinder- und Kulturkreis Oberhausen e.V.
Malteser Oberhausen
Starthilfe e.V.
terre des hommes

QUARTIERS- UND STADTEILBÜROS

71 MITTE/STYRUM

Stadtteilbüro Brückenschlag
Quartiersbüro für Senior*innen Mitte/Styrum (DRK)

72 OBERHAUSEN-OST

Quartiersbüro für Senior*innen Oberhausen-Ost (Lebenshilfe e.V.)

73 ALSTADEN/LIRICH

Quartiersbüro für Senior*innen Alstaden/Lirich (Caritas)

ANLAUFSTELLEN DER STADT OBERHAUSEN

71 MITTE/STYRUM

Gleichstellungsstelle
Jobcenter

Jugendhilfe Regionalteam Mitte/Styrum

72 OBERHAUSEN-OST

Agentur für Arbeit
Jugendbündnishaushaus
Jugendhilfe Regionalteam Oberhausen-Ost
Kinderbüro

73 ALSTADEN/LIRICH

Jugendhilfe Regionalteam Alstaden / Lirich

JUGENDEINRICHTUNGEN

71 MITTE/STYRUM

Bauspielplatz der Ruhrwerkstatt e.V.
CEVI
Jugendkeller Nohlstraße und Blücherspielplatz
nOname
Place2Be
ZIB Bildungsoffensive

72 OBERHAUSEN-OST

Ev. Jugendhaus Goethestraße
ParkHaus
Underground

73 ALSTADEN/LIRICH

Bebelstraße Jugendarbeit (Courage)
Bebelstraße Kinderangebote AWO
Ev. Jugendheim Alstaden
Jugend- und Kulturzentrum Druckluft e.V.
Jugendclub Courage / Fripoli
Jugendhof St. Katharina
Kinder- und Jugendtreff Pauluskirche

KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

71 MITTE/STYRUM

Bewegungskindergarten + Familienzentrum Grashüpfer
Familienzentrum Ev. Christus Kiga
Familienzentrum Ev. Christus-Kiga

Kath. KTE + Familienzentrum
Herz-Jesu I

Kath. KTE + Familienzentrum
Herz-Jesu II

Kath. KTE + Familienzentrum
St. Joseph

Kath. KTE + Familienzentrum
St. Marien

KTE+ Familienzentrum der
Ruhrwerkstatt

Städt. KTE + Familienzentrum
Stadtmitte

Städt. KTE + Familienzentrum
Villa Kunterbunt I

Städt. KTE Villa Kunterbunt II
(Neubau)

Städt. KTE+ Familienzentrum
Rechenacker

72 OBERHAUSEN-OST

Ev. KG+ Familienzentrum Ber-
mensfeld

Familienzentrum Ev. Markus
Kiga

Familienzentrum Ev. Oberlin
KG

Heilpädagogische KTE Regen-
bogenland

Kath. KTE Heilig Geist

Kath. KTE St. Johannes Evange-
list

Kath. KTE St. Judas Thaddäus

Kath. KTE Unsere liebe Frau

Kath. KTE+ Familienzentrum St.
Michael

KTE Kusselkopp

KTE+ Familienzentrum Die
Arche

Städt. KTE am Umlandpark

Städt. KTE Dellwig

Städt. KTE Strickersweg

Städt. KTE Vennepoth

73 ALSTADEN/LIRICH

Ev. KTE + Familienzentrum
Alstaden „Karibu Sana“

Kath. KTE + Familienzentrum
St. Katharina

Kath. KTE + Familienzentrum
St. Peter

Kath. KTE Heilige Familie

Kath. KTE St. Antonius

KTE + Familienzentrum Löwen-
zahn

KTE Zaubersterne

Städt. KTE + Familienzentrum
City-West

Städt. KTE + Familienzentrum
Lirich

Städt. KTE Alstaden-West

SCHULEN

71 MITTE/STYRUM

Adolf-Feld-Schule

Anne-Frank-Realschule

Brüder-Grimm-Schule

Elsa-Brändström-Gymnasium

Fasia Jansen Gesamtschule

Hans-Böckler-Berufskolleg

Landweherschule

Luisenschule

Marienschule

Schule an der Hagedornstraße

Dependance

VHS Oberhausen

72 OBERHAUSEN-OST

Astrid-Lindgren-Schule

Bertha-von-Suttner-
Gymnasium

Falkensteinschule

Fasia Jansen Gesamtschule

Dependance

Havensteinschule

Heinrich-Heine-Gymnasium

Käthe-Kollwitz-Berufskolleg

Dependance

Rolandschule

Schule am Froschenteich

73 ALSTADEN/LIRICH

Bismarckschule

Concordiaschule

Hans-Sachs-Berufskolleg

Ruhrschule

Wunderschule

STATIONÄRE

(ALTEN-)PFLEGEINRICHTUNGEN

71 MITTE/STYRUM

August-Wieshoff-
Seniorenzentrum

DRK Seniorenresidenz Grenz-
straße

Pflegezentrum Josefinum

Senioren-Wohnpark Oberhau-
sen

Vincenzhaus Oberhausen

72 OBERHAUSEN-OST

ASB Seniorenzentrum

ASB Seniorenzentrum - De-
menzwohngruppe

ASB Seniorenzentrum - Junge
Pflege

Haus Abendfrieden

Haus Am Buschkämpen

Haus Isabel

Haus Marienburg

73 ALSTADEN/LIRICH

Martha-Grillo-
Seniorenzentrum

RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

71 MITTE/STYRUM

Ev. Kirchenkreis Oberhausen

Ev. Luther-Kirchengemeinde

Kath. Herz-Jesu- Ev. Christus-
Kirchengemeinde

Kath. Herz-Jesu-
Kirchengemeinde

Kath. Kirchengemeinde St.
Marien

Kath. Kirchengemeinde St.
Marien (St. Johannes Evange-
list)

72 OBERHAUSEN-OST

Ev. Luther-Kirchengemeinde
(Bereich Bermensfeld)

Ev. Markuskirchengemeinde

Evangelische Kirchengemeinde
Dellwig - Frintrop - Gerschede

Katholische Kirchengemeinde
Sankt Judas Taddäus

Ökumenisches Kirchenzentrum
e.V.

73 ALSTADEN/LIRICH

Ev. Emmaus-Kirchengemeinde
Oberhausen Alstaden

Ev. Emmaus-Kirchengemeinde
Oberhausen Lirich

Kath. Kirchengemeine St. Ka-
tharina

St. Antonius Kirchengemeinde

SPORTVEREINE

71 MITTE/STYRUM

OTV – Oberhausener Turnver-
ein

72 OBERHAUSEN-OST

Behindertensport Oberhausen
e.V.

SC 1920 Oberhausen

Spiel und Sport 1921 e.V.
Oberhausen

TBO Turnerbund Oberhausen

VfR 08 Verein für Rasensport

73 ALSTADEN/LIRICH

Alstadener Kanu Club

Arminia Lirich

S.C. Blau-Weiß Lirich

Schwarz-Weiß 09/36 Oberhau-
sen-Alstaden e.V.

SG Hibernia Alstaden e.V.

TSV Alstaden

TuS Alstaden 1887/97 e.V.

SONSTIGE INSTITUTIONEN

71 MITTE/STYRUM

DGB Stadtverband Oberhausen

KiteV

StadtSportbund (SSB)

72 OBERHAUSEN-OST

Bürgerverein Oberhausen
Borbeck e.V.

Feuerwehr Oberhausen

Haus Ripshorst Regionalver-
band Ruhr (RVR)

Knappen-Initiative

NABU Oberhausen

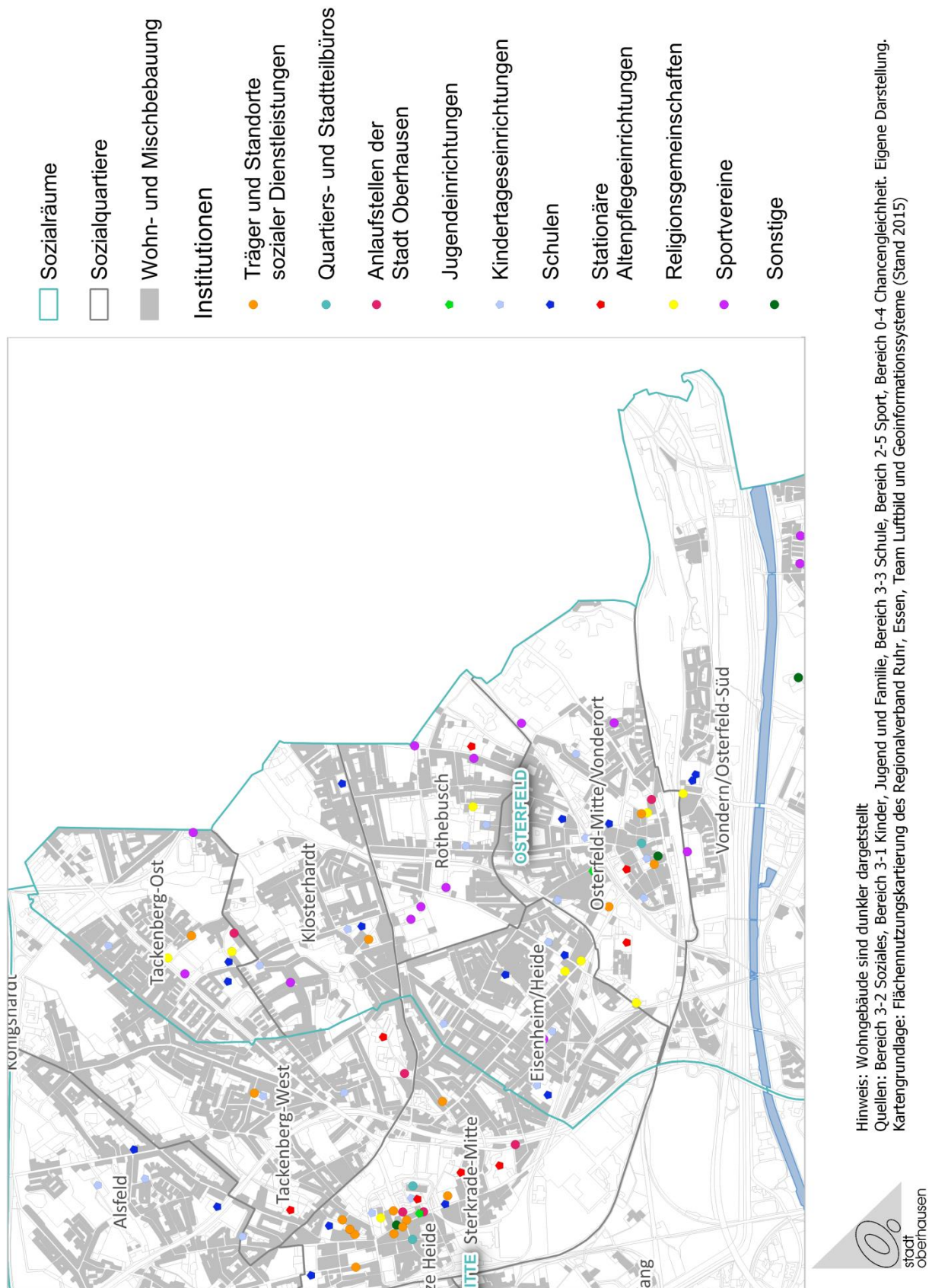
THW Technisches Hilfswerk

73 ALSTADEN/LIRICH

Bürgerring Alstaden

OSTERFELD

Karte 18: Institutionen und Träger*innen unterstützender Angebote in Osterfeld



**TRÄGER*INNEN UND STANDORTE
SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN**

76 OSTERFELD

Ausbildungszentrum Oberhausen
Caritaszentrum Osterfeld
Die Kurbel
pro wohnen international e. V.
Stationäres Hospiz St. Vinzenz Palotti

QUARTIERS- UND STADTEILBÜROS

76 OSTERFELD

Quartiersbüro für Senior*innen Osterfeld (pro wohnen e.V.)
Stadtteilbüro Osterfeld

ANLAUFSTELLEN DER STADT OBERHAUSEN

76 OSTERFELD

Jugendhilfe Regionalteam Osterfeld
Psychologische Beratungsstelle

JUGENDEINRICHTUNGEN

76 OSTERFELD

Die Eins
Ev. Jugendzentrum Kapellenstraße
Falkentreff
Jugend APO
Streetwork

KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

76 OSTERFELD

Bewegungskindergarten + Familienzentrum Grashüpfer
Ev. KTE + Familienzentrum Arche Noah
Integratives Familienzentrum + KTE Schatzkiste
Kath. KTE + Familienzentrum St. Antonius

Kath. KTE + Familienzentrum St. Marien-Rothebusch

Kath. KTE + Familienzentrum St. Pankratius Fantasiewerkstatt

Kath. KTE St. Pankratius Entdeckungskiste

KTE + Familienzentrum der AWO

KTE + Familienzentrum Löwenzahn

KTE + Familienzentrum Regenbogenland

KTE emek

KTE Waldorf

Städt. KTE Ackerstraße

Städt. KTE Stemmersberg

Städt. KTE Tackenberg

SCHULEN

76 OSTERFELD

Erich Kästner-Schule
Gesamtschule Osterfeld
Jacobischule
Käthe-Kollwitz-Berufskolleg
Osterfelder-Heide-Schule
Overbergschule
Robert-Koch-Schule
Schillerschule
Schillerschule/Comeniuschule
Schule am Siedlerweg
Theodor-Heuss-Realschule

**STATIONÄRE
(ALTEN-)PFLEGEINRICHTUNGEN**

76 OSTERFELD

Bischof-Ketteler-Haus
Louise-Schroeder-Heim
Seniorenresidenz am OLGA-Park

RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

76 OSTERFELD

Bosnisch-islamische Kulturgemeinschaft OB e. V
Kath. Pfarrei St. Pankratius
Moscheegemeinde Ulu Camii
Evangelische Auferstehungskirchengemeinde Oberhausen Osterfeld
VIKZ Verband der islamischen Kultur Moschee
Kath. Kirchengemeinde St. Marien
Kath. Kirchengemeinde St. Marien Rothebusch
Evangelische Apostelkirchengemeinde Oberhausen
Schul- und Sozialkirche St. Jakobus e.V.

SPORTVEREINE

76 OSTERFELD

DJK Arminia Klosterhardt 1923 e.V.
Gesundheitssport Oberhausen e.V.
Handballsportclub Osterfeld e.V.
RSV / GA Klosterhardt 1929 e.V.
Schützenverein Klosterhardt 1925 e.V.
Schützenverein Rothebusch 1922 e.V.
SG Osterfeld
SJD-Die Falken Kreisverband Oberhausen
SV Adler Osterfeld
Tanz Turnier Club Osterfeld
TSV Safakspor
Turnerbund Osterfeld

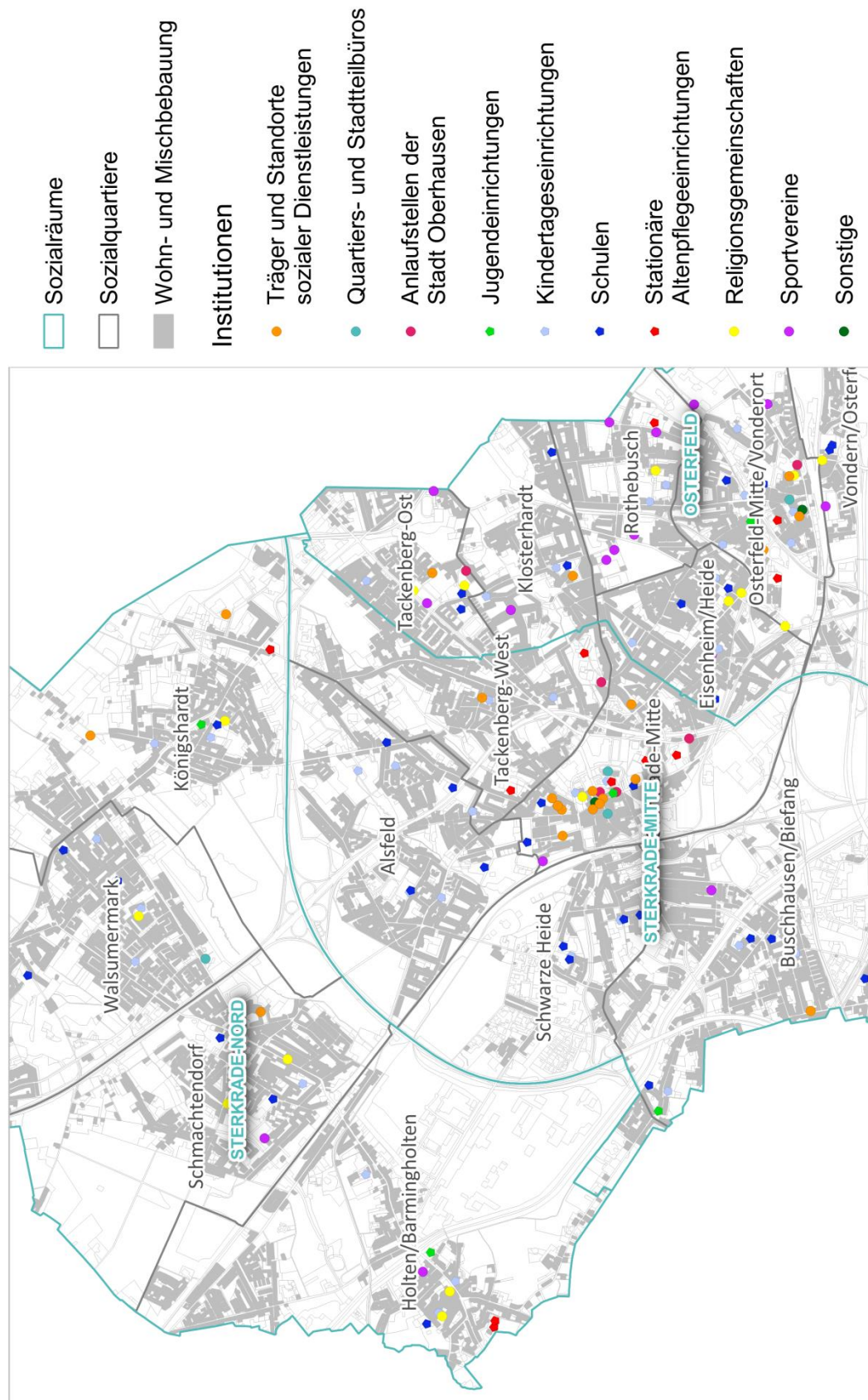
SONSTIGE INSTITUTIONEN

76 OSTERFELD

Bürgerring Osterfeld

STERKRADE

Karte 19: Institutionen und Träger*innen unterstützender Angebote in Sterkrade



Hinweis: Wohngebäude sind dunkler dargestellt
 Quellen: Bereich 3-2 Soziales, Bereich 3-1 Kinder, Jugend und Familie, Bereich 3-3 Schule, Bereich 2-5 Sport, Bereich 0-4 Chancengleichheit. Eigene Darstellung.
 Kartengrundlage: Flächennutzungskartierung des Regionalverband Ruhr, Essen, Team Luftbild und Geoinformationssysteme (Stand 2015)



**TRÄGER*INNEN UND STANDORTE
SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN**

74 STERKRADE-MITTE

Alsbachtal gGmbH Leben mit Behinderung

Arbeitslosenzentrum Kontakt e. V.

Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung

Caritasverband Oberhausen
Caritaszentrum Sterkrade

Diakonisches Werk Psychosoziales Gesundheitszentrum

Frauen beraten/donum vitae MH/OB e. V.

Gemeinnützige Wohnungs-Genossenschaft Oberhausen-Sterkrade eG

Interdisziplinäres Früh-Förder-Zentrum IFF Reha-Zentrum Oberhausen

Internationaler Bund Oberhausen e.V.

Jugendheim Buschhausen

KoKoBe Oberhausen

Sozialwerk St.-Georg-Haus Tondern

75 STERKRADE-NORD

Katholische Erwachsenen- und Familien-Bildung Mülheim und Oberhausen Nebenstelle Schmachtendorf

Lebenshilfe Oberhausen e.V. Sportabteilung

Lebenshilfe Oberhausen gGmbH Interdisziplinäre Frühförderung

QUARTIERS- UND STADTEILBÜROS

74 STERKRADE-MITTE

Citymanagement Sterkrade

Quartiersbüro für Senior*innen Sterkrade-Mitte (Gute Hoffnung Leben)

75 STERKRADE-NORD

Quartiersbüro für Senior*innen Sterkrade-Nord (AWO)

ANLAUFSTELLEN DER STADT OBERHAUSEN

74 STERKRADE-MITTE

Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen

Drogenberatungsstelle

Gesundheitsamt

Jugendhilfe Regionalteam Sterkrade

Pflegeberatungsstelle der Stadt Oberhausen

Schulamt

JUGENDEINRICHTUNGEN

74 STERKRADE-MITTE

Ev. Jugendheim Buschhausen

GOT Sterkrade

Jugendtreff Biefang

Jugendzentrum Friki

75 STERKRADE-NORD

Ev. Jugendarbeit Königshardt

Ev. Jugendhaus Schmachtendorf

Jugend- und Kulturzentrum Emscherdamm

KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

74 STERKRADE-MITTE

Ev. KG Sterkrade I

Ev. KG Sterkrade II

Ev. KG Sterkrade III

Ev. KTE Buschhausen „Regenbogenhaus“

Familienzentrum Alsbachtal

Kath. KTE + Familienzentrum Herz-Jesu

Kath. KTE + Familienzentrum Liebfrauen

Kath. KTE + Familienzentrum St. Clemens

Kath. KTE Christ-König

Kath. KTE St. Bernardus

Kath. KTE St. Josef

KTE + Familienzentrum der AWO

KTE + Familienzentrum Löwenzahn

KTE Schlupfloch

Neuapostolische KTE

Städt. KTE Alsfeld

Städt. KTE Biefang

Städt. KTE Stader Weg

75 STERKRADE-NORD

Ev. KG Die Kirchenmäuse

Ev. Kiga + Familienzentrum Schmachtendorf

Ev. KTE Sonnenstrahl

Kath. KTE + Familienzentrum St. Barbara

Kath. KTE St. Johann

Kath. KTE St. Josef

Kath. KTE St. Theresia

KTE Löwenzahn

Städt. KTE Holten

Städt. KTE Königshardt

Städt. KTE Schmachtendorf

SCHULEN

74 STERKRADE-MITTE

Alsfeldschule

Christoph-Schlingensief-Schule
Dependance Buschhausen

Freiherr-vom-Stein- Gymnasium

Friedrich-Ebert-Realschule

Gesamtschule Weierheide

GS Buschhausen

GS Buschhausen

Königschule

Melanchthonschule

Postwegschule

Schule an der Hagedornstraße

Schwarze-Heide-Schule

Sophie-Scholl-Gymnasium

Steinbrinkschule

75 STERKRADE-NORD

Hartmannschule

Heinrich Böll Gesamtschule

Heinrich Böll Gesamtschule

Dependance

Hirschkampfschule

Kastellschule

Schule an der Oranienstraße

**STATIONÄRE
(ALTEN-)PFLEGEINRICHTUNGEN**

74 STERKRADE-MITTE

Altenzentrum St. Clemens

Gute Hoffnung leben

Haus Bronkhorstfeld

Haus Katharina

Haus Katharina - Junge Sonderpflege

Johanniter Haus Sterkrade

75 STERKRADE-NORD

ASB Seniorenzentrum Holten

ASB Seniorenzentrum Holten
(Haus für Menschen mit Demenz)

Haus Gottesdank

RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

74 STERKRADE-MITTE

Evangelische Emmaus-Kirchengemeinde Buschhausen

Propstei St. Clemens Oberhausen-Sterkrade

75 STERKRADE-NORD

Apostolische Gemeinschaft e.V. Gemeinde Oberhausen Sterkrade

Ev. Kirchengemeinde Königshardt-Schmachtendorf

Ev. Kirchengemeinde Holten-Sterkrade

Kath. Junge Gemeinde St Barbara Oberhausen Königshardt

Kath. Kirchengemeinde St. Johann Holten

St. Theresia vom Kinde Jesu

SPORTVEREINE

74 STERKRADE-MITTE

TC '69 Sterkrade

75 STERKRADE-NORD

Sportvereinigung Sterkrade Nord

TuS Grün Weiß Holten e.V.

SONSTIGE INSTITUTIONEN

74 STERKRADE-MITTE

Sterkrader Interessengemeinschaft e.V.

10 ZENTRALE ERGEBNISSE UND WEITERES VORGEHEN

Der Sozialbericht gibt einen integrierten Überblick über die Sozialstruktur in den Oberhausener Sozialquartieren. Er dient der Politik, der Verwaltung und der vielfältigen Trägerlandschaft in Oberhausen zur Steuerungsunterstützung bei der Armutsbekämpfung und der Förderung von Chancengleichheit. Mithilfe einer gemeinsamen übersichtlichen Datenbasis soll eine gemeinsame strategische Ausrichtung der verschiedenen Fachakteur*innen und Fachplanungen gefördert werden.

Die Wahl des Wohnortes und verschiedene Bildungs- und Gesundheitsentscheidungen, die Menschen treffen, sind in hohem Maße abhängig von ihrer sozialen Lage. Ökonomische Armut bzw. finanzielle Unterversorgungslagen können weitreichende Folgen haben, die auch über den Zeitraum der unmittelbaren Unterversorgung hinausgehen und zur Reproduktion von Armut über Generationen hinweg beitragen. Sobald benachteiligende Strukturen sich abzeichnen, gilt es politisch umzusteuern und systematische Benachteiligungen abzubauen.

Die verschiedenen Fachberichte, die die Stadt Oberhausen veröffentlicht, ergeben ein einheitliches Bild: Die Bevölkerungsstrukturen und Lebensbedingungen in den Oberhausener Sozialquartieren unterscheiden sich zum Teil deutlich voneinander. Dies gilt auch für die Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko.

Bundesweite Armuts- und Sozialberichterstattungen zeigen auf, dass ein statistisch erhöhtes Armutsrisiko in Deutschland u.a. Migrant*innen, SGB-II-Empfänger*innen, Sozialgeldempfänger*innen, arbeitslose Jugendliche, Empfänger*innen von Grundsicherung, Alleinerziehende und Großfamilien trifft.

Der Sozialindex nimmt diese sieben Bevölkerungsgruppen in den Sozialquartieren in den Blick und gibt so an, in welchen Sozialquartieren überdurchschnittlich hohe Anteile von Einwohner*innen mit erhöhtem Armutsrisiko und potentiellm Unterstützungsbedarf leben.

In der für diese Sozialquartiere vorgenommenen integrierten Sozialraumanalyse wird sichtbar, welche Bevölkerungsgruppen in diesen Sozialquartieren vertreten sind und wo integrierte Konzepte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe der betroffenen Menschen ansetzen können.

10.1. ZENTRALE ERGEBNISSE

Seit dem letzten Sozialbericht hat sich die Sozialstruktur in keinem der Sozialquartiere eklatant geändert. Nach wie vor bündeln sich die meisten Menschen mit erhöhtem Armutsrisiko in Alt-Oberhausen und zum Teil in den Zentren von Osterfeld und Sterkrade sowie in einem Bezirk in Tackenberg-Ost.

Insgesamt wurden sieben Sozialquartiere und zwei Bezirke durch den Sozialindex als Fokusquartiere ausgegeben und näher auf ihre Sozialstruktur und potentielle Bedarfslagen untersucht: Die Innenstadt, Lirich-Süd, das Marienviertel-West, das Marienviertel-Ost, das Brücktorviertel, Schlad, Osterfeld-Mitte und jeweils ein Bezirk in Sterkrade-Mitte und Tackenberg-Ost.

Auffällig ist, dass bis auf Schlad gerade die Sozialquartiere eine überproportionale Zunahme der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen, also einen negativen Dynamikindex verzeichnen, die ohnehin bereits erhöhte Anteilswerte bzw. einen niedrigen Statusindex aufweisen. Die Sozialquartiere mit positivem Dynamikindex weisen allesamt einen mittleren oder hohen Statusindex auf. Dies deutet darauf hin, dass die soziale Spaltung zwischen den Sozialquartieren zunimmt.

Ebenfalls ist eine leicht ansteigende Segregation der Einwohner*innen zu beobachten, die Leistungen nach dem SGB-II beziehen. Entgegen dem bisherigen Trend, ist die Segregation der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund leicht rückläufig.

Die Analyse der Fokusquartiere zeigt die unterschiedliche Verteilung der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen und damit einhergehender mögliche Bedarfslagen auf.

Während in der Innenstadt, Lirich-Süd, dem Brücktorviertel und dem Marienviertel-Ost alle sieben Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich stark vertreten sind, sind in den anderen Sozialquartieren einzelne Indikatoren unauffällig. So sind bspw. die Anteile der arbeitslosen Jugendlichen im Marienviertel-West und in Osterfeld-Mitte/Vonderort durchschnittlich. Ebenfalls durchschnittlich ist der Anteil der Alleinerziehenden in Osterfeld-Mitte/Vonderort.

In den beiden Bezirken in Tackenberg-Ost und Sterkrade-Mitte sind ebenfalls nicht alle armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen gleich stark vertreten: In Tackenberg-Ost stehen Migrant*innen und SGB-II-Empfänger*innen im Fokus. Der Anteil der Migrant*innen zählt sogar stadtweit zu den höchsten. Im Fokusbezirk in Sterkrade-Mitte ist der Anteil der Migrant*innen hingegen durchschnittlich. Währenddessen rücken in Sterkrade-Mitte die Themen Kinder- und Altersarmut in den Fokus sowie Transferleistungsbezug und Arbeitslosigkeit, besonders bei Jugendlichen.

Wie auch im letzten Sozialbericht errechnet sich für die Innenstadt nicht nur der geringste Statusindexwert, sondern auch ein negativer Dynamikindex. Die ohnehin deutlich überdurchschnittlichen Anteile von Zielgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko sind entsprechend weiter überdurchschnittlich stark gestiegen.

Auch für das Sozialquartier Marienviertel-West errechnet sich, wie bereits im letzten Sozialbericht, ein negativer Dynamikindex. Bei der aktuellen Berechnung verzeichnet das Sozialquartier den niedrigsten Dynamikindexwert und somit die am deutlichsten steigenden Anteile armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen. Bei der Betrachtung der Indikatoren im Marienviertel-West zeigen sich für alle Zielgruppen, außer bei den arbeitslosen Jugendlichen und bei den Grundsicherungsempfänger*innen, deutliche Zunahmen ihrer Anteile. Die Anzahlen betroffener Personen sind aufgrund der geringen Einwohner*innenzahl im Marienviertel-West jedoch verhältnismäßig gering.

Schlad wurde aufgrund des negativen Dynamikindex ebenfalls als Fokusquartier betrachtet. Die Anteile der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen sind jedoch nach wie vor unauffällig. Stattdessen geht der negative Dynamikindex, der für Schlad ausgegeben wird, auf die besondere Bevölkerungsstruktur im Sozialquartier zurück. Da der Anteil der Familienhaushalte verhältnismäßig gering ist, führen bereits geringe Anstiege der absoluten Zahlen, z.B. bei der Anzahl der Haushalte von Alleinerziehenden und großen Familien, zu deutlichen Veränderungen der Indikatorenwerte. Zudem liegen alle Armutsindikatoren in Schlad nach wie vor im städtischen Durchschnitt.

Im ersten Sozialbericht 2017 zeigte sich, dass in den Sozialquartieren im Sozialraum Oberhausen-Ost besonders hohe Anteile von Alleinerziehenden leben. Die aktuellen Daten zeigen, dass die Anteile der Alleinerziehenden in einigen der Sozialquartiere dort sogar noch gestiegen sind. Daraus lässt sich jedoch nicht unmittelbar ableiten, dass sich daraus Benachteiligungen ergeben. Es bietet sich daher an, die Lebenslagen einiger Zielgruppen durch weitere Daten, bspw. auch aus der Ober-

hausener Bürger*innenbefragung zu ergänzen.

Zur Ableitung von Handlungsbedarfen ist es über die Berichterstattung hinaus wichtig, die Ergebnisse mit anderen Fachakteur*innen abzustimmen, die im Sozialquartier aktiv sind.

INTERPRETIERBARKEIT DES SOZIALINDEX

Die Sozialstruktur in einem Stadtteil oder in einer Stadt ist abhängig von vielen verschiedenen Faktoren und Ereignissen. Es kann niemals mit Sicherheit gesagt werden kann, dass das eine oder andere Ereignis die alleinige Ursache für eine Veränderung ist. Die Auswirkungen infrastruktureller oder gesellschaftliche Veränderungen werden meist deutlicher sichtbar als positive Effekte unterstützender Maßnahmen.

Im Rahmen des Sozialberichtes wird stets versucht, die Veränderung der einzelnen Indikatorenwerte und des Sozialindex mit Kontextwissen über infrastrukturelle oder gesellschaftliche Veränderungen zu interpretieren. So können bspw. neu bezogene Einfamilienhaussiedlungen zu einem Anstieg der Familienhaushalte führen und voraussichtlich auch zu einer abnehmenden SGB-II-Quote, da Familien, die in ein neu gebautes Haus einziehen, voraussichtlich keine Transferleistungen empfangen. Auch Ereignisse, wie der vermehrte Zuzug von Geflüchteten seit 2015, haben zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der Migrant*innen geführt. Da diese auf Leistungen nach dem AsylbLG angewiesen sind, konzentrierte sich der Zuzug vorwiegend auf Gebiete mit verfügbaren preisgünstigen Wohnungen. Hingegen werden präventive Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit kaum unmittelbare Veränderungen der im Sozialindex verwendeten Indikatoren zur Folge haben. Hier benötigt es jeweils individuelle Evaluationsmethoden, um die Auswirkungen einzelner Maßnahmen zu beschreiben.

Der Sozialindex ist ein Steuerungsinstrument, mit dem kleine und große Veränderungen in der Oberhausener Sozialstruktur kleinräumig erfasst und beobachtet werden können, damit die soziale Daseinsvorsorge der Stadtverwaltung, der Verbände, Gemeinden und anderer Einrichtungen sich ggf. an diese Veränderungen anpassen kann und sie regelmäßig informiert werden, wo welche ihrer Zielgruppen leben. Ob eine ausreichende Versorgung der Zielgruppen mit Unterstützungsangeboten stattfindet, muss gesondert untersucht werden.

Beim Sozialindex handelt es sich um ein Verhältnismaß, welches keine absoluten Zahlen bewertet, sondern Abweichungen vom städtischen Durchschnitt beschreibt. Auch wenn der Sozialindex die Verortung und Entwicklung von armutsgefährdeten Zielgruppen ermöglicht, ist der Sozialindex nicht als Evaluationsinstrument oder für Wirkungsanalysen hinsichtlich der Maßnahmen, die in einem Quartier ergriffen wurden, zu betrachten. Um Wirkung oder Erfolge zu messen, müssten zunächst politische Zielsetzungen formuliert und Indikatoren bestimmt werden, an denen diese Ziele gemessen werden können.

10.2. WEITERES VORGEHEN

Die Datenzugänge für *lebensnahe* Bedarfsanalysen sind für Kommunen überschaubar. Zwar liegt eine breite Palette von Kennzahlen vor, welche der Bereich Statistik aufbereitet im *Sozialstrukturatlas*, dem *Bildungsatlas* und dem *O.bis* öffentlich nutzbar macht, es bleiben aber „blinde Flecken“, die durch statistische Daten nicht erfasst werden können.

Für den wichtigen Schritt von „Daten zu Taten“ werden die steuerungsrelevanten Informationen, die aus Fachberichten wie dem Sozialbericht hervorgehen, mit dem Wissen von Akteur*innen, die im Sozialraum aktiv sind, zusammengebracht. Sie kennen die Lebenslagen der Einwohner*innen und können

die statistischen Kennzahlen durch praxisnahes Wissen ergänzen.

Zum einen können die verschiedenen Maßnahmenträger*innen mit den für sie relevanten Informationen aus dem Sozialbericht ihre eigenen Angebote reflektieren, zum anderen ist besonders der aktive Austausch über die Ergebnisse des Sozialberichtes und eine gemeinsame strategische Ausrichtung wünschenswert. Neben der Vorstellung in verschiedenen internen und externen Gremien, wie bspw. den Sozialraumgremien, fließen die Berichtsergebnisse in die Veranstaltungsreihe der Expert*innendialoge ein. Hier können ausgehend von den statistischen Analysen gemeinsam mit den lokalen Maßnahmenträger*innen, der Verwaltung und der Politik wissensbasierte, passgenaue und umsetzungsfähige Stellschrauben zur Verbesserung der Lebenslagen identifiziert werden, die in eine gemeinsame Strategieentwicklung einfließen. Besonders für die neun Fokusgebiete, die im Rahmen dieses Sozialberichtes untersucht wurden, ist überdies eine Reflexion der Versorgungsangebote hinsichtlich ihrer Erreichbarkeit und der Inanspruchnahme durch die Zielgruppen sinnvoll.

Seit dem ersten Sozialbericht wurde die strategische Sozialplanung ausgebaut und weiterentwickelt. Steuerungsinstrumente, wie der Sozialindex werden auch von anderen Fachplanungen, wie bspw. der Stadtentwicklung, eingesetzt und auch die integrierte Zusammenarbeit der Sozialplanung mit anderen Fachplanungen wurde ausgebaut. Die im Sozialbericht enthaltenen Exkurse bieten einen Einblick in die vielfältigen Schnittmengen der Sozialplanung mit den Bereichen Bildung, Gesundheit, Stadtentwicklung und Umwelt. Diese Themenfelder sollen künftig im Rahmen integrierter Arbeiten weiter erschlossen werden, um die Komplexität einiger gesellschaftlicher Benachteiligungen in Oberhausen trans-

parenter zu machen und dezernatsübergreifende Strategien zu entwickeln.

In einigen zentralen Handlungsfeldern, wie bspw. Bildung, Erwerbsarbeit, Transferleistungen und Rente ist der kommunale Handlungsspielraum begrenzt durch gesetzliche Rahmenbedingungen, die nur durch landes- oder bundesweite politische und gesetzliche Entscheidungen verändert werden können. Um solche Prozesse zumindest anzustoßen, steht die Sozialplanung regelmäßig im Austausch mit anderen Kommunen sowie landesweiten Fachstellen und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Die Fortschreibung des Sozialindex soll auch künftig alle zwei Jahre nach demselben Verfahren erfolgen. Darüber hinaus bietet die Sozialplanung auf Anfrage weiterführende Sozialstrukturanalysen bspw. für die Formulierung von Förderanträgen an. Dieses Angebot der Sozialplanung können nicht nur kommunale, sondern auch freie, kirchliche, private oder bundesweite Träger*innen, die in Oberhausen aktiv sind, nutzen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Acheson, Donald. 1988.** *Public health in England : The report of the Committee of Inquiry into the Future Development of the Public Health Function.* London, 1988.
- Becker, Rolf. 2011.** Entstehung und Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten. *Lehrbuch der Bildungssoziologie.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, S. 87-138.
- Biedinger, Nicole und Becker, Birgit. 2010.** Frühe ethnische Bildungsungleichheit: Der Einfluss des Kindergartenbesuchs auf die deutsche Sprachfähigkeit und die allgemeine Entwicklung. In: Birgit Becker und David Reimer. *Vom Kindergarten bis zur Hochschule: Die Generierung von ethnischen und sozialen Disparitäten in der Bildungsbiographie.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 49-79.
- BMAS, Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2017.** Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin : BMAS, 2017.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2017.** *Familienreport 2017.* 2017.
- Claßen, Thomas, et al. 2011.** Stadtgrün und Gesundheit: ein Beitrag zur Debatte um soziale und räumliche Ungleichheit. *UMID - Umwelt und Mensch Informationsdienst.* 2011, 2, S. 100-104.
- Daseking, Monika, et al. 2009.** Entwicklung und Normierung des Einschulungsscreenings SOPESS. *Das Gesundheitswesen.* 71(10), 2009, S. 648-655.
- Deinet, Ulrich, et al. 2020.** *Ausgangs- und Bedarfslagen in den Oberhausener Sozialquartieren: Marienviertel-West, Marienviertel-Ost und Brücktorviertel.* Oberhausen : Stadt Oberhausen, 2020.
- DESTATIS, Statistisches Bundesamt Deutschland. 2020a.** Qualität der Arbeit - Unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte. [Online, Aufgerufen am 07. 07. 2020] <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/unfreiwillig-teilzeitbeschaefigte.html>.
- DESTATIS, Statistisches Bundesamt Deutschland. 2020b.** Qualität der Arbeit - Personen in Elternzeit. [Online, Aufgerufen am 07. 07. 2020] <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/elternzeit.html>.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband . 2019.** *30 Jahre Mauerfall – Ein viergeteiltes Deutschland. Der Paritätische Armutsbericht 2019.* Berlin : Der Paritätische Gesamtverband, 2019.
- Garbuszus, Jan Marvin, et al. 2018.** *Wie hat sich die Einkommenssituation von Familien entwickelt? Ein neues Messkonzept.* Gütersloh : Bertelsmann Stiftung, 2018.
- Gerlinger, T., et al. 2012.** Situation und Perspektiven von Public Health in Deutschland - Forschung und Lehre. *Das Gesundheitswesen.* 2012, 74 (11), S. 762-766.
- Gniewosz, Burkhard und Walper, Sabine. 2017.** Bildungsungleichheit – Alles eine Frage der Familie?! In: Thomas Eckert und Burkhard Gniewosz. *Bildungsgerechtigkeit.* Wiesbaden : Springer Fachmedien, 2017, S. 187-200.
- Gottschalk, Constanze, et al. 2011.** Belastung einzuschulender Kinder mit Umweltschadstoffen – Ergebnisse der Schulanfängerstudie Sachsen-Anhalt. Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs), et al. [Hrsg.] *UMID - Umwelt und Mensch Informationsdienst.* 2011, 2, S. 63-69.
- Groos, Thomas und Jehles, Nora. 2015.** *Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern.* Bochum und Gütersloh : Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) und Berstelmann Stiftung, 2015.
- Groos, Thomas. 2015.** *Gleich und gleich gesellt sich gern - Zu den sozialen Folgen freier Grundschulwahl. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung "Kein Kind zurücklassen!" Werkstattbericht.* Gütersloh und Bochum : Bertelsmann Stiftung und Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), 2015.

- Groos, Thomas, Trappmann, Carolin und Jehles, Nora. 2018.** „Keine Kita für alle“ Zum Ausmaß und zu den Ursachen von Kita-Segregation. Gütersloh und Bochum : Bertelsmann-Stiftung und Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), 2018.
- Harth, Annette, et al. 2019.** *Werkzeugkasten Sozialberichterstattung - Ein Praxisleitfaden für niedersächsische Kommunen.* Hildesheim, 2019.
- Häußermann, Hartmut und Siebel, Walter. 2004.** *Stadtsoziologie. Eine Einführung.* Frankfurt am Main : Campus, 2004.
- Hermstein, Björn, et al. 2019.** Schulreform und Bildungsarmut. In: Gudrun Quenzel und Klaus Hurrelmann [Hrsg.]. *Handbuch Bildungsarmut.* Wiesbaden : Springer VS, 2019.
- Hurrelmann, Klaus und Quenzel, Gudrun. 2019.** Ursachen und Folgen von Bildungsarmut. *Bildungsarmut.* Wiesbaden : Springer VS, 2019.
- Junkerheinrich, Dr. Martin und Micosatt, Gerhard. 2018.** *Analyse der kommunalen Sozialausgaben im Ruhrgebiet.* Essen : Regionalverband Ruhr (RVR), 2018.
- Karlsson, Martin und Okoampah, Sarah. 2012.** Zum Zusammenhang von Armut und Gesundheit. *DER BÜRGER IM STAAT.* 4 Armut, 2012, Vols. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
- Kotitschke, Edith und Becker, Rolf. 2013.** Familienergänzende Betreuung und Schulerfolg. In: Margrit Stamm und Doris Edelmann. *Handbuch frühkindliche Bildungsforschung.* Wiesbaden : Springer Fachmedien, 2013, S. 713-729.
- Krug, Susanne, et al. 2018.** Sport- und Ernährungsverhalten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. Robert Koch-Institut [Hrsg.]. *Journal of Health Monitoring.* 2018, 3(2), S. 3-22.
- Kuntz, Benjamin, et al. 2018.** Soziale Unterschiede im Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2. Robert Koch-Institut [Hrsg.]. *Journal of Health Monitoring.* 2018, 3(3), S. 45-63.
- Kurtenbach, Sebastian. 2013.** *Neuzuwanderer in städtischen Ankunftsgebieten. Opportunitätsstrukturen und Nutzung des öffentlichen Raums durch Neuzuwanderergruppen in Ankunftsgebieten am Beispiel der rumänischen und bulgarischen Zuwanderer in der Dortmunder Nordstadt.* Bochum : Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), 2013.
- Lampert, T., Hobel, J. und Kuntz, B. 2017.** *Gesundheitliche Ungleichheit in verschiedenen Lebensphasen. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes.* Berlin : Gemeinsam getragen von RKI und Destatis, 2017.
- Lampert, Thomas, et al. 2019.** Gesundheitliche Ungleichheiten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Zeitliche Entwicklung und Trends der KiGGS-Studie. Robert Koch-Institut [Hrsg.]. *Journal of Health Monitoring.* 2019, 4(1), S. 16-39.
- Lampert, Thomas, et al. 2018.** Messung des sozioökonomischen Status und des subjektiven sozialen Status in KiGGS Welle 2. Robert Koch-Institut [Hrsg.]. *Journal of Health Monitoring.* 2018, 3(1).
- Laußmann, Detlef, et al. 2013.** Soziale Ungleichheit von Lärmbelastigung und Straßenverkehrsbelastung - Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Springer-Verlag [Hrsg.]. *Bundesgesundheitsblatt.* 2013, 56, S. 822-831.
- MAIS NRW, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. 2016.** *Sozialbericht NRW - Armuts und Reichtumsbericht. Analysen, Maßnahmen und Ergebnisse.* Düsseldorf, 2016.

Nationale Präventionskonferenz. 2016. *Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz nach §20d Abs. 3 SGB V.* 2016.

Nieszery, Andrea. 2008. Class, race, gender... neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartiereffekten in der europäischen Stadtforschung. [book auth.] Olaf Schnur. *Quartiersforschung - Zwischen Theorie und Praxis.* s.l. : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 2018. Country Note Germany - Equity in Education: Breaking Down Barriers to Social Mobility PISA. Paris: OECD Publishing, 2018.

Regionalverband Ruhr. 2017. *Klimaanalyse Stadt Oberhausen.* Essen, 2017.

Riedel, Natalie, et al. 2011. Gesundheitliche Ungleichheit in der Stadt: Eine gemeinsame Bewertung von sozialen und umweltbezogenen Belastungen im Ruhrgebiet. *UMID - Umwelt und Mensch Informationsdienst.* 2011, 2, S. 89-94.

Schmidtke, Claudia, et al. 2017. Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2. Robert Koch-Institut [Hrsg.]. *Journal of Health Monitoring.* 2017, 3(4), S. 68-77.

Stadt Oberhausen. 2017. *Lärmaktionsplan der zweiten Stufe für die Stadt Oberhausen.* 2017.

Stadt Oberhausen. 2018a. *Wohnen in Oberhausen 2017.* s.l. : Stadt Oberhausen in Kooperation mit IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte, 2018a.

Stadt Oberhausen. 2018b. *Masterplan "Saubere Luft für Oberhausen".* 2018b.

SVR, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. 2013. *Segregation an deutschen Schulen - Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen.* 2013.

UBA, Umweltbundesamt. 2020. Umweltgerechtigkeit – Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. [Online, Aufgerufen am 21.07.2020] <https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheit/umwelteinfluesse-auf-den-menschen/umweltgerechtigkeit-umwelt-gesundheit-soziale-lage#umweltgerechtigkeit-umwelt-gesundheit-und-soziale-lage>.

UBA, Umweltbundesamt. 2015. Stressreaktionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. [Online, Aufgerufen am 20.07.2020] <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen#auswirkungen-des-larms-auf-die-gesundheit>.

UBA, Umweltbundesamt. 2016. Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. [Online, Aufgerufen am 19.08.2020] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-gesundheit/umwelt-gesundheit-soziale-lage#sozial-und-gesundheitlich-benachteiligt>.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1: LEBENSLAGEN UND ZENTRALE DIMENSIONEN	5
ABBILDUNG 2: EINBINDUNG DER MENSCHEN IN DEN SOZIALRAUM.....	7
ABBILDUNG 3: SEGREGATIONSINDEX NACH DUNCAN UND DUNCAN (1955) FÜR SGB-II-BEZUG UND MIGRATIONS-HINTERGRUND*	10
ABBILDUNG 4: DER STRATEGISCHE SOZIALPLANUNGS-PROZESS IN OBERHAUSEN	12
ABBILDUNG 5: ÜBERSICHT DER SOZIALRAUMGREMIEN	18
ABBILDUNG 6: ERGEBNISSE DER SCHULEINGANGS-UNTERSUCHUNG NACH BILDUNGSINDEX DER ELTERN - ANTEILE DER KINDER MIT AUFFÄLLIGKEITEN IN KINDLICHEN ENTWICKLUNGSKOMPETENZEN (IN %).....	26
ABBILDUNG 7: ERGEBNISSE DER SCHULEINGANGS-UNTERSUCHUNG NACH BILDUNGSINDEX DER ELTERN – BEFUNDE ZUM BILDUNGSFÖRDERLICHEN ELTERN-VERHALTEN, ANTEILE DER KINDER (IN %)	26
ABBILDUNG 8: AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER SCHULEINGANGS-UNTERSUCHUNG NACH BILDUNGSINDEX DER ELTERN – ANTEILE DER KINDER (IN %).....	32
ABBILDUNG 9: KINDERARMUTSQUOTE (SGB-II-EMPFÄNGER*INNEN U 15) IN OBERHAUSEN NACH STAATSANGEHÖRIGKEIT	52
ABBILDUNG 10: DIE SIEBEN KERNINDIKATOREN DES SOZIALINDEX.....	56
ABBILDUNG 11: STATUSGRUPPEN UND DYNAMIKGRUPPEN DER SOZIALINDICES.....	59
ABBILDUNG 12: GEMITTELTE INDIKATORENWERTE IM JAHRESVERGLEICH – GESAMT OBERHAUSEN	61
ABBILDUNG 13: ANTEIL - EINWOHNER*INNEN MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %).....	65
ABBILDUNG 14: VERÄNDERUNG - EINWOHNER*INNEN MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %)	65
ABBILDUNG 15: ANTEIL SGB-II-EMPFÄNGER*INNEN NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %).....	66
ABBILDUNG 16: VERÄNDERUNG - SGB-II-EMPFÄNGER*INNEN NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %)	66
ABBILDUNG 17: ANTEIL SGB-II-EMPFÄNGER*INNEN (UNTER 15 JAHREN) NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %) .	67
ABBILDUNG 18: VERÄNDERUNG - SGB-II-EMPFÄNGER*INNEN (U15) NACH SOZIALQUARTIEREN	67
ABBILDUNG 19: ANTEIL - ARBEITSLOSE JUGENDLICHE (15 BIS 25 JAHRE) NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %)...	68
ABBILDUNG 20: VERÄNDERUNG - ARBEITSLOSE JUGENDLICHE (15 BIS 25 JAHRE) NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %).....	68
ABBILDUNG 21: ANTEIL - EINWOHNER*INNEN MIT GRUNDSICHERUNG IM ALTER NACH SOZIALQUARTIEREN.....	69
ABBILDUNG 22: VERÄNDERUNG - EINWOHNER*INNEN MIT GRUNDSICHERUNG IM ALTER NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %)	69
ABBILDUNG 23: ANTEIL ALLEINERZIEHENDE NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %).....	70
ABBILDUNG 24: VERÄNDERUNG - ALLEINERZIEHENDE NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %).....	70
ABBILDUNG 25: ANTEIL FAMILIEN MIT MEHR ALS ZWEI KINDERN NACH SOZIALQUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %)	71
ABBILDUNG 26: VERÄNDERUNG - FAMILIEN MIT MEHR ALS ZWEI KINDERN NACH SOZIAL-QUARTIEREN (GEMITTELTE WERTE 2017/18 IN %)	71
ABBILDUNG 27: KORRELATIONS-KOEFFIZIENTEN DER INDIKATOREN	73
ABBILDUNG 28: GRUPPENGRENZEN DES STATUSINDEX.....	74
ABBILDUNG 29: STATUSSUMMEN UND -GRUPPEN NACH SOZIALQUARTIEREN	75
ABBILDUNG 30: GRUPPENGRENZEN DES DYNAMIKINDEX.....	77
ABBILDUNG 31: DYNAMIKSUMMEN UND -GRUPPEN NACH SOZIALQUARTIEREN.....	78
ABBILDUNG 32: ZUORDNUNG DER SOZIALQUARTIERE ZU SOZIALINDEXGRUPPEN.....	80
ABBILDUNG 33: STREUDIAGRAMM DES STATUS- UND DYNAMIKINDEX DER SOZIALQUARTIERE.....	81
ABBILDUNG 34: EINWOHNER*INNENZAHLE NACH SOZIALINDEXGRUPPEN IN ARBEITSMARKTBEZIRKEN	88
ABBILDUNG 35: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER INNENSTADT.....	89
ABBILDUNG 36: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER INNENSTADT UND DER STADT OBERHAUSEN.....	91
ABBILDUNG 37: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DER INNENSTADT IM VERHÄLTNISS ZUM STADTDURCHSCHNITT	91
ABBILDUNG 38: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER LIRICH-SÜD	93
ABBILDUNG 39: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER LIRICH-SÜD UND DER STADT OBERHAUSEN	95
ABBILDUNG 40: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES SOZIALQUARTIERS LIRICH-SÜD IM VERHÄLTNISS ZUM STADTDURCHSCHNITT	95
ABBILDUNG 41: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER BRÜCKTORVIERTEL	97
ABBILDUNG 42: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER BRÜCKTORVIERTEL UND DER STADT OBERHAUSEN	99
ABBILDUNG 43: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES SOZIALQUARTIERS BRÜCKTORVIERTEL IM VERHÄLTNISS ZUM STADTDURCHSCHNITT	99
ABBILDUNG 44: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER MARIENVIERTEL-OST	101
ABBILDUNG 45: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER MARIENVIERTEL-OST UND DER STADT OBERHAUSEN	103
ABBILDUNG 46: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES SOZIALQUARTIERS MARIENVIERTEL-OST IM VERHÄLTNISS ZUM STADTDURCHSCHNITT	103
ABBILDUNG 47: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER OSTERFELD-MITTE/VONDERORT	105
ABBILDUNG 48: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER OSTERFELD-MITTE/VONDERORT UND DER STADT OBERHAUSEN	107

ABBILDUNG 49: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES SOZIALQUARTIERS OSTERFELD-MITTE/VONDERORT IM VERHÄLTNIS ZUM STADTDURCHSCHNITT	107
ABBILDUNG 50: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER MARIENVIERTEL-WEST	109
ABBILDUNG 51: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER MARIENVIERTEL-WEST UND DER STADT OBERHAUSEN	111
ABBILDUNG 52: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES SOZIALQUARTIERS MARIENVIERTEL-WEST IM VERHÄLTNIS ZUM STADTDURCHSCHNITT	111
ABBILDUNG 53: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IM SOZIALQUARTIER SCHLAD	113
ABBILDUNG 54: INDIKATORENWERTE IM SOZIALQUARTIER SCHLAD UND DER STADT OBERHAUSEN	115
ABBILDUNG 55: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE - SCHLAD IM VERHÄLTNIS ZUM STADTDURCHSCHNITT	115
ABBILDUNG 56: ALTERSSTRUKTUR UND FAMILIENANTEIL IN DEN ARBEITSMARKTBEZIRKEN 760603 (TACKENBERG-OST) UND 740205 (STERKRADE-MITTE).....	117
ABBILDUNG 57: INDIKATORENWERTE IM ARBEITSMARKTBEZIRK 760603 IN TACKENBERG-OST UND DER STADT OBERHAUSEN	119
ABBILDUNG 58: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES ARBEITSMARKTBEZIRKS 760603 IN TACKENBERG-OST IM VERHÄLTNIS ZUM STADTDURCHSCHNITT	119
ABBILDUNG 59: INDIKATORENWERTE IM ARBEITSMARKTBEZIRK 740205 IN STERKRADE-MITTE UND DER STADT OBERHAUSEN	122
ABBILDUNG 60: STANDARDISIERTE INDIKATORENWERTE DES ARBEITSMARKTBEZIRKS 740205 IN STERKRADE-MITTE IM VERHÄLTNIS ZUM STADTDURCHSCHNITT	122
ABBILDUNG 61: ÜBERSICHT DER SOZIALINDICES UND ZIELGRUPPEN IN DEN FOKUSQUARTIEREN	124
ABBILDUNG 62: ERLÄUTERUNG BILDUNGSINDEX.....	147
ABBILDUNG 63: KERNINDIKATOREN ANTEILEISWERTE (IN %) SOZIALINDEX 2015 BIS 2018 (TEIL 1)	148
ABBILDUNG 64: KERNINDIKATOREN ANTEILEISWERTE (IN %) SOZIALINDEX 2015 BIS 2018 (TEIL 2)	149
ABBILDUNG 65: KERNINDIKATOREN ANZAHLEN 2015 BIS 2018 (TEIL 1).....	150
ABBILDUNG 66: KERNINDIKATOREN ANZAHLEN 2015 BIS 2018 (TEIL 2).....	151

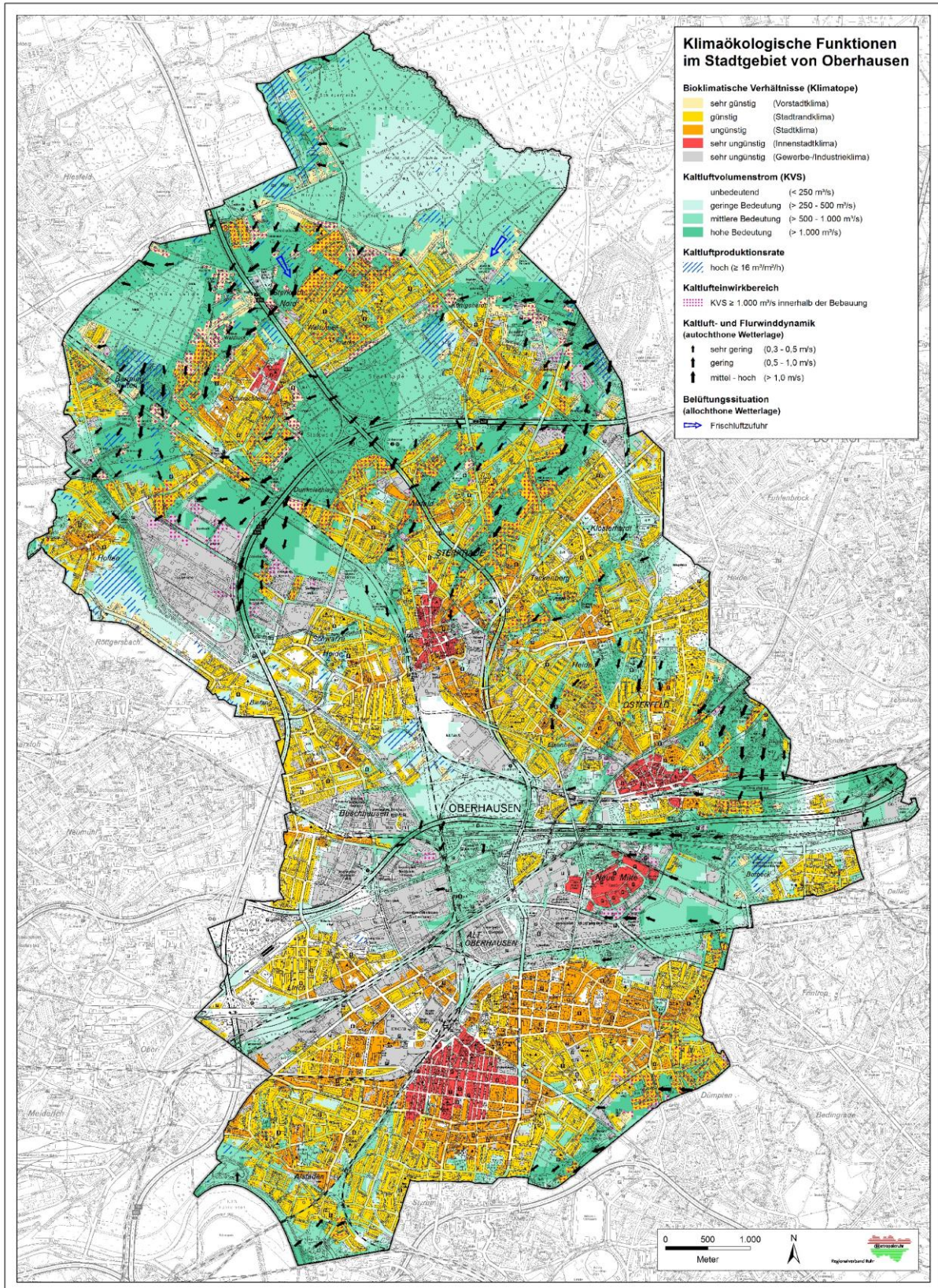
KARTENVERZEICHNIS

KARTE 1: OBERHAUSENER SOZIALRÄUME UND SOZIALQUARTIERE	8
KARTE 2: FÖRDERGEBIETE IN OBERHAUSEN	20
KARTE 3: MEHRFACHBELASTUNGEN IM OBERHAUSENER STADTGEBIET - SOZIALINDEX UND KLIMATISCHE BEDINGUNGEN.....	45
KARTE 4: BEVÖLKERUNGSZAHLEN NACH SOZIALQUARTIEREN	50
KARTE 5: STATUSGRUPPEN NACH SOZIALQUARTIEREN.....	76
KARTE 6: DYNAMIKGRUPPEN NACH SOZIALQUARTIEREN	79
KARTE 7: SOZIALINDEX NACH SOZIALQUARTIEREN.....	83
KARTE 8: SOZIALINDEX NACH ARBEITSMARKTBEZIRKEN	84
KARTE 9: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER INNENSTADT - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	89
KARTE 10: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER LIRICH-SÜD - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE.....	93
KARTE 11: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER BRÜCKTORVIERTEL - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	97
KARTE 12: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER MARIENVIERTEL-OST - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	101
KARTE 13: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER OSTERFELD-MITTE/VONDERORT - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	105
KARTE 14: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER MARIENVIERTEL-WEST - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	109
KARTE 15: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIER SCHLAD - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	113
KARTE 16: FOKUSKARTE SOZIALQUARTIERE STERKRADE MITTE UND TACKENBERG-OST - SOZIALINDEX AUF ARBEITSMARKTBEZIRKSEBENE	117
KARTE 17: INSTITUTIONEN UND TRÄGER*INNEN UNTERSTÜTZENDER ANGEBOTE IN ALT-OBERHAUSEN	127
KARTE 18: INSTITUTIONEN UND TRÄGER*INNEN UNTERSTÜTZENDER ANGEBOTE IN OSTERFELD	131
KARTE 19: INSTITUTIONEN UND TRÄGER*INNEN UNTERSTÜTZENDER ANGEBOTE IN STERKRADE.....	133
KARTE 20: KLIMAÖKOLOGISCHE FUNKTIONEN IM STADTGEBIET VON OBERHAUSEN.....	145
KARTE 21: LÄRMKARTIERUNG DER STADT OBERHAUSEN 2017 - SCHIENENVERKEHR DURCH EISENBAHNEN DES BUNDES BEI NACHT	146

ANHANG

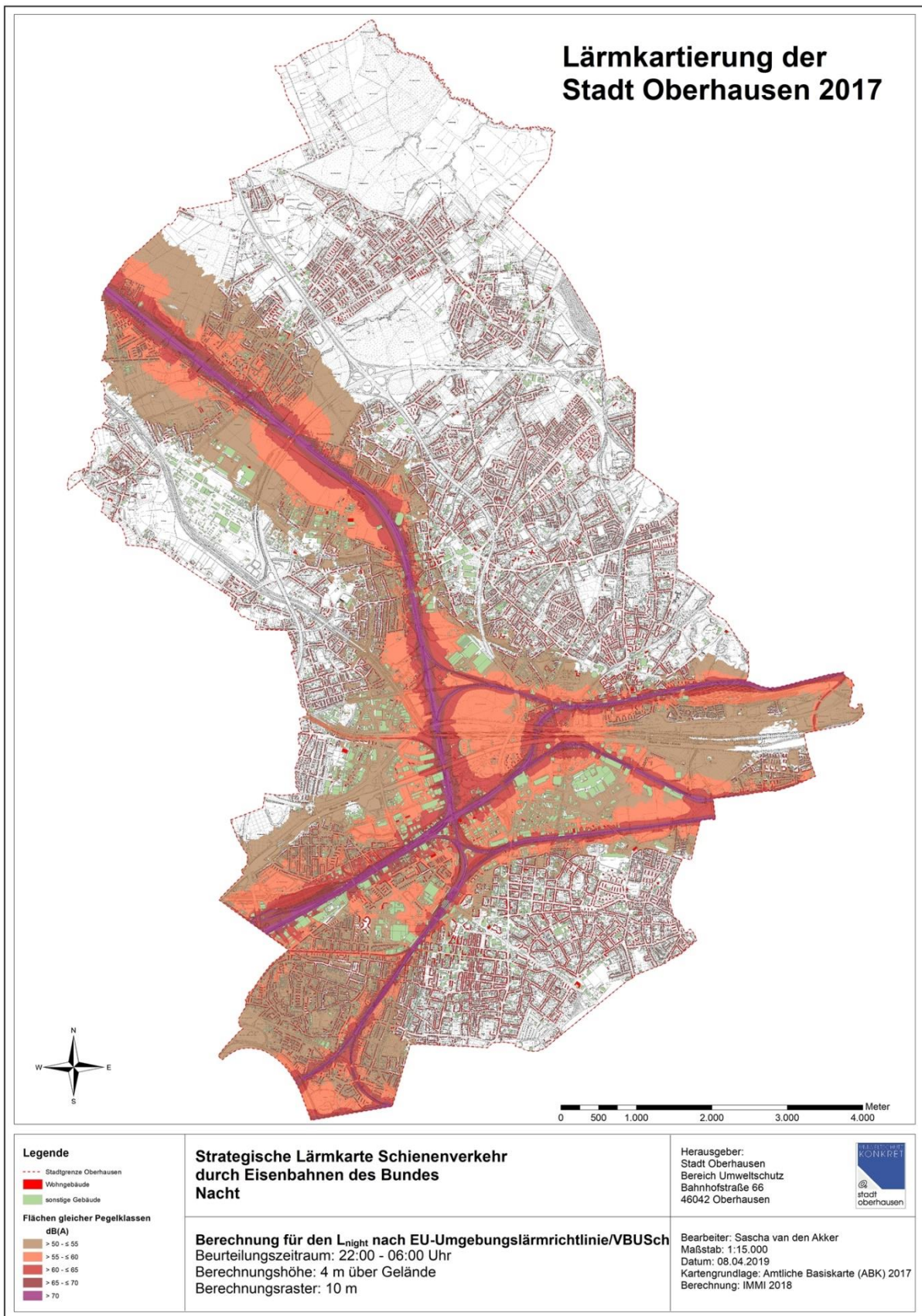
KARTE KLIMAÖKOLOGISCHE FUNKTIONEN IM STADTGEBIET VON OBERHAUSEN
LÄRMKARTIERUNG DER STADT OBERHAUSEN 2017 – SCHIENENVERKEHR DURCH EISENBAHNEN DES BUNDES BEI NACHT
ERLÄUTERUNG BILDUNGSINDEX
GRUNDDATEN SOZIALINDEX 2015 BIS 2018

Karte 20: Klimaökologische Funktionen im Stadtgebiet von Oberhausen



Quelle: Bereich 2-2 /Umwelt.

Karte 21: Lärmkartierung der Stadt Oberhausen 2017 - Schienenverkehr durch Eisenbahnen des Bundes bei Nacht



Quelle: Bereich 2-2 /Umwelt.

Abbildung 62: Erläuterung Bildungsindex

HÖCHSTER SCHULABSCHLUSS		HÖCHSTER BERUFSABSCHLUSS
NIEDRIGER BILDUNGSINDEX		
Kein Abschluss/ Volks-/Hauptschule	+	Lehre /Berufs-/Handelsschule/ (noch) kein Abschluss / keine Angabe
Realschulabschluss	+	(noch) kein Abschluss / keine Angabe
MITTLERER BILDUNGSINDEX		
Volks- /Hauptschul-abschluss	+	Fach-, Meister-, oder Technikerschule
Realschulabschluss	+	Lehre /Berufs-/Handelsschule/ anderer Abschluss/ Fach-, Meister-, oder Technikerschule
(Fach)-Hochschulreife	+	Lehre /Berufs-/Handelsschule /anderer Abschluss /(noch) kein Abschluss Fach-, Meister-, oder Technikerschule
HOHER BILDUNGSINDEX		
(Fach)-Hochschulreife	+	(Fach)-Hochschulabschluss

Quelle: Bereich 4-5 Statistik. Eigene Darstellung

Abbildung 63: Kernindikatoren Anteilswerte (in %) Sozialindex 2015 bis 2018 (Teil 1)

SOZIALRAUM	SOZIALQUARTIER	BEVÖLKERUNGSVERTEILUNG						EINWOHNER* INNEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND						SGB-II-EMPFÄNGER* INNEN						KINDER (UNTER 15 JAHREN) IM SGB-II-BEZUG			
		2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018		
MITTE/STYRUM	INNENSTADT	6,3	6,5	6,7	6,7	6,7	6,7	46,0	49,8	53,1	54,6	36,3	36,4	37,4	37,8	56,3	55,3	57,2	58,5				
	MARIENVIERTEL WEST	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	38,6	41,1	42,9	43,9	22,3	21,8	23,4	24,4	39,6	39,6	44,9	45,3				
	STYRUM	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	23,2	23,6	26,0	26,8	17,2	17,1	16,9	17,5	27,7	26,6	26,4	27,9				
	MARIENVIERTEL OST	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	35,5	37,3	39,3	39,9	26,7	27,1	28,9	29,3	43,4	42,8	46,9	47,0				
OBERHAUSEN-OST	BRÜCKTORVIERTEL	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	32,3	35,4	37,8	39,0	30,1	28,7	30,2	29,1	43,9	42,5	45,0	44,4				
	BERMENSFELD	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	27,9	28,8	30,6	31,7	23,4	21,7	20,6	20,9	37,6	36,1	33,9	34,2				
	SCHLAD	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	16,9	17,8	20,3	21,4	16,1	16,5	17,5	17,0	26,6	26,6	29,7	28,9				
	DÜMPFEN	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	22,1	23,5	25,8	27,0	15,6	16,1	16,6	17,2	23,8	25,7	26,0	27,8				
ALSTADEN/LIRICH	BORBECK, NEUE MITTE, GRAFENBUSCH	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	20,1	21,7	24,2	24,0	13,3	12,9	13,5	13,9	20,9	20,2	22,3	23,6				
	LIRICH-NORD	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	3,3	29,1	29,8	31,0	32,0	19,1	19,4	19,8	19,7	32,9	32,8	33,9	34,2				
	LIRICH-SÜD	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	45,3	46,7	49,3	50,1	34,2	34,2	33,8	34,2	55,7	54,0	53,9	53,5				
	ALSTADEN	7,3	7,3	7,3	7,2	7,2	7,2	18,2	19,0	20,8	21,2	12,8	12,8	12,6	12,4	20,6	20,1	21,4	20,8				
STERKRADE-MITTE	BUSCHHAUSEN, BIEFANG	6,3	6,3	6,2	6,2	6,2	6,2	19,0	20,0	21,7	22,8	11,3	10,5	11,4	11,0	21,4	19,5	20,0	18,7				
	STERKRADE MITTE	3,9	3,9	3,9	4,0	4,0	4,0	33,0	34,4	36,3	36,8	20,5	20,5	21,4	20,2	33,3	34,5	36,0	34,3				
	ALSFELD	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	23,1	24,7	26,5	27,2	11,3	11,7	12,0	11,2	20,7	20,3	20,4	19,7				
	TACKENBERG WEST	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	20,2	19,9	22,3	22,2	10,0	10,3	10,3	9,8	18,3	19,9	18,5	18,7				
STERKRADE-NORD	SCHWARZE HEIDE	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	30,8	31,9	33,3	31,9	13,7	14,4	16,2	16,1	23,2	25,0	26,6	27,1				
	HOLTEN, BARTWINGHOLTEN	4,2	4,1	4,2	4,1	4,1	4,1	23,2	22,3	23,2	22,9	9,6	9,3	9,3	9,3	15,0	14,0	14,6	16,4				
	SCHWACHENDORF	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	15,5	15,7	17,2	18,0	9,2	8,7	8,8	7,8	16,8	15,3	15,5	14,0				
	WALSUMER MARK	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	17,5	17,0	17,4	18,0	3,6	3,0	3,4	3,9	4,0	3,0	3,4	4,9				
OSTERFELD	KÖNIGSHARDT	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	11,1	11,1	12,0	12,0	2,9	3,1	3,4	3,1	4,7	4,5	6,1	5,0				
	OSTERFELD MITTE, VONDERORT	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	40,1	42,3	44,7	45,3	27,7	27,5	28,5	27,6	45,0	45,3	45,7	44,5				
	VONDERN, OSTERFELD SÜD	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	37,5	38,3	39,7	39,9	14,9	13,8	13,9	13,4	23,0	19,7	21,3	20,3				
	EISENHEIM, HEIDE	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	26,1	26,5	27,7	28,8	14,3	14,0	13,5	13,2	24,7	23,1	22,7	22,0				
STANDARDABWEICHUNG	ROTHEBUSCH	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	28,0	28,0	30,0	30,1	12,0	12,5	12,8	12,8	19,4	21,1	21,6	23,5				
	KLOSTERHARDT	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	19,4	20,6	22,4	22,9	11,3	10,8	10,8	9,9	18,6	17,4	18,6	16,9				
	TACKENBERG OST	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	41,0	41,9	42,6	42,8	20,2	18,6	18,4	17,6	30,5	28,1	29,5	26,5				
	MITTELWERT	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	26,5	27,6	29,6	30,2	17,0	16,9	17,4	17,2	28,7	28,5	29,6	29,6				
SPANNWEITE	6,0	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	35,0	38,6	41,1	42,6	33,4	33,3	34,1	34,8	52,3	52,2	53,8	53,6					
STANDARDABWEICHUNG	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	9,4	10,1	10,3	10,5	8,3	8,2	8,5	8,6	13,0	12,9	13,4	13,4					

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 64: Kernindikatoren Anteilswerte (in %) Sozialindex 2015 bis 2018 (Teil 2)

SOZIALRAUM	SOZIALQUARTIER	ARBEITSLÖSE IM ALTER ZWISCHEN 15 UND 25 JAHREN				EMPFÄNGER*INNEN VON GRUNDSICHERUNG IM ALTER				HAUSHALTE VON ALLEINERZIEHERN				FAMILIENHAUSHALTE MIT MEHR ALS ZWEI KINDERN			
		2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
MITTE/STYRUM	INNENSTADT	8,3	10,4	8,4	7,4	8,9	8,7	9,2	9,9	35,6	36,0	34,5	34,8	20,3	21,5	23,4	24,8
	MARIENVIERTEL WEST	5,7	4,9	3,4	3,2	5,5	6,8	5,7	6,2	26,3	27,2	31,1	32,0	13,0	15,9	16,4	17,1
	STYRUM	8,4	7,7	5,6	5,7	4,1	4,3	4,2	4,6	29,6	28,0	27,9	26,7	11,3	11,0	12,3	13,5
	MARIENVIERTEL OST	8,8	6,9	7,0	4,3	6,0	5,7	6,3	6,3	31,9	29,9	30,0	33,7	17,7	18,1	19,0	18,0
OBERHAUSEN-OST	BRÜCKTORVIERTEL	8,9	9,0	7,9	7,6	8,0	7,7	7,4	7,2	36,4	37,1	38,1	38,3	14,6	16,1	15,8	16,5
	BERMENSFELD	6,4	6,0	3,8	6,2	5,1	4,8	5,0	4,9	31,6	31,9	31,4	30,5	10,4	10,9	12,9	13,1
	SCHLAD	5,8	5,8	5,2	4,2	2,9	2,6	3,2	3,7	29,4	29,6	29,9	28,4	6,7	7,0	8,7	9,4
ALSTADEN/LIRICH	DÜMPFEN	5,5	5,3	4,2	4,6	4,0	3,7	3,5	3,9	25,9	27,5	26,7	25,4	9,7	10,1	10,5	13,0
	BORBECK, NEUE MITTE, GRAFENBUSCH	4,8	4,1	4,1	4,2	2,6	2,6	2,5	2,7	21,3	22,1	22,9	22,3	11,4	11,2	10,3	10,4
	LIRICH-NORD	5,5	6,2	5,5	4,0	5,1	5,4	4,8	5,5	30,3	31,3	31,6	30,8	12,5	12,5	12,7	13,2
	LIRICH-SÜD	7,7	6,8	5,8	5,4	8,6	8,7	9,3	10,1	32,2	32,8	31,7	31,7	21,1	21,1	22,6	21,9
STERKRADE-MITTE	ALSTADEN	5,6	4,6	3,9	3,9	3,2	3,0	2,9	2,9	22,5	24,0	24,7	24,4	8,3	8,0	8,3	8,2
	BUSCHHAUSEN, BIEFANG	2,6	2,5	3,4	3,2	3,1	2,8	2,6	2,9	25,5	23,7	23,9	22,8	7,6	7,6	8,5	7,9
	STERKRADE MITTE	7,3	6,4	5,3	4,5	3,7	3,6	3,7	3,4	27,7	27,0	25,7	27,2	13,7	13,5	15,0	14,5
	ALSFELD	3,7	2,9	2,3	2,7	3,0	3,0	3,1	3,5	20,9	20,3	21,0	21,2	9,1	9,4	9,1	9,2
STERKRADE-NORD	TACKENBERG WEST	3,3	2,8	2,3	2,8	2,0	2,2	2,0	1,9	22,6	23,2	23,3	23,7	8,7	9,1	9,4	9,9
	SCHWARZE HEIDE	3,3	4,9	4,5	2,9	4,3	4,6	3,7	4,7	24,1	25,7	25,2	25,6	13,3	12,2	12,1	11,5
	HOLTEN, BARTWINGHOLTEN	2,8	2,6	2,6	1,7	2,4	2,2	2,5	2,6	21,1	21,1	19,7	20,2	10,5	11,0	10,5	10,2
	SCHWACHENDORF	1,5	1,8	1,8	0,8	1,9	1,8	2,1	1,9	23,6	24,9	24,5	24,2	6,6	6,3	6,2	6,6
OSTERFELD	WALSUMER MARK	0,8	1,7	1,1	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	15,0	13,0	14,0	13,3	8,3	8,0	7,3	6,8
	KÖNIGSHARDT	0,7	1,1	0,2	1,0	1,8	1,8	1,9	1,8	13,1	12,7	12,3	12,1	7,1	7,1	7,3	7,3
	OSTERFELD MITTE, VONDERORT	7,3	6,4	5,5	4,9	7,4	7,4	6,7	7,6	29,7	29,5	30,2	29,3	16,9	16,0	17,1	18,1
	VONDERN, OSTERFELD SÜD	3,8	4,1	2,5	1,7	5,3	5,7	4,7	5,0	21,9	22,5	22,3	24,1	16,8	16,5	16,3	16,3
STANDARDABWEICHUNG	EISENHEIM, HEIDE	4,0	4,7	3,3	2,7	2,5	2,5	2,5	2,6	21,4	21,5	21,5	22,2	10,5	11,3	11,6	12,1
	ROTHEBUSCH	4,6	3,5	3,8	5,1	1,4	1,4	1,3	1,5	25,2	23,5	24,1	25,2	8,1	11,0	10,0	8,8
	KLOSTERHARDT	4,3	3,8	3,1	2,8	1,6	1,7	1,8	2,2	21,4	22,5	21,1	20,1	7,8	7,7	9,0	11,2
	TACKENBERG OST	6,8	4,7	4,1	4,3	2,9	3,0	3,2	3,4	19,8	19,6	20,4	19,5	15,6	15,9	14,9	14,5
MITTELWERT		5,2	5,0	4,3	3,9	3,9	3,9	4,1	4,2	25,6	25,7	25,7	25,5	11,7	11,9	12,5	12,8
SPANNWEITE		8,1	9,4	8,2	6,8	7,8	7,5	8,0	8,5	23,4	24,5	5,8	26,2	14,4	15,2	17,2	18,2
STANDARDABWEICHUNG		2,3	2,2	1,9	1,8	2,2	2,2	2,2	2,3	5,6	5,8	25,5	5,9	4,1	4,2	4,4	4,5

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 65: Kernindikatoren Anzahlen 2015 bis 2018 (Teil 1)

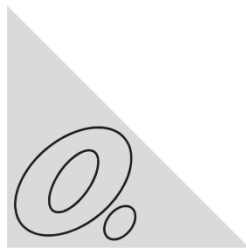
SOZIALRAUM	SOZIALQUARTIER	EINWOHNER*INNEN				EINWOHNER*INNEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND				SGB-II-EMPFÄNGER*INNEN				KINDER (UNTER 15 JAHREN) IM SGB-II-BEZUG			
		2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
MITTE/STYRUM	INNENSTADT	13.426	13.860	14.192	14.243	6.180	6.896	7.543	7.783	3.992	4.151	4.402	4.476	1.179	1.247	1.368	1.439
	MARIENVIERTEL WEST	3.067	3.179	3.166	3.226	1.185	1.305	1.357	1.415	538	547	579	618	169	188	205	214
	STYRUM	9.162	9.155	9.350	9.465	2.125	2.160	2.427	2.540	1.221	1.213	1.218	1.270	275	279	298	327
OBERHAUSEN-OST	MARIENVIERTEL OST	3.754	3.774	3.801	3.778	1.331	1.407	1.495	1.509	826	842	904	910	229	242	272	269
	BRÜCKTORVIERTEL	4.858	4.951	4.932	4.901	1.567	1.752	1.863	1.913	1.207	1.182	1.240	1.198	297	294	309	323
	BERMENSFELD	4.831	4.817	4.805	4.949	1.350	1.385	1.469	1.568	858	785	746	777	230	211	198	214
ALSTADEN/LIRICH	SCHLAD	10.157	10.108	10.122	10.093	1.718	1.801	2.055	2.157	1.223	1.244	1.327	1.274	272	271	315	312
	DÜMPFEN	7.820	7.928	7.898	7.946	1.731	1.861	2.040	2.144	947	994	1.013	1.062	222	255	265	290
	BORBECK, NEUE MITTE, GRAFENBUSCH	3.753	3.731	3.753	3.719	756	811	907	894	385	373	392	398	99	96	109	109
STERKRADE-MITTE	LIRICH-NORD	7.174	7.141	7.062	7.056	2.087	2.130	2.189	2.255	1.146	1.153	1.159	1.157	334	331	341	358
	LIRICH-SÜD	8.206	8.180	8.159	8.140	3.714	3.823	4.020	4.076	2.305	2.301	2.289	2.310	776	770	767	769
	ALSTADEN	15.532	15.566	15.479	15.359	2.828	2.957	3.212	3.259	1.558	1.556	1.520	1.478	355	352	366	362
STERKRADE-NORD	BUSCHHAUSEN, BIEFANG	13.389	13.318	13.248	13.247	2.542	2.668	2.880	3.022	1.189	1.093	1.176	1.130	310	285	289	276
	STERKRADE MITTE	8.268	8.315	8.347	8.387	2.728	2.861	3.033	3.090	1.331	1.328	1.394	1.319	360	374	403	396
	ALSFELD	10.736	10.821	10.810	10.771	2.476	2.673	2.861	2.927	934	972	994	925	264	269	276	264
STERKRADE-NORD	TACKENBERG WEST	10.544	10.413	10.429	10.313	2.126	2.070	2.321	2.290	795	813	807	761	221	237	220	226
	SCHWARZE HEIDE	5.548	5.554	5.487	5.354	1.711	1.770	1.829	1.708	627	660	726	702	157	178	183	194
	HOLTEN, BARTWINGHOLTEN	8.921	8.754	8.856	8.741	2.068	1.953	2.051	2.005	687	651	654	644	187	164	178	192
OSTERFELD	SCHWACHENDORF	8.458	8.467	8.441	8.388	1.307	1.330	1.455	1.514	596	560	564	495	169	152	153	137
	WALSUMER MARK	8.895	8.813	8.674	8.700	1.561	1.498	1.509	1.568	246	205	220	257	50	37	40	58
	KÖNIGSHARDT	7.547	7.535	7.508	7.482	835	837	904	898	160	173	186	166	38	38	51	41
OSTERFELD	OSTERFELD MITTE, VONDERORT	10.265	10.575	10.730	10.624	4.113	4.469	4.795	4.817	2.305	2.366	2.492	2.390	668	714	762	737
	VONDERN, OSTERFELD SÜD	2.894	2.930	2.923	2.884	1.086	1.123	1.161	1.150	366	344	344	325	93	82	89	85
	EISENHEIM, HEIDE	7.727	7.727	7.627	7.607	2.014	2.051	2.116	2.188	886	866	822	796	238	222	218	211
DURCHSCHNITT	ROTHERBUSCH	5.203	5.122	5.163	5.097	1.456	1.432	1.550	1.533	472	482	500	493	111	121	129	138
	KLOSTERHARDT	5.740	5.774	5.784	5.797	1.116	1.188	1.296	1.330	496	480	481	442	115	112	123	113
	TACKENBERG OST	5.999	5.952	5.944	5.899	2.457	2.496	2.534	2.523	975	889	875	828	248	220	228	205
SUMME	211.874	212.460	212.690	212.166	56.168	58.707	62.872	64.076	28.271	28.223	29.024	28.601	7.666	7.741	8.155	8.259	
SPANNWEITE	12.638	12.636	12.556	12.475	5.424	6.085	6.639	6.889	3.832	3.978	4.216	4.310	1.141	1.210	1.328	1.398	
DURCHSCHNITT	7.847	7.869	7.877	7.858	2.080	2.174	2.329	2.373	1.047	1.045	1.075	1.059	284	287	302	306	

Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.). Eigene Darstellung.

Abbildung 66: Kernindikatoren Anzahlen 2015 bis 2018 (Teil 2)

SOZIALRAUM	SOZIALQUARTIER	ARBEITSLÖSE IM ALTER ZWISCHEN 15 UND 25 JAHREN				EMPFÄNGER*INNEN VON GRUNDSICHERUNG IM ALTER				HAUSHALTE VON ALLEINERZIEHERN				FAMILIENHAUSHALTE MIT MEHR ALS ZWEI KINDERN			
		2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
MITTE/STYRUM	INNENSTADT	129	169	141	122	215	214	223	238	478	501	501	505	273	299	340	360
	MARIENVIERTEL WEST	20	18	12	12	36	45	39	43	79	87	99	103	39	51	52	55
	STYRUM	80	66	46	47	86	88	90	101	230	224	228	219	88	88	101	111
	MARIENVIERTEL OST	42	31	30	18	40	38	42	42	119	114	117	129	66	69	74	69
OBERHAUSEN-OST	BRÜCKTORVIERTEL	54	55	49	48	68	64	61	57	180	180	181	188	72	78	75	81
	BERMENSFELD	30	27	18	29	60	58	59	60	146	143	139	137	48	49	57	59
	SCHLAD	58	55	49	37	74	66	82	97	241	245	255	240	55	58	74	79
	DÜMPFEN	43	41	30	34	70	65	62	69	188	208	205	191	70	76	81	98
ALSTADEN/LIRICH	BORBECK, NEUE MITTE, GRAFENBUSCH	21	17	16	17	22	22	21	23	80	85	89	84	43	43	40	39
	LIRICH-NORD	50	54	44	30	61	64	57	65	214	223	227	222	88	89	91	95
	LIRICH-SÜD	77	67	56	53	126	126	129	140	301	306	287	290	197	197	205	200
	ALSTADEN	92	72	60	57	108	102	100	100	319	338	339	338	117	112	114	114
STERKRADE-MITTE	BUSCHHAUSEN, BIEFANG	38	34	46	41	90	80	75	86	312	284	285	271	93	91	101	94
	STERKRADE MITTE	66	57	48	40	66	66	68	64	225	218	205	221	111	109	120	118
	ALSFELD	41	33	25	29	76	75	78	88	216	216	224	226	94	100	97	98
	TACKENBERG WEST	37	30	23	27	52	55	51	48	217	224	221	221	84	88	89	92
STERKRADE-NORD	SCHWARZE HEIDE	22	32	29	16	41	45	37	47	121	129	125	131	67	61	60	59
	HOLTEN, BARTWINGHOLTEN	29	26	25	16	42	40	46	48	192	192	177	181	96	100	94	91
	SCHWACHENDORF	12	15	14	*	38	37	43	39	196	205	199	195	55	52	50	53
	WALSUMER MARK	7	14	9	*	22	26	30	33	117	99	107	103	65	61	56	53
OSTERFELD	KÖNIGSHARDT	5	7	1	*	36	36	38	37	87	84	81	78	47	47	48	47
	OSTERFELD MITTE, VONDERORT	96	83	72	62	143	146	132	148	321	331	347	328	183	179	196	203
	VONDERN, OSTERFELD SÜD	15	16	9	*	23	25	21	23	68	71	67	71	52	52	49	48
	EISENHEIM, HEIDE	34	41	27	21	38	39	39	41	161	156	153	159	79	82	83	87
SUMME	ROTHEBUSCH	25	17	18	23	17	18	16	19	109	101	109	109	35	47	45	38
	KLOSTERHARDT	25	22	17	15	22	23	24	29	110	117	108	102	40	40	46	57
	TACKENBERG OST	51	34	29	29	34	35	38	41	116	115	118	110	91	93	86	82
	SPANNWEITE	1.199	1.133	943	847	1.706	1.698	1.701	1.826	5.143	5.196	5.193	5.152	2.348	2.411	2.524	2.580
DURCHSCHNITT	124	162	140	116	198	196	207	219	410	430	434	434	238	259	300	322	
		44	42	35	31	63	63	68	68	190	192	192	191	87	89	93	96

* Werte <10 werden anonymisiert. Quelle: Bereich 4-5 / Statistik. Einwohnermelderegister der Stadt Oberhausen, Bereich 3-2 / Soziales und Bundesagentur für Arbeit. (Stichtag 31.12.). Eigene Darstellung.



stadt
oberhausen

WWW.OBERHAUSEN.DE

